

**Der Kampf um die Schweizer Armee.
Aktionen und Semantiken der Schlüsselakteure
auf den öffentlichen politischen Arenen 1990-2003**

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der
Universität Zürich

vorgelegt von
Marc Andrew Lutz

Angenommen im Herbstsemester 2014
auf Antrag der Promotionskommission:
Prof. Dr. Rudolf Jaun (hauptverantwortliche Betreuungsperson)
Prof. Dr. Svenja Goltermann

Zürich, 2015

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen Personen bedanken, welche mich bei der vorliegenden Dissertation unterstützt haben. Ohne sie, wäre das Verfassen dieser Arbeit nicht möglich gewesen.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater Prof. Dr. Rudolf Jaun von der Universität Zürich, der mir die Gelegenheit bot eine Dissertation zu verfassen und mich stets mit Rat und Leitung unterstützte. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei meiner Zweitbegutachterin Prof. Dr. Svenja Goltermann von der Universität Zürich.

Ein grosses Dankeschön geht an die Militärakademie an der ETH Zürich. Ohne die wissenschaftliche, logistische und vor allem freundschaftliche Unterstützung wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen.

Bedanken möchte ich mich besonders bei meinem Mitstreiter Christoph Wyniger, der mir während der ganzen Zeit mit Rat und Tat zur Seite stand.

Ein weiterer Dank geht an den Schweizerischen Nationalfonds, der das Dissertationsprojekt in dieser Form ermöglicht hat.

Auch jenen Freunden, Bekannten und Verwandten, welche mir bei der formellen, inhaltlichen und orthografischen Kontrolle der Dissertation halfen, gebührt besonderer Dank. Namentlich erwähnen möchte ich Christoph Wyniger, Kevin Lutz und Thomas Lutz.

Schliesslich gilt ein grosser Dank meinen Eltern und meiner Familie, welche mich stets in meinem Vorhaben anspornen und unterstützen.

1. Einleitung.....	1
1.1. Thema.....	1
1.2. Forschungsstand	5
1.3. Untersuchungsanleitende theoretische Ansätze	7
1.4. Vorgehen und Quellen	13
1.5. Aufbau und Fragestellungen	19
2. Die Fortsetzung des Kampfes um die Schweizer Armee am Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert.....	21
2.1. Ein „Dach für die Schweiz“ oder „unnötige Milliardenvögel“? Die Debatte um die Beschaffung des Kampfflugzeugs F/A-18 im Jahre 1993.	21
2.1.1. Das neue Kampfflugzeug: Typenfrage und erste Widerstände.....	22
2.1.2. Der F/A-18 im Parlament.....	29
2.1.3. Die Initiative „Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“	32
2.1.4. Exkurs: Im Windschatten des F/A-18 - Die „Waffenplatz-Initiative“	37
2.1.5. Die Fortsetzung der F/A-Debatte im Nationalrat.....	45
2.1.6. Der Abstimmungskampf	50
2.1.7. Die Verwendung visueller Bilder im Abstimmungskampf	61
2.1.8. Die Abstimmung	68
2.2. Die 2. Abschaffungsinitiative.....	70
2.2.1. Nach der Abschaffungsinitiative 1989 – „Armeefrei ins nächste Jahrtausend“	70
2.2.2. Ein GSoA-Generationenkonflikt	73
2.2.3. Die zweite Abschaffungsinitiative kommt zustande.....	77
2.2.4. Die Abstimmungskampagne	80
2.3. Akteure, Performativität und Argumentationsmuster	87

3. Abrüstung: Der sozialdemokratische Weg zum Frieden durch permanenten Abbau der Armee.....	93
3.1. Die Abrüstungsforderungen der SP seit 1987	94
3.2. Die Halbierungsinitiative	101
3.3. Nach der Halbierungs- die Umverteilungsinitiative.....	109
3.4. „Die Landesverteidigung der Schweiz: ein praktisches Modell für die Zukunft.“ - Ein Expertenbericht im Dienste der Abrüstung	112
3.5. Rüstungskonversion	114
3.6. Die Umverteilungsinitiative	118
3.7. Die Abstimmungskampagne	122
3.8. Akteure, Performativität und Argumentationsmuster	128
4. Wie weiter mit der Armee? Der Kampf um die Armee reformprojekte nach dem Ende des Kalten Krieges	132
4.1. Armee 95: Aufrüstungs-, Modernisierungs- oder Abbauprojekt?	133
4.1.1. „Fett abbauen, nicht Muskeln“	133
4.1.2. Die Lösung der Zivildienstfrage	137
4.1.3. Die Informations-Offensive	140
4.1.4. Armee 95 trifft auf wenig Gegenwehr	144
4.2. Auf dem Weg zur Armee XXI	149
4.2.1. Armee 95 – eine Übergangslösung, erneute Reformdiskussionen - Kommission Brunner 149	
4.2.2. Sicherheit durch Kooperation	156
4.2.3. Die Landesverteidigung im Wandel	161
4.2.4. Die Armee reform im Gegenwind	165
4.2.5. Ein weiteres Referendum gegen die Reform	174
4.3. Akteure, Performativität und Argumentationsmuster	180

5.	Neutralität, Autonomie und internationale Einsätze – Neue Wege der Sicherheitspolitik....	187
5.1.	Neutralität nach dem Ende des Kalten Krieges.....	187
5.2.	UNO-Blauhelme.....	191
5.3.	Das Referendum gegen das Blauhelmgesetz	194
5.4.	Der Abstimmungskampf	199
5.5.	Nach dem Blauhelm-Nein die Partnerschaft für den Frieden	207
5.6.	Schweizerische Balkaneinsätze und die Bewaffnungsfrage	213
5.7.	Die Referenden von Links und Rechts gegen die Militärgesetzrevision	217
5.8.	Der Abstimmungskampf	221
5.9.	Die visuelle Kommunikation der Kooperationsgegner	230
5.10.	Akteure, Performativität und Argumentationsmuster	237
6.	Im Kampf um die Schweizer Armee verwendete Argumentationstopoi	242
6.1.	Topos „Zeitgemäss“	242
6.2.	Topos „Volkswillen“	253
6.3.	Topos „Ratenweise“	259
6.4.	Topos „Glaubwürdigkeit“	266
6.5.	Topos „Kosten“	272
6.6.	Topos „Bedrohung“	282
7.	Schlusskapitel	288
	Anhang.....	302
	Quellen- und Literaturverzeichnis	302
	UNPUBLIZIERTE QUELLEN	302
	PUBLIZIERTE QUELLEN	303
	DARSTELLUNGEN	319

1. EINLEITUNG

1.1. THEMA

Im Mai 2014 lehnte das Schweizer Stimmvolk in einer Referendumsabstimmung die Ersatzbeschaffung von Kampfflugzeugen äusserst knapp ab. Sofort nach Bekanntwerden des äusserst knappen ablehnenden Volksentscheides wurde in den Medien die Frage gestellt, ob diese Ablehnung einer Militärvorlage als "historisch" zu bezeichnen sei.

Diese Frage wurde vor dem bewussten Hintergrund eines seit Jahrzehnten anhaltenden Kampfes um die Schweizer Armee gestellt. Dieser Kampf um die Schweizer Armee drückte sich in den letzten 30 Jahren nicht nur in über 20 Volksabstimmungen zu Armeefragen ab, sondern in öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Manifestationen, Kampagnen und Debatten sowohl armeekritischer wie armeekonservativer Akteure, welche die Armee grundlegend verändern oder konservieren möchten. Vorläufiger Höhepunkt dieser Auseinandersetzung bildete die erste Abstimmung über die Abschaffung der Schweizer Armee im Herbst 1989. Diese Studie befasst sich mit dem Kampf um die Schweizer Armee nach dieser durch bunte und vielfältige Aktionen und Kampagnen begleitete und in der Medienöffentlichkeit stark beachtete Volksabstimmung. Sie setzt mit dem bisher absoluten Höhepunkt des Kampfes um die Schweizer Armee ein, dem Abstimmungskampf um die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen des Typs F/A im Jahre 1993 und endet mit den Auseinandersetzungen um eine Neuausrichtung der Schweizer Armee nach dem Ende des Kalten Krieges in den 1990er und 2000er Jahren.

Diese Studie behandelt eine kurze, sehr rezente Zeitspanne des Kampfes um die Schweizer Armee, welcher jedoch bereits im frühen 19. Jahrhundert einsetzte. Bereits die Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts sind öffentliche Debatten, beschränken sich jedoch auf militärische Experten- und Milizkreise, welche die Frage diskutieren, ob sich die Armee rein national oder am transnationalen *role model* der europäischen Grossmachtarmeen orientieren soll. Um 1900 erfolgt mit dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Armeedebatte erstmals eine parteipolitische Politisierung der Armeefrage. Spätestens mit dem Ende des Ersten Weltkrieges sind wesentliche langfristige Konfliktlinien des Kampfes um die Schweizer Armee bis in den hier behandelten Untersuchungszeitraum gelegt. Pazifistisch grundierte Abrüstungskonzepte, nationale Landes-

verteidigungsideen und transnationale Vorstellungen der technischen und konzeptionellen Spitzenentwicklung moderner Streitkräfte stehen sich fortan als Orientierungsmuster gegenüber. Die faschistische und kommunistische Bedrohung der Schweiz lässt den Pazifismus und linke Abrüstungskonzepte zwischen den späten 1930er und den 1970er Jahren mit einem kurzen Unterbruch in den frühen 50er Jahren fast vollständig wirkungslos werden. In diesem Zeitraum ist die Armeedebatte von einem primär von Experten, aber teilweise auch öffentlich geführten „Konzeptionsstreit“ um die der Schweizer Milizarmee angemessenen Kampfführung geprägt. Die an Spitzentechnologie und -kampfverfahren orientierte Parteiung will mit der Milizarmee operative Siege erreichen, die an den nationalen gesellschaftlichen und kleinstaatlichen Bedingungen orientierte Parteiung mit einer republikanisch geprägten Milizarmee hinhaltenden Widerstand erzielen und so eine dissuasive Wirkung erzielen. Die politische Linke schliesst sich dieser Parteiung an, bis in den frühen 1970er Jahren die neue Linke die pazifistische und abrüstungspolitische Orientierung wieder aufnimmt und den politischen Kampf um die Schweizer Armee einleitet. Die erste Phase dieser Periode im Kampf um die Schweizer Armee bis 1989 wird durch die im selben Projekt entstandene Dissertation „Kampf um die Schweizer Armee 1966 – 1989“ von Christoph Wyniger behandelt. In den 1970er Jahren werden im Zuge der 68er Bewegungen Reformen auch bei der Armee gefordert. In Soldaten- und Kasernenkomitees formiert sich eine heterogene Bewegung, die eine weitgehende Demokratisierung und den Abbau hierarchischer Strukturen innerhalb der Armee fordert. Die zuvor vor allem religiös konnotierte Dienstverweigerungsfrage nimmt nun auch politische Aspekte an, was sich vor allem in einem starken Ansteigen der Dienstverweigererzahlen niederschlägt. Unter dem Eindruck einer gesamteuropäischen Friedensbewegung Ende der 1970er und Anfangs der 1980er bilden sich auch in der Schweiz zahlreiche neue pazifistische Gruppierungen heraus. Mit der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA wird 1982 eine Bewegung ins Leben gerufen, die neuere pazifistische Ideen aufnimmt und in ihre Hauptforderung nach der Abschaffung der Armee einbezieht. Nur schon die Artikulation dieses Anliegens mittels einer Volksinitiative wirft hohe Wellen. Ihr Zustandekommen und eine letztlich beachtliche Zustimmungsquote 1989 machen die Initiative *Schweiz ohne Armee* zu einem der wichtigsten Abstimmungsereignisse der 1980er Jahre. Die Debatte erwirkt eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, die über die Armeefrage hinausgeht und in den Untersuchungszeit-

raum überschwappt. Die hier vorliegende Dissertation behandelt den Zeitraum 1990-2003 des Kampfes um die Schweizer Armee, welche in den 1970er Jahren markant einsetzt und bis heute anhält.

Die im Zeitraum 1990 - 2003 untersuchten Armeedebatten sind geprägt durch den Umbruch von 1989 und das Ende des Kalten Krieges. Die Schweiz kann sich einer sicherheitspolitischen Neuorientierung nicht entziehen. In der Grundsatzdebatte zwischen Öffnung und Isolation und der Diskussion um die Gestaltungsräume einer sich globalisierenden Gesellschaft nimmt die Armee eine zentrale Rolle ein. Der Stellenwert der Armee in der Gesellschaft wird durch die veränderte weltpolitische Lage, die Radikalkritik der 1980er Jahre und die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Diskussion gestellt. Die unter den Labeln Armee reformen 95 und XXI eingeleiteten Umstrukturierungen der Armee lösen jedoch auch aussenpolitische Debatten aus. Mit der Artikulierung einer auf Kooperation ausgerichteten Sicherheitspolitik eröffnet die Öffnungsdebatte gegen Ende des Jahrzehnts einen möglichen Ausweg aus der vom Souverän in anderen Bereichen geforderten Isolation. Der Kampf um die Armee erhält neben den alten linken Forderungen nach Abrüstung und Entmilitarisierung eine aussenpolitische Brisanz, die sich in der Auseinandersetzung um den Begriff und die Definition der Neutralität zeigt und sich an der Frage der Auslandseinsätze der Schweizer Armee kristallisiert. Nach der Ablehnung von UNO-Blauhelmen durch das Volk, die gegen eine aussenpolitische Öffnung gerichtet war, werden durch die Teilnahme der Schweiz an internationalen Friedensbemühungen auf dem Balkan Voraussetzungen geschaffen, die eine Heranführung an eine internationale Kooperation erlauben, wie sie im sicherheitspolitischen Bericht 2000 *Sicherheit durch Kooperation* weiter skizziert wird.

Die Armee reformprojekte Armee 95 und Armee XXI führen zu Debatten über die Stellung der Armee in der Gesellschaft, die jedoch nicht mehr die Intensität der 70er und 80er Jahre erreichen. Die Dienstverweigererproblematik wird mit der Einführung eines Zivildienstes ohne nennenswerten Widerstand endgültig entschärft. Ohne die Wehrpflicht an sich in Frage zu stellen, lässt die kontinuierliche Reduktion der Bestände an der *Wehrgerechtigkeit* zweifeln, zumal sich zunehmend Wehrpflichtige dem Militärdienst entziehen. Dieser Umstand muss zudem in einer Milizarmee zu einem permanen-

ten Kadernmangel führen. Am Milizsystem wird aber trotzdem festgehalten. Eine zunehmende (Teil-)Professionalisierung und auch der teilweise Übergang von einer auf Landesverteidigung ausgelegten *Ausbildungsarmee* zu einer auf kooperative Zusammenarbeit ausgelegten *Einsatzarmee*, löst Widerstand bei Traditionalisten und Isolationisten aus. Diese sind überwiegend dem rechten politischen Lager zuzuordnen und lösen in den 90er Jahren die Linke als Schrittmacher der Kritik an der Armee und damit auch als Schrittmacher im Kampf um die Armee ab. Die Linke hält jedoch ihre traditionellen Abrüstungsforderungen aufrecht, die SP präsentiert diese in eigenen Armeemodellen oder der Umverteilungsinitiative. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) lanciert sogar eine zweite Abschaffungsinitiative ohne jedoch den Kampf um die Schweizer Armee erneut befeuern zu können. Eine gespaltene Linke zeigt sich bei den Änderungen des Militärgesetzes 2001. Während die SP offiziell die Bewaffnung im Ausland und die Ausbildungszusammenarbeit mit dem Ausland befürwortet, schlägt die grundsätzliche Armeeopposition der GSoA und auch des linken SP-Flügels gar in unheilige Allianzen mit SVP und AUNS um, damit sie gemeinsam plebiszitär mehrheitsfähig werden.

Thema dieser Arbeit ist die umfassende Untersuchung der kontinuierlichen Auseinandersetzungen um die Schweizer Armee im Zeitraum 1989 - 2003. Wenn diese öffentlichen Auseinandersetzungen als „Kampf um die Schweizer Armee“ aufgefasst werden, wird damit die Absicht kundgetan, nicht nur die sachthematischen Inhalte der Debatten zu analysieren, sondern auch die Eigenart der Akteure und deren Ebenen der politischen Artikulation, wie die Formen der Aktionen und Kampagnen und die dabei verwendete Kampfsemantik.

1.2. FORSCHUNGSSTAND

Die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Schweizer Armee der letzten Jahrzehnte wurde vornehmlich durch die offiziöse „Geschichte des Schweizer Generalstabs“ geleistet.¹ Diese befasst sich primär mit der konzeptionellen und organisatorischen Entwicklung der Armee und der Zusammensetzung des Generalstabskorps zwischen 1804 und 1966. Für die Zeit nach 1966 ist weder die innermilitärische Diskussion noch die Armeedebatte im öffentlichen Raum systematisch analysiert worden. Die im Sommer 2015 abgeschlossene Dissertation von Jens Amrhein „Die Restrukturierung der Schweizer Armee 1985-2004“ befasst sich jedoch ausführlich mit dem konzeptionellen und organisatorischen Umbau der Armee.² Die Dissertation von Olivier Schneider behandelt ausführlich das Verhältnis der Schweiz Sicherheitspolitik zur NATO.³ Zudem gibt es diverse weitere Arbeiten, die Einzelthemen behandeln, welche eine Affinität zum Untersuchungsgegenstand dieser Abhandlung haben. Ebenso gibt es zahlreiche Umfragen zur aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung und Dienstbelastung. Letztere finden seit 1991 regelmässig statt und zeugen von einer erhöhten Eigenbeobachtung der Akteure des Systems Militär. Sie betten die Ereignisebene des Kampfes um die Armee in eine empirisch untersuchte Befindlichkeit der Bevölkerung zu Armeethemen ein. Durch ihre Unmittelbarkeit in den Debatten und ihren Einfluss auf diese nehmen sie einen quasi-Status als Quelle in Anspruch. Besonders hervorzuheben ist die Studie *Sicherheit*, die seit 1991 konzeptionell und seit 1995 jährlich unter diesem Namen erscheint.⁴ Bei vielen anderen Arbeiten, welche thematisch die hier formulierte Thematik tangieren, handelt es sich um Lizentiats- bzw. Masterarbeiten, welche in ihrer thematischen Reichweite und Bearbeitungstiefe jedoch eingeschränkt

¹ Der Schweizerische Generalstab, Baden, cop. ab 1983.

² Es ist an dieser Stelle ausdrücklich empfohlen für die innermilitärische Entwicklung die Dissertation von Jens Amrhein beizuziehen.

³ Schneider Olivier, Von der autarken Landesverteidigung zur Annäherung an die NATO, Egg bei Einsiedeln 2013.

⁴ Haltiner / Buri / Spillmann, Sicherheit 1991. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, Zürich 1991.

Haltiner Karl et al., Stand der sicherheitspolitischen Information 1993.

Haltiner Karl et al., Sicherheit 1995/1995/1996/1997/1998/1999/2000/2001/2002/2003/2004/2005/2006.

sind, aber nichtsdestotrotz einen willkommenen Beitrag in Form von medienwissenschaftlich-empirischen oder historischen Untersuchungen einzelner Akteure⁵ oder Zeitzeugeninterviews bilden.⁶

Weitere historische Arbeiten, deren Fragestellung auf die Entwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik abzielt, geben einen hilfreichen Überblick über die Entstehung der schweizerischen Sicherheitspolitik nach dem Kalten Krieg, ohne jedoch im Detail auf die Akteursstruktur oder die einzelnen Debatten einzugehen.⁷

Militär- und sicherheitspolitische Forschungsinstitutionen erarbeiten aktuelle systematische Überblicke über die entsprechende Diskussion und dienen als deren Plattform.⁸ Zu einzelnen Problemfeldern der Sicherheitspolitik finden sich dort Analysen und Kommentare, die jedoch auf die einzelnen Spezialbereiche abgesteckt und stark von zeitgenössischen Wahrnehmungen und politischen Absichten geprägt sind.⁹ Zu einzelnen Abstimmungen existieren neben den Beiträgen oben genannter Institutionen einige For-

⁵ Loppacher / Ribi, Die AUNS und die GSoA: Öffentlichkeitsstrategien rechter und linker sozialer Bewegungsorganisationen im Vergleich. Liz. Uni Zürich, Zürich 2006.

Heinzmann, Rudolf Farner und die Anfänge der professionellen Public Relations in der Schweiz, Lizentiatsarbeit 2008.

⁶ Fischer, "Wir sind noch einmal davongekommen", Lizentiatsarbeit Universität Basel 2003.

Dietiker, Auf dem Gewissen. Militärdienstverweigerung in der Schweiz zur Zeit des Kalten Krieges, Unveröffentlichte Maturitätsarbeit Aarau 2010. Diese Maturitätsarbeit ist von bemerkenswert hoher Qualität und kann als echten Beitrag zur Forschung hervorgehoben werden. Sie ist entsprechend mehrfach prämiert worden.

⁷ Vgl. z.B. Breitenmoser, Christoph, Strategie ohne Aussenpolitik. Zur Entwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik im Kalten Krieg, Bern 2002.

Spillmann / Wenger et al., Schweizer Sicherheitspolitik seit 1945. Zwischen Autonomie und Kooperation, Zürich 2001.

⁸ Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, Zürich 1993 fortlaufend.

Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, Zürich 1987 fortlaufend.

SAMS-Informationen. Bulletin des Schweizerischen Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften, Bern 1977-1995.

⁹ In dieser Hinsicht könnte man auch die Diskussion in den Fachmedien, wie der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift ASMZ erwähnen, die ihrerseits ebenfalls im Untersuchungsbereich z.T. interessante Beiträge bietet.

schungsbeiträge¹⁰ und Analysen¹¹ sowie Zeitzeugenberichte.¹² Eine Überblicksdarstellung bietet die politikwissenschaftliche Auswertung sämtlicher militärpolitischen Abstimmungen *Verteidigungspolitik in der direkten Demokratie*.¹³

Soziologische Arbeiten, welche auf quantitativen Datenerhebungen beruhen, leisten ebenso einen Einstieg in Teilbereiche des Untersuchungsgegenstandes¹⁴ wie politik- und medienwissenschaftliche Arbeiten.¹⁵ Diese Arbeiten geben wertvolle und fundierte Hintergrundinformationen und Einblicke in die Ereignisebene, zeichnen sich aber durch Akteurs- und Quellenferne aus.

Die primär sicherheitspolitische- und sozialwissenschaftliche Literatur stellt viele wertvolle Informationen und Einzelaspekte zur Untersuchung des Kampfes um die Schweizer Armee zur Verfügung, untersucht jedoch die von wechselnden Akteuren getragenen, seit den frühen 70er Jahren anhaltende vielschichtigen und facettenreichen Auseinandersetzungen um die Schweizer Armee nicht.

1.3. UNTERSUCHUNGSANLEITENDE THEORETISCHE ANSÄTZE

Um den von einer Vielzahl von Akteuren, zunehmend vielschichtigen und in den Formen und aktualisierten Argumenten und Symbolbildern vielfältig gestalteten Kampf um die Schweizer Armee nicht als Aneinanderreihung von Einzelfallgeschichten zu fassen und darzustellen, sondern Entwicklungen des Agierens und der Verwendung von Sprachbildern, visuellen Bildern und Symbolen aufzuzeigen, wird im Wesentlichen auf

¹⁰ Schürmann, Helvetische Jäger, Zürich 2009.

¹¹ Vox. Analysen eidgenössischer Urnengänge, Bern. GfS-Forschungsinstitut, Bern 1987 fortlaufend. Haltiner, Nachbefragung zur Abstimmung Schweiz ohne Armee. Unterbözing 1990.

¹² Heuberger, Wieso wir den Abstimmungskampf gewannen.

In den GSoA-Jahrbüchern finden sich ebenfalls Zeitzeugenberichte und Analysen zu den entsprechenden Abstimmungen.

¹³ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik.

¹⁴ Vgl. z.B. Haltiner, Milizarmee – Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal?, Frauenfeld 1985.

¹⁵ Vgl. z.B. Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik in der direkten Demokratie. Eine Analyse der sicherheits- und militärpolitischen Abstimmungen in der Schweiz zwischen 1980 und 2005, Zürich 2006.

drei Ansätze zurückgegriffen, welche das theoretische Grundgerüst der Arbeit bilden.¹⁶ Es sind dies (1) das Arenenmodell von Kriesi bzw. Neidhardt, davon abgeleitet (2) ein Akteurskreismodell von etablierten und nicht etablierten Akteuren und deren Aktionsformen. Beide bereiten dem Hauptansatz, (3) dem Konzept der historischen Semantik von Busse in Verbindung mit dem Topos-Begriff von Wengeler die Grundlage.

(1) Kriesi unterscheidet zwischen administrativer, parlamentarischer und öffentlicher Arena. Letztere bezeichnet er in Anlehnung an Neidhardt¹⁷ als den „Ort, wo die politische Kommunikation zwischen den politischen Akteuren und den Bürgern stattfindet.“¹⁸ Der Kampf um die Schweizer Armee findet in allen drei Arenen statt. Unser Untersuchungsschwerpunkt liegt in der öffentlichen und in der parlamentarischen Arena. Letztere ist nur von Interesse, wenn parlamentarische Debatten in der Medienöffentlichkeit auf Resonanz stossen und in die parlamentarische Arena zurückwirken. Die administrative Arena, sowie der nicht öffentliche Teil der parlamentarischen Arena (beispielsweise Kommissionsinterna) gehören somit nicht in den Untersuchungsbereich. Findet jedoch durch Indiskretion und Skandalisierung in diesen „diskreten“ Arenen Verhandeltes den Weg in die öffentliche Arena, wird es auch für die Untersuchung relevant. Die öffentliche Arena und der für die Untersuchung relevante Teil der parlamentarischen Arena können als *öffentliche politische Arenen* bezeichnet werden.

(2) Auf den öffentlichen politischen Arenen agieren die relevanten Akteure in einem spannungsreichen Abhängigkeitsverhältnis.¹⁹ Für den Untersuchungszeitraum ergibt sich ein weitestgehend stabiler Akteurspool an relevanten Akteuren. In diesem Akteurspool befinden sich die etablierten Akteure. Zu diesen gehören politische Parteien, Behörden, Interessensverbände mit Zugang zur und Einfluss auf die parlamentarische Arena. Dazu gehören auch die Akteure des Milizsystems. Dieses umfasst neben den zivilen

¹⁶ Das Dissertationsprojekt von Christoph Wyniger „Kampf um die Schweizer Armee. Die öffentliche Debatte 1966 – 1989“ verwendet den gleichen Ansatz. Das methodisch-theoretische Grundgerüst sowie der Ansatz der Arbeit wurden gemeinsam erarbeitet und erweitert.

¹⁷ Neidhardt, Öffentlichkeit, S.7ff.

¹⁸ Kriesi, Die Rolle der Öffentlichkeit, S. 4.

¹⁹ Donges / Imhof, Öffentlichkeit im Wandel, S. 198.

und militärischen Verwaltungsangehörigen Milizorganisationen und einzelne Milizoffiziere, welche verschiedenen Akteurskreisen zuzurechnen sind. Dies zeigt sich in den Personalunionen wie Milizoffizier/Parlamentarier/Politiker oder Milizoffizier/Journalist. Interessenorganisationen des Milizsystems, sind unter andern die Schweizerische Offiziersgesellschaft SOG oder die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee AWM.

Ohne Zugang zur parlamentarischen Arena und somit nicht Teil des stabilen Akteurspools sind Aussenseiterkreise bzw. nicht etablierte Akteure. Es handelt sich dabei um soziale Bewegungen bzw. Protestbewegungen. Diese haben keinen Zugang zur Machtallokation innerhalb der parlamentarischen Arena und sind auch nicht an das Medien- bzw. Wirtschaftssystem gekoppelt „und verfügen über kein gewachsenes, bedeutungssicherndes Sozialprestige zur Durchsetzung von Ideen.“²⁰ Durch Institutionalisierung ist es jedoch möglich, dass eine soziale Bewegung in den oben erwähnten Akteurspool Zugang findet. Dies trifft für die GSoA zu, welcher es gelang, im politischen Entscheidungsprozess zunehmend eine *agenda setting*-Funktion zu erreichen. Über das Mediensystem hatte die GSoA bereits in ihrer Anfangszeit in den 1980ern einen Anknüpfungspunkt zur öffentlichen Arena und konnte entsprechend Einfluss nehmen. Im Untersuchungszeitraum gehört die GSoA bereits zu den etablierten Akteuren.²¹

Nicht etablierte Akteure zeichnen sich dadurch aus, dass sie gezwungen sind besondere Aktionsformen anzuwenden, um in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit beziehungsweise Resonanz zu erlangen.²² Diese unterscheiden sich in der Regel von den Aktionsformen etablierter Akteure. Die Merkmale, Eigenschaften und Muster dieser Inszenierungen können als Performativität bezeichnet werden. Hier wird der von Sybille Krämers entwickelte Performativitätsbegriff verwendet, der so umschrieben wird: „Vielmehr erfasst Performativität eine Dimension aller kultureller Praktiken im Spannungsverhält-

²⁰ Ebd., S. 199.

²¹ Die GSoA kann sich auf die Wochenzeitung als Plattform stützen. Zunehmend gelingt es aber auch bei Tageszeitungen, die weniger pointiert links positioniert sind, Einfluss auszuüben. Beispiele sind der Tagesanzeiger und die Sonntagszeitung, sowie die Weltwoche.

²² Donges / Imhof, Öffentlichkeit im Wandel, S. 199.

nis zwischen einem Ereignis und seiner Wahrnehmung; und zwar soweit dieses Verhältnis so beschrieben werden kann, dass das, was ein Akteur hervorbringt, von Betrachtern auf eine Weise rezipiert wird, welche die Symbolizität und Ausdruckseigenschaften dieses Vollzugs gerade überschreitet.“²³ Der Performativität liegt ein ausgeprägter Orientierungscharakter sozialer Darstellungen inne, dem in dieser Arbeit starke Beachtung geschenkt werden soll. Im Vordergrund steht die Inszenierungsleistung der Akteure, welche nicht nur die Performance (Aufführung) an sich leistet, sondern eine bestimmte Rezeption bei den Betrachtern der Inszenierungsleistungen erwirken soll. Die Intention der Akteure besteht darin, durch die Art einer Darstellung eine Rezeption zu erreichen, die über das Inhaltliche hinausgeht und neue oder neuartige „Wirklichkeiten“ schafft. Durch eine spezifische Performativität gelingt es Akteuren zusätzlich, eigene Bilder und Sprachbilder öffentlich zu verbreiten und einen Medienwert zu erzielen.²⁴

Mit (1) gelingt es die Orte der Auseinandersetzung zu begrenzen. Eine ähnliche Funktion übernimmt auch (2): Die Eingrenzung der Akteure. Sie weisen dem Hauptansatz (3) der historischen Semantik Spielfeld und Mitspieler zu. Dieser bietet die Möglichkeit, den Wandel und die Bedeutungsvielfalt von Bildern, Texten und Sprachbildern zu erkennen und zu analysieren. Die historische Semantik laut Dietrich Busse hat zum Ziel Mechanismen der Wirklichkeitskonstitution freizulegen.²⁵ Soziale und gesellschaftliche Wirklichkeiten entstehen durch kommunikative Akte, deren allgemein „bewusstseinskonstitutive Funktion“ gegeben ist.²⁶ Martin Wengeler beschreibt die Ziele einer Analyse nach der historischen Semantik folgendermassen: „Kontinuität und Wandel von Bedeutungen zu erklären und Rückschlüsse von der Sprachverwendung [bzw. von der Bildsprache] auf die Bewusstseinslage einer Zeit zu rechtfertigen.“²⁷ Unsere Wirklichkeitserfahrungen setzen sich aus verschiedenen kommunikativen Handlungen zusammen. Die Analyse dieser Handlungen ermögliche „in einer gegebenen Epoche unter

²³ Krämer, Performativität, S. 21.

²⁴ Kriesi, Die Rolle der Öffentlichkeit, S. 8.

²⁵ Busse, S. 297ff.

²⁶ Busse, S. 306.

²⁷ Wengeler, Die Sprache der Aufrüstung, S. 20.

Berücksichtigung der von Kommunikationspartnern zu beachtenden Voraussetzungen auch Rückschlüsse auf die Wirklichkeitserfahrung, die Bewusstseinslage, die Mentalität der Handelnden und damit der Zeit“ zu ziehen.²⁸ Gerade auftretende Regelmässigkeiten bei kommunikativem Handeln schaffen eine Bedeutungskonstanz nicht nur einzelner Begriffe, sondern auch diskursiv-thematischer Strategien, die unmittelbar im Zusammenhang mit den historischen und sozialen Begebenheiten eines Zeitraumes stehen. Auf den Kampf um die Schweizer Armee übertragen bietet sich also die Herausforderung an, anhand der Regelmässigkeiten der in dieser Auseinandersetzung stattfindenden kommunikativen Handlungen einerseits Rückschlüsse auf das sich wandelnde gesellschaftliche Verhältnis zum Kampfobjekt Armee zu ziehen, andererseits aber auch gesamtgesellschaftliche Wahrnehmungsänderungen am Kampf um die Armee festzumachen, respektive mit ihm gar zu begründen. Mit dem Ansatz der historischen Semantik, soll hier die Frage gestellt werden, ob und vor allem wie der Kampf um die Armee Wirklichkeiten konstituiert.

Vor diesem Hintergrund erscheint für die Analyse kommunikativer Handlungen die Anwendung des Topos-Begriffs im Sinne des *Argumentationstopos* der historischen Semantik geeignet, da dieser eine Analyse der Verwendung von einzelnen Begrifflichkeiten erlaubt. In Quellentexten fehlen oftmals zentrale Begriffe, jedoch lassen sich in diesen Texten gleichbleibende und wiederkehrende Argumentationsmuster feststellen.²⁹ Damit können einerseits „unabhängig von der konkreten sprachlichen Realisierung gleiche Grundmuster der Argumentationsweise in Texten“³⁰ aufgefunden und eingeordnet werden, andererseits muss nicht „auf noch weniger textuell-materiell gestützte Kategorien wie *Deutungsmuster* [sic] oder *Leitbild* [sic]“³¹ ausgewichen werden. Die Verwendung des Argumentationstopos-Begriffs ermöglicht ausserdem den semantischen Vergleich von verschiedenen etablierten und nicht etablierten Akteuren auf einer mittleren Abstraktionsebene. Diese ist lokalisiert auf einer Ebene zwischen konkreten Sachargu-

²⁸ Ebd., S. 21.

²⁹ Wengeler, Tiefensemantik-Argumentationsmuster-soziales Wissen, S. 140.

³⁰ Ebd.

³¹ Wengeler, S. 80.

menten und kontextabstrakten Argumentationsmustern. Dies „ermöglicht das Vorkommen von Argumentationsmustern [sic] in verschiedenen Teildiskursen, also für verschiedene Fragestellungen zu vergleichen, ohne nur Argumentationsschemata zu analysieren, die völlig unabhängig vom sachlichen Gehalt der Diskurse sind.“³² Argumentationstopoi sind so allgemein, dass sie inhaltlich zu verschiedenen Zwecken unterschiedlich aufgeladen werden können, und ermöglichen es somit, Argumentationsmuster sowohl während des gesamten Untersuchungszeitraums als auch innerhalb der einzelnen signifikanten Debatten nachzuvollziehen und zu analysieren. Die Analyse von Argumentationstopoi bildet damit das Werkzeug, das erlaubt, die semantische Dimension des Kampfes um die Schweizer Armee zu erfassen.

Diese Analyseart ermöglicht auch Argumentationsmuster in den verwendeten visuellen Bildern zu erkennen.³³ Visuelle Bilder haben im Zusammenhang mit der politischen Kommunikation eine zentrale Bedeutung und werden bewusst performativ eingesetzt, um einen spezifischen Einfluss auf die Betrachter auszuüben. „Der Bildrezipient nimmt folglich ganz bewusst das Bild als verschieden von dem [wahr], was [sic] es darstellt.“³⁴ Neben der Denotation des Bildinhaltes liegt das Interesse auch auf der Konnotation,³⁵ die abhängig ist vom praktischen, nationalen, kulturellen und ästhetischen Wissen des Betrachters.³⁶ Unter Zuhilfenahme der (englischsprachigen) Differenzierung zwischen *picture* und *image* lässt sich das physische Bild vom mentalen Bild unterscheiden.³⁷ Die Eruierung der Konnotationen ist für die Untersuchung der im Kampf um die Schweizer Armee verwendeten visuellen Bilder zentral. Wie die Analyse von sprachlichen Argu-

³² Ebd.

³³ Mit Bildern sind in diesem Zusammenhang multimodale Texte gemeint. Die Analyse multimodaler Texte umfasst die Gesamtheit aller in einem Bild vorhandenen verbalen und visuellen Elemente.

Vgl. Kress / van Leeuwen, *Multimodal discourse*, S. 2.

³⁴ Sachs-Hombach / Schirra, *Zur politischen Instrumentalisierbarkeit*, S. 35.

³⁵ Stöckl, *Die Sprache im Bild*, S. 14. Stöckl unterscheidet zwischen Konnotation als Bildkontext und Assoziation als Bedeutung des Bildes. Beide Aspekte werden in dieser Arbeit unter Konnotation zusammengefasst.

³⁶ Barthes, *Die Rhetorik des Bildes*, S. 41.

³⁷ Schnetzer, *Bergbild*, S. 23.

mentationsmustern ermöglicht eine semiotische Herangehensweise bei der Bildanalyse die Untersuchung mentaler Bilder, die im Kampf um die Schweizer erzielt werden sollten.

1.4. VORGEHEN UND QUELLEN

Grundlage der oben skizzierten Analyseebenen bildet die Darstellung der Kerndebatten und ihrer Streitgegenstände, an denen sich der Kampf um die Armee kristallisiert. Die Darstellung und Analyse der einzelnen Kerndebatten auf der Zeitachse bildet die Grundlage, um den semantischen und semiologischen Kampf und die verwendeten Argumentationsfiguren zu erfassen, zu deuten und in die von den Akteuren über die Zeit mobilisierten Muster einzuordnen. Als Kerndebatten werden Debatten bezeichnet, die sowohl in der parlamentarischen wie in der öffentlichen Arena mit grossem Medienniederschlag ausgefochten wurden.

Für die Untersuchung der Debatten in den öffentlichen politischen Arenen bietet sich in erster Linie die Auswertung wichtiger überregionaler Tageszeitungen an. Die Artikel und Kolumnen der Tageszeitungen geben ein gutes Bild davon ab, was in der Öffentlichkeit Anlass zur Diskussion gab. Das Arenenmodell ermöglicht es, den Zugang zu den einzelnen Kerndebatten zu erfassen und einzuordnen. Wird etwa ein Gesetzgebungsverfahren betrachtet, werden nur Texte und Bilder analysiert, die der öffentlichen Arena zugänglich gemacht wurden, wie Botschaften oder Vernehmlassungsprotokolle oder solche, die von der öffentlichen Arena ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden. Für die Untersuchung relevant ist somit nicht, wie eine Botschaft zustande gekommen ist, sondern welche Texte und Bilder bei der Ausarbeitung produziert wurden. Andererseits kann auch die öffentliche Arena Debatten generieren, die durch ihre Rezeption in der parlamentarischen Arena zu Kerndebatten werden. So erreichte die radikale Armeeabschaffungsforderung, die zuvor lediglich in Aussenseiterkreisen diskutiert worden war, durch ihren Widerhall in der parlamentarischen Arena einen grossen Stellenwert für die öffentliche Debatte um die Schweizer Armee.

Die Auswahl der für die Untersuchung relevanten Akteure misst sich an der Fähigkeit bzw. Möglichkeit eines Akteurs, auf das *agenda setting*³⁸ Einfluss zu nehmen. Akteure, welche über diese Fähigkeit beziehungsweise Möglichkeit verfügen, bestimmen den öffentlichen Diskurs und somit, welche Themen in der Öffentlichkeit als dringlich wahrgenommen werden.³⁹ Im für die Untersuchung relevanten Akteurspool von etablierten Akteuren befinden sich die politischen Parteien mit Fraktionsstärke im Parlament. Diese prägen durch die Teilnahme an den parlamentarischen Kommissionen und den Ratsdebatten die Armeepolitik in der parlamentarischen Arena. Dort wie auch in der öffentlichen Arena haben diese Parteien den bedeutendsten Einfluss auf das *agenda setting*. Ebenfalls zu diesem stabilen Akteurspool gehört das EMD/VBS mit dem jeweiligen Departementsvorsteher. Das EMD/VBS wird als Akteur aufgefasst, der über verschiedenen Gremien, zum Beispiel die Landesverteidigungskommission oder die Gruppe für Rüstungsdienste, und auch über das Einsetzen von Kommissionen, Beispiele sind die Kommissionen Oswald, Schoch oder Brunner, ebenfalls Einfluss auf das *agenda setting* ausübt. Diesen Einfluss können auch die grösseren Milizorganisationen (Bsp. SOG) und dem System Militär nahe Vereinigungen und Organisationen (Bsp. VSWW, AWM, Farner PR) durch Personalunionen und Öffentlichkeitsarbeit geltend machen. Als Experten gehören auch Einzelpersonen (Wissenschaftler, Militärpublizisten) zu diesem stabilen Akteurspool. Diese besitzen zwar keine *agenda setting*-Funktion im eigentlichen Sinne, verleihen aber Standpunkten anderer Akteure Gewicht oder relativieren diese. Da diese Experten trotz ihrer Verbindungen zu anderen Akteuren aus dem Akteurspool (Parteien, Milizorganisationen, EMD/VBS) als unabhängig gelten, nehmen sie eine Vermittlerfunktion zwischen etablierten Akteuren und der Öffentlichkeit ein. Auch überregionale Medien nehmen eine *agenda setting*-Funktion ein und gehören deshalb zum stabilen Akteurspool.

Nicht zum stabilen Akteurspool gehören *nicht etablierte* Akteure. Dies sind Akteure, die keinen direkten Zugang zur parlamentarischen Arena, d.h. zum politischen Ent-

³⁸ Zur *agenda setting* Funktion vgl: Peters, Bernhard. Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Öffentlichkeit, S. 42-76.

³⁹ Bonfadelli, Medienwirkungsforschung I, S. 237.

scheidungsprozess, haben. Sofern diese Akteure durch ihre Aktionen und Aktionsformen *agenda setting*-Funktion innerhalb des Untersuchungsgegenstandes übernehmen können, werden sie auch für die Untersuchung relevant. Der Einfluss von nicht etablierten Akteuren auf den Kampf um die Schweizer Armee ist jedoch von begrenzter Dauer. Diese Akteure lassen sich als Aussenseiter bezeichnen. Sie sind in der Regel dem armeekritischen Spektrum zuzuordnen. Dazu gehören beispielsweise der Schweizerische Friedensrat, die neue Friedensbewegung, die Soldatenkomitees oder neue soziale Bewegungen wie die frühe GSoA. Letztere ist ein Beispiel dafür, dass auch nicht etablierte Akteure Zugang zum Akteurspool finden können und sich in diesem mit fortschreitender Institutionalisierung etablieren können.

Die hier angestrebte Analyse des Kampfes um die Schweizer Armee setzt bei den Debatten und ihren Streitgegenständen an und schreitet zur Analyse der verwendeten sprachlichen und visuellen Bilder weiter. Die Analyse der Sprach- und Bildtexte erlaubt, Veränderungen der Argumentations- und Sichtweisen der Akteure aufzuzeigen und die Veränderung von Stellenwert und Intensität der jeweiligen Debatten in der öffentlichen Diskussion zu erfassen. Neben der Analyse der Sprachbilder soll die Ebene der visuellen Bilddimension einbezogen werden. Das Hauptaugenmerk liegt darauf, in multimodalen, Sprache und Bild verwendenden Texten herauszuarbeiten, welche Assoziationen durch Veränderung oder Variierung von Bildern hervorgerufen wurde.

Die Verwendung des Argumentationstopos-Begriffs ermöglicht Grundmuster von Argumentationsweisen in Sprachtexten und Bildern zu finden und einzuordnen. Das Freilegen eines Argumentationstopos erfordert eine umfassende Lektüre des Quellenkorpus, um die auszuwertenden Argumentationstopoi zu formulieren. Die auf diese Weise formulierten Argumentationstopoi werden im weiteren Verlauf ausdifferenziert. In einem weiteren Schritt werden die unterschiedlichen Ausgestaltungen der einzelnen Argumentationstopoi untersucht. Verschiedene Akteure bedienen sich in einer Debatte der gleichen Argumentationstopoi. Die Argumentationstopoi sind aber je nach Akteur und seiner Positionierung in einer Debatte andersartig aufgeladen. Laut Bornscheuer können Topoi in diesem Sinn „divergierende, ja oft kontradiktorische Sinndeutungen des Ein-

zelfalles“⁴⁰ abdecken. So beinhaltet beispielsweise in den 1980er-Jahren der Argumentationstopos *Bedrohung* je nach Betrachter entweder das Bild einer durch Umweltverschmutzung oder durch eine fremde Armee zerstörten Landschaft. Argumentationstopoi werden von verschiedenen Akteuren aber auch von den Rezipienten selbst andersartig aufgeladen. Ebenso werden sie nicht nur während einer Debatte angewandt, sondern sind über längere Zeiträume im Kampf um die Schweizer Armee identifizierbar. Argumentationstopoi sind folglich weder an Akteure noch an Debattengegenstände gebunden. Hier liegt der entscheidende Unterschied zu den Argumentationsmustern. Letztere werden in dieser Arbeit als debatten- und akteursspezifisch aufgefasst und entsprechend am Ende der Unterkapitel erfasst. Die Argumentationsmuster werden qualitativ in Argumentationstopoi, also in eine erhöhte Abstraktionsstufe übertragen. Um dies darzustellen, wird deshalb auf die wichtigsten Argumentationstopoi in eigenen Kapiteln eingegangen. Dabei sollen mit zum Teil längeren Quellenauszügen die verschiedenartigen Adaptionen eines bestimmten Argumentationstopos über den gesamten Untersuchungszeitraum dargestellt werden. Bei der Anwendung dieses Ansatzes dient die Auseinandersetzung Wengeler bei der Untersuchung der Argumentationstopoi im Rahmen der Debatte um die Einwanderung nach Deutschland.⁴¹ Auf eine quantitative Auswertung der Argumentationstopoi wird in dieser Arbeit verzichtet, da sonst die daraus folgende Eingrenzung des Quellenkorpus die umfassende inhaltliche Darstellung verunmöglichen würde.

Die Aufladung der Argumentationstopoi im Kampf um die Schweizer Armee wird durch multimodale Texte und Aktionen der Akteure produziert. Die Debatten werden durch verschiedenartige visuelle Bilder geprägt. Zu den visuellen Bildern zählen in erster Linie Abstimmungsplakate und Flugblätter, aber auch Karikaturen und andere bildliche Darstellungen. Visuelle Bilder werden häufig dazu eingesetzt, bei einer divergierenden Interpretation eines Topos beim Betrachter die gewünschte Konnotation zu wirken. Beim Argumentationstopos *Bedrohung* der 80-er Jahre zeigt sich dies in der Verknüpfung des Topos mit Abbildungen von abgestorbenen Wäldern oder Kriegssitua-

⁴⁰ Bornscheuer, Topik, S. 101.

⁴¹ Wengeler, Topos und Diskurs.

tionen. Solche Abbildungen können dazu dienen, einen Topos argumentativ zu prägen. Für die Darstellung und Beschreibung von Bildern liefert Sascha Demarmels einen äusserst griffigen Ansatz, auf den sich die Terminologie der Bildbeschreibungen in dieser Arbeit stützt.⁴² Nicht für alle Debatten liegen entsprechende multimodale Quellen vor, welche eine Untersuchung multimodaler, sprachlicher und visueller Texte erlauben. Für die Debatten um die Beschaffung des F/A-18 Kampfflugzeuges, zur Neutralität, bzw. Autonomie und internationale Einsätze werden multimediale Texte bzw. visuelle Bilder in eigenen Unterkapiteln vertieft untersucht.

Die Ausgestaltung der Performativität ist anders als die Argumentationstopoi stark akteursbezogen, da der Orientierungscharakter von den inszenierenden Akteuren ausgeht. Sie ist insofern schwierig über den gesamten Untersuchungszeitraum zu fassen, als die Performativität oft in der Neuartigkeit einer Art der Kommunikation oder in der ungewöhnlichen örtlichen und zeitlichen Platzierung einer Handlung liegt. Sie wird deshalb hier jeweils als Abschluss der verschiedenen Teil-Kapitel im Zusammenhang mit den Akteursverhältnissen und themenspezifischen Argumentationsmustern dargestellt. Die Untersuchung der Argumentationsmuster findet in der in einem Kapitel organisierten Untersuchung der Argumentationstopoi einen Anschluss.

Der untersuchte Quellenkorpus ergibt sich aus dem skizzierten Vorgehen. Es handelt sich fast ausschliesslich für die Öffentlichkeit gedruckte Texte. Ein Schwergewicht liegt bei den Tages- und Wochenzeitungen, die auch als Ort der Auseinandersetzungen verstanden werden. Grundlage für die Auswahl der zu analysierenden Artikel bilden der Pressespiegel des EMD/VBS, die thematischen Zeitungsausschnitt-Sammlungen des schweizerischen Sozialarchivs sowie die Jahrbücher der GSoA⁴³. Nebst der Tagespresse ist auch die Auswertung von Parteiblättern und ähnlichen Printmedien (z.B. WoZ, Schweizerzeit) von Belang. Ausserdem muss der schweizerischen Militärpresse Aufmerksamkeit geschenkt werden, da diese Aufschluss über die zeitgenössische Problemwahrnehmung aus dem Akteurskreis Militär gibt.

⁴² Demarmels, Ja. Nein. Schweiz.

⁴³ Die GSoA sammelte zwischen 1985 und 1993 systematisch Artikel zur Armeedebatte und veröffentlichte diese in den so genannten Jahrbüchern.

Die öffentlichen parlamentarischen Schriften bilden ebenfalls einen gewichtigen Anteil am untersuchten Quellenmaterial. In den Protokollen der Ratsdebatten lassen sich im Hinblick auf die Fragestellung Argumentationstopoi eruieren und das Handeln dieser Akteure nachzeichnen. Sowohl als Grundlage, als auch als Kulmination der öffentlichen Auseinandersetzung werden die Berichte des Bundesrates, beispielsweise zur Sicherheitspolitik, gesehen. In einer Doppelfunktion als Impulsgeber für die öffentlich-parlamentarische Debatte einerseits, aber auch als deren Synthese dienen die Berichte als Meilensteine des Kampfes um die Schweizer Armee.

Nur ergänzend wird auf Archivmaterial zurückgegriffen. Dies ergibt sich einerseits durch den Ansatz der Arbeit, andererseits durch die Schutzfristen für die Verwendung von Archivquellen im Untersuchungszeitraum. Eine Anzahl Archive sind jedoch eine ergänzende Informationsquelle für einzelne Akteure. Dabei steht vor allem das Archiv der SPS und der GSoA im Vordergrund, da gerade bei der SP auch parteiintern besonders kontrovers über die Armee diskutiert wurde. Seit ihrer Gründung im Jahre 1982 gehört die GSoA zu den Hauptakteuren in der Debatte um die Schweizer Armee. Dazu wurde das Archiv der GSoA im Sozialarchiv konsultiert. Ebenso wurde das Archiv der *Arbeitsgemeinschaft für eine friedenssichernde und wirksame Milizarmee* AWM benutzt. Diese Organisation und ihre Quellenproduktion hatten jedoch für diese Arbeit nur einen geringen Stellenwert.

Der skizzierte Ansatz und das ausgewählte Quellenkorpus ermöglichen es, über eine simple Nachzeichnung einzelner armeepolitischer Debatten des Untersuchungszeitraumes hinaus zu gehen. Zwar bildet die Darstellung der Debatten die Grundlage der Untersuchung, Ziel ist es aber, die im Kampfe um die Schweizer Armee zum Tragen gekommenen Aktionsformen und semantischen wie semiologischen Mittel zu untersuchen. Diese Ebene des Kampfes zeigt sich in den Aussagen und Botschaften der Akteure und insbesondere in der Belegung von Argumentationstopoi in den Sprachbildern und visuellen Bildern. Die Neubelegung von Argumentationstopoi erfolgt oft im Zusammenhang der Ausgestaltung der Performativität der Akteure. Dies ermöglicht die Verknüpfung der Akteurebene mit der Ebene der Argumentationstopoi.

1.5. AUFBAU UND FRAGESTELLUNGEN

Der Aufbau der Arbeit ergibt sich aus der thematischen Gliederung der Debattengegenstände in fünf Hauptkapitel, innerhalb derer die Kerndebatten weitgehend chronologisch dargestellt werden und die mit einem jeweils *Akteure, Performativität und Argumentationsmuster* überschriebenen Kapitel zusammenfassend analysiert werden.

Entsprechend handelt sich um drei Hauptfragekomplexe, mit deren Hilfe die verschiedenen Ebenen des Kampfes um die Schweizer Armee untersucht werden. Diese Forschungspisten fragen danach, wer die Kerndebatten führte, wie diese Debatten geführt wurden und welche Veränderungen sich im Untersuchungszeitraum ergaben.

Diese Forschungspisten sind zu kontextualisieren. Zu diesem Kontext gehören Veränderungen, welche die Gesellschaft im Untersuchungszeitraum erfahren hatte, welche sich auch auf die Debatte um die Armee auswirkten. Der Einfluss dieser gesellschaftlichen Veränderungen auf die Armee zeigt sich vor allem in Veränderungen der Akteursstruktur von Kritikern und Sympathisanten beziehungsweise Befürwortern und Gegnern sowie in der Art und Weise, wie eine Debatte geführt wurde. Ausserdem gehören zu diesem Kontext auch Veränderungen der aussenpolitischen (z.B. Nato-Doppelbeschluss oder der Fall des Eisernen Vorhangs) oder der innenpolitischen Lage (z.B. Rezession und Sparprogramme). Gerade im vorliegenden Untersuchungszeitraum ist der Einfluss von welt- und europapolitischen Ereignissen sicherheitspolitisch äusserst relevant. Nach Jahrzehnten mit einer stabilen Konstellation bedeuteten der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die neuformierte Bedrohung durch den Terrorismus eine sehr vielfältige und wechselhafte Herausforderung.

Im Einzelnen ergeben sich daraus folgende Fragestellungen:

In welchem kurz- und langfristigen Kontext stehen im Untersuchungszeitraum 1989-2003 die Kerndebatten um Abschaffung, Abrüstung, Reform und internationale Ausrichtung der Armee?

Welche etablierten und nicht etablierten Akteure und Akteurskoalitionen können eruiert werden und welchen Einfluss nahmen diese auf die Kerndebatten?

Welche Argumentationsmuster mobilisierten die Akteure und Akteurskoalitionen in ihren Sprach- und Bildtexten? Mit welchen Aktionsformen und Inszenierungen kom-

munizieren die Akteure ihre spezifischen Argumentationsmuster und Kampfsemantiken?

Welche akteursübergreifenden Argumentationstopoi werden in der Armeedebatte entwickelt und verwendet? Wie werden diese akteurspezifisch belegt und in Sprach- und Bildtexte übersetzt?

Der Aufbau der Arbeit leitet sich aus dem Kampfgeschehen auf der Zeitachse, den thematischen Hauptkampflinien und den im Einsatz stehenden Akteuren ab. In der frühen Phase des Untersuchungszeitraumes steht die Armeeabschaffung und „Armeeabschaffung auf Raten“ durch die GSoA mit ihren Volksinitiativen gegen die Beschaffung von Kampfflugzeugen und zur Abschaffung der Armee im Zentrum (Kapitel 2). Abrüstung, Umverteilung und Ressourcenentzug bilden vor dem Hintergrund einer über ein Jahrhundert alten Traditionslinie auch im Untersuchungszeitraum 1989 - 2003 das Rückgrat der sozialdemokratischen Militärpolitik (Kapitel 3). Die aus demographischen, gesellschaftspolitischen und sicherheitspolitischen Gründen eingeleitete Reform und Modernisierung der Schweizer Armee durch das Verteidigungsdepartement EMD/VBS führen zu einer neuen Konstellation im Kampf um die Schweizer Armee. Neben linken armee-kritischen bzw. -feindlichen Akteuren erheben sich neue, rechtskonservative Akteure, welchen die Armee reform zu weit geht und die die Landesverteidigung bedroht sehen. (Kapitel 4). Die Entstehung einer neuen, konservativ-isolationistischen Front verlagert den Kampf um die Armee auf die Konfliktachsen Neutralität, Autonomie und internationale Einsätze (Kapitel 5). Abschliessend werden die von allen Akteuren, auf allen thematischen Konfliktachsen über den ganzen Untersuchungszeitraum ins Spiel gebrachten Argumentationstopoi im Kampfe um die Schweizer Armee herausgearbeitet und untersucht. (Kapitel 6). Die Ergebnisse werden in einem Schlusskapitel zusammengefasst.

2. DIE FORTSETZUNG DES KAMPFES UM DIE SCHWEIZER ARMEE AM ÜBERGANG VOM 20. ZUM 21. JAHRHUNDERT

Mit der Abstimmung über die erste Initiative zur Abschaffung der Armee vom 3. November 1989 hatte der Kampf um die Schweizer Armee einen ersten Höhepunkt erreicht. Der zweite, im Zeitraum 1966 – 2002, herausragende Höhepunkt sollte die Abstimmung über die Beschaffung des Kampfflugzeuges F/A 18 im Jahre 1993 werden. Gefolgt von einer zweiten Abschaffungs-Initiative im Jahre 2001, welche einen deutlichen Rückgang der Intensität des Kampfes um die Schweizer Armee auf allen Ebenen aufzeigte. Diese beiden mit Volksabstimmungen verbundenen Debattenereignisse werden in einem Hauptkapitel behandelt, da sich identische Akteurskoalitionen gegenüberstehen und obwohl es bei der den Kampf kulminierenden Auseinandersetzung um Kampfflugzeuge geht, ebenso sehr die Frage des langfristigen Schicksals der Schweizer Streitkräfte im Zentrum steht.

An den beiden Debattengegenständen lassen sich die mit der Untersuchung des Kampfes um die Schweizer Armee verbundenen Fragestellungen für den Untersuchungszeitraum 1993 - 2001 exemplarisch behandeln: Die Frage nach dem Weg der Etablierung des Akteurs *Gruppe Schweiz ohne Armee* GSoA und der armeetreuen Abwehrorganisationen, die Frage nach deren Aktionsformen und Inszenierungsleistungen und die dabei verwendeten Argumentationsmuster in ihren sprachlichen und visuellen Ausdrucksformen.

2.1. EIN „DACH FÜR DIE SCHWEIZ“ ODER „UNNÖTIGE MILLIARDENVÖGEL“? DIE DEBATTE UM DIE BESCHAFFUNG DES KAMPFFLUGZEUGS F/A-18 IM JAHRE 1993.

Die GSoA hatte die Zustimmung zu ihrer Initiative zur Abstimmung am 3. November 1989 mit 35.6 % als grosses Erfolgsresultat dargestellt und den Anteil der Ja-Stimmen als Auftrag für eine nächste Aktion im Kampf gegen die Armee interpretiert. Bereits während dem Abstimmungskampf 1989 stand die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge im Raum und konnte von der Führungsgruppe der GSoA im Zuge der parlamentarischen Behandlung aufgegriffen und zum Gegenstand einer weiteren Kampfkation

gegen die Armee und ihre Mittel gemacht werden. Am 6. Juni 1993 hatte das Schweizer Stimmvolk über eine Volksinitiative *für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge* zu befinden, aber auch über eine Initiative zur Beschränkung der Anzahl Waffenplätze. Diese ebenso gegen die Interessen der Armee gerichtete Initiative entsprang einer lokalen Widerstandsbewegung im Kanton St. Gallen gegen neue Übungsanlagen in Neuchâten-Anschwilen. Insbesondere die Initiative für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge führte zur bisher in ihren medialen und kommunikativen Formen und Leistungen heftigsten Auseinandersetzung um die Schweizer Armee.⁴⁴

2.1.1. DAS NEUE KAMPFLUGZEUG: TYPENFRAGE UND ERSTE WIDERSTÄNDE

Das Auswahlverfahren für einen neuen Kampffjet wurde 1985 unter dem damaligen Chef des Militärdepartementes, Jean-Pascal Delamuraz, eingeleitet. Die neuen Kampfflugzeuge sollten die veralteten Mirage IIIS ersetzen. Nach einem gemäss der Botschaft über die Beschaffung von Kampfflugzeugen umfassenden Kosten/Wert-Vergleich entschied man sich am 3. Oktober 1988 für die FA-18 Hornet.⁴⁵ Die geplante Beschaffung einer noch nicht genauer definierten Anzahl dieses Typs stand aber bereits früh unter fortwährender Kritik. Waren es zu Beginn in erster Linie die Sozialdemokraten, die sich dagegen stellten, gesellten sich bald Grüne aber auch einige Bürgerliche zu den Kritikern des Verfahrens. Bis ins bürgerliche Lager der grundsätzlichen Armeebefürworter wurden Stimmen laut, die eine Verschiebung der Beschaffung und eine *Denkpause* forderten.⁴⁶

Vor allem aufgrund der hohen Kosten wurde das Beschaffungsprojekt bereits 1989 immer wieder im Abstimmungskampf der GSoA Armeeabschaffungsinitiative von Armeekritikern herangezogen und als Versinnbildlichung einer überdimensionierten

⁴⁴ Eine stark verkürzte Darstellung dieser Debatten wurde in einem Aufsatz publiziert. Lutz, Marc: Ein Dach für die Schweiz oder unnötige Milliardenvögel? Die Debatte um die Beschaffung des Kampfflugzeuges F/A-18, in: Jaun, Rudolf / Rieder, David (Hg): *Schweizer Rüstung: Politik, Beschaffungen und Industrie im 20. Jahrhundert*, Baden 2013 (Serie Ares, Bd 1).

⁴⁵ Botschaft über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, BBl 1992, S.711.

⁴⁶ Friedli, Max, „Das Geschäft verschieben? », St. Galler Tagblatt, 20.1.1990.

Grossmachtarmee im Taschenformat dargestellt. Es gelang der militärkritischen Linken in der Folge den bevorstehenden Kauf des F/A-18 und dessen Kosten zu skandalisieren und zu einem wichtigen Thema des Jahresbeginns 1990 zu machen. „Der geplante EMD-Rüstungskredit von 3 Milliarden Franken für 34 F/A-18 stösst an die Grenzen einer defensiven Armee des Kleinstaats. Wir lehnen ihn deshalb ab!“ hiess es in einem 14-Punkte Programm der SPS zur Friedens- und Sicherheitspolitik.⁴⁷ Die Ablehnung der Kampfflugzeugbeschaffung erscheint eingeordnet in die Armeepolitik der Sozialdemokraten seit dem ersten Weltkrieg opportun und passend zur propagierten Abrüstungsrichtung der Partei, die sich immer wieder an konkreten Beschaffungsprojekten der Armee manifestierte und die jeweils zu hitzigen Debatten mit den bürgerlichen Kontrahenten, die sich letztlich zu einer Phalanx gegen sozialdemokratische Abrüstungsversuche fanden. Der Einfluss der SP auf Rüstungsgüterbeschaffungen war aber durchaus korrigierend. Man konnte auf Mängel im Ablauf von Rüstungsgüterbeschaffungen aufmerksam machen und mit Skandalisierungen zu hoher Kosten Koalitionen mit Bürgerlichen finden. Dies zeigte sich beispielsweise bei den Auseinandersetzungen rund um die Beschaffung des Leopard-2 Panzers in den 1980er Jahren, als die SP phasenweise themenspezifische Koalitionen mit der SVP und CVP eingehen konnte, im weiteren Verlauf der Panzerdebatte aber wieder einer bürgerlichen Koalition gegenüberstand, die sich in einem Kompromiss zur Panzerbeschaffung stellte.⁴⁸

Das Abstimmungsergebnis vom November 1989, respektive die überraschend hohe Zustimmung zur Vorlage, wurde von militärkritischen Linken fortan als Argument gegen die F/A-18 Beschaffung in der öffentlichen Diskussion genannt. Die Beschaffung sei ein Projekt, das aus einer Zeit vor dem Fall der Berliner Mauer stamme. Die wiederholte Beschreibung der Armee und ihrer Repräsentanten als aus dem kalten Krieg stammend, sollte auch das Beschaffungsprojekt als überholt erscheinen lassen. Abrüstung wurde hier auch als Fortschrittsprozess dargestellt, dem sich die militärische Elite verweigere,

⁴⁷ Sozarch, Ar 1.116.30.

⁴⁸ Wyniger. TITEL In: Jaun, Rudolf / Rieder, David (Hg): *Schweizer Rüstung: Politik, Beschaffungen und Industrie im 20. Jahrhundert*, Baden 2013 (Serie Ares, Bd 1).

da sie in alten Denkmustern verharre.⁴⁹ Ein viel verwendetes Motiv war dasjenige der *Denkpause*. Sie wurde von Armeekritikern aber auch Armeebefürwortern oft gefordert, jedoch selten klar umrissen. In das argumentative Umfeld der Denkpause gehören auch die Forderungen nach einem Umdenken bei der Armee oder auch nach einer sicherheitspolitischen Neuorientierung, die beispielsweise im Zusammenhang mit dem Bericht 90 zur Sicherheitspolitik postuliert wurden.⁵⁰ Dieser Bericht 90 an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz umriss relativ unspektakulär die Rahmenbedingungen und die zentralen Problematiken der schweizerischen Sicherheitspolitik und wurde Anfang Oktober 1990 veröffentlicht.⁵¹ Die Armee wurde in einen grösseren Zusammenhang eingebettet, ein neues Armeeleitbild stellte der Bericht aber nicht dar. Die Reaktionen auf den Bericht verdeutlichen den militärpolitischen Graben zwischen den Parteien. Während er von den bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP als offen und sich durch die Ausweitung des Sicherheitsbegriffes auszeichnend gelobt wurde, kritisierten Sozialdemokraten die *ungenügende Friedensdividende*.⁵² Dahinter stand die Suggestion, respektive die Hoffnung, dass aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage nach dem Kalten Krieg, Ausgaben für die Landesverteidigung zurückgehen müssten und dass der *Frieden* eine Dividende abwerfen würde, die man dann anderweitig einsetzen könnte. Tatsächlich gingen Ausgaben für die Armee im Untersuchungszeitraum relativ konstant zurück. Dies konnte aber Armeekritiker nicht zufriedenstellen, da der Rückgang der Kosten nicht in ihrem Sinne weitgehend genug war und sich andeutete, dass der Zugang zu mehr High Tech eine weitergehende Reduktion der Rüstungsausgaben verhindern würde. Bezüglich der Flugzeugbeschaffung befürchteten deren Kritiker, dass der Bericht 90 die „politische Startbahn für den F-18 oder die Mirage 2000-5“ bilden könnte, da im Bericht der Bedeutungszuwachs der Luftverteidigung skizziert wurde.⁵³ Dieser Bedeutungszuwachs würde, so befürchtete die armeekritische Linke, die Ausgaben längerfristig in einem hohen Bereich stagnieren lassen und

⁴⁹ Sicherheit durch Friedenspolitik, S. 5.

⁵⁰ Sicherheitspolitik. Bericht 1990, AB 1991, N, S. 903 – 937.

⁵¹ Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel, BB1 1990, S. 847-904.

⁵² Sicherheitspolitik. Bericht 1990, AB 1991, N, S. 903 – 937.

⁵³ Ebd., S.913.

so den eigenen traditionellen Abrüstungskonzepten entgegenwirken. In der Kritik stand der Bericht 90 aber nicht nur wegen seiner fehlenden *Friedensdividende*, sondern auch aufgrund des unterstellten Verharrens im Denken des Kalten Krieges. Man habe das Ende dessen nicht verarbeitet und habe nicht inne gehalten um die Konzepte entsprechend zu überdenken. Insbesondere die führenden Köpfe der GSoA dachten historisch und glaubten den Gang der Geschichte zu kennen. Das Ende des Kalten Krieges begriffen sie als angebrochene Epoche auf dem Weg zur Pazifizierung der Welt durch Abrüstung und Entmilitarisierung. Diese angebrochene Epoche sollte zum Überdenken genutzt werden. Dieses Denkpausenmotiv erfuhr in der Kritik der Linken am Bericht 90 zudem eine Zuspitzung in nationale Kampfbegriffe wie *Landigeist* und *Rütlidoktrin*, die ein überholtes bürgerliches Armeebild, das dem Bericht 90 zugrunde gelegen habe, karikierten.⁵⁴ Beide Kampfbegriffe nahmen in scherzhaftem Unterton Bezug auf die Landesverteidigung. Einerseits gilt das Rütli als mythologisiertes Ort eidgenössischen Verteidigungswillens, der 1991 im Rahmen landesweit stattfindender 900-Jahr Schweiz-Festivitäten zum Teil etwas plump inszeniert wurde. Andererseits mokierte man mit dem Rütlipräfix einen Gegenstand als verkrustete und im nationalkonservativen Nebel angesiedelte Irrlehre. Der Ausdruck *Landigeist* bezog sich auf die etwas näher zurückliegende Vergangenheit und zielte auf die von linken Kritikern mit Skepsis verfolgte und als Glorifizierung angesehene Wertung der Aktivdienstgeneration, die damals während des 2. Weltkrieges an der Landesausstellung *Landi* in Zürich Zeuge der inszenierten *Geistigen Landesverteidigung* geworden war. Beide Begriffe beinhalten den Vorwurf der unkritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit oder gar dem einseitigen Verharren in diesem Denken. Die Verwendung dieser Kampfbegriffe im Zusammenhang mit der Gestaltung der Armee, stellte diese als überkommen und ideologisch getränkt dar, als nicht zeitgemässe Antwort auf aktuelle Bedrohungslagen.

Am 24. Januar 1990 liess der Bundesrat verlauten, dass man im Grundsatz an der Flugzeugbeschaffung und am Typenentscheid festhalte, zuerst aber auch eine Beschaffung von nur 24 Stück mit einer Option auf zehn weitere prüfen werde.⁵⁵ Nationalrat Paul

⁵⁴ Berner Tagwacht, 5.6.1991.

⁵⁵ Tagesanzeiger, 25.1.1990

Fäh erläuterte in einer Presseinformation die Notwendigkeit des Milliardenbetrags und stellte fest, dass die Flugzeugbeschaffung „längst eine Frage der Gesamtpolitik“ geworden sei.⁵⁶ Tatsächlich war bereits zu diesem Zeitpunkt zu beobachten, dass das Rüstungsgeschäft eine grosse mediale Beachtung erfuhr und nicht nur auf einer technisch-militärischen Ebene interessierte, sondern in erster Linie finanzpolitisch prominent geworden war. Der Verschiebung des kostspieligen Geschäftes und der Prüfung einer abgespeckten Variante begegnete man bei der SP misstrauisch und vermutete wahltaktische Gründe.⁵⁷ Die hohen Kosten überstiegen „die kleinstaatliche Finanzschallgrenze“ schrieb Helmut Hubacher und behauptete auf das Ende der „militärpolitischen Höhenflüge“ zu hoffen und dass das „bürgerliche Unbehagen“ gegen den F/A-18 Kredit nicht nur mit den anstehenden Wahlen zusammenhinge.⁵⁸ Tatsächlich exponierten sich nicht viele Politiker als Befürworter des F/A-18 Kaufs, „keiner will als F/A-18 Käufer in die Wahlen steigen“ schrieb der Tagesanzeiger und relativierte die von *Fliegeroberst* Christoph Keckeis geäusserte Annahme, man werde bereits im Dezember 1990 die Botschaft zur Beschaffung verabschieden können.⁵⁹ Den wiederkehrenden Hinweis, dass die Kosten für die Kampfflugzeuge zu hoch sein würden, verknüpfte man mit den Interessen und Wünschen der Bevölkerung, die, so implizierte man, nicht die zu teure Beschaffung neuer Kampfflugzeuge beinhalten würden.

Die Beschaffung wurde in ein späteres Rüstungsprogramm verschoben. Statt F/A-18 sah das Rüstungsprogramm 1990 die Beschaffung von Kampfstiefeln und Sturmgewehren vor.⁶⁰ Bei dieser Gelegenheit betonte Kaspar Villiger, dass sich der Luftraum nicht „mit Blasrohren und Pfeilbogen“ glaubwürdig verteidigen liesse, die Schweiz bei den Kampfflugzeugen zwei Generationen hinterher hinke und dass das Aufholen dieses Rückstandes im Rahmen einer normalen Finanzplanung möglich sei.⁶¹ Die Gegner einer

⁵⁶ FDP Pressedienst, 25.1.1990.

⁵⁷ Rüstungsprogramm 1990, AB 1991, N, S. 505.

⁵⁸ SPS Pressedienst, 23.1.1990.

⁵⁹ Tagesanzeiger, 6.4.1993.

⁶⁰ Botschaft über die Beschaffung von Sturmgewehren und Kampfstiefeln, BBl 1990, S.377-404.

⁶¹ Rüstungsprogramm 1990, AB 1991, S, S. 742.

Beschaffung sollten durch die Wortwahl als Verhinderer einer wirksamen Armee dargestellt werden, die zudem noch naiv agieren würden, da sie davon ausgingen, mit veralteten Mitteln liesse sich die Landesverteidigung sicherstellen. Durch die Verschiebung des Beschaffungsantrags in das nächste Rüstungsprogramm wurde die Typenwahl erneut Gegenstand von Spekulationen. In den USA würden 50 Occasionen des Typs F-16 für gerade einmal eine Milliarde angeboten, hiess es. Die Sowjetunion machte für ihren MiG-29 ein günstiges Angebot. Auch eine erneute Evaluation eines französischen Produktes, nämlich des Mirage 2000 erschien nun wieder interessanter. Mit einer für die Schweiz entwickelten Version präsentierte sich das französische Flugzeug mit einem neuen Radarsystem und gesteigerter Leistung bei einem vorteilhaften Preis und bei Subventionierung durch den französischen Staat. In der Presse bezeichnete Villiger das aktualisierte französische Flugzeug vorerst als ebenbürtig und verkündete eine Nachevaluation.⁶² Das Interesse an den Mirage erwachte vor dem politischen Hintergrund zäher Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft und nicht aus rein technischen Motiven.⁶³ In der Fachwelt war man sich uneinig: Während beispielsweise der Aviatikexperte Georges Bridel den Entscheid begrüsst⁶⁴ und Sepp Moser, ein Aviatikpublizist, sich für die MiG einsetzte, sah Strategieexperte Albert Stahel keine Alternativen zum F/A-18.⁶⁵ Die Parteinahme verschiedener Experten kann einerseits als Taktik der verschiedenen politischen Parteien verstanden werden, wahrscheinlicher ist aber die Einflussnahme handfester kommerzieller Interessen der Flugzeughersteller. Peter Bodenmann und CVP-Mann Hans-Rudolf Feigenwinter Präsident der Militärkommission des Nationalrates forderten, dass dem Parlament die Wahl zwischen beschaffungsreifen Vorlagen gemacht werden sollte, da dieses letztlich auch die Verantwortung tragen würde.⁶⁶ Hinter vorgehaltener Hand wurde vermutet, dass Villiger am F/A-18 festhalten werde, aber einen Staatsbesuch von François Mitterand abwarte, um einen „diplomati-

⁶² Tagesanzeiger, 28.6.1990.

⁶³ Schweizerische Handelszeitung, 5.7.1990.

⁶⁴ Neue Zürcher Zeitung, 13.7.1990.

⁶⁵ Neue Zürcher Zeitung, 18.7.1990 und 21.3.1991.

⁶⁶ Tagesanzeiger, 11.5.1991.

schen Affront sondergleichen“ abzuwenden.⁶⁷ Im Frühling 1991 hatten die französischen Hersteller der Mirage mehrere Inserate geschaltet, die in erster Linie europapolitisch argumentierten.⁶⁸ Rüstungschef Felix Wittlin äusserte in der Presse indessen Zweifel an der Dringlichkeit der Flugzeugbeschaffung, eine weitere Rückstellung um zwei bis drei Jahre sei unproblematisch, wenn es so lange dauern würde, die Mirage effektiv beschaffungsreif machen zu können.⁶⁹ Der Irakkrieg lieferte unterdessen Befürwortern der F/A-18 Beschaffung beste Argumente, da er laut Experten in der Luft entschieden wurde und sich der F/A-18 durch eine hohe Zuverlässigkeit auszeichnete.⁷⁰ Vielfältige ökonomische Interessen diverser Akteure befeuerten die Debatte über den Flugzeugtyp, so dass an dieser Stelle keine Schlüsse über die Validität der verschiedenen Argumente gezogen werden sollen und auch die Meinungen der Fachexperten auf diesem Hintergrund zu reflektieren sind.

Die Nachevaluation fiel zum wiederholten Male zugunsten des F/A-18 aus und erntete in der Presse wenig Beifall: „Das gibt Ärger! Bundesrat will den Milliardenvogel F-18“ titelte der Blick beispielsweise.⁷¹ SP, Grüne und LdU blieben bei ihrer Opposition zur Flugzeugbeschaffung. Die Mehrheit der Bevölkerung wolle keine neuen Flugzeuge und die Beschaffung sei viel zu teuer. SP-Vizepräsidentin Francine Jeanprêtre gab gegenüber dem Tagesanzeiger zu, dass der F/A-18 als Wahlkampfthema für ihre Partei vorteilhaft sein könnte. SP-Chef Bodenmann wurde im gleichen Artikel zitiert: „Im Herbst kann das Volk an der Wahlurne zeigen, was es vom Flugzeughandel hält.“⁷² Die Andeutung eines Widerspruchs zwischen dem Handeln der *classe politique* und den Wünschen des Volkes war während des gesamten Untersuchungszeitraumes ein beliebtes Mittel um die politischen Gegner zu bedrängen und sich selber als Vertreter der populären Skepsis zu präsentieren. Die Flugzeugbeschaffung im Speziellen und die Landesvertei-

⁶⁷ Sonntagszeitung, 2.6.1991.

⁶⁸ Tagesanzeiger, 11.5.1991

⁶⁹ Sonntagszeitung, 2.6.1991 und 9.6.1991. In der Neue Zürcher Zeitung, 4.6.1991 dementiert Wittlin einige Aussagen, bestätigt diese aber in der folgenden Sonntagszeitung.

⁷⁰ Neue Zürcher Zeitung, 21.3.1991.

⁷¹ Blick, 27.6.1991.

⁷² Tagesanzeiger, 27.6.1991.

digung im Allgemeinen sollten also zum wichtigen Wahlkampfthema bei der Neube-
stellung der eidgenössischen Räte im Herbst 1991 werden. Es wurden verbreitet Podien
zu militärpolitischen Themen durchgeführt. Die GSoA versuchte nun ihrerseits, mit
einer Wahlempfehlung in den Wahlkampf einzugreifen. In einem Wahlbüchlein befrag-
te sie Kandidaten aus Zürich, Bern, der Nordwestschweiz und der Ost- und Zentral-
schweiz zu militärrelevanten Themen.⁷³ Zuvor hatte man erwogen mit eigenen Listen in
die Wahlen zu steigen, zuletzt aber auch Furcht vor einem Verlust des eigenen Bewe-
gungscharakters verzichtet.⁷⁴ Andreas Gross schaffte als GSoA Exponent schliesslich
auf der SP Liste die Eroberung eines Nationalratssitzes. Asyl- und Drogenpolitik wur-
den aber die beherrschenden Themen des Wahlkampfes. Die Hoffnungen der Sozialde-
mokraten, mit der Problematisierung des Rüstungsgeschäfts Stimmen zu machen, wur-
den enttäuscht. Es kam bei den Wahlen 1991 zu einer Schwächung der Mitte zugunsten
populistischer und rechts-nationaler Parteien. In militärpolitischer Hinsicht änderte sich
auf den ersten Blick wenig, die populistischen Rechten, beispielsweise die Lega, sollten
sich aber diesbezüglich als unberechenbar erweisen.

2.1.2. DER F/A-18 IM PARLAMENT

Auch wenn es die SP nur zum Teil schaffte, im Hinblick auf die Wahlen 1991 die Mili-
tärpolitik zu thematisieren, blieben die Sozialdemokraten bei Rüstungsgeschäften äus-
serst kritisch und erwogen eine Wiederauflage des Rüstungsreferendums von 1987. In der
Wintersession 1991 kam es wiederum zu den fast schon obligaten Kürzungsanträgen
ans EMD.⁷⁵ Durch Mittelentzug sollte armeekritischen Positionen sowohl kurz- als auch
langfristig zum Durchbruch verholfen werden. Der Armee die Mittel einzuschränken, ist
ein bis heute offensichtliches Bestreben der Sozialdemokraten und lässt sich als traditi-
onelle sozialdemokratische Forderung im Kampf um die Schweizer Armee bezeichnen.
Vor allem langfristig sollten die Mittel der Armee drastisch reduziert werden. Dies wa-
ren Anliegen, die im Parlament oft chancenlos waren. Auch die Beschaffung der F/A-18

⁷³ Wählt die Schweiz ohne Armee!, Zürich 1991.

⁷⁴ Sozarch, 452.10.1.

⁷⁵ Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992, AB 1991, N, S. 2248-2252.

wurde von SP, Grünen und LdU im Parlament vergeblich bekämpft. Ständerat und Nationalrat nahmen auch die bundesrätliche Botschaft zur Flugzeugbeschaffung, das Rüstungsprogramm 1992 nach heftigen Debatten letztlich deutlich an.⁷⁶ In dieser wurde die Notwendigkeit der Beschaffung nochmals hervorgehoben: die bestehende Flugzeugflotte sei technologisch mehr als eine Generation im Rückstand. Die Beschaffung habe höchste Priorität und deshalb verzichte man zugunsten der F/A-18 auf ein Rüstungsprogramm 1993 und es würden auch bei einer Nichtbeschaffung für andere Aufgaben keine zusätzlichen Mittel frei.⁷⁷ Militärische Konflikte seien zwar unwahrscheinlich, gab Kaspar Villiger zu, aber träfe eben dieser unwahrscheinliche Fall ein, so würde dieser mit modernen Kampfflugzeugen geführt. Der F/A-18 sei europafähig und europanützlich führte er vor der Bundeshauspresse aus und deutete damit die mögliche Integration in ein grösseres Bündnis an. Die Landesverteidigung sei ein Haus mit rinnendem Dach, unter dem kein Soldat und kein Panzer mehr sicher seien, schilderte der Bundesrat bildlich die Notwendigkeit der Flugzeugbeschaffung.⁷⁸ Diesem Bild zugrunde liegt ein Argumentationsmuster, das den versuchten Mittelentzug durch die Armeekritiker einer eigentlichen Abschaffungsforderung gleichzusetzen sucht. Man argumentiert mit der Glaubwürdigkeit der Luftverteidigung, für die das Kampfflugzeug F/A-18 vonnöten ist und auf welcher die Glaubwürdigkeit der Armee und letzten Endes des Landes basieren soll. Wie bei vorangegangenen Rüstungsgeschäften wurde die Bedeutsamkeit eines einzelnen Rüstungsgeschäfts für die gesamte Landesverteidigung hervorgehoben.⁷⁹ Dieses Argumentationsmuster war nicht nur auf Armeegegner ausgelegt, sondern diente sicherlich auch dazu, armeeintern und in den Reihen der Armeebefürworter einen Konsens herzustellen. Dies war auch nötig: Schliesslich sollte ja, um die Kampfflugzeuge im Rüstungsprogramm 1992 zu finanzieren, auf ein Rüstungsprogramm 1993, also auch auf Investitionen in anderen Bereichen verzichtet werden. In der parlamentarischen

⁷⁶ Rüstungsprogramm 1992, AB 1992, S, S. 252-294; AB 1992, N, S. 889-961.

⁷⁷ Botschaft über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, BBl 1992, I, S.683-784.

⁷⁸ Neue Zürcher Zeitung, 19.12.1991.

⁷⁹ Erinnert sie hier an die Beschaffung des Leopard II, das bis zu diesem Zeitpunkt grösste Rüstungsgütergeschäft, das in den 1980er Jahren für heftige Debatten und Skandalisierung sorgte. Siehe: Wyniger Christoph, Die Beschaffung des Kampfpanzers Leopard 2, Baden 2013.

Arena zeigte sich ein gewohntes Bild. Der Antagonismus zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien in Armeefragen ist eine Konstante des Kampfes um die Schweizer Armee. Diese Konstellation stellte sich auch in vielen anderen Sachfragen, bei den Debatten um Armee und Landesverteidigung wurde die Geschlossenheit des Blocks der bürgerlichen Parteien gegen eine armeekritische Sozialdemokratie manchmal auf die Probe gestellt, aber letztlich bis zu diesem Zeitpunkt nie in Frage gestellt.

Die Debatten in Nationalrat und Ständerat wurden von den Medien intensiv begleitet und kommentiert. Die Ständeratsdebatte vom 19. März 1992 wurde als Novum gar live im Fernsehen übertragen und brachte der Beschaffung eine grosse Zustimmung, geredemal acht Parlamentarier stimmten gegen das Projekt.⁸⁰ Otto Schoch, Präsident der sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, legte zum Auftakt der Diskussion detailliert die Standpunkte der Kommission sowie der Subkommissionen dar. Es gäbe keine Alternative zum F/A-18 und auch ein weiterer Aufschub der Beschaffung sei zu verhindern, sagte Schoch als Kommissionspräsident, obwohl er persönlich lieber bis zur Junisession mit der Behandlung gewartet hätte, um die Unabhängigkeit der Kommission von Zwängen der Vorengagements zu bewahren. In einigen persönlichen Bemerkungen fügte Schoch an, dass er im Gegensatz zur Kommissionsmehrheit der Meinung sei, dass auch die Beschaffung von nur 24 F/A-18 genügen würde, er also bei der Anzahl der Flugzeuge durchaus Sparpotential sähe. „Wenn man ja zur Armee sage, dann könne man nicht gegen die Beschaffung des F/A-18 sein“, beendete Schoch seinen Vortrag mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zum F/A-18.⁸¹ Als einziges Kommissionsmitglied empfahl der Basler Sozialdemokrat Gian-Reto Plattner auf die Vorlage des Bundesrates nicht einzutreten und kritisierte, dass viele Befürworter zum „argumentativen Zweihänder“ griffen, indem sie behaupteten „wer nicht für die milliardenschweren Flieger ist, ist gegen die Armee“.⁸² Die Positionen waren auch bei den nachfolgenden Rednern bereits bezogen. Beidseits wurde auf den Willen der Bevölkerung Bezug genommen. LdU-

⁸⁰ Rüstungsprogramm 1992, AB 1992, S. S. 252-294.

⁸¹ Ebd., S. 263.

⁸² Ebd., S. 271.

Ständerätin Monika Weber äusserte das Gefühl sie störe „einen Gottesdienst“ und wollte damit wohl die erwartete klare Zustimmung zum Projekt kritisieren.⁸³ Die überwiegend bürgerlichen Exponenten des Ständerats äusserten zwar zum Teil auch ihre Bedenken zum Beschaffungsprojekt, nur vereinzelt stimmten sie aber dagegen. Von der Presse wurde die Debatte im Ständerat entsprechend kommentiert. Der Tagesanzeiger beklagte sich beispielsweise über das tiefe Niveau der Debatte, die wesentliche Probleme unangesprochen liess.⁸⁴ Im Nationalrat, so waren sich die verschiedenen Kommentatoren einig, würde das Geschäft auf erheblich mehr Widerstand stossen.

2.1.3. DIE INITIATIVE „FÜR EINE SCHWEIZ OHNE NEUE KAMPFFLUGZEUGE“

Im Nationalrat brachte eine dreitägige Debatte wenig Neues an Argumenten und Kaspar Villiger, trotz Widerstand bei Linken und Teilen der CVP, als Sieger hervor.⁸⁵ Vor dem Hintergrund zum Teil massiver medialer Kritik an Parlamentariern rund um die Debatten in National- und Ständerat, gelang der GSoA ein regelrechter Mediene coup. Als solcher, nämlich als „konzertierte Medienaktion“, wurde die Bekanntmachung der Lancierung oben genannter Initiative in der Sonntagspresse des 8. März 1992, also vor der Nationalratsdebatte, auch von der GSoA selber bezeichnet. „Ein günstigeres Medien echo konnten wir uns kaum erdenken. Die GSoA wird ernstgenommen“, zudem habe man der „versandenden Kampffliegerdiskussion eine politische Perspektive“ und der „angestauten öffentlichen Empörung einen Sinn“ geben können, kommentierte GSoA Aktivist Peter Sigerist am 13. März 1992 die aus seiner Sicht gelungene Rezeption in der Presse.⁸⁶ Die öffentliche Empörung als rhetorische Legitimierung der eigenen Position wird weiter unten unter dem Argumentationstopos „Volkswillen“ näher ausgeführt. Sie wird in den Debatten um die Kampfflugzeugbeschaffung intensiv bewirtschaftet. Bereits an einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein

⁸³ Ebd., S. 279.

⁸⁴ Tagesanzeiger, 20.3.1992.

⁸⁵ Rüstungsprogramm 1992, AB 1992, N, S. 889 – 961.

⁸⁶ Sigerist, Peter. F/A-18-Entscheid – Chronik der Ereignisse, Sozarch, Ar.452.10.1.

Waffenausfuhrverbot, am sogenannten Banquet Republicain vom 21. Februar 1992, hatte Andreas Gross darauf hingewiesen, dass nach der positiven Aufnahme des Armeeleitbildes 95 bei den Parlamentariern die F/A 18 Beschaffung wohl nur noch mit einer Initiative bekämpft werden könne.⁸⁷ Am 28. Februar 1992 traf sich dann die GSoA Arbeitsgruppe International in Bern. Deren acht Mitglieder beschlossen an der GSoA Vollversammlung am 29. März einen konkreten Antrag zur Lancierung einer Volksinitiative gegen die F/A-18 Beschaffung vorzulegen. Unverbindliche Anfragen um eine Unterstützung wurden bei den „potentiellen BündnispartnerInnen (SPS, GPS, Grüne Bündnisse, Gewerkschaften u.a.)“ eingeholt und erhielten ein positives Echo.⁸⁸ Offenbar erfuhren immer mehr Personen im Medien- und Politikumfeld vom Lancierungsvorhaben der GSoA, das auch von mehreren Privatpersonen gefordert worden sei. Da der Moment einer offiziellen Veröffentlichung günstig gewesen sei, habe man beschlossen den oben erwähnten Mediencoup zu wagen.⁸⁹ Teile der GSoA Basis fühlten sich vom Vorgehen der AG International zuweilen etwas überrumpelt. Zwar handelte es sich bei der Information an die Presse nur um die Bekanntmachung eines Antrages an die Vollversammlung, faktisch und auch aufgrund des Presseechos hätte sich die GSoA eine Ablehnung des Antrages an der Vollversammlung nicht leisten können. Mit 135 zu 0 Stimmen wurde der Antrag denn auch angenommen, die 13 Enthaltungen zeigen die interne Kritik am Vorgehen, nicht aber an der eigentlichen Initiative auf.⁹⁰ Bereits nach der Armeeabschaffungsinitiative hatten einige GSoA Mitglieder eine Entfremdung zwischen Basis und Kader, den „Gurus“, der GSoA festgestellt.⁹¹ In den darauf folgenden Jahren wird zudem von der Basis eine „Professionalisierung des GSoA-Kerns“ beklagt.⁹² Diese Differenzen wurden durchaus in der Presse zur Kenntnis genommen, es überwog aber die Meinung, dass die Kampfflugzeuginitiative für die GSoA positiv sei und sie wieder ins Rampenlicht manövriere. „Der F/A-18 verleiht den Armeegegnern

⁸⁷ Gross, Andreas, Referat, in: Abrüstung jetzt!.

⁸⁸ Sigerist, Peter. F/A-18-Entscheid – Chronik der Ereignisse, Sozarch, Ar.452.10.1.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Neue Zürcher Zeitung, 30.3.1992.

⁹¹ Sozarch Ar 452.10.1

⁹² GSoA-Zitig, Nr. 47, Juni 1992.

neuen Schub“ fasste die Weltwoche diese Erkenntnis stellvertretend zusammen.⁹³ Am Wortlaut der von der gesamtschweizerischen Koordination, dem Führungsgremium der GSoA, ausformulierten Initiative änderte die Vollversammlung nichts mehr. Sie lautete schliesslich:

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Übergangsbestimmungen Art. 20 (neu)

¹ Der Bund beschafft bis zum Jahre 2000 keine neuen Kampfflugzeuge.

² Als neu gelten Kampfflugzeuge, deren Beschaffung die Bundesversammlung zwischen dem 1. Juni 1992 und dem 31. Dezember 1999 beschliesst.⁹⁴

Die im Initiativtext enthaltene Rückwirkungsklausel erregte die Gemüter. Bürgerliche Politiker monierten einen Missbrauch der demokratischen Rechte sowohl bei der angekündigten GSoA Initiative, als auch bei der bereits lancierten Initiative „40 Waffenplätze sind genug“.⁹⁵ Willy Loretan, FDP-Ständerat, bezeichnete dort die Initiative als „krass rechtsmissbräuchlich“, sie verletze Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Rechtssicherheit.⁹⁶ Experten äusserten sich in der Presse überwiegend kritisch zu Forderungen die Waffenplatz- und die F/A-18 Initiative für ungültig zu erklären. Dies zu tun „käme einem kleinen Staatsstreich gleich“, erklärte der Staatsrechtler Jean-François Aubert dem Tagesanzeiger⁹⁷, während in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) der lang-

⁹³ Weltwoche, 12.3.1992.

⁹⁴ Eidgenössische Volksinitiative „für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“, BBl 1992, S. 1422.

⁹⁵ Tagesanzeiger, 21.3.1992.

⁹⁶ Rüstungsprogramm 1992, AB 1992, S. S. 269.

⁹⁷ Tagesanzeiger, 30.3.1992.

jährige Staatsanwalt Arist Rollier die Initiative hingegen als „Musterbeispiel eines Rechtsmissbrauchs“ bezeichnete.⁹⁸ Nachdem Bundesrat Kaspar Villiger Anfang Mai 92 ein Machtwort sprach und sagte, dass das Volk über die Kampfflugzeugbeschaffung bestimmen solle, waren auch CVP und FDP der Meinung die Initiative solle zur Abstimmung gelangen, nur die SVP wollte diese bereits im Parlament durch eine Ungültigkeitserklärung bekämpfen.⁹⁹ Aber auch nachdem die von der sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates angefragten Gutachter Kurt Eichenberger und Alfred Kölz zum Schluss gekommen waren, dass man im Zweifel zugunsten der Volksrechte zu entscheiden habe und deshalb die Initiative gültig sei, gab es immer noch Stimmen, die vergeblich eine Ungültigkeitserklärung forderten.¹⁰⁰ Einer der hartnäckigsten Postulanten einer Ungültigkeitserklärung blieb der Berner Staatsrechtsprofessor und SVP-Ständerat Ulrich Zimmerli, der sowohl F/A-18 wie auch Waffenplatzinitiative als „Missbrauch“ der und „Angriff“ auf die direkte Demokratie bezeichnete.¹⁰¹ Bei einer strengen Auslegung zuungunsten der Rückwirkungsklausel, also der Anpassung des zweiten Paragraphen der Initiative, hätte auch eine Zustimmung des Volkes zur GSoA-Initiative die Beschaffung der F/A-18 nicht verhindern können. Stände- und Nationalrat stimmten beide im Frühjahr, respektive im Sommer 1992, einer Beschaffung von 34 F/A-18 Kampfflugzeugen zu. Die intensive mediale Begleitung der Debatten in der parlamentarischen Arena, deutete eine Verlagerung des Debattenschwerpunktes in die öffentliche Arena an, auch wenn die Debatten in den Räten nach wie vor prominent blieben.

Nach der Veröffentlichung des Initiativtexts im Bundesblatt Ende April begann die GSoA mit der Unterschriftensammlung. Man setzte bei der GSoA vor allem auf hochmotivierte Sammlerinnen und Sammler, die sich in einem *Club der 500* dazu verpflichteten, mindestens 200 Unterschriften zu sammeln. Angestrebt wurde von Anfang an, bei

⁹⁸ Neue Zürcher Zeitung, 6.5.1992.

⁹⁹ Berner Zeitung, 8.5.1992.

¹⁰⁰ 40 Waffenplätze sind genug. Volksinitiative. AB 1992, S. S. 523.

Tagesanzeiger, 13.5.1992

¹⁰¹ 40 Waffenplätze sind genug. Volksinitiative. In: AB 1992, S. S. 530.

der Unterschriftensammlung Rekorde zu brechen, um über das Erreichen der nötigen 100'000 Unterschriften hinaus Zeichen zu setzen und den *Volkswillen* als Argument gegen die Beschaffung anführen zu können. Die Unterschriften sollten in einem Monat gesammelt werden und somit noch vor dem Entscheid des Nationalrats in der Sommer-session eingereicht werden.¹⁰² In der Presse erlangte die GSoA Unterschriftensammlung reges Interesse. Regelmässig wurde über Zwischenergebnisse der Sammlung berichtet. Tatsächlich brauchte die GSoA wenig Überzeugungsarbeit zu leisten. Die breite Publizität ihres Anliegens verhalf ihr zu einem schnellen Erfolg und der Initiative zu einer Allgegenwärtigkeit in der Presse. Innert rund 11 Tagen gelang es die 100'000 Unterschriften zu sammeln: „Generalstabsmässig zum Erfolg“, titelte der Blick.¹⁰³ Die Bezeichnung als Generalstab für die GSoA Führung war typisch für das beliebte Verwenden von Militärjargon, um eben die Debatten um die Armee und deren Akteure zu umschreiben. Die Akteure selber griffen auch gern darauf zurück, um zum Beispiel *Übung halt* bei der Flugzeugbeschaffung zu fordern. NZZ-Militärpublizist Bruno Lezzi zeigte sich nicht überrascht vom Erfolg der GSoA: „Denn seit den späten achtziger Jahren ist in der Bevölkerung eine Strömung festzustellen, die sich – im Gefolge der pazifistischen Friedensbewegung und verstärkt durch die dramatischen Umwälzungen in unserem unmittelbaren strategischen Umfeld – gegen die militärische Landesverteidigung richtet.“¹⁰⁴ Über eine halbe Million Unterschriften wurden schliesslich medienwirksam beim Bundeshaus deponiert: Mit riesigem Transparent und einem Gleitschirmflieger, der einen Karton mit Unterschriften aus dem Kanton Jura vorbeibrachte. Die Weltwoche sah die GSoA „vom Sponti-Klub zur hocheffizienten Werbeagentur mutiert“ und nannte dafür einige Gründe. Die GSoA verfüge über einen professionellen Kern und greife auf bewährte Methoden der Werbeindustrie zurück. So passe man die einzelnen „Werbebotschaften“ den „Zielgruppen“ an und belohne die eifrigsten Sammler mit „incentives“.¹⁰⁵ Tatsächlich belohnte die GSoA ihre besten Sammler mit Reisegutscheinen, WoZ-Abonnements und GSoA-Weinen. Diese Vorgehensweise war typisch für die

¹⁰² „GSoA-Info. 500 SammlerInnen gegen die Jäger“, in: *GSoA Jahrbuch 91/92*, S. 193.

¹⁰³ Blick, 2.6.1992.

¹⁰⁴ Neue Zürcher Zeitung, 11.5.1992.

¹⁰⁵ Weltwoche, 21.5.1992.

GSoA, die als Konglomerat aus der 1980er Jugendbewegung keine Scheu gegenüber neuen Denkart zeigte und eine grosse Methodenvielfalt bei der Artikulation ihrer politischen Forderungen und der eigenen Populärwerdung an den Tag legte. Bundesrat Villiger warf der GSoA, welche er als „gut organisierte Subkultur“ bezeichnete, vor, in Etappen die Armee abschaffen zu wollen und mit der Initiative verfassungsrechtliche Entscheidungskompetenzen über den Haufen zu werfen. Trotzdem würde über die Initiative möglichst bald abgestimmt, um Klarheit zu schaffen.¹⁰⁶ Terminlich wurde Abstimmung mit derjenigen über die Volksinitiative *40 Waffenplätze sind genug* zusammengelegt, wodurch sich das zentrale Argument der Gegnerschaft zur Initiative abzeichnete: *Keine Armeeabschaffung auf Raten*. Auch in der Botschaft des Bundesrates zur Initiative wurde die Stossrichtung der Initiative genannt: „Mit der Initiative gegen die Erneuerung unserer Luftwaffe bis zum Jahr 2000 beschreitet die GSoA konsequent den Weg zur schrittweisen Selbstentwaffnung unseres Landes.“¹⁰⁷ Erwartungsgemäss folgten aufgrund bürgerlicher Mehrheiten beide Räte der bundesrätlichen Botschaft und empfahlen die Ablehnung der Initiative.¹⁰⁸

2.1.4. EXKURS: IM WINDSCHATTEN DES F/A-18 - DIE „WAFFENPLATZ-INITIATIVE“

Die zweite am 6. Juni 1993 zur Abstimmung kommende Initiative entsprang einer regionalen Opposition gegen einen Neubau des Waffenplatzes St. Gallen, erreichte aber bald schweizweit durch die Besetzung des entsprechenden Baugeländes Aufmerksamkeit. Die Mobilisierungswirkung der GSoA-Initiative drängte die Waffenplatzopposition aber bald in den Windschatten, so dass sie kaum mehr als eigenständige Initiative wahrgenommen wurde. Sie wird deshalb an dieser Stelle in der Form eines Exkurses kurz dargestellt.

¹⁰⁶ Rüstungsprogramm 1992, AB 1992, N, S. 942-956.

¹⁰⁷ Botschaft über die Volksinitiative „für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“, BBl 1992, S. 479.

¹⁰⁸ Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge. Volksinitiative, AB 1992, N, S. 2476-2492.
Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge. Volksinitiative, AB 1993, S, S. 40-50.

Am 5. April 1990 sollte mit Bauarbeiten zur Erstellung eines Waffenplatzes in Neuchlen-Anschwilen, einem Weiler oberhalb von Gossau SG und in der Nähe der Stadt St. Gallen, begonnen werden. Der neue Waffenplatz sollte die 1980 wegen des Baus der Nationalstrasse abgerissenen Kaserne St. Gallen ersetzen. Die Bauarbeiten wurden aber durch einen Sitzprotest erschwert, unter anderem legten sich Protestierende gar in Baggerschaufeln und mussten von der ausgerückten Polizei entfernt werden.¹⁰⁹

Bereits im Oktober des vorangegangenen Jahres hatte sich die *Aktionsgruppe zur Rettung von Neuchlen-Anschwilen* ARNA in Gossau gegründet und trat gegen den geplanten Neubau der Kaserne St. Gallen mit Benefizveranstaltungen und Mahnfeuern an die Öffentlichkeit. In einer Rückschau hält Hansueli Trüb, damals Grüner Kantonsrat, fest, dass man nichts unversucht gelassen habe, um den Waffenplatz zu verhindern. „Briefkastensteckaktionen, Podiumsdiskussionen, Petitionen über LeserInnenbriefe bis zu parlamentarischen Vorstössen auf kantonaler wie nationaler Ebene, Gesprächen, Standaktionen, Informationstafeln, Kundgebungen, Mahnbesetzungen, Schweigekreisen, Kulturveranstaltungen. Schliesslich als letzte Mittel die Bauplatzbesetzung und die Volksinitiative.“¹¹⁰ Mit der Besetzung des Bauplatzes bekam ein zuvor eher regionales Thema landesweite Beachtung. Mit der Gründung der GONA, der *gewaltfreien Opposition Neuchlen-Anschwilen*, von der sich die ARNA aus rechtlichen Gründen abgrenzte, erhielt der Widerstand gegen den Waffenplatzbau einen losen Zusammenschluss. Dieser Widerstand, *ziviler Ungehorsam* genannt, setzte sich in der Nähe des Bauplatzes in einem Zeltlager fest und bediente sich eines Repertoires an Aktionsformen, wie einer Sommeruni, Workshops oder Theateraufführungen. Diese Veranstaltungen wurden umfangreich dokumentiert. Die Dokumentation der Sommeruni deckt „Beiträge zu Widerstand, Utopie, Friedenspolitik und Ökologie“ ab und zeigt eine intellektuelle Auseinandersetzung mit diversen Themen auf, die an die Anti-Atomwaffen Bewegungen der 80er Jahre, sowie an die GSoA erinnert und durchaus eine gewisse Selbstüberschätzung erkennen lässt.¹¹¹ Das Zeltlager beim zukünftigen Waffenplatzgelände hatte eine grosse

¹⁰⁹ Tagesanzeiger, 6.4.1990.

¹¹⁰ Trüb, Hansueli: Der Gegenwind von Neuchlen, in: Feuer in Neuchlen, S. 9-14.

¹¹¹ Walther, Widerstand im Gesamtblick.

Anziehungskraft für viele Jugendlichen in der Ostschweiz. „Man ging hin, um sich zu verlieben. Neuchlen tat etwa so gut wie Auswandern nach Spruga. [...] Es war eine grosse Party.“¹¹² Seit März 1990 erschien zudem die „Schräge Zeitung SchräZ“, die quasi als Vereinszeitschrift fungierte und bis 1993 insgesamt 18 Mal mit einer Auflage von durchschnittlich 8'000 erschien.¹¹³ Nach Ostern 1990 gelang es der GONA die Bauarbeiten über mehrere Tage zu verhindern. Anlässlich eines ökumenischen Gottesdienstes begingen die Nationalräte Monika Stocker, Menga Danuser, Susanne Leutenegger Oberholzer, Angeline Fankhauser, Franz Jäger, Helmut Hubacher, Hans Zbinden und Paul Rechsteiner zusammen mit 200 weiteren Menschen einen *gemeinsamen Landfriedensbruch*.¹¹⁴ „Auch in Kaiseraugst glaubten wir zuerst, der Widerstand habe keine Chance, und doch wurde das Projekt beerdigt“, begründete SP Parteipräsident Hubacher seinen Einsatz gegenüber dem Tagesanzeiger und führt aus, dass das Projekt in einer anderen Zeit geplant wurde und es nun zwingend eine Denkpause, also einen Baustopp brauche.¹¹⁵ Eine grössere Kundgebung am 4. Mai führte zu mehreren Verzeigungen und insgesamt acht Verhaftungen. Dabei wurden von der Polizei Gummigeschosse eingesetzt, als mehrere Personen einen Zaun überstiegen, der um den Bauplatz gespannt war.¹¹⁶ Am 15. Juni wurde das Camp der GONA von der Polizei geräumt, womit die Phase der kontinuierlichen Besetzung des Geländes ein Ende fand und im Sommer ein Sprenggarten und eine Hindernisbahn fertig gestellt werden konnten.¹¹⁷

Die Waffenplatzgegner fokussierten nun auf die Waffenplatzinitiative. Am 26. April 1990 hatte die ARNA die Lancierung einer Volksinitiative beschlossen.¹¹⁸ Diese Initiative richtete sich gegen die Erstellung von neuen Waffenplätzen und strebte auch ein Verbot von Erweiterungen bestehender Waffenplätze an. Zudem sollten für militärische Bauten die gleichen Gesetze und Richtlinien über den Schutz der Umwelt gelten wie für

¹¹² Walther, Michael: Sag mir, wo die Basis ist, in: Feuer in Neuchlen, S. 17-26.

¹¹³ SchräZ, St. Gallen 1990-1993.

¹¹⁴ Stocker, Monika: Frauen haben keine Waffenplätze, in: Feuer in Neuchlen, S. 189.

¹¹⁵ Tagesanzeiger, 20.4.1990; SPS Pressedienst, 24.4.1990.

¹¹⁶ Tagesanzeiger, 7.5.1990.

¹¹⁷ Stocker, Monika: Frauen haben keine Waffenplätze, in: Feuer in Neuchlen, S. 191.

¹¹⁸ Ebd., S. 189.

zivile Bauten. Sie wurde sogleich bezichtigt, der militärischen Landesverteidigung die Grundlage entziehen zu wollen.¹¹⁹ Offiziell lanciert wurde die ausformulierte Initiative am 26. Juni auf dem Baugelände mit dem Titel „40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär“. ¹²⁰ Wenige Tage zuvor hatte der Nationalrat mit der Annahme des militärischen Bauprogramms 1990 den Bau des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen mit einer Stimmenmehrheit von 128 zu 59 abgesegnet.¹²¹ Bei den Abstimmungen im Nationalrat war es zu kleinen Tumulten auf der Zuschauertribüne gekommen. GONA-Aktivisten hatten Flugblätter in den Saal geworfen und Seifenblasen auf die Nationalräte niedergelassen und damit für eine Unterbrechung der Verhandlung gesorgt.¹²² Ebenfalls wenige Tage vor der Lancierung zog eine „nationale Kundgebung“ in Gossau rund 3000 Leute an, die zum Waffenplatzgelände hinauf marschierten.¹²³

Die zweite Jahreshälfte 1990 stand für die Waffenplatzopposition im Zeichen der Unterschriftensammlung, die aufgrund der hohen Publizität durch die Besetzung und andere Aktionsformen schnell ihr Soll erreichen konnte. Am 14. Dezember 1990 konnten 117'989 gültige Unterschriften eingereicht werden.¹²⁴ Dabei bedienten sich die ARNA Aktivisten einem Repertoire an Performativität, das durchaus an die GSoA erinnert. Einige Unterschriftenbögen wurden in einem Sarg mit der Aufschrift „Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen“ zum Bundeskanzlei getragen, dahinter folgte eine „Schar waffenplatzgeschädigter Tiere“. ¹²⁵

In seiner Botschaft zur Initiative vom 11. September lehnte der Bundesrat diese erwartungsgemäss ab, anerkannte aber deren Gültigkeit. Letztere war analog zur F/A-18 Initiative von zahlreichen bürgerlichen Politikern bestritten worden.¹²⁶ Anfang September

¹¹⁹ Neue Zürcher Zeitung, 28./29.4.1990.

¹²⁰ Tagesanzeiger, 27.06.1990.

¹²¹ Militärische Bauten, AB 1990, N, S. 1095-1119.

¹²² Tagesanzeiger, 21.6.1990.

¹²³ Stocker, Monika: Frauen haben keine Waffenplätze, in: Feuer in Neuchlen, S. 191.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ SchräZ, 7/91, Januar 1991.

¹²⁶ Botschaft über die Volksinitiative „40 Waffenplätze sind genug Umweltschutz auch beim

1991 wurde die Bautätigkeit nach einer gut einjährigen Pause wieder aufgenommen. Bis Ende 1991 waren vor allem Erschliessungsarbeiten geplant, im Frühling 1992 der Kasernenbau. Vorerst sollte ein Zaun aufgestellt werden um den Bauplatz vor den Zugriffen der Waffenplatzgegner zu schützen. Die private Überwachungsfirma *Protectas* übernahm den Auftrag das Baugelände zu sichern, da sich die St. Galler Regierung ausserstande sah, mit eigenen Mitteln die Überwachung zu gewährleisten.¹²⁷ Die Umzäunung des Bauplatzes und die Finanzierung der Überwachung waren in einem Kredit von 3.9 Millionen Franken im Frühjahr 1991 von beiden Räten abgesegnet worden.¹²⁸

ARNA Vertreter reagierten entsetzt auf die erneute Bautätigkeit und vergriffen sich ob des Anblicks der *Protectas* gar in Nazivergleichen.¹²⁹ Gemässigter drückte sich Nationalrat Paul Rechsteiner aus, der eine Verhöhnung der Unterzeichner der Initiative beklagte: „Im Jubeljahr 1991 wird zum ersten Mal in der Schweizer Geschichte ein Waffenplatz mit Gewalt gegen die eigene Bevölkerung durchgesetzt.“ Eine „private Rambotruppe“ werde dabei unter einer „völlig neuartigen Auslagerung des staatlichen Gewaltmonopols“ für eine „Machtdemonstration des EMD“ eingesetzt.¹³⁰ ARNA und GONA wehrten sich mit Menschenketten, die ein Transparent um den Zaun hingen und einer Kundgebung, an der neben der Grünen Pia Hollenstein auch SP-Präsident Bodenmann teilnahm, gegen die Bauarbeiten für den Waffenplatz.¹³¹

Im Herbst 1991 schienen sich die Auseinandersetzungen zwischen der GONA und dem *Protectas*personal zu verschärfen. Die GONA erhob den Vorwurf, dass *Protectas* Leute gezielt und ungerechtfertigt Gewalt anwenden würden. Neben Tritten wurden vor allem zahlreiche Hundebisse beklagt. Diese Auseinandersetzungen mit den „paramilitärischen, aktionshungrigen *Protectas*-Milizen“, sowie vorangehende Aktionen sind in einem Bildband, der bei aller Eigeninszenierung durchaus einen Eindruck über Gesche-

Militär», BBl, 1991, S. 254-289. Zur Ungültigkeitsdiskussion siehe Kapitel oben.

¹²⁷ Tagesanzeiger, 4.9.1991.

¹²⁸ Voranschlag 1991. Nachtrag I. AB 1991, NR, S. 898ff.

¹²⁹ "Ich erblickte einen Drahtzaun und sah ein KZ ... mir kamen Schwarzweiss-Aufnahmen von Nazi Schergen in den Sinn", SchrZ, 9/91, September 1991.

¹³⁰ SchrZ, 10/91, November 1991.

¹³¹ Chronik der Ereignisse, in: Feuer in Neuchlen, S. 193.

henes vermittelt, photographisch festgehalten worden.¹³² Es kam auch zu zum Teil tätlichen Auseinandersetzungen mit der ISGA *der Interessensgemeinschaft für sinnvolle und glaubwürdige militärische Ausbildungsplätze in der Ostschweiz*.¹³³ Diese wurde im März 1990 formal gegründet und war als Gegenbewegung zur ARNA angekündigt worden, um das „Informationsdefizit“ der Bevölkerung zu verringern.¹³⁴ Um den Jahreswechsel 1991/1992 kam es aber doch noch zu einer teilweisen Einigung zwischen den Aktivisten der GONA und dem EMD. Die GONA gab am 19. Dezember 1991 bekannt, sie werde auf weitere Proteste beim Bauzaun verzichten, wenn die Protectas abgezogen und auf einen Kasernenbau vor der Abstimmung über die Initiative verzichtet würde. Am 6. Januar 1992 wurde der Zaun um das Baugelände schliesslich entfernt.¹³⁵

Am 29. Januar 1992 empfahl der Nationalrat die Initiative mit 111 zu 55 Stimmen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung und Kaspar Villiger teilte mit, es werde der eigentliche Kasernenbau bis nach der Abstimmung, mit der noch im Herbst 1992 gerechnet wurde, zurückgestellt.¹³⁶ Im folgenden Frühjahr wurden bereits Vorbereitungen für den Abstimmungskampf in die Wege geleitet. Die Initianten liessen den Haushaltungen der Region Ostschweiz Mitte März 1992 eine Broschüre zukommen, die einerseits für das Anliegen warb, andererseits auch zu mehr Engagement und finanzieller Unterstützung des Initiativkomitees warb. Die Initiative diene der Umwelt, die die Armee nicht mehr wie bisher zerstören dürfe, bereits die Rothenthurm-Initiative habe dies gezeigt. Neben der Betonung des Umweltschutzaspekts argumentierten die Initianten auch mit der demokratischen Mitsprache des Volkes bei Militärprojekten, sowie der „Kostenspirale“ bei EMD-Ausgaben, die man sich nicht mehr leisten könne. Zudem verwies man auf die

¹³² Isoz, "Wir bleiben, bis ihr geht!".

¹³³ Tagesanzeiger, 4.11.1991.

¹³⁴ St. Galler Tagblatt, 7.2.1990.

¹³⁵ Chronik der Ereignisse, in: Feuer in Neuchlen, S. 194.

¹³⁶ 40 Waffenplätze sind genug. Volksinitiative, AB 1992, S. 96-122.

angerollte Armeereform 95, die einen Neubau einer Kaserne aufgrund der Kürzung der Bestände als unsinnig erscheinen lasse.¹³⁷

Das EMD bezeichnete in seinen Argumentarien, dass es sich bei der Initiative um eine „Mogelpackung wider den Fortschritt“ handle, da das Militär durchaus den Umweltschutz forcieren. So brächten moderne militärische Übungsmittel eine beträchtliche Reduktion der Umweltbelastung. Da die Initiative sinnvolle Modernisierungsarbeiten verhindern wolle, schade sie gar dem Umweltschutz. Letztlich zielen die Initiative primär auf eine Verunmöglichung einer zeitgemässen Ausbildung ab. Ausserdem sei Neuchâten-Anschwillen gar kein neuer Waffenplatz, sondern lediglich ein Ersatz für die abgerissene Kaserne in der Stadt St. Gallen.¹³⁸ Ebenfalls als „Mogelpackung“ bezeichnete die ISGA die Argumente der Initianten und organisierte im Frühsommer die Bildung diverser regionaler Abstimmungskomitees „gegen die Aushöhlung der Milizarmee.“¹³⁹ Die Initiative habe zum Ziel, die Armee in Raten abzuschaffen, sie richte sich unter dem Deckmantel des Umweltschutzes gegen die Landesverteidigung. „Die Stossrichtung der Initiative manifestiert sich in jeder einzelnen Betrachtung: sie zielt auf einen Abbau der Armee in Raten“, hiess es in einer Sonderausgabe des Trumpf-Buurs, herausgegeben von ISGA-Präsident Peter Weigelt. Am 6. Juni 1993 gelte es „Nein zum staatspolitisch bedenklichen Etikettenschwindel der 'Anti-Waffenplatz-Initiative',“ zu sagen. Die Waffenplatzbefürworter suggerierten eine weitgehende Übereinstimmung von Personen, die sich für die Armeeabschaffungsinitiative eingesetzt hatten und den Gegnern neuer Waffenplätze, sowie eine Verwendung des „Know-Hows der Polit Profis der GSoA“ um mit ihnen „die zweite Phase der Armee-Abschaffung, jene der kontinuierlichen Aushöhlung der Armee“ einzuläuten.¹⁴⁰

¹³⁷ Broschüre Volksinitiative "40 Waffenplätze sind genug", Beilage zu: Konstituierung Abstimmungskomitee gegen die Waffenplatzinitiative, ISGA, St. Gallen 1992.

¹³⁸ GS-EMD, Mogelpackung wider den Fortschritt, Bern 1992.

¹³⁹ Konstituierung Abstimmungskomitee gegen die Waffenplatzinitiative, ISGA, St. Gallen 1992.

¹⁴⁰ Wer steckt hinter den Initiativen für eine wehrlose Schweiz?, S. 19ff.

Bestärkt wurde diese Argumentation durch das Scheinwerferlicht, das die F/A-18 Kampagne der GSoA erhielt. Diese stellte die Waffenplatzinitiative in den Schatten, was bei der ARNA zu einem als „F/A-18 Loch“ bezeichneten Engpass führte, der zu einer Korrektur des Kampagnenbudgets nach unten zwang. „Unsere Initiative ist im Moment im Windschatten“ konstatierte im Mai 1992 Hansueli Trüb.¹⁴¹ Durch die Zusammenlegung der beiden Initiativen wurde das Anliegen der Waffenplatzgegner in die Nähe der Armeeabschaffung auf Raten gerückt und konnte entsprechend in einer 2-mal Nein Kampagne bekämpft werden. ARNA und GSoA entschieden sich bewusst für zwei separate Kampagnen, planten aber eine „enge Zusammenarbeit“.¹⁴² Die Zusammenarbeit äusserte sich beispielsweise in der gemeinsamen Publikation *6. Juni '93. Kompromiss auch bei der Armee?*¹⁴³ oder der Teilnahme der ARNA am Festival auf dem Bundeshausplatz. Die ARNA verfügte über eine eigene Handschrift im Abstimmungskampf. Ihr Logo zeigte eine alpine und voralpine Berglandschaft, die wohl an den Ausblick von Neuchlen-Anschwilen Richtung Alpstein erinnern sollte und im Hintergrund und im Vordergrund einen Stacheldraht, der diese durchtrennt. Eine fotografische Version des Logos fand sich auch auf dem Abstimmungsplakat, das landesweit in 4635 Exemplaren ausgehängt wurde. Im Vordergrund befindet sich eine intensiv bewirtschaftete bäuerliche Kulturlandschaft, also keine eigentliche Naturidylle und im Hintergrund der Alpstein. Der Stacheldraht fehlt jedoch auf der Fotografie. Oberhalb dieser Bilder der Slogan „Ja zur Volksinitiative 40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär“.¹⁴⁴

Der Waffenplatzinitiative sei neben der F/A-18 Initiative durch das Argument Armeeabschaffung auf Raten wenig Raum geblieben, erklärte Paul Rechsteiner nach der Abstimmungsniederlage. Man habe in den Medien praktisch keine Beachtung gefunden, da man mit dem eher moderaten Anliegen eben nicht in das vom EMD auch auf die Medi-

¹⁴¹ SchräZ, 12/92, Mai 1992.

¹⁴² SchräZ, 14/92, November 1992.

¹⁴³ Gross / Schmid / Trüb, *Kompromiss auch bei der Armee?*.

¹⁴⁴ SchräZ, 16/93, Mai 1993.

en gepresste Schema des Armeeabschaffungsbildes gepasst habe.¹⁴⁵ Der gewünschte Rothenthurneffekt, also die Priorisierung von Umweltanliegen gegenüber der Armee, konnte durch die Zusammenlegung mit der F/A-18 Abstimmung nicht eintreten. Den Initianten der Waffenplatzinitiative gelang es nie, aus dem bereits erwähnten Windschatten hervorzutreten und so das links-bürgerliche Parolenmuster bei Armeefragen zu durchbrechen.¹⁴⁶

2.1.5. DIE FORTSETZUNG DER F/A-DEBATTE IM NATIONALRAT

Die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates nahm sich nach der Entscheidung im Ständerat dem F/A-18 Geschäft an. Die Kommission wollte sich laut ihrem Präsidenten Helmut Hubacher mit einer kritischeren Haltung als die ständerätliche Kommission dem Geschäft widmen. Es sollten beispielsweise auch ausländische Experten angehört werden und Alternativen zur bundesrätlichen Vorlage, beispielsweise einen anderen Flugzeugtyp oder eine Verstärkung der Flugabwehr, geprüft werden. Einer dieser ausländischen Experten war der bereits genannte deutsche Experte und ehemalige Luftwaffengeneral Manfred Opel. Der SPD-Bundestagsabgeordnete bezeichnete das Bestreben, die Luftverteidigung autonom sicherzustellen, als völlig unrealistisch. Zudem sei eine umgehende Gesamtanalyse der Luftverteidigung zu veranlassen.¹⁴⁷ Die Zuhilfenahme ausländischer Experten wurde der SP als Eingeständnis in das eigene fehlende Verständnis angekreidet. Es gehört zu den Konstanten im Kampf um die Schweizer Armee, dass den Sozialdemokraten aufgrund der geringen Anzahl an höheren Milizoffizieren in ihren Rängen, vorgehalten wird, sie könnten sich gar nicht ernsthaft an sicherheitspolitischen Debatten beteiligen, da ihnen das militärische Know-how fehle. Dieses müssten sie sich im Ausland holen, vor allem in Deutschland, dabei hätten jene Experten kein Verständnis der schweizerischen Verhältnisse und der Milizarmee. Zumindest öffentlich nahmen die bürgerlichen Parteien die SP selten als seriösen Debat-

¹⁴⁵ Schrätz, 17/93, Juli 1993.

¹⁴⁶ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 54-58.

¹⁴⁷ Berner Zeitung, 29.4.1992.

tenpartner bei Armeefragen an und es gelang ihnen oft unter dem Vorwurf der fehlenden Expertise sozialdemokratische Vorschläge zu diskreditieren. Im Verhältnis von zwei zu eins sprach sich die Kommission schliesslich für die Beschaffung der F/A-18 Kampfflugzeuge aus. Die rot-grüne Minderheit hatte es in insgesamt neun Sitzungstagen nicht geschafft, bei den Bürgerlichen Sukkurs zu erhalten. Wie Kommissionspräsident Hubacher an der Pressekonferenz in Bezug auf die von der GSoA lancierte Initiative ausführte, werde diese auch als solche und nicht als Referendum behandelt. Dies sollte aber nach dem Willen der Kommission zügig geschehen, so dass sich der Souverän im Sommer 1993 würde äussern können. Hubacher hielt zudem fest, dass auch ein Beschaffungsabbruch aufgrund einer Annahme der Initiative nicht zum „Nulltarif“ zu haben sein werde.¹⁴⁸ Die allfälligen Abschreiber in der Grössenordnung von bis zu 800 Millionen Franken entfachten eine Diskussion über zu leistende Vorauszahlungen für den F/A-18 neu. Die SP hatte die Rechtmässigkeit der von der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte abgesegneten Vorauszahlung von 50 Millionen angezweifelt.¹⁴⁹

Die bevorstehende Nationalratsdebatte sei eine „Schlacht“ bei der es um „Villigers Kopf“ gehe, schrieb der Blick verheissungsvoll.¹⁵⁰ Der Tagesanzeiger empfahl: „Das Beste ist, die F/A-18 jetzt nicht zu kaufen“.¹⁵¹ Am meisten zu Spekulationen Anlass gab vor der Debatte die CVP. Ihr kam eine Schlüsselrolle zu, denn das Beschaffungsprojekt war parteiintern umstritten.¹⁵² Nach drei Verhandlungstagen beschloss der Nationalrat auf die Vorlage einzutreten. Die Sprecher der Fraktionen LdU/EVP, SP, Grüne, PdA und Lega/SD schlugen jeweils Nichteintreten vor und folgten damit der Kommissionsminderheit. Andreas Gross betonte, dass seit der Behandlung des Geschäftes im Ständerat Wesentliches, nämlich das Zustandekommen der GSoA-Initiative passiert sei und die Glaubwürdigkeit des Parlaments auf dem Spiel stehe, wenn dieses nun die F/A-18 beschaffe, da die Kluft zwischen Volk und Parlament immer grösser werde. Wiederum

¹⁴⁸ Neue Zürcher Zeitung, 13.5.1992.

¹⁴⁹ Neue Zürcher Zeitung, 25.4.92.

¹⁵⁰ Blick, 9.6.1992

¹⁵¹ Tagesanzeiger, 9.6.92.

¹⁵² Cash, 15.5.1992; Tagesanzeiger, 23.5.1992.

bemühte man hier den Argumentationstopos „Volkswillen“. Man könne das Geschäft nicht so behandeln, als gäbe es die Initiative nicht, die von mehr Leuten unterstützt werde, als irgendeine Partei Wähler habe, begründet Gross den Antrag nicht auf die Vorlage einzutreten.¹⁵³ Elmar Ledergerber, als weiterer Sprecher der Minderheit, strich die seiner Meinung nach fehlende Notwendigkeit der Flugzeugbeschaffung heraus. Diese koste mehr als veranschlagt und mache Investitionen bis zu 20 Milliarden Franken nötig. Zudem fehle vor allem ein zeitgemässes, europapolitisch ausgerichtetes Konzept.¹⁵⁴ Die Grüne Pia Hollenstein forderte die Gelder der Rüstung gänzlich zu entsagen und stattdessen in die zivile Friedensförderung zu investieren.¹⁵⁵ Die Rechtsaussen Parteien Lega und Schweizer Demokraten verlangten ebenfalls nicht auf die Vorlage einzutreten. Der Lega Vertreter Flavio Maspoli forderte, man solle sich erst zum Kampfflugzeug äussern, wenn die Europa-Frage geklärt sei, da erst dann klar sei, ob es noch Grenzen gäbe, die es zu verteidigen lohne.¹⁵⁶ Die hier angedeuteten unheiligen Allianzen zwischen linker und rechtskonservativer Armeekritik zeigten die Möglichkeit auf, dass sich das klassische Akteursgefüge, bei dem die SP den Bürgerlichen gegenüber stand, verschoben werden könnte, falls sich weitere rechtskonservative Kreise armeekritischer, respektive aufgrund ihrer Opposition zur Modernisierung auch als armeekonservativ zu bezeichnen, gebärden würden.

Die bürgerliche Mehrheit sprach sich für die Beschaffung der F/A-18 aus. Der Berichtserstatter der Kommissionsmehrheit Franz Steinegger von der FDP verwies wie auch der französischsprachige Berichterstatter, der Liberale Jean-Francois Leuba auf eine 1929/1930 geführte Kampfflugzeugdebatte und untermalte dadurch die nach der Ansicht der Mehrheit dringende Modernisierung der Luftverteidigung, wie schon die 30er Jahre gezeigt hätten. „Man kann das Haus nicht erst gegen Brand versichern, wenn es brennt“, führte Steinegger aus und benutzte gleichermassen das aus den Debatten um die Abschaffungsinitiative bekannte Bild der Schweiz als Haus, sowie der Armee als

¹⁵³ Rüstungsprogramm 1992. AB 1992, N, S. 897f.

¹⁵⁴ Ebd., S. 898f.

¹⁵⁵ Ebd., S. 899.

¹⁵⁶ Ebd., S.899f.

eine Art Lebensversicherung.¹⁵⁷ Im Sinne eines Gleichnisses wurde gerne das Sprachbild der Versicherungspolice herangezogen, um an das individuelle Sicherheitsbedürfnis zu appellieren und es auf das Kollektiv zu übertragen, das nur durch einen rechtzeitigen Policenabschluss, d. h. mit einer auf alle Eventualitäten ausgerichteten Sicherheitspolitik, zu befriedigen sei. Kaspar Villiger führte auch die Flugzeugbeschaffungen in Finnland, Amerika, Deutschland, Kuwait und Israel als Argumente für eine baldige Beschaffung an. Auch eine baldige Einbindung in ein europäisches Sicherheitssystem „wäre wohl auch nicht zum Nulltarif zu haben.“ Weiter stelle ein Verzicht auf eine Modernisierung einen Verzicht auf die Luftwaffe dar, was bezüglich des Neutralitätsschutzes und der Neutralität im Allgemeinen ernsthafte Konsequenzen hätte.¹⁵⁸ Die Sprecher der Fraktionen der grossen bürgerlichen Parteien unterstützten die Kommissionsmehrheit im Grundsatz. Bei FDP und SVP scheint diese Unterstützung beinahe einstimmig beschlossen worden zu sein. SVP-Fraktionssprecher Fritz Hari führte die Neutralität und deren Schutz als Argument für die Beschaffung an. Ausserdem brauche die Armee 95 den F/A-18. Man lehne Nichteintreten und Verschiebungsanträge „strikte“ ab.¹⁵⁹ Der Berner FDP-Mann Jean-Pierre Bonny legte als einer der Gründe für die Unterstützung der Vorlage durch eine „überwältigende Mehrheit“ seiner Partei dar, dass sie Beschaffung auf einer „Linie einer langfristigen kontinuierlichen Sicherheitspolitik“ liege. Es gehe nicht zuletzt um die Glaubwürdigkeit der Landesverteidigung.¹⁶⁰ Die Argumentation mit der Glaubwürdigkeit der Landesverteidigung ist weiter unten eingehender beschrieben. Sie dient einerseits der Rechtfertigung einer starken Armee, andererseits unterstellt man den politischen Gegnern eine unglaubliche bis lächerliche Sicherheitspolitik zu betreiben.

Sämtliche Rückweisungsanträge wurden abgelehnt. 103 Parlamentarier sagten in der Gesamtabstimmung Ja und 84 Nein zum F/A-18, 7 enthielten sich ihrer Stimme. Abweichler von der Fraktionsdisziplin gab es im Links-Grünen Lager keine, hingegen gab

¹⁵⁷ Vgl. Dissertationsprojekt von Christoph Wyniger „Kampf um die Schweizer Armee. Die öffentliche Debatte 1966 – 1989“

¹⁵⁸ Ebd., S. 890ff.

¹⁵⁹ Ebd., S. 903f.

¹⁶⁰ Ebd., S. 909f.

es bei den bürgerlichen Bundesratsparteien zahlreiche Nein-Stimmen. Prominentestes Beispiel ist sicherlich Christoph Blocher, aber auch die FDP verzeichnete 4 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung. Gespalten war allerdings die CVP. Mehr als ein Viertel ihrer Abgeordneten sagten Nein zum F/A-18.¹⁶¹ Insbesondere Christlich-Soziale und Vertreter aus der Westschweiz und dem Wallis tendierten im Vorfeld zu einer Ablehnung der Vorlage des Bundesrats.¹⁶² Kaspar Villiger zeigte sich nach der dreitägigen Marathondebatte erleichtert. Man habe den „Bergpreis“ gewonnen, zitierte ihn der Blick im Interview.¹⁶³ Im Rat hatte er zuvor die Argumente des Bundesrates ausgeführt. Auch Villiger nahm dabei Bezug auf Abrüstungsforderungen der Linken in den 1930er Jahren, um die Unvorhersehbarkeit der sicherheitspolitischen Verhältnisse zu illustrieren. Dem Flugzeuggegner Christoph Blocher unterstellte er eine „Informations-Annahmeverweigerung“, um „vorgefasste Meinungen nicht zu gefährden“. Die Armee brauche ein Dach über dem Kopf und der F/A-18 sei das geeignetste Mittel, dieses Dach zu stellen. Das Flugzeug sei kein „Luxusvogel“ und die Wahl werde, unter anderem auch durch die finnische Entscheidung 64 F/A-18 zu kaufen untermauert. Hinsichtlich einer Beteiligung an einem internationalen Sicherheitsbündnis meinte Villiger, dass die Schweiz wohl kaum als „Trittbrettfahrer“ akzeptiert würde. Auch ohne solche Bündnisse bedinge die Wahrung der Neutralität eine starke Luftwaffe. Auf die Kosten der Flugzeugbeschaffung eingehend wiederholte Villiger, dass die Flugzeuge im normalen Budget finanziert würden und bei einer Verwendung über 30 Jahre nicht sehr kostspielig seien.¹⁶⁴ Die Kosten spielten im Kampf um die Armee, aber gerade bei Rüstungsgeschäften immer eine grosse Rolle. Auch dies kann als eine Konstante im Kampf um die Schweizer Armee bezeichnet werden.

¹⁶¹ Ebd., S. 948ff.

¹⁶² Tagesanzeiger, 13.6.92.

¹⁶³ Blick, 13.6.92.

¹⁶⁴ Rüstungsprogramm 1992, AB 1992, N, S. 942-948 und 954-956.

2.1.6. DER ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Debatte wurde zunehmend durch eine Polarisierung gekennzeichnet. Hatten sich vorerst neben den traditionell-militärkritischen Kräften auch bürgerliche kritisch zum Beschaffungsprojekt geäußert, verhärteten sich die Fronten durch die Lancierung der GSoA-Initiative. Am 27. Juni 1992 lud Kaspar Villiger rund 1200 Offiziere ins Casino Bern und ermahnte diese, die „Selbstentwaffnung“ des Landes verhindern zu helfen und Einigkeit zu demonstrieren. An diesem *Berner Rapport* appellierte der Departementenchef an die Offiziere auch ausserhalb ihres Militärdienstes für die Armee einzustehen. Als Antwort auf die starke Mobilisierung der Initianten, forderte Villiger die Truppen- und Kurskommandanten auf den Abstimmungskampf zu tragen: „Wir alle, Sie und ich, müssen vermehrt Überzeugungsarbeit leisten. Am Familientisch, am Arbeitsort, im Bekanntenkreis, in politischen Parteien, in Leserbriefen. Sie sind die glaubwürdigsten Träger dieser Armee. ... Es geht um die Zukunft unserer Heimat!“¹⁶⁵ Die markigen Worte waren Teil einer Inszenierungsleistung, in deren Zentrum der Bundesrat stand. Villiger, dargestellt als überzeugter Anführer einer wichtigen Sache, rief die Miliz, ähnlich wie Guisan am Rütli-rapport, dessen damalige Rede in Bern nachgedruckt aufgelegt wurde, zur Verteidigung der Heimat auf. Diese Inszenierung belegt, dass man den drohenden Schaden für die Armee bei Annahme der Initiative fürchtete und der anrollenden Debatte in der Auseinandersetzung um die Ziele und die Ausgestaltung der Armee ein sehr hoher Stellenwert zu kommen wird.

Otto Schoch, Präsident der sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats befürchtete, dass die GSoA-Initiative zu einer Polarisierung führen werde, welche differenzierte Stellungnahmen verunmöglichen würden.¹⁶⁶ Tatsächlich rückte die technisch-sachliche Diskussion weiter in den Hintergrund. Die GSoA bezeichnete sich nun selbst als *Volksbewegung* und nahm auch aufgrund des Sammelerfolges für sich in Anspruch den Unmut des Volkes über die *Classe Politique* zu kanalisieren, sowie den Legitimationsver-

¹⁶⁵ Villiger, *Berner Rapport*, S. 20.

¹⁶⁶ Rüstungsprogramm 1992, AB 1992, S. S. 262.

lust der Armee zu zementieren.¹⁶⁷ Es wurde sehr geschickt und wiederholt kommuniziert, dass eine Mehrheit wohl gegen den F/A-18 sei und damit die eidgenössischen Räte dem Volkswillen direkt widersprächen. Damit sollte ein Bild der entrückten politischen Klasse gezeichnet werden. Auch ausserhalb der GSoA bemängelten Kritiker die mangelnde Verankerung der Beschaffung beim Volk. SP-Militärpolitiker Helmut Hubacher spitzte diese in der Nationalratsdebatte rhetorisch gar zum „Aufstand gegen das eigene Volk“ zu.¹⁶⁸ Auch bei Beschaffungsbefürwortern wurden Vereinfachungen herangezogen, um den Standpunkt zu illustrieren. Im Nationalrat meinte Franz Steinegger man könne „auf die Debatte von 1929/30 verweisen. Die Positionen von heute sind sehr ähnlich, sogar die Begründungen. Es ging damals um die Anschaffung von 105 Kampfflugzeugen für etwa 20 Millionen Franken.“¹⁶⁹ Die Bezugnahme auf die verfehlte Friedenseuphorie nach dem Ende des ersten Weltkrieges kritisierte die neuerlichen Abrüstungsforderungen im Zuge des Endes des Kalten Krieges. Der Freisinnige war nicht der einzige, der die Verbindung zu 1929/1930 herstellte und die Beschaffungsgegner des naiven Glaubens an den Weltfrieden bezog und der Fahrlässigkeit im Hinblick auf zukünftige Konflikte bezichtigte. Auch auf aktuellere, kriegerische Ereignisse wurde bei den Flugzeugbefürwortern gerne Bezug genommen. Gerade der eskalierende Jugoslawienkonflikt bildete bereits während der parlamentarischen Phase ein gewichtiges Argument für die Flugzeugbeschaffung. Die GSoA-Initiative bezeichnete beispielsweise FDP-Mann Jean-Pierre Bonny angesichts des Jugoslawienkrieges als „bitteren humanitären Hohn“.¹⁷⁰

Bereits an der Feier zu ihrem zehnjährigen Bestehen am 12. September 1992 eröffnete die GSoA intern offiziell den Abstimmungskampf.¹⁷¹ Die Mitglieder und Sympathisanten der GSoA wurden aufgefordert, Gründe für ein JA zur Initiative zu sammeln. In der Einladung zu dieser Feier wurden bereits mehrere Ansätze dargelegt: Die Beschaffung

¹⁶⁷ GSoA-Zitig, Nr. 47, 1992. Sowie Pressekonferenz zur Einreichung der Initiative. 1. Juni 1992. Ar 452.41.2

¹⁶⁸ Rüstungsprogramm 1992, AB 1992, N, S. 910f.

¹⁶⁹ Ebd., S. 889f.

¹⁷⁰ Ebd., S. 909f.

¹⁷¹ Sozarch, Ar.452.41.2.

der F/A-18 sei undemokratisch, da eine Mehrheit nicht einsehe, wieso man diese beschaffen solle lautete eine Argumentation. Eine Andere betonte die soziale Unverträglichkeit der Beschaffung in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Es gelte in den zivilen Arbeitsmarkt zu investieren, da dort mit weniger Aufwand viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, als bei den durch eine F/A-18 Beschaffung entstehenden Kompensationsgeschäften. Die „F/A-18 Dreckschleuder“ führe zu einem Anstieg der Umweltverschmutzung, lautete ein weiteres Argument, das auf die 1989er Abstimmung referenzierte, als es geheißen hatte: „Die Armee zerstört im Frieden, was sie im Krieg verteidigen will.“ Der F/A-18 sei auch „friedenspolitisch“ falsch, eine Beschaffung mache ungefähr so viel Sinn wie „die Anschaffung einer Tiefkühltruhe durch eine Eskimofamilie.“ Man müsse, um Kriege zu verhindern, die Not dort lindern, wo sie entstehe und nicht mit der Beschaffung von Kampfflugzeugen.¹⁷² Eine Betrachtung der Argumentationsmuster zeigt, dass Erfahrungs- und Erwartungsraum bei Armeebefürwortern und Armeegegnern fundamental voneinander abwichen. Während die Armeebefürworter aus der Vergangenheit auf die Zukunft schlossen und daraus ihre Gewissheit eines Kontinuums zogen, welche keinen fundamentalen sicherheitspolitischen Bruch erkennen liess, erkannten die Armeegeegner einen fundamentalen Bruch, welcher die Vergangenheit als *krank* und damit irrelevant erscheinen liess und die Gegenwart mit ihren Problemen und die Zukunft mit ihrem Veränderungspotential ins Zentrum ihrer Argumentation rückte. Die Anschaffung eines Kampfflugzeuges erscheint als Fortschreibung der Vergangenheit und als Ressourcenverschleuderung angesichts der drohenden Probleme der Gegenwart.

Auch die Initiativgegner organisierten den Abstimmungskampf bereits vor dem Jahreswechsel. Als einer deren Hauptexponenten wurde oft SVP-Generalsekretär Max Friedli genannt, bei dem die Kampagnenfäden der bürgerlichen Bundesratsparteien zusammenliefen.¹⁷³ Bürgerliche Parlamentarier sammelten sich zudem in einem Aktionskomitee *Gegen eine Schweiz ohne Schutz*.¹⁷⁴ Auf Seiten der Milizorganisationen organisierte die

¹⁷² 10 Jahre sind nicht genug. Einladung zum 10. GSoA-Geburtstag, in: GSoA-Jahrbuch 1991-92, S. 540.

¹⁷³ Tagesanzeiger, 19.12.1992.

¹⁷⁴ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 58ff.

Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee AWM die Abstimmungskampagne und deren Finanzierung. Die AWM war 1983 als Dachorganisation militärpolitisch ausgerichteter Organisationen gegründet worden.¹⁷⁵ Das EMD führte zwar offiziell den Abstimmungskampf der Milizorganisationen nicht, versorgte diese jedoch mit Informationen, damit sich Milizorganisationen und Bundesrat Villiger nicht in die Quere kommen würden. Als sich die beiden Lager Ende 1992 zum Abstimmungskampf formierten, dominierte das EWR-Referendum die öffentliche Agenda. Die beiden militärkritischen Volksinitiativen vom 6. Juni 1993 standen entsprechend unter dem Eindruck dieser auch für die Gesamtpolitik richtungsweisenden Abstimmung. Es vermag daher nicht zu erstaunen, dass beispielsweise die Europeanützlichkeit der F/A-18 Beschaffung nicht als ein schwergewichtiges Argument in den Abstimmungskampf geführt wurde.

Einer Ende März 1993 durchgeführte Umfrage, im Auftrag der Fernsehsendung *10 vor 10* mit der Berner Zeitung und Le Matin zufolge, standen die Chancen der Initiative gut: 56% gaben an Ja stimmen zu wollen, nur gerade 28% hätten Nein zur Initiative gesagt.¹⁷⁶ Auch spätere Umfragen sahen die Initiativbefürworter in der Mehrheit.¹⁷⁷ Die Gegner der Initiative wussten um die bereits zu Jahresbeginn 1993 ablehnende Grundstimmung gegenüber dem neuen Kampfflugzeug in der Bevölkerung. Dem begegnete die Landesregierung mit einer Pressekonferenz, an der gleich drei Bundesräte teilnahmen. Bundesrat Kaspar Villiger stand Adolf Ogi (Verkehrs- und Energiedepartement) und Jean-Pascal Delamuraz (Volkswirtschaftsdepartement) zur Seite, als er im März zum Abstimmungskampf gegen die Initiative aufrief. Die Bundesräte wollten ihre Sicht der Dinge darlegen und klar machen, dass eine Annahme der Initiative vielfältige Auswirkungen haben würde. Informationschef Eckmann begründete das Auftreten zu dritt mit der Relevanz der zu bekämpfenden Volksbegehren. Jene Abstimmungen seien ebenso

¹⁷⁵ www.awm.cmep.ch [Stand 10.01.2013] Siehe auch Weber, Nathanaël. Sprache und Bild in der Schweizer Militärpolitik. BA-Seminararbeit 2012. Weber weist dabei auf die enge Verflechtung der AWM zur Farner PR Consulting hin. Die Verbindungen zwischen Milizorganisationen und der Farner PR wurde untersucht von: Heinzmann, Andreas. Rudolf Farner und die Anfänge der professionellen Public Relations in der Schweiz. Lizentiatsarbeit 2008.

¹⁷⁶ Berner Zeitung, 2.4.1993.

¹⁷⁷ Berner Zeitung, 16.4.1993 und Berner Zeitung, 30.4.1993.

wichtig wie diejenige über den EWR-Beitritt.¹⁷⁸ Die Pressekonferenz fand breiten Widerhall und zeigte die Stossrichtung der Schwerpunktkampagne auf, die zum Ziel hatte, die Initiativen in möglichst viele Auftritte der Landesregierung einzubauen.¹⁷⁹ Um das Ziel einer klaren Verwerfung der Initiativen zu erreichen, versuchte man die Debatte in Richtung eines Plebiszits über die Armee zu lenken. Dies nachdem man in technischer und militärischer Hinsicht bei der Stimmbevölkerung grössere Wissenslücken eruiert hatte.¹⁸⁰ Die geplanten Hauptargumente der Initiativgegner waren denn auch eher allgemeiner als technischer Natur. Es sollte, wie aus einem Papier der AWM, datiert auf den 1. Januar, hervorgeht, in erster Linie eine staatspolitische Diskussion geführt werden, dann eine sicherheitspolitische und erst zuletzt eine militärisch-technische, also eine Diskussion über die Souveränität der Schweiz, dann über die sicherheitspolitische Lage und erst zuletzt über die Armee. Des Weiteren, so das Ziel der AWM, sollten keine neuen oder alten Feindbilder bedient werden, keine Diskussion über das EMD stattfinden und die potentiell Ja-Stimmenden nicht verunglimpft werden.¹⁸¹ Als die Schwachstellen der Initianten erkannten die Milizorganisationen einerseits den Argumentationsnotstand der GSoA betreffend dem Jugoslawienkrieg, andererseits aber auch, dass dem Argument, die Armee wolle von der GSoA nun in Raten abgeschafft werden, von Letzterer nichts Glaubhaftes entgegen gestellt werden konnte.¹⁸² Tatsächlich tauchte der Krieg in Bosnien im Abstimmungskampf ab und zu auf, die Hauptstossrichtung der Initiativgegner war aber der, oft mit dem Hinweis auf den Namen der Initianten versehene, Vorwurf die Armee abschaffen zu wollen und damit auch die Souveränität und die Unabhängigkeit der Schweiz zu gefährden. Der Entscheid gegen den EWR-Beitritt legte die Zuspitzung der Argumentation auf die Gefährdung der Souveränität und Unabhängigkeit nach einer Abschaffung der Armee nahe.

¹⁷⁸ Tagesanzeiger, 17.3.1993.

¹⁷⁹ Aktivitäten im Vorfeld der Abstimmung- interne Grobanalyse, Archiv AWM, AWM Extern 1991-2000 II (F/A-18).

¹⁸⁰ Richtlinien für den Kampf gegen die beiden am 6. Juni 1993 zur Abstimmung gelangenden Volksinitiativen, Archiv AWM, AWM Extern 1991-2000 (F/A18).

¹⁸¹ Richtlinien für den Kampf gegen die beiden am 6. Juni 1993 zur Abstimmung gelangenden Volksinitiativen, Extern 1991-2000 (F/A18).

¹⁸² Beurteilung der Lage und Ansicht für das Vorgehen, am 1. März 1993, Archiv AWM, AWM Extern 1991-2000 II (F/A-18).

Die Publikationen der AWM gegen die beiden militärpolitischen Initiativen können aufgrund der Rolle der AWM als zentrale Dachorganisation repräsentativ für die Kampagne der Initiativgegnerschaft betrachtet werden. Die Broschüre „Nein zur Armeeabschaffung auf Raten. Argumente zur Flugwaffen-Abschaffungsinitiative“ verlieh der Nein-Kampagne aufgrund einer Gesamtauflage von 400'000 Exemplaren eine Vereinheitlichung in der Argumentation.¹⁸³ Der Inhalt der Broschüre betont die Schutzfunktion der Schweizer Armee und zeigt eine starke Fokussierung auf den Themenkomplex *Sicherheit und Schutz* auf.¹⁸⁴ Vor der Kulisse des Jugoslawienkrieges, die auch bildlich mit einer Fotografie eines verzweiferten Paares auf einem bosnischen Friedhof mit der Unterschrift „Sarajevo, Weihnachten 1992“ aufgebaut wurde, begründete man die Gefährlichkeit der GSoA-Initiative. Diese wolle die Schweiz entwaffnen und der Armee ihre Schutzfunktion entziehen. Anders als das Foto würden die Hoffnungen der GSoA auf eine armeefreie Gesellschaft der Realität entbehren. Die GSoA setze „damit die Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung aufs Spiel.“ Es gehe nicht um Flugzeugtypen, sondern um den eigentlich unrechtsmässigen Versuch, eine „wirksame Verteidigung“ durch Entzug des Luftschildes zu verunmöglichen.¹⁸⁵ Die Verwendung des Sprachbildes „Luftschild“ diene als simple aber wirksame Veranschaulichung der Auseinandersetzung um die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Ein Verzicht auf eine Modernisierung der Luftwaffe würde zu einem Verlust an Sicherheit führen: „Ohne Luftschild ist keine wirksame Verteidigung möglich“.¹⁸⁶ Die Armeebefürworter verbanden Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, indem sie auf die erfolgreiche Kontinuität des Schutzes von Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz durch die Armee hinwiesen und mit dem Jugoslawienkrieg auf die lange andauernde bis in die Gegenwart andauernde Unversehrtheit hinwiesen, die auch in Zukunft aufrecht zu erhalten sei. Das Argumentationsmuster transportierte aber auch die Botschaft einer selbständigen Schweiz, welche mögliche Gewaltkonflikte durch ein Gewaltpotential abzuwehren ha-

¹⁸³ Heuberger, Wieso wir den Abstimmungskampf gewannen.

¹⁸⁴ Weber, Nathanaël: Sprache und Bild in der Schweizer Militärpolitik, BA-Seminararbeit 2012. Nathanaël Weber gliedert die Argumentationsweisen im Abstimmungskampf in seiner Untersuchung in drei Themenkomplexe: Sicherheit und Schutz, Demokratieverständnis und Finanzen

¹⁸⁵ AWM: 'Nein zur Armeeabschaffung in Raten'.

¹⁸⁶ Ebd.

be. Das Abwehrpotential der Luftwaffe konnte dabei als *Luftschirm* in ein eingängiges sprachliches und visuelles Bild übersetzt werden.

Am Sonntag, dem 21. März traf sich die GSoA zur Vollversammlung in Solothurn und übte dabei gemeinsam die Entkräftung gegnerischer Argumente ein.¹⁸⁷ Die Befürworter der Initiative betonten wiederholt die Unnötigkeit des F/A-18 Kaufs und die Ideologie des kalten Krieges, die der Beschaffung zugrunde liege. Dem Hauptargument, die Initiative führe die Armeeabschaffung auf Raten im Schilde, entgegneten die Initianten mit dem Hinweis auf den Abrüstungscharakter ihres Anliegens, den diese mit vier weiteren eidgenössischen Initiativen teile. Man wisse aber, dass es nach dem Ende des Kalten Krieges eine „grundlegende Wende“ brauche. Diese werde aber erst in einer sich in Vorbereitung befindenden zweiten Abschaffungsinitiative thematisiert. Die Initiative *Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge* sei eine „politische Notbremse“, die lediglich ein „sechseinhalbjähriges Moratorium“ für die Flugzeugbeschaffung fordere, um einen wenig sinnvollen Milliardenaufwand zu verhindern. Die F/A-18 würden nämlich keineswegs die nationale Sicherheit fördern, sondern wären im Gegenteil gegen „Erpressung mittels Raketen und Terroranschlägen machtlos“¹⁸⁸

Die GSoA präsentierte zum Auftakt des Abstimmungskampfes in Zusammenarbeit mit der ARNA zudem ein Buch mit dem Titel „6. Juni '93. Kompromiss auch bei der Armee“. Darin führt neben anderen Andreas Gross aus, dass es sich bei den beiden militärpolitischen Initiativen, die am 6. Juni zur Abstimmung kämen, um Beiträge zu einer Kompromissfindung handle, wie sie in anderen Bereichen der schweizerischen Politik selbstverständlich sei. Es gebe nach der überraschend hohen Zustimmung zur Armeeabschaffung 1989 keine Gründe, die für eine Sonderbehandlung der Landesverteidigung sprechen, da sich die „Kräfteverhältnisse“ durch eine Million JA-Stimmen zur Abschaffung verändert hätten. Dies habe sich bei der Abstimmung zur Einführung eines Zivildienstes gezeigt.¹⁸⁹ Einer der Koordinatoren des Abstimmungskampfes, GSoA-Sekretär

¹⁸⁷ Sozarch, Ar.452.41.1.

¹⁸⁸ Abstimmungsbroschüre, in: GSoA Jahrbuch 91/92, S.572f.

¹⁸⁹ Gross, Andreas: Zweimal Ja am 6. Juni wären nicht mehr und nicht weniger als ein guteidgenössischer Kompromiss, in: Gross / Schmid / Trüb, Kompromiss auch bei der Armee?, S. 34-43.

Leo Boos, verknüpft die beiden Initiativen des 6. Juni mit der Abschaffungsinitiative und warnt vor der Kampagne der Gegner. Diese wollten die F/A-18 und die Waffenplatzinitiative zur Wiederholung der GSoA 1989er Initiative machen, um sie „in ein Waterloo für die GSoA“ zu verwandeln. Es gehe bei den Initiativen „nicht um die armeefreie Schweiz, aber auch nicht nur um eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge. 1993 steht das Ergebnis der Volksabstimmung vom 26. November 1989 erneut zur Diskussion. Damals hat die Armee die Rolle als erste Geige der schweizerischen Innenpolitik verloren. Am 6. Juni entscheidet sich, ob sich die Armee zu einer überdimensionierten Feuerwehr entwickelt oder ob sie erneut heiliggesprochen wird.“¹⁹⁰ Tatsächlich fand der Kampf um die Schweizer Armee vor einem neuen Hintergrund statt. Die Ausgangslage hatte sich durch die Abschaffungsinitiative von 1989 insofern verändert, als dass Kritik an der Armee nicht mehr mit Kritik an der Schweiz gleichgesetzt werden konnte, von den Armeebefürwortern aber durchaus so interpretiert wurde. Die von der GSoA erfundene, auch visuelle vielfach umgesetzte Formel von der Unberührbarkeit *Heiligen Kuh Armee* erschien 1993 im Gegenteil als abgewetzt. Der Anspruch der GSoA und ihrer Supporter aus dem linken politischen Spektrum auf die wahre, negationistische Armeekritik schien an seine Grenzen zu kommen. Die GSoA verkannte in ihrem historisch nicht haltbaren Anspruch, Armeekritik erstmals ermöglicht zu haben, die Kontinuität der schweizerischen Armeekritik seit dem 19. Jahrhundert. Mit einer nicht-negationistischen Armeekritik aus allen politischen Lagern war auch nach 1989 zu rechnen. Die Akzeptanz der Armeekritik hatte sich schrittweise in die politische Mitte ausgeweitet und es zeichnete sich in dieser Phase die Frage ab, ob dieses Fortschreiten in die Mitte kontinuierlich sein würde oder ob konservative Reflexe die Kritik an der Armee von anderswo als links wieder unwahrscheinlicher werden lassen würden.

Trotz der Unterstützung von SP, Grünen, LdU, PdA und der Lega, sowie dem Gewerkschaftsbund,¹⁹¹ gelang es der GSoA im Gegensatz zu 1989 nicht, den Debatten ihren

¹⁹⁰ Boos, Leo: Vor dem 6. Juni 1993, in: Gross / Schmid / Trüb, Kompromiss auch bei der Armee?, S. 161-163.

¹⁹¹ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 58ff.

Stempel aufzudrücken. Je länger diese andauerten, desto weniger schafften es die Befürworter beider Initiativen Themen zu setzen, vielmehr vermochten die Gegner die Debatte zu dominieren und der GSoA gewissermassen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dies manifestierte sich auch in den medial prominent präsenten Umfrageergebnissen. Mitte Mai 1993 nahm die Zahl der Befürworter in Umfragen erstmals auf unter 50% ab,¹⁹² eine Tendenz die sich offenbar fortsetzte und die Berner Zeitung zur Schlagzeile „GSoA-Initiative verliert weiter Anhänger“ veranlasste, als sich nur noch 40% der Befragten gegen die Flugzeugbeschaffung äusserten.¹⁹³

Die Virulenz des Abstimmungskampfes zeigte sich durch medial ausgerichtete und in der Folge durch die Medien stark beachteten Manifestationen vor dem Bundeshaus in Bern. Der Bundesplatz ist seit der Zwischenkriegszeit ein Ort, wo sich politische Protestaktionen abspielen und zu einem Ort symbolischen Bekennens geworden ist. Im Rahmen der F/A 18 Abstimmung wurde die symbolische Kraft dieses Ortes genutzt. Die GSoA wandte dabei aber bisher eine nicht verwendete Aktionsform und Performativität der politischen Propaganda an. Drei Wochen vor dem Abstimmungstermin fand auf dem Bundesplatz in Bern ein *Stop F/A-18* Festival statt. Zwischen 20'000 und 30'000 Menschen - die Angaben von Polizei und Veranstaltern unterschieden sich beträchtlich - demonstrierten auf dem Bundesplatz gegen die Flugzeugbeschaffung.¹⁹⁴ Ziel des Festivals war nicht mehr die Überzeugung Andersdenkender, sondern die Mobilisierung der Flugzeuggegner, insbesondere der jugendlichen Stimmberechtigten. „Göht ga schtimme“, forderte Musiker Polo Hofer das Publikum auf, das auch den verschiedenen Souvenirs, den Pins, T-Shirts und CDs zu Absatz verhalf.¹⁹⁵ Neben Musikern traten auch Kabarettist Franz Hohler oder der Schriftsteller Thomas Hürlimann auf. Hauptredner war aber GSoA-Exponent Andreas Gross, der versuchte die sich abzeichnende Trendwende zugunsten der Flugzeugbeschaffung zu relativieren und einen Endspurt zu

¹⁹² Berner Zeitung, 14.5.1993.

¹⁹³ Berner Zeitung, 28.5.1993.

¹⁹⁴ Der Bund, 17.5.1993.

¹⁹⁵ Ebd.

lancieren: „Es ist immer gut, als zweiter in die Zielgerade einbiegen zu können.“¹⁹⁶ NZZ-Kommentator Lezzi berichtete beeindruckt aber spöttisch von diesem Anlass, den er eher als „Rockfest als politische Manifestation“ einordnete.¹⁹⁷

Nicht nur die GSoA organisierte in der Endphase des Abstimmungskampfes einen grossen *Polit-Event*. Auch die Milizverbände mobilisierten am darauffolgenden Wochenende zu einer Massendemonstration auf dem Bundesplatz. Die Vorgehensweise war derjenigen der GSoA durchaus ähnlich, statt Mundartrock erklang aber die Landeshymne. Viele Schützenvereine waren in Sonderzügen geschlossen angereist. Als Organisator dieser Grossveranstaltung wurde die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee AWM genannt.¹⁹⁸ Die Veranstaltung, an der auch Kaspar Villiger auftrat und viel Applaus erntete, nahm eine Art traditionellen Volksfestcharakter an.¹⁹⁹ Auch in anderen Bereichen wurde der GSoA-Stil von Armeefreunden adaptiert, so fand beispielsweise, analog zu GSoA Merchandising-Produkten, ein pro F/A-18 Pin, der von der Offiziersgesellschaft Lenzburg vertrieben wurde, reissenden Absatz.²⁰⁰ Dies illustriert, dass es den Milizverbänden, sowie auch Kaspar Villiger, im Gegensatz zur Kampagne gegen die Abschaffungsinitiative 1989, gelang, sehr volks- und basisnah für die Ablehnung der Initiativen zu werben und die Aufmerksamkeit an sich zu reißen. Diese Inszenierung der Protagonisten beider Seiten als Festival bzw. Volksfest bildete eine Facette des Höhepunktes des in den 1970er Jahren in Fahrt gekommenen Kampfes um die Schweizer Armee. Es entstand zeitweise der Eindruck, zwei völlig entgegengesetzte „Volksbewegungen“ stünden sich gegenüber, die mit eventhaften Massenkundgebungen die politische Stimmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen versuchten. Die zwei Gruppen unterschieden sich einerseits durch eine klassischen links-rechts Zuordnung, andererseits zeigten sich einige Merkmale dieser Zuordnung nicht. So fehlte es an Klassenkampfrhetorik.

¹⁹⁶ Tagesanzeiger, 17.5.1993.

¹⁹⁷ Neue Zürcher Zeitung, 17.5.1993

¹⁹⁸ Sonntagszeitung, 23.5.1993.

¹⁹⁹ Tagesanzeiger, 24.5.1993 und Neue Zürcher Zeitung, 24.5.1993.

²⁰⁰ Bucher / Furter / Frey, OG Lenzburg, S. 25-31.

Man äusserte sich nicht nur in Texten und Reden zu den F/A-18, sondern auch durch das Tragen von T-Shirts, Pins und ähnlichen Gegenständen. Das öffentliche zur Schau stellen individueller politischer Meinungen durch eine Vielzahl an Bürgern fällt auf. Die F/A-18 Frage veranlasste viele Bürger zu einer politischen Meinungsbekundung, die ihre politische Meinung in der Regel nicht äusserten. Der bewegungshafte Charakter der Kampagnen drängte zur Bekenntnis, zum Testimonial, das man vor sich selbst ablegte, aber auch öffentlich machte. Gerade die GSoA, die sich als Jugendbewegung verkaufte, forderte dieses Bekenntnis ein, aber auch die Milizorganisationen zielten mit ihren Aktionen auf Jüngere ab, die sich bereitwillig in entsprechende T-Shirts einkleideten und Pins anhefteten. Die scheinbar in zwei Lager gesplittene Schweiz förderte den Eindruck, dass es sich bei den Wochen und Monaten vor der Abstimmung um die *heisseste Phase* des Kampfes um die Schweizer Armee in der medial stark beachteten Öffentlichkeit handelte, ohne jedoch zu eskalieren. Im Gegensatz zu anderen auf der Strasse ausgetragenen Manifestationen und Streitfragen, wie dem 1. Mai oder Auseinandersetzungen des Staates mit der Häuserbesetzerszene, blieb dieses politische Kräftemessen gewaltfrei. Dies liegt sicherlich auch daran, dass keine Klassenkampf- oder Fremdenfeindlichkeitsrhetorik angeschlagen wurde und im abgesteckten Bereich der halbdirekten Demokratie genügend Raum gefunden wurde, die Debatte um die Armee zu führen.

2.1.7. DIE VERWENDUNG VISUELLER BILDER IM ABSTIMMUNGSKAMPF

Sowohl die GSoA als auch die Gegner der Initiativen setzten visuelle Bilder zur Vermittlung ihrer Botschaften ein. Dabei lässt sich feststellen, dass beide Seiten Objekte verwendeten: das Kampfflugzeug stand im Zentrum der Kampagne der GSoA, während bei den Initiativgegnern ein Schirm verwendet wurde.

Angesichts des gegnerischen Arguments, die GSoA wolle in erster Linie die Armeeabschaffung, also mehr als nur eine Verhinderung eines Kampfflugzeuges, lag es auf der Hand, den F/A-18 als das eigentliche Objekt der Auseinandersetzungen ins Zentrum zu rücken, nicht zuletzt aufgrund der bis ins bürgerliche Lager sich manifestierenden Skepsis gegenüber dem Beschaffungsprojekt. Bereits in der Unterschriftensammelphase zeigte ein Aufkleber die Silhouette eines F/A-18, die sich in der gesamten Kampagne kaum veränderte und einen hohen Wiedererkennungswert hatte. Im Vordergrund steht „STOP F/A-18“ in grossen Lettern. Der Schriftzug erinnert an die seit den späten 80er Jahren bekannte *Stop Aids*-Kampagne des Bundes.²⁰¹ Die Schriftart dieses Schriftzuges blieb über die gesamte Kampagne hinweg gleich. Der Schriftzug mit Kampfjetsilhouette bekam im Laufe der Kampagne Logocharakter, da er zweifelsfrei als Produkt eines GSoA-Corporate Layouts erkennbar war und die GSoA eine zugkräftige politische Marke war.

²⁰¹ Siehe http://www.bag.admin.ch/hiv_aids/11667/12565/index.html?lang=de



Abb. 1: Von links im Uhrzeigersinn: Aufkleber, Schlüsselanhänger, Abstimmungsplakat I, Pin, CD-Flyer

Auch auf Pins und Schlüsselanhängern wurde auf dieses Logo zurückgegriffen um für ein Ja am 6. Juni 1993 zu werben. Für das Festival auf dem Bundesplatz oder den dazugehörigen CD-Sampler griff man ebenfalls darauf zurück. In der farbigen Version ist der F/A-18 rot und zum Teil goldig gefärbt. Geringfügige Veränderungen erfährt das Logo auf den Abstimmungsplakaten und einigen Werbematerialien, ohne jedoch an Wiedererkennungswert einzubüssen. Der Kampfjet erscheint nun gezeichnet und nicht mehr als Fotografie und bleibt im Buchstaben O, des Schriftzuges STOP F/A-18 ste-

cken. Beide Varianten vermitteln die Botschaft, dass es darum geht, den F/A 18 zum Abstürzen zu bringen: versenken oder straucheln lassen. Beide visuellen Umsetzungen liessen sich beliebig mit alternativen Botschaften kombinieren. Die Versenkungs-Variante wurde jedoch zum eigentlichen visuellen Kennzeichen der GSoA-Kampagne und konnte insbesondere auf Pins und Anhängern ohne Text verwendet werden.

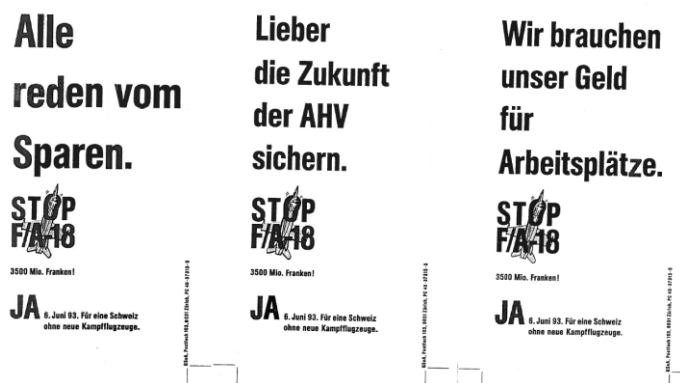


Abb. 2: Abstimmungsplakate Varianten

Bei den Abstimmungsplakaten steht der Schriftzug als Logo unter der Botschaft und ist inhaltlich eine Antwort auf diese. „Alle reden vom Sparen.“, resp. „Lieber die Zukunft der AHV sichern.“ oder „Wir brauchen unser Geld für Arbeitsplätze.“, für diese State-ments bildet das Emblem die Lösung. Unter dem Emblem findet sich die Angabe 3‘500 Mio. Franken, die die potentielle Ersparnis zugunsten des Sparens, der AHV oder der Arbeitsplätze beziffert. Zuunterst rundet die Stimmempfehlung „Ja 6. Juni 93. Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“ die Plakate ab. Das abgebildete Kampfflugzeug ist ein Ikon, das durch den Schriftzug STOP F/A-18 verstärkt und durch die Präzisierung des Typs in eine vorhandene politische Debatte eingebunden wird. Das Kampf- flugzeug wird stellvertretend kritisiert als teurer High-Tech Artikel, der Abrüstung ent- gegenlaufe, respektive gar eine Überrüstung illustriere. Da sich im Abstimmungskampf die Plakate aber an die Unentschiedenen und an grundsätzliche Armeebefürworter wandten, werden die Kosten, immerhin „3500 Mio Franken“, die, so wird suggeriert, andernorts fehlten, ins Zentrum gerückt. Nicht nur die GSoA, auch die SP stellte den Kampfjet in das Zentrum ihrer Plakatkampagne. Auf einem Plakat ist dabei im Hinter- grund eine Fotografie eines alten Mannes, der an einem Gehstock sich vom Betrachter wegbewegt, mit einer Fotografie eines F/A-18 überdeckt, so dass sich die beiden Foto-

grafien zu vermischen scheinen, wobei der Kampffjet im Vordergrund *steht*. In der Mitte des Bildes befindet sich ein Schriftzug: „Die Zukunft der AHV ist nicht gesichert“, unten rechts die Stimmaufforderung „Stop FA-18 JA für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“. Stilistisch unterscheidet sich das SP-Plakat stark von demjenigen der GSoA, inhaltlich sind sie sich aber sehr ähnlich. Man stellt das konkrete Objekt Flugzeug dar und verknüpft es mit den Finanzierungsproblemen der AHV. Eine Emotionalisierungsstrategie wurde mit der Gegenüberstellung des hohen Betrages und Verlust-, respektive Abbauängsten verfolgt.

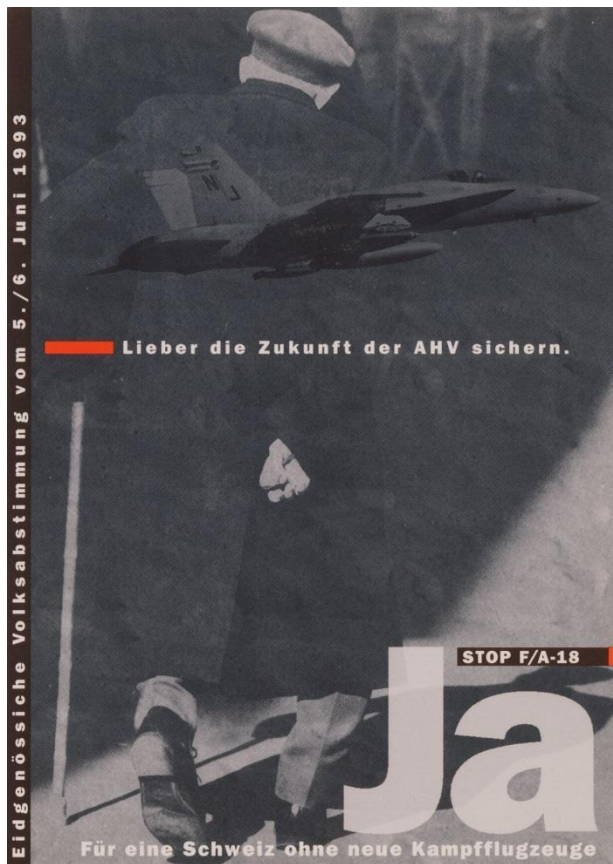


Abb. 3: Stop F/A-18 Abstimmungsplakat der SP Schweiz

Ganz anders verfuhr die Gegenseite mit dem F/A-18. Da sie nicht die Beschaffung des F/A-18 zur Debatte stellen wollte, sondern eine Debatte über die GSoA herbeizuführen suchte. Tatsächlich war die Grundsatzdebatte zur Armee, wie sie während des Abstimmungskampfes geführt wurde, eine Debatte über die GSoA, die Armeeabschaffung diente als Anti-Mirandum, das die GSoA als unseriös stigmatisierte. Zentrales Bild der

Kampagne war der Schirm. Als Metapher für den Schutz stellte der Schirm die Bedeutung der F/A-18 für die zukünftige militärische Schweizer Luftverteidigung dar, die mit dem *Luftschirm* bereits über eine passende verblasste, aber nutzbare Metapher verfügte. Damit entfernte sich die Auseinandersetzung vom *Objekt* F/A-18 zur Frage des Schutzes, den ein neues Kampfflugzeug böte, respektive der Schutzlosigkeit, den ein Verzicht auf es mit sich bringen würde. Eine Anzeige des *Schweizerischen Komitees gegen eine Schweiz ohne Schutz* der AWM zeigt eine junge, eher altmodisch und volkstümlich gekleidete Frau mit einem Schirmgerüst ohne Bespannung, also einem Schirm, der nicht gegen den Regen schützt. In einer anderen Darstellung ist ein barttragender Mann in volkstümlichem Habitus abgebildet.



Abb. 4: AWM-Plakate und Logo mit Stimmaufforderung

Im oberen Bereich der Anzeige steht in Anführungszeichen der Slogan „Entweder man hat eine Armee oder man hat keine. Aber nicht eine, die nichts taugt“. Die Aufforderung im unteren Bereich lautet: „Am 6. Juni 2 x NEIN zur Armeeabschaffung in Raten“ und wird begleitet vom Logo des verantwortlichen Komitees, einem Schweizer Banner, das von einem intakten Regenschirm geschützt wird. Der unbespannte Schirm ist eine ironische Darstellung eines mangelhaften Luftschirms nach impliziertem GSoA-Gusto und dient der Emotionalisierung. Als ironisch kann die Darstellung bezeichnet werden, insofern Regen keine ersthafte Bedrohung darstellt. Die Schirmmetapher wurde von der GSoA wahrgenommen und ironisierend in der WOZ gekontert. Eine Gruppe von höheren Offizieren wurde dabei in einer Fotoserie dargestellt, wie sie mit unbespannten

Schirmen im Zürichsee steht und versucht einem durch einen kommunistischen Islamisten mit Spritzkanne herbeigeführten, steigenden Wasserpegel zu trotzen. In der Unterschrift der Fotos wurde die Kampagne der Gegner weiter ironisiert: „Entweder wir kaufen jetzt 34 neue Schirme für unsere Offiziere, oder wir kaufen sie nicht und lassen es zu, dass ihnen bald jeder Fötzel ungestraft über den Hut brünzeln kann. Die Fotos auf dieser Seite zeigen doch wohl dramatisch genug, welcher Zukunft uns die Armeegegner ausliefern wollen. Der See ist trüb, die Luft ist rein, der Generalstab muss ertrunken sein“.²⁰²



Abb. 5: Ironisierende Darstellung auf die Schirmmetapher in der Wochenzeitung

Eine andere eher spielerische Variante der F/A-18 Befürworter war die Verwendung einer Comic-Hornisse, die auf den Beinamen des Kampfflugzeuges F/A-18 *Hornet* referenziert. Die bei vielen Kampfflugzeugtypen übliche Tiermetapher (Tiger, Vampire, Hornet u.a.) wurde hier benutzt um den F/A-18 verniedlichend darstellen zu können, ohne aber den Kampffjet abzubilden und dem Vorwurf des überbeurtenen High-Tech Rüstungsprojektes Raum zu geben. Die Hornisse trägt lächelnd ein Schweizerkreuz-T-Shirt

²⁰² Wochenzeitung, 4.6.1993.

und hält auf dem Bild einen Schirm in der Hand, den sie schützend über sich und über die Landkarte der Schweiz hält. Die Hornisse garantiert also den Schweizer Luftschirm, eine Cartoonvariante des Argumentes, dass ohne die F/A-18 der Luftraum nicht geschützt werden könne. Die gleiche Hornisse findet sich auch auf Krawatten oder Pins. Die Ursprünge dieser Cartoonhornisse können nicht eindeutig eruiert werden, ihre Verwendung entspricht sicherlich nicht der Abstimmungsstrategie von EMD und dem Sammelbecken der Interessensverbände, der Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee AWM, die eigentliche Kampfjetdiskussion zu vermeiden und stattdessen eine Debatte über die Armee zu führen. Das Kampfflugzeug tauchte nichtsdestotrotz auch in der Kampagne der Gegner der Initiative auf. So fand ein von der Offiziersgesellschaft Lenzburg hergestellter Pin, eine grosse Verbreitung.²⁰³



Abb. 6: Aufkleber 2x Nein

Das Ringen, ob es um das Objekt F/A-18 oder um die Landesverteidigung an sich geht, zeigt sich nicht nur in den im Abstimmungskampf verwendeten Bildern, sondern bereits bei der Betitelung der Initiative. Konsequenterweise wurde die Initiative von ihren Gegnern als «Flugwaffenabschaffungsinitiative» bezeichnet, wobei das Wort Abschaffung wohl alarmierend *wirken sollte* und von den Befürwortern als F/A-18-Initiative, um das Kampfflugzeug und dessen Kosten und nicht die Armee zum Objekt der Auseinandersetzung zu machen. In der visuellen Kommunikation zeigte sich dies bei der GSoA und SP in der Fokussierung auf das zum Absturz zu bringende Objekt Kampfflugzeug. Bei

²⁰³ Bucher / Furter / Frey, OG Lenzburg, S. 25-31.

den Beschaffungsbefürwortern in der Verwendung der Schirmallegorie als Träger der Schutzbotschaft. Nur ausserhalb der geführten Kampagne stehende Aktivisten verwendeten den F/A 18 als Sympathieträger.

2.1.8. DIE ABSTIMMUNG

Mit einem Ja-Stimmen Anteil von 42.8% für die *Volksinitiative für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge*, respektive 44.7 % für die *Volksinitiative 40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär*, wurden beide armeekritischen Vorlagen am 6. Juni 1993 abgelehnt. Eine hohe Stimmbeteiligung von 55% illustriert, dass diese das Stimmvolk zu mobilisieren vermochten.²⁰⁴ Gegen Ende des Abstimmungskampfes hatte sich der Abstimmungssieg der Initiativgegner abgezeichnet, nachdem, wie oben beschrieben, Umfragewerte eine klare Tendenz zuungunsten der Initianten aufgewiesen hatten. Letztlich blieb die GSoA-Initiative trotz aller Euphorie während der Unterschriftensammelphase chancenlos. Der Gegenseite, allen voran Kaspar Villiger attestierte auch die GSoA eine perfekte PR-Kampagne. Unter anderem habe die Aufteilung zwischen dem Departementsvorsteher und den Milizverbänden gut funktioniert. Letztere hätten sich für Villiger „ums Grobe – den Kampf gegen die Armeeabschaffer und für die Erhaltung der bewährten Armee“ gekümmert, während er sich auf den sanften und sachlichen Dialog habe konzentrieren können.²⁰⁵ Für die erfolgreiche Kampagne verantwortlich zeichnen durfte sich neben anderen Daniel Eckmann. Er war im Sommer 1991 als neuer Informationschef ins EMD gekommen und hatte dabei Hans-Rudolf Strasser ersetzt. Mit seiner Wahl bekenne sich das EMD „zu einer affirmativen, offenen Informationspolitik“ hatte Kaspar Villiger damals in der Presse verlauten lassen.²⁰⁶ Die bereits im Herbst 1991 bei Kaspar Villiger festgestellte positive Veränderung hin zu Offenheit und souveränen Auftreten in der Öffentlichkeit, wurde auf den Einfluss Eckmanns zurückgeführt.²⁰⁷

²⁰⁴ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 54-62.

²⁰⁵ Sozarch, Ar 452.10.2.

²⁰⁶ Neue Zürcher Zeitung, 28.3.1991.

²⁰⁷ Sonntagszeitung, 22.9.1991.

Die Vox-Analyse des Urnenganges stellte fest, dass die Schlagworte aus dem Abstimmungskampf bei den Ablehnenden als Begründung für ihr Votum präsent gewesen seien.²⁰⁸ Im Gegensatz zur Abschaffungsinitiative 1989 war die Prädisponiertheit gering. Es sei aber gelungen, die Mehrheit der Unschlüssigen mit einer früh lancierten und auf einer Grundsatzdebatte fussenden Kampagne zu einem Nein zu bewegen.²⁰⁹ Diese Annahme kann insofern bestätigt werden, als dass es durchaus die herbeigeführte und intensive Grundsatzdebatte zu einer Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse gegenüber einigen Meinungsumfragen kam. Zwar sind diese als Indikatoren nicht unproblematisch, deuten aber darauf hin, dass gewisse Tendenzen in der Stimmbevölkerung, das Beschaffungsprojekt abstürzen zu lassen, durchaus vorhanden gewesen waren. Erst durch das Anfachen einer Grundsatzdebatte, und dies wurde gezielt und mit viel Aufwand gemacht, erhöhte man die Prädisponiertheit, die, wird ihr gefolgt, durch eine eher konservative Stimmbevölkerung zur Mehrheit führte. Die Überführung einer Debatte um Kampfflugzeuge in eine über Armee und Souveränität führte zum Abstimmungssieg des EMD über eine GSoA, die während des Abstimmungskampfes im Vergleich zu 1989 und der Unterschriftenphase merklich an Schwung eingebüsst hatte. Die Abstimmungsniederlage vom 6. Juni 1993 bildete auch den Abschluss einer ausgesprochen aktiven Phase der GSoA, die sich danach in einer Sinnfindungskrise wiederfindet und in der Militärkritik von anderen Akteuren abgelöst wird. Nach diesem intensiven Kampf um deren Beschaffung, können 1996 schliesslich 34 F/A-18 Hornets von den Fliegertruppen in Betrieb genommen werden. Sie bilden heute das Rückgrat der Luftwaffe im Einsatz.

²⁰⁸ Hardmeier, Sibylle / Linder, Wolf: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 6. Juni 1993, VOX-Nr. 49, S. 9.

²⁰⁹ Ebd., S. 14.

2.2. DIE 2. ABSCHAFFUNGSINITIATIVE

2.2.1. NACH DER ABSCHAFFUNGSINITIATIVE 1989 – „ARMEEFREI INS NÄCHSTE JAHRTAUSEND“

Kurz nach der ersten Abschaffungsinitiative fand in der GSoA eine intensive Diskussion über die eigene zukünftige Ausrichtung statt. „Armeefrei ins nächste Jahrtausend“ versprach die GSoA-Zitig ihren Lesern im November 1991.²¹⁰ Eine Konkretisierung erfuhr die erneute Abschaffungsforderung vorläufig nicht, es ergaben sich vielmehr zahlreiche andere Ideen und Handlungsperspektiven. GSoA-Chronist Hans Hartmann erkennt in seiner Rückschau zwei unterschiedliche Richtungen. Einerseits gab es Bestrebungen, die GSoA-Utopie in einen internationalen Kontext einzubinden, eine „Transnationalisierung“ der GSoA-Ideen voranzutreiben. Andererseits erkannte man in der grossen Minderheit der Abschaffungsinitiative von 1989 neue Möglichkeiten mit Kompromissvorschlägen, die gesellschaftlich mehrheitsfähig wären, das Ziel der Armeeabschaffung in „Teilschritten“ zu erreichen. Konkret rückten die Fragen des Zivildienstes, der Aufrüstung und der „Relativierung der Armee im Rahmen einer anderen Sicherheitspolitik“ ins Zentrum des GSoA-Brainstormings. Das Ziel Armeeabschaffung wurde als grösster gemeinsamer Nenner der, wie es sich zeigte heterogenen, GSoA jedoch weiterverfolgt und unter dem Arbeitstitel *GSoA II* in Form eines Paketes mit diversen Initiativen diskutiert.²¹¹

Im Widerstand gegen die F/A-18 fand die GSoA einen vermeintlich mehrheitsfähigen Kompromiss mit dem Stimmvolk. Damit wurde die Diskussion um die zukünftige Ausrichtung der GSoA aufgeschoben. Die trotz der Niederlage am 6. Juni 1993 bemerkenswerte Ausstrahlung der GSoA während des F/A-18 Abstimmungskampf verhalf der GSoA zu einem Höhenflug, der aber letztlich in einer Ernüchterung endete. In einem

²¹⁰ GSoA-Zitig, Nr 44, 1991.

²¹¹ Hartmann, Hans: Die aufgeschobene Orientierungskrise. GSoA-Geschichte (III). nach der "Sieg-niederlage" vom 26. November 1989, in: MOMA Monatsmagazin für neue Politik, 5.96, 1996.

Kommentar forderte Tagesanzeiger Redaktor Roger de Weck die GSoA auf, von ihrem „Fundamentalziel“ abzuweichen und sich gar aufzulösen, da sie „mit ihrem unzweideutigen Namen“ armeetopolitische Debatten immer auf ein „schlichtes Ja oder Nein zur Landesverteidigung“ verkürze.²¹² Die GSoA befasste in einer selbst auferlegten Reflexionsphase intensiv mit ihrer Zukunft. Man brauche eine „kreative Pause, wenn die Entmilitarisierungsdiskussion in der Schweiz nicht zum Ritual und die GSoA nicht zur Sekte verkommen soll“, schrieb *GsoAt* Leo Boos am Tag nach der Abstimmungsniederlage.²¹³ In der Septemberausgabe 1993 der GSoA-Zitig äusserten sich zahlreiche GSoA-Exponenten. Im Editorial wurde die Abstimmungsniederlage zu einer Steigerung auf 42.9% Armeeabschaffer gegenüber der 1989er Abstimmung umgedeutet, da es sich, wie es Analysen des Urnenganges zeigten, bei der F/A 18-Abstimmung um ein Plebiszit zur Armee gehandelt habe. Die Zeit werde also für die GSoA arbeiten, schrieben Renate Schoch und Sascha Buchbinder vom GSoA-Sekretariat.²¹⁴

Fünf Jahre nach der ersten Abschaffungsinitiative diskutierte die GSoA über einen neuen Anlauf zur Abschaffung der Armee. Seit der GSoA Vollversammlung im März 1995 wurde eine Abschaffungsinitiative wieder ins Auge gefasst. Entwürfe standen bereits im März 1996 zur Diskussion. Dabei zeichnete sich ein Konflikt zwischen jüngeren GSoA-Mitgliedern und einigen prominenten Veteranen der 1989er Abstimmung ab. „Der GSoA-Nachwuchs will das Politestablishment herausfordern“, schrieb die Sonntagszeitung im Mai 1995.²¹⁵ Die Befürworter einer erneuten Abschaffungsinitiative waren tatsächlich eher jüngere *GSoAten*, als deren inoffizielles Sprachrohr sich der junge Berner Nico Lutz etablierte. Auch die Westschweizer GSsA trat deutlich für eine Initiative ein. „Le GSsA doit rapidement relancer une initiative [zur Armeeabschaffung], sinon, d'ici quelques années, il n'existera plus.“ schrieb der Genfer Erik Grobet und erhob die Lancierung einer Initiative zur Überlebensfrage der Bewegung.²¹⁶ Auch Lutz erklärte die

²¹² Tagesanzeiger, 7.6.1993.

²¹³ Boos, Leo: Statt auflösen. Eine verbindlichere GSoA, in: GSoA-Jahrbuch 1993-1996, S. 32.

²¹⁴ GSoA-Zitig, Nr. 52, 1993.

²¹⁵ Sonntagszeitung, 28.5.1995.

²¹⁶ Suisse sans armée, Nr. 27, 1995. Suisse sans armée ist das Westschweizer Äquivalent zur GSoA-Zitig.

Abschaffungsfrage zur Kernaufgabe der GSoA um die man auch gar nicht herumkäme. Die F/A-18 Abstimmungsniederlage habe gezeigt, dass Kompromissvorschläge der GSoA kaum akzeptiert würden, da die „offizielle Schweiz“ gelernt habe, die Armee besser zu verkaufen: „GSoAtische Vorschläge werden auf die Gretchenfrage 'Armee Ja oder Nein' reduziert“, weshalb man wenn schon einer neuen Generation Abstimmender die Abschaffungsfrage stellen sollte.²¹⁷ Die aussen- und innenpolitische Lage habe sich gegenüber 1989 verändert. Dies biete der Initiative eine Chance, schliesslich könnten Armeebefürworter nicht mehr gleich argumentieren. Die Neutralität und die Souveränität fielen weg, da sich die Armee ja selber nach aussen orientiere. Mit einer Abschaffungsinitiative habe man die Chance, „die Armee als Sicherheitsgaranten zu demontieren“²¹⁸ und das „Muster stereotyper Argumentation“ zu durchbrechen.²¹⁹ Daran zweifelte das Aushängeschild der ersten Abschaffungsinitiative Andreas Gross: „Wir würden die Initiative zustande bringen, vermutlich mehr schlecht als recht, aber sie würde stereotyp erledigt werden, mit einer Argumentation, die man heute schon skizzieren könnte.“ Die ganze Thematik Armee würde nicht mehr viel auslösen, stellte Gross eine gewisse Müdigkeit bei Armeethemen fest. Das aussenpolitische Klima sei zudem für die Abschaffungsfrage ungünstig.²²⁰ Zusammen mit Adrian Schmid und Jürgen Schulz, weiteren Veteranen der ersten Abschaffungsabstimmung, argumentierte Gross vehement gegen eine baldige Lancierung einer zweiten Abschaffungsinitiative. Eine solche würde *Lernprozesse*, die im Gange seien, nicht voranbringen oder gar blockieren.²²¹ Die in der GSoA diskutierte Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht und die Infragestellung der Milizarmee seien viel zielführender. Die Entmilitarisierung sei ein „kollektiver Lernprozess“, den man nicht durch eine Radikalforderung behindern, sondern mit Teilforderungen fördern sollte.²²²

²¹⁷ GSoA-Zitig, Nr. 59, 1995.

²¹⁸ GSoA-Zitig, Nr. 61, 1995.

²¹⁹ GSoA-Zitig, Nr. 60, Extrablatt Juni, 1995.

²²⁰ GSoA-Zitig, Nr. 59, 1995.

²²¹ GSoA-Zitig, Nr. 60, Extrablatt Juni, 1995.

²²² GSoA-Zitig, Nr. 59, 1995.

2.2.2. EIN GSoA-GENERATIONENKONFLIKT

Die Ungültigkeitserklärung der SP Halbierungsinitiative im Sommer 1995 beschleunigte die Diskussion um eine Initiativlancierung.²²³ Dabei kamen sich GSoA und SP in die Quere. Am gleichen Wochenende, an dem die SP beschloss, die Halbierungsinitiative neu aufzulegen, spürte die GSoA ihre Abschaffungsinitiativen vor, ohne aber eine Lancierung zu konkretisieren. Dies führte zur Kritik der SP an der GSoA, deren Vorgehen man als kontraproduktiv erachtete.²²⁴

Bei der Artikulation des Abschaffungsanliegens stellte sich bald heraus, dass man einer Abschaffungsinitiative eine Initiative zur Friedensförderung beiseite stellen würde. Grundsätzlich würde man einerseits die nationalstaatliche Verteidigung unter der Lösung „Sicherheit statt Verteidigung“ in Frage stellen und mit „Solidarität schafft Sicherheit“ das eigene friedenspolitische Konzept zusammenfassen.²²⁵ Bereits an der Vollversammlung der GSoA am 31. März sollten die Initiativen aufgelegt werden, schlug die AG GSoA II in der GSoA-Zitig vor.²²⁶ Andreas Gross, Adrian Schmid und Martin Bühler warnten derweil eindringlich vor einer Lancierung der Initiativen. Die Gefahr, dass durch ein schlechtes Abstimmungsergebnis für die GSoA die Armee neu legitimiert werde, sei gerade vor dem Hintergrund des Jugoslawienkrieges, den weder die GSoA noch die Friedensbewegung ausreichend verarbeitet hätten, gross. Die Militärs hätten seit 1989 dazugelernt und würden im Falle eines Abstimmungskampfes viel unternehmen, „um die Scharte von 1989 auszuwetzen.“²²⁷ „Von der GSoA erwartet man Originelleres“, beklagte sich Andreas Gross in der Presse und drohte bei einer überstürzten Lancierung der Initiativen mit einem Austritt aus der GSoA.²²⁸ In der Weltwoche be-

²²³ Zur Halbierungsinitiative siehe Kapitel 3.2.

²²⁴ Neue Zürcher Zeitung, 3.7.1995.

²²⁵ Brunner, Roland: GSoA initiativ, in: MOMA Monatsmagazin für neue Politik, 2.96, 1996.

²²⁶ GSoA-Zitig, Nr. 63, 1996.

²²⁷ Ebd.

²²⁸ Tagesanzeiger, 12.3.1996.

gründete Gross seine Position nochmals öffentlich und fügte an: „Sollte die GSoA eine zweite Armeeabschaffungsinitiative beschliessen, dann trete ich unverzüglich aus.“²²⁹ Die GSoA-interne Auseinandersetzung wurde mit der Austrittsdrohung von Gross und Adrian Schmid nun auch öffentlich vermehrt wahrgenommen. Gegen in der WoZ gemachte Vorwürfe einer „autoritären Geste der GSoA-Väter“²³⁰ wehrte sich Adrian Schmid in der Neuen Zürcher Zeitung. Er kritisierte das „politisch verantwortungslose Drängen“ der jüngeren *GSoA*ten um Nico Lutz, das mit einem schlechten Abstimmungsergebnis zu einer verstärkten „Legitimation militärischen Denkens“ führen könnte, worauf die NZZ einen Konflikt zwischen *Basis* und den *Profis* bei der GSoA diagnostizierte.²³¹

Es zeigte sich, dass sich der Status des GSoA in der Akteurslandschaft stark verändert hatte. Als Akteur im Kampf um die Schweizer Armee nahm man sie zwar ernst, doch hatte die GSoA eine abschreckende Ausstrahlung auf gemässigt Konservative. Dies würde es der GSoA schwer machen, ihre Projekte je mehrheitsfähig zu machen, wenn diese deutlich mit dem Label GSoA versehen würden. Aber auch bezüglich der GSoA freundlich gesinnten Linken taten sich einige Problemfelder auf. Gerade der durch die Abschaffungsabstimmung herbeigeführte Tabubruch, nahm der GSoA das Erfrischende und Interessante. Die Forderung nach einer Schweiz ohne Armee erschien nun verblasst und eher rhetorisch als provokativ. Die Suche nach einem neuen Themenbereich und zusätzlicher Legitimierung gestaltete sich für die GSoA schwierig. Die im Namen bereits angelegte monothematische Fokussierung auf die Armee behinderte jegliche Bestrebungen zu einer auch in anderen Bereichen gehörten Interessensgruppe zu werden. Gerade die offene, respektive fehlende Positionierung in anderen Bereichen, nahm der GSoA die Möglichkeit zu einer multithematischen Organisation zu werden. Die GSoA konnte nur ein Thema haben: die Armee. Die Ausweitung der Armeefrage in einen internationaleren Kontext ist in diesem Zusammenhang zu verstehen. War bis 1993 vor allem die Schweizer Armee, der Dienstbetrieb oder auch die Unterstützung von Dienst-

²²⁹ Weltwoche, 21.3.1996.

²³⁰ Wochenzeitung, 15.3.1996.

²³¹ Neue Zürcher Zeitung, 25.3.1996.

verweigerern im Fokus der GSoA Politik, versuchte man nun die Kritik an der Armee stärker in einen internationalen Kontext einzubinden und den eigenen Kampf mit internationalen Forderungen nach mehr nicht militarisierter Friedenspolitik zu verknüpfen.

Am 30. März 1996 wurde die Vorentscheidung über die Initiativen von der GSoA-Vollversammlung relativ deutlich gefällt. Vorerst sollte aber nur eine GSoA-interne Vernehmlassung durchgeführt werden. Damit wurde Andreas Gross und Adrian Schmid ermöglicht die Umsetzung der Austrittsdrohung auszusetzen. Als Vermittler zwischen den sich verhärtenden Fronten innerhalb der GSoA trat der Zuger Josef Lang auf.²³² Der von der Zeitung Bund treffend als Auseinandersetzung zwischen den *Realos* um Gross und den *Fundis* um Lutz bezeichnete Konflikt, wurde, so zeichnete sich bald ab, von den Letzteren entschieden.²³³ Auch die Zuschriften an die GSoA-Zitig, deren Ausgaben im Juni und September als Forum dienten, lassen den Schluss zu, dass eine grosse Mehrheit der GSoA-Mitglieder und ihre Sympathisanten eine Initiativlancierung wollten.²³⁴ Deren Repräsentanten Marco Tackenberg und Nico Lutz sahen in den Initiativen die grosse Chance, Widersprüche im Lager der Armeebefürworter „Igelmentalität versus Nato-Beitritt“ aufzudecken und auszunutzen.²³⁵ Auch Andreas Gross weitete die Widersprüche bei den Armeebefürwortern gar zu deren „totalen Verunsicherung“ und einer „Erosion“ des Militaristischen aus, zog aber einen anderen Schluss: „Wenn wir wieder mit der klaren Forderung der Abschaffung kommen, dann schliesst sich der verunsicherte Haufen [die Armeebefürworter] zu einem Block gegen uns zusammen. Die Frage ist also legitim, ob wir mit einer Initiative ein Auseinanderfallen dieses Blockes verhindern.“²³⁶

An der Vollversammlung am 23. November 1997 beschloss die GSoA die Lancierung zweier Initiativen. Die Initiative „Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)“ sollte einen „Beitrag zum Abbau von Gewaltverhältnis-

²³² Friedenszeitung, Mai, 1996.

²³³ Der Bund, 1.4.1996.

²³⁴ GSoA-Zitig, Nr. 65, 1996; GSoA-Zitig, Nr. 66, 1996.

²³⁵ GSoA-Zitig, Nr. 65, 1996.

²³⁶ GSoA-Zitig, Nr. 68, 1996.

sen“ leisten und einen „Freiwilligendienst für Konfliktprävention, Menschenrechtsarbeit, sozialen Wiederaufbau und die Unterstützung lokaler Friedensbemühungen“ ermöglichen. Die Initiative „Sicherheit statt Verteidigung: für eine Schweiz ohne Armee“ hatte die Abschaffung der Armee zum Ziel. Anstelle der Wehrartikel sollte in der Bundesverfassung der Grundsatz „Die Schweiz hat keine Armee“ festgeschrieben werden. Der Start zur Unterschriftensammlung war für den März 1998 vorgesehen.²³⁷ Bereits einige Tage vor der Vollversammlung hatte sich der Bruch, der sich zwischen der GSoA und ihrem früheren Aushängeschild abgezeichnet hatte, vollzogen. Zusammen mit Adrian Schmid, Jürgen Schulz und Martin Bühler verabschiedete sich Gross in einem Brief von der GSoA.²³⁸ In einer „offenen Antwort“ rechneten die in der GSoA Verbliebenen mit den Austretenden ab. Letztere hätten sich kaum an den Diskussionen um die Lancierung der Initiativen beteiligt und die Initiative *Solidarität schafft Sicherheit* gar ignoriert. „Es scheint fast, als wolltet ihr diese Ansätze gar nicht sehen“, hiess es dazu vorwurfsvoll. Es gehe, anders als vorgeworfen, eben nicht um die sowieso unmögliche Wiederholung eines Tabubruchs. Die Kritik der Austretenden an den Initiativen sei unfundiert und ungerecht und hinter ihr stecke eher „eine Mythologisierung des eigenen Erfolgs von 1989“.²³⁹ Tatsächlich ist bei der GSoA eine Überhöhung der Armeeabschaffungsabstimmung von 1989 feststellbar, zusammen mit den Erfahrungen des F/A-18 Abstimmungskampfes führte diese Mythologisierung zu einer Selbstüberschätzung und gleichzeitig zum Bewusstsein, nicht mehr an den „Mythos“ von 1989 anknüpfen zu können.

²³⁷ www.gsoa.ch: Berichterstattung über die GSoA-Vollversammlung 1997.

²³⁸ Neue Zürcher Zeitung, 19.11.1997; Berner Zeitung, 20.11.1997.

²³⁹ www.gsoa.ch: Eine offene Antwort an Andreas Gross, Adrian Schmid, Martin Bühler und Jürgen Schulz zu ihrem Austritt aus der GsoA.

2.2.3. DIE ZWEITE ABSCHAFFUNGSINITIATIVE KOMMT ZUSTANDE

Im September 1999 konnte die GSoA die nötigen Unterschriften zustande bringen. Dabei inszenierte man vor der Bundeskanzlei einen sogenannten *GSoAmat*, eine „Zivilisierungsmaschine“, die „Armee und deren SoldatInnen in einen neuen zivilen Friedensdienst“ verwandle.²⁴⁰ Dies war zwar originell, brachte aber keinen echten Mehrwert an Medienaufmerksamkeit für die GSoA. Das Problem, dass es nicht mehr frisch daherkommt, wenn die GSoA sich verkleidet und die Abgabe von Unterschriftenbögen inszeniert, zeigte sich deutlich. Mit der Zivilisierungsmaschine bezeichnete man die Armee als unzivilisiertes, respektive ewiggestriges oder unzeitgemässes Instrument der Sicherheitspolitik. Die Friedenspolitik hingegen wird als zeitgemässe Methode der Friedensförderung inszeniert. Damit verknüpfte man die beiden Initiativen. Der Friedensdienst sollte an die Stelle der Armee treten und präsentierte sich ausgefeilter als das Anhängsel der ersten Abschaffungsinitiative, die *umfassende Friedenspolitik*. Die Sammelkampagne hatte wenig öffentliche Beachtung gefunden und nicht die Wirkung ihrer 1989 Vorgängerversion entfalten können. Es sei so gekommen wie befürchtet, verriet Andreas Gross der Berner Zeitung.²⁴¹

Im Ständerat wurden beide Initiativen erwartungsgemäss abgelehnt. Die kleine Kammer behandelte sie gemeinsam. Die Abschaffung wurde dabei ohne Gegenstimme abgelehnt, der freiwillige zivile Friedensdienst ZFD erhielt fünf Stimmen, SP-Ständerätin Christiane Brunner hatte den ZFD als sinnvolle Ergänzung des Zivildienstes und im Sinne schweizerischer ziviler Friedensmassnahmen zu bewerben versucht.²⁴² Auch im Nationalrat hatten die Initiativen der GSoA kaum Chancen Anklang zu finden oder nur schon eine längere Debatte auszulösen. „Was vor zwölf Jahren ein Tabubruch - um nicht zu sagen: ein Skandal - war, ist heute eine Volksinitiative unter vielen“, kommentierte

²⁴⁰ www.gsoa.ch: Bilder von der Einreichung der GSoA-Initiativen.

²⁴¹ Berner Zeitung, 11.9.1999.

²⁴² Schweiz ohne Armee. Volksinitiative, AB 2001, S. S. 169-176.

CVP-Nationalrat Zäch das bürgerliche Desinteresse an einer Debatte.²⁴³ Eine Solche entwickelte sich lediglich innerhalb der Linken, wo sich wiederum ein Graben bei der SP zwischen strikten Pazifisten und Antimilitaristen und Armeebefürwortern und armeekritischen Pragmatikern auftat. Nur acht Angehörige der Sozialdemokratischen Fraktion lehnten dabei die Initiative ab, 25 nahmen sie an. Mit 108 zu 34 Stimmen bei 10 Enthaltungen lehnte aber auch der Nationalrat die Abschaffung der Armee deutlich ab.²⁴⁴ Beim ZFD stimmten Grüne und SP geschlossen für eine Annahme, konnten aber im bürgerlichen Lager keine Zustimmung finden.²⁴⁵ Die Position des Bundesrats zu beiden Initiativen erhielt im Parlament also deutliche Mehrheiten. In seiner Botschaft bezeichnete der Bundesrat die Initiative „für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee“ als unglaubwürdig und ihre Ziele als „idealistisch“ und „illusionär“. Die Armee spiele „eine unverzichtbare Rolle als Instrument der Sicherheitspolitik“ zur Bewältigung von Risiken, der die moderne Gesellschaft ausgesetzt sei. Kein anderes vergleichbares Land denke daran, die Armee anzuschaffen. Eine Annahme der Initiative würde die gesamte Konzeption der Schweizer Sicherheitspolitik „fundamental“ ändern. „Damit würde die Schweiz nicht nur ihre Fähigkeit zur militärischen Verteidigung aufgeben, sondern darüber hinaus in ihren Möglichkeiten zur internationalen Friedensunterstützung massiv eingeschränkt“, warnte der Bundesrat. Bei einer Abschaffung der Armee müsste die Schweiz den Schutz durch einen Beitritt zu einer internationalen Allianz sicherstellen, womit die Neutralität ganz aufgegeben werden müsste. Die Abschaffung würde aus diesen Gründen zu einer „grösseren internationalen Isolation führen“ und grosse wirtschaftliche Probleme mit sich bringen. Die Schweiz würde „ihre Glaubwürdigkeit als neutrales, eigenständiges und stabiles Staatswesen“ einbüßen, falls man die Initiative annehmen würde, schliesst der Bericht.²⁴⁶ Die Argumentation mit der Glaubwürdigkeit wird weiter unten noch genauer als Argumentationstopos untersucht. Hier stellte man zudem noch die Gleichung „Armee ist Schweiz“ dar, die Schweiz kön-

²⁴³ Schweiz ohne Armee. Volksinitiative, AB 2001, N, S. 624.

²⁴⁴ Ebd., S. 617-636.

²⁴⁵ Ebd., S. 797-815.

²⁴⁶ Botschaft zur Volksinitiative "für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee", BBl 2000, S. 4825-4840.

ne also ohne Armee kaum existieren, die GSoA versuche also letztlich nicht nur die Armee, sondern die Schweiz zu unterminieren. Dem ZFD hielt der Bundesrat zudem vor, Forderungen zu stellen, die bereits weitgehend umgesetzt seien und schlimmstenfalls die bestehenden Friedensbemühungen und den neu eingeführten Zivildienst konkurrenzieren und gefährden würden.²⁴⁷

Die Sozialdemokraten taten sich, wie bei der ersten Abschaffungsinitiative, schwer, eine klare Linie zu finden. Die Geschäftsleitung empfahl der Delegiertenversammlung, Ja zu beiden GSoA-Initiativen zu sagen.²⁴⁸ Parteipräsidentin Christiane Brunner meinte angesichts der Chancenlosigkeit der Initiativen: „Unser Ja ist ein Protest-Ja.“²⁴⁹ Die Basler Zeitung sah darauf die Partei auf dem „militärpolitischen Schleuderkurs“.²⁵⁰ Auch das Magazin *Facts* befand, in der SP hätten sich die *Fundis* gegen die Pragmatiker in der Geschäftsleitung durchgesetzt.²⁵¹ Die pragmatischen Armeebefürworter innerhalb der Partei konnten jedoch an der Delegiertenversammlung aufatmen, als diese knapp eine Stimmfreigabe bei der Abschaffungsvorlage beschloss und nur zum ZFD Ja sagte.²⁵² Für SP-Militärpolitiker wäre ein Ja „schlimm“ gewesen und hätte laut dem Glarner Werner Marti einen Bruch in der Militärpolitik der Partei bedeutet.²⁵³ Tatsächlich wäre ein Ja zur Abschaffung, nachdem die SP die Militärgesetz Revision befürwortet hatte und eigene Entwürfe zur Armee vorgelegt hatte, als inkohärent zu bezeichnen.²⁵⁴ Sicherlich spielte auch eine Rolle, dass die GSoA zwischenzeitlich der SP die Vorreiterrolle in der Armeekritik genommen hatte und das Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Organisationen teils offen zu Tage trat.

²⁴⁷ Botschaft zur Volksinitiative "Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)", BBl 2000, S. 4879-4899.

²⁴⁸ Tagesanzeiger, 5.9.2001.

²⁴⁹ Berner Zeitung, 6.9.2001.

²⁵⁰ Basler Zeitung, 6.9.2001.

²⁵¹ Facts, 39/2001.

²⁵² Neue Zürcher Zeitung, 8.10.2001.

²⁵³ Berner Zeitung, 8.10.2001.

²⁵⁴ Zur Abstimmung über die Militärgesetzrevision siehe Kapitel 5.7

2.2.4. DIE ABSTIMMUNGSKAMPAGNE

Die GSoA lancierte ihre Kampagne zwei Tage nach dem Anschlag auf das World-Trade Center in New York vom 11. September 2001. Die Anschläge hätten gezeigt, dass man sich gegen moderne Gefahren, wie die eines terroristischen Angriffs nicht militärisch schützen könne, interpretierte Nico Lutz deren Konsequenzen auf die schweizerische Sicherheitspolitik.²⁵⁵ Die Neue Zürcher Zeitung kommentierte das Statement von Lutz umgehend als „Kantengang zwischen Utopie und Zynismus“.²⁵⁶ Die GSoA halte „verbissen“ an ihren Forderungen fest, die Initiative sei nur noch eine „Zwängerei“ mit der sich Nico Lutz persönlich profilieren möchte, ging die Zeitung in einem Kommentar mit der GSoA und ihrem Repräsentanten hart ins Gericht.²⁵⁷ Angesichts der sich abzeichnenden und durch den 11. September gar zuspitzenden Chancenlosigkeit der GSoA-Initiativen begnügte sich das bürgerliche Komitee *2 mal Nein zu den Armeeabschaffer-Initiativen* mit einem „minimalen finanziellen Aufwand“ um gegen die als „eine Absurdität erster Güte“ bezeichneten Initiativen vorzugehen.²⁵⁸ Nach der Abstimmung zur Militärgesetzrevision vom 10. Juni wurden bei reformfreundlichen Milizorganisationen noch Denkmittelstimmen für die Armeeabschaffung aus dem Lager der Reformgegner befürchtet. Deshalb hatte man im Sommer einen intensiven Abstimmungskampf ins Auge gefasst, der unter anderem den *Burgfrieden der Armeebefürworter* wieder herstellen sollte.²⁵⁹ Befürchtungen, konservative Armeereformgegner könnten eine deutliche Niederlage der GSoA verhindern, zerstreuten sich früh und die Gegner der Initiativen beschränkten sich auf eine Minimalkampagne.

Die Initiativen wurden wiederholt als unnötig bezeichnet. Man könne ein Tabu nicht zweimal brechen, wurde auch von bürgerlicher Seite moniert. „Die Luft ist raus“, kom-

²⁵⁵ Neue Zürcher Zeitung, 14.9.2001.

²⁵⁶ Neue Zürcher Zeitung, 14.9.2001.

²⁵⁷ Neue Zürcher Zeitung, 19.10.2001.

²⁵⁸ Neue Zürcher Zeitung, 19.10.2001; Neue Luzerner Zeitung, 19.10.2001.

²⁵⁹ AWM-Archiv. Extern 1991-2000 I.

mentierte stellvertretend das St. Galler Tagblatt den lauen Wahlkampf.²⁶⁰ Von ehemaligen Mitstreitern wurden die Kampagnenverantwortlichen der GSoA hart kritisiert. „Ich sehe keine intellektuelle Auseinandersetzung, keine öffentlichen Diskussionen um den Krieg in Afghanistan, keine lustvollen Aktionen auf der Strasse, keine Leserbriefe und keine motivierenden Inserate. Auch im Ausland wird die Initiative kaum wahrgenommen [...] Es ist deprimierend [...] Es zeichnet sich ein Debakel ab“, monierte Adrian Schmid.²⁶¹ Der GSoA fehlte tatsächlich die Frische, die zur Erreichung einer kreativen Performativität vonnöten ist. Durch eine Konzentration auf eine eher intellektuelle und in einen internationalen Zusammenhang angelegte Argumentation verlor die Initiative einiges an Zugkraft; eine Zugkraft, die die 1989er Initiative auch durch eine Simplifizierung der Abschaffungsfrage – Schlachten wir die heilige Kuh - erreicht hatte, indem man gesamthaft den Unmut über herrschende Verhältnisse instrumentalisiert hatte. Die Vertreter der Initiative wehrten sich also zu Recht gegen diese Vorwürfe. Man versuche nicht ein Tabu ein zweites Mal zu brechen, die Armee sei keine heilige Kuh mehr. Man führe vielmehr eine „nüchterne Diskussion“ über sicherheits- und aussenpolitische Weichenstellungen, meinte Nico Lutz.²⁶² Derselbe begründete in einem NZZ-Artikel die Position der Initianten: „Ein Ja zu einer Schweiz ohne Armee wäre daher auch eine Stimme gegen Aufrüstung und Nato-Interventionismus und für ein gerechtes System internationaler Sicherheit.“ Die Armee als unverzichtbar zu bezeichnen, sei „militärischer Fundamentalismus“, so Lutz weiter, sie biete gegen heutige Risiken keinen Schutz. Die falsche Sicherheit sei ein „Selbstbetrug“, für den man seit 1989 100 Milliarden ausgegeben habe.²⁶³ Die GSoA versuchte in ihrer Argumentation nicht die 1989er Abstimmung zu wiederholen, man wollte durchaus ein „idealistisches Alternativprogramm – gegen Gewalt und für mehr Gerechtigkeit“ zur Armee darzustellen.²⁶⁴ Dies ist ein Ansatz, der 1989 höchstens im Titel der Initiative durchgeschimmert war und 2001 nun in einer eigenen Initiative, dem ZFD, eine Konkretisierung erfuhr. Beide Initiativen,

²⁶⁰ St. Galler Tagblatt, 9.11.2001.

²⁶¹ Sonntagszeitung, 18.11.2001.

²⁶² Der Bund, 10.11.2001.

²⁶³ Neue Zürcher Zeitung, 22.10.2001.

²⁶⁴ Tagesanzeiger, 6.11.2001.

so Josef Lang in einem Tagesanzeiger-Artikel, seien „Alternativen zur verheerenden Logik des Krieges und der Aufrüstung“ und „zivile Lösungen gegen die Gewaltspirale“. Es gehe nicht mehr um innenpolitische Tabus, sondern um die Ausrichtung der Aussenpolitik und darum der „illusionären militärischen Sicherheit“ eine „echte Sicherheitspolitik“ entgegenzustellen. Es gehe bei den Abstimmung um die Frage: „Wollen wir eine Schweizer Armee mit Nato-Anschluss (und den daraus resultierenden kriegesischen Verwicklungen) oder eine Schweiz ohne Armee (mit den damit verbundenen Chancen).“²⁶⁵ Die Orientierung am Ausland war der auffälligste Unterschied im Vergleich zur 1989er Abschaffungsinitiative, es ist allerdings ein neues Element, das keine populistische Ausschaltung ermöglicht, die es braucht, mit einer Volksinitiative erfolgreich zu sein. Auch die Entgegnung auf die Argumentation mit dem Ausland, beziehungsweise der friedensfördernden Entwicklungshilfe, war eher sachlich und es fällt auf, dass die Friedensarbeit, wie sie die GSoA einforderte, als grundsätzlich richtig anerkannt wurde. Ulrich Siegrist, der in zahlreichen Interviews gegen die Initiativen argumentierte, wehrte sich an gleicher Stelle gegen diese Gegenüberstellung sicherheitspolitischer Konzepte, bei der angedeutet werde, dass militärische Elemente zivile Friedensförderung ausschliessen. Die „Mechanik von Kriegsgefahren“ liesse sich nicht durch den „Verzicht auf Selbstschutz“ durchbrechen, sagte Siegrist, „Friedensarbeit und Defensivarmee“ seien eher zwei gleichwertige Teile der Sicherheitspolitik als ein Gegensatzpaar. Ohne Armee als Instrument sei die gesamte Sicherheitspolitik, also auch die Friedensbemühungen, unglaublich. Die Armee bleibe deshalb unverzichtbar.²⁶⁶

Bei den Plakaten der GSoA zur Kampagne wurde die friedliche Alternative zur militärischen Konfliktlösung ins Zentrum gerückt. Unter der Überschrift „Wie machen Sie eine Tür auf?“ sind einerseits ein in Tarnfarben bemalter Dietrich und ein normaler Hausschlüssel abgebildet. Unter den Gegenständen wird gefragt: „Und wie gehen wir mit Konflikten um?“. Die logische Antwort auf die rhetorischen Fragen ergibt ein „2 x Ja Ziviler Friedensdienst//Schweiz ohne Armee“. Damit wurden die beiden Vorlagen inhaltlich verknüpft und das Motiv von sich gegenseitig ausschliessenden sicherheitspoli-

²⁶⁵ Tagesanzeiger, 20.11.2001.

²⁶⁶ Tagesanzeiger, 20.11.2001.

tischen Konzepten der Armee und der GSoA wiederholt. Die Plakatkampagne unterschied also anders als die SP, die ein Ja zum ZFD empfahl, kaum zwischen den Vorlägen. Zwar gab es Bedenken von Anhängern eines ZFD, die nicht zur GSoA gehörten und sich der Gleichsetzung der beiden Initiativen widersetzten.²⁶⁷ Aber sowohl die Pro wie die Contra-Seite fassten die Initiativen meist zusammen. Dabei trug die ZFD Initiative durchaus zu einer möglichen neuen Qualität der Debatte bei, indem sie das aussenpolitische Umfeld der internationalisierten Friedensbemühungen des Kampfes um die Schweizer Armee stärker auch in die Kerndebatte der Abschaffung der Armee einband.



Abb. 7: GSoA-Plakat 2 mal Ja

Die GSoA listete in einer Broschüre und online 12 Argumente für eine Schweiz ohne Armee auf. Diese lassen sich in drei Kernargumentationen einteilen. Die erste lautete, die Schweiz sei nicht militärisch bedroht, respektive die Armee nütze nichts gegen bestehende „echte Bedrohungen“, wie eine wachsende soziale Ungleichheit oder Umwelt-

²⁶⁷ Südostschweiz, 23.11.2001.

zerstörung. Aber auch gegen Terrorismus sei die Armee nutzlos, wie der 11. September gezeigt habe. Die zweite Argumentation setzte eine Stärkung der Armee mit einem baldigen Nato-Anschluss gleich, der zu einer Stärkung dieser „waffenstarrenden Militäralianz“ führe, statt sich ziviler Mittel der Friedensförderung zu behelfen. Die hohen Kosten der Armee bildeten die dritte Kernargumentationslinie. Die Armee habe seit 1989 100 Milliarden gekostet. „Das ist eine Million pro Stunde“, rechnete die GSoA anschaulich vor. Diese Summe könne weder mit wirtschaftlichen noch mit anderen Argumenten wie den subsidiären Einsätzen gerechtfertigt werden. Rüstungsnahe Arbeitsplätze liessen sich in zivile umwandeln und zudem würde die Wirtschaft mit einer Abschaffung der Armee um mehrere Milliarden entlastet. Auch mit Einsätzen „als weltweit teuerste Putz-Equipe“ liesse sich die Armee nicht rechtfertigen. Katastrophenschutz sei in ziviler Organisation sinnvoller und effizienter. Solche Einsätze dienten der Armee nur zur Legitimierung. „Die Armee schafft sich leider nicht von selber ab“, forderte die GSoA die Leser polemisch-ironisierend zu einem Ja auf.²⁶⁸ Grundsätzlich lässt sich im Diskurs der GSoA eine generelle Forderung nach weniger Staat erkennen, die einerseits auf die Wurzeln in der Jugendbewegung der 1980er Jahren zurückzuführen ist, andererseits auch das Missbehagen seitens der Sozialdemokraten gegenüber der GSoA erklären könnte.

Der Bundesrat hielt in seinen Erläuterungen zur Abstimmung fest: „Mit der Abschaffung der Armee würde die Schweiz als souveräner Staat auf unverantwortliche Weise geschwächt, denn sie verlöre ihre Fähigkeit zur militärischen Verteidigung. Zudem würden ihre Möglichkeiten, existenzielle Gefahren zu bewältigen, denn sie verlöre ihre Fähigkeit zur militärischen Verteidigung.“ Von offizieller Seite wurden der zweiten Abschaffungsinitiative also ähnliche Argumente entgegengesetzt wie 1989. Man fügte an, dass auch die Unterstützung des Friedens ohne Armee nicht in bisherigem Ausmasse möglich wäre. Eine Armeeabschaffung würde zudem zum Verlust der Neutralität und zur Abhängigkeit von anderen Staaten führen. Die Armee habe sich zudem veränderten

²⁶⁸ www.gsoa.ch: Argumente für eine Schweiz ohne Armee.

Verhältnissen angepasst und geniesse nicht zuletzt deshalb einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung.²⁶⁹

Für die ZFD-Initiative wurde trotz der inhaltlichen und wohl auch personellen Verknüpfung zur Abschaffungsinitiative eine separate Kampagne gefahren. Unter der Website www.zfd.ch wurde die Initiative als eigenständiges Anliegen dargestellt. Der ZFD würde der Friedensarbeit eine neue Dimension verleihen können. Dabei setze der ZFD, anders als die militärische Friedensunterstützung auf globale „Lernprozesse“ zugunsten des Friedens. Deutsche Projekte im Bereich des ZFD hätten die Umsetzbarkeit zudem unter Beweis stellen können.²⁷⁰ Das pro-ZFD Abstimmungsplakat verzichtete auf Bilder und rückte ein Zitat „Wenn Du den Frieden willst, bereite den Frieden vor“ ins Zentrum. Es forderte: „am 2. Dezember Ja zum Friedensdienst.“

Diese Abwandlung des römischen Sprichwortes *Si vis pacem, para bellum* spiegelte die Argumentation von Armeebefürwortern, die eine Armee als unverzichtbares Element eines souveränen Staates darstellen und stammt aus der europäischen Friedensbewegung.²⁷¹ Die



Abb. 8: Plakat Ja zum Zivilen Friedensdienst

ZFD-Initiative wurde in der Stellungnahme des Bundesrats als unnötig bezeichnet. Man habe bereits viel in die zivile Friedensförderung investiert und erfülle die von den Initianten gestellten Forderungen weitgehend. Eine Annahme der Initiative hätte negative Konsequenzen für die Friedensbemühungen der Schweiz zur Folge, da sie einerseits zu einer komplizierten Bürokratie führen würde und andererseits die Komplexität von Friedenseinsätzen verkenne.²⁷²

Die Abstimmung endete für die GSoA in der erwarteten Enttäuschung. Gerade mal 21.9 % gaben der Armeeabschaffung ihre Stimme. Nur unwesentlich mehr, 23.2 % legten für

²⁶⁹ Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001. Erläuterungen des Bundesrates, S. 20-27.

²⁷⁰ www.zfd.ch: Argumente für den Zivilen Friedensdienst (ZFD).

²⁷¹ Die Herkunft der Abwandlung ist schwierig zu eruieren. Das Zitat könnte vom deutschen Journalisten und Umweltschützer Franz Alt stammen.

²⁷² Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001. Erläuterungen des Bundesrates, S. 28-35.

den ZFD ein JA in die Urne.²⁷³ Die Vox-Analyse hielt fest, dass zwischen beiden Initiativen von Stimmbürgern kaum unterschieden wurde. Im Vergleich mit 1989 stellte man zudem fest, dass die Auszugsgeneration, welche 1989 die Abschaffung angenommen hätte, nun deutlich gegen die Initiativen gestimmt hatte. Die Armeeabschaffungsidee hätte vor allem bei parteiungebundenen und linken Wählern an Stimmen und Mobilisierungskraft verloren.²⁷⁴ Diese Befunde erstaunen nicht, die Kampagnen oder Debatten waren gar nicht dazu geeignet, massenhaft zu mobilisieren, was sich auch an der Stimmbeteiligung zeigte. Diese war mit 37% tief und verminderte damit auch die Chance auf Proteststimmen. Im Vergleich mit den 69% der ersten Armeeabschaffungsinitiative wird klar, wie sehr die Abschaffungsfrage an Zugkraft verloren hatte. Die Akzeptanz der Armee bei der Bevölkerung war seit dem Beginn der 1990er Jahre, als sich grosse Vertrauensverluste gegenüber der Armee offenbart hatten, stetig angestiegen und pendelte sich 2001 bei etwa 70% ein.²⁷⁵ Das Anliegen der GSoA fiel also auf weniger fruchtbaren Boden als bei ihren ersten beiden Initiativen. In einer ersten Reaktion ist aber wenig Selbstkritik bei der GSoA zu erkennen. Scharfe Kritik übte man an den ehemaligen Mitgliedern Adrian Schmid und Andreas Gross. Diese seien mit übertriebener Skepsis und pessimistischen Prognosen ihren früheren Freunden in den Rücken gefallen.²⁷⁶ Gerade Gross kämpfte um „seinen Mythos“ warf Josef Lang seinem ehemaligen Weggefährten vor und bezichtigte in kurz nach der Abstimmung ein „Kriegsherrenfreund“ zu sein.²⁷⁷ „Die GSoA hat an diesem Wochenende viel politisches Gewicht verloren“, resümierte der Tagesanzeiger und forderte die GSoA zur Veränderung auf. Der „Krebstanz“ der GSoA habe begonnen, es brauche nun eine pragmatischere, eine „andere GSoA“.²⁷⁸

²⁷³ Ergebnis der Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001, BBl 2002, S. 1209-1215.

²⁷⁴ Zürcher, Lukas / Mahnig, Fabian / Milic, Thomas: Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 2. Dezember 2001, VOX Nr. 75.

²⁷⁵ Haltiner, Sicherheit 2001, S. 137f.

²⁷⁶ Wochenzeitung, 29.11.2001.

²⁷⁷ Tagesanzeiger, 3.12.2001.

²⁷⁸ Tagesanzeiger, 3.12.2001.

2.3. AKTEURE, PERFORMATIVITÄT UND ARGUMENTATIONS-MUSTER

Zu Beginn des Untersuchungszeitraum des Kampfes um die Schweizer Armee, d.h. in den Jahren 1989 bis 1993, waren die Akteurskoalitionen nach der ersten Abschaffungsabstimmung im Jahr 1989 formiert. Die GSoA hatte sich auf der öffentlichen Arena etabliert und war fähig, agenda-setting zu betreiben, wie sie am Objekt Kampfflugzeugbeschaffung mit Leichtigkeit bewies. Wenn die GSoA als Ganzes der politischen Linken zugeschlagen wird, verlief die Debatte über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge entlang der politischen Trennlinie Links-Rechts. Entsprechend bildeten sich die zu erwartenden Akteurskoalitionen. Auf Seite der Beschaffungsgegner fanden sich parteipolitisch Linke und Grüne, auf Seiten der Beschaffungsbefürworter sammelten sich die bürgerlichen Parteien nach zwischenzeitlichem Lavieren doch noch zu einer geschlossenen Front.

Im Verlaufe der Debatte verdrängte die GSoA die SP als Hauptträgerin der Armeekritik in der öffentlichen Arena, nachdem sich vorerst in der parlamentarischen Arena vor allem die sozialdemokratische Fraktion gegen die Beschaffung von F/A-18 Kampffjets eingesetzt hatte. Durch die Lancierung der Initiative verschob sich das Schwergewicht der Debatte in die öffentliche Arena, wodurch der Einfluss der GSoA auf die Debatte deutlich zunahm. Da es sich bei der Ablehnung der F/A-18 Beschaffung um ein Konsenthema unter Militärkritikern handelte, konkurrenzten sich die verschiedenen Träger der Kritik in den öffentlichen politischen Arenen kaum, sondern traten im Hinblick auf die Abstimmung geeint auf. Die GSoA gelangte durch ihre nochmals an Kreativität gesteigerte Performativität zu einer erhöhten Medienpräsenz, die sich bereits bei der Lancierung der Initiative äusserte und sich während der Unterschriftensammelphase beschleunigend auswirkte. Diese Performativität ist zwar nicht neuartig und entspricht weitgehend dem Repertoire der GSoA von 1989, verlieh ihr aber, gerade im Vergleich zur parlamentarischen Auseinandersetzung, Durchschlagskraft.

Auf Seiten der Beschaffungsbefürworter ragen das EMD und sein Vorsteher Kaspar Villiger als Träger der Kampagne hervor. Die Bereitschaft des Departementsvorstehers, in der öffentlichen Arena den Abstimmungskampf zu führen, drängte die Kampagne der

GSoA in die Defensive. Der Inszenierung der bundesrätlichen Auftritte lag ebenfalls eine Performativität inne, die auf eine moderne Medienarbeit beim EMD fusste. Bereits Auftritt und Rede des Bundesrats am Berner Rapport zielten auf eine erhöhte Wirkung in der öffentlichen Arena ab. Im Abstimmungskampf entstand der Eindruck eines sich für eine Sache von hoher Wichtigkeit einsetzenden Kaspar Villigers, der sich unermüdlich von Podiumsgespräch zu Podiumsgespräch begibt und dabei ein Bekenntnis zur Armee abgibt. Schlusspunkt war ein betont volksnaher Auftritt an der Demonstration für den F/A-18 auf dem Bundesplatz am Sonntag vor der Abstimmung. Dieser Grossanlass wurde organisiert von armeefreundlichen Milizorganisationen, deren Handschrift von der PR-Agentur Farner geprägt war. Ihre Hauptaufgabe lag neben der Mobilisierung armeefreundlicher Kreise in der Kampagnenarbeit gegen die Initiative in der öffentlichen Arena. Hier trugen Milizorganisationen wie die AWM die Hauptlast und machten das Gegenargument *Armeeabschaffung auf Raten* erfolgreich zum Haupteinwand gegen die Argumente der Initianten.

Stellten in der parlamentarischen Arena die Parteien die wichtigsten Akteure dar, so waren es, als sich der Debattenschwerpunkt in die öffentliche Arena verlagerte, ausserparlamentarische Akteure, die die Debatte prägten. Diese wiesen zwar durchaus personelle Verflechtungen mit den Parteien auf, der Zugriff auf das agenda-setting benötigte aber wenig Unterstützung der Parteien. Vielmehr trugen sowohl GSoA wie auch die armeefreundlichen Milizorganisationen den Abstimmungskampf mit einer stark visuell geprägten Kampagne mittels Plakaten und Drucksachen in den öffentlichen Raum oder mittels Aktionen direkt auf der Strasse. Dabei zeigte sich eine erstaunlich ähnliche Performativität bei der GSoA wie bei den Milizorganisationen, die sie von ihren Gegenspielern zu grossen Teilen abgekupferten. Mit Polit-Events wie Konzerten, aber auch entsprechendem Merchandise wie T-Shirts oder Ansteckpins, wurde beiderseits die eigene Basis mobilisiert. Die GSoA griff auf Techniken aus der Werbeindustrie zurück und zeigte ein ausgesprochenes Gespür für die Positionierung der Marke GSoA. Ihre Popularität bei Teilen der Jugend führte zu Sammelrekorden, die zwar zentral sorgfältig geplant waren, aber auf einer breiten Basis von Helfern und Regionalgruppen beruhte, die geschickt zu Höchstleistungen motiviert wurden. Die GSoA sollte als Sprachrohr einer jugendlichen Schweiz gelten und nahm für sich in Anspruch deren Willen zum

Ausdruck zu bringen. An ihrer Abschlussveranstaltung, einem professionell aufgezogenen Open-Air auf dem Bundesplatz, traten sehr namhafte Musiker und Künstler auf, die geradezu als das Who-is-who der schweizerischen Mundartrock und Cabaretszene bezeichnet werden können. Die Gegenseite, hauptsächlich die Milizorganisationen, mobilisierten ihrerseits beachtlich, indem sie auf ein GSoA-Erfolgsrezept, nämlich auf deren Selbstinszenierung als Massenbewegung zurückgriffen. Über die Schützenvereine wurde die vermeintlich schweigende, sich sonst kaum in dieser Form äussernde Mehrheit, zu einer Meinungsäusserung auf dem Bundesplatz motiviert, um so die Manifestationen der GSoA zu kontern und deren Anspruch grosse Teile des Volkes zu repräsentieren, zu negieren. Die Demonstration der Flugzeugbefürworter erhielt eine hohe Aufmerksamkeit und durch Bundesrat Villiger einen prominenten Redner. Dessen Auftritt wird spontan inszeniert, um Vorwürfen vorzubeugen, es handle sich um eine offizielle Regierungsveranstaltung. Quasi analog zu Stop F/A-18 Shirts und Pins wird pro F/A-18 Merchandise an die Menge gebracht. Das Inanspruchnahme der Strasse mag andernorts eine übliche Form der politischen Meinungsäusserung sein, für die Schweiz ist es aber durchaus neuartig, wie die beiden entgegengesetzten Lager in der F/A-18 Frage im Wochenabstand zu ihren jeweiligen Manifestationen finden. Es versammelten sich Menschen, die zwei verschiedene Lebensauffassungen und Weltanschauungen der Schweiz vertraten. Ausgedrückt in kreativen, neuartigen Performativitäten, die durch das ungewöhnliche dieser Anlässe hervorgebracht wurde.

Das Kräftenessen der sich als *Stimme des Volkes* verstehenden Massen, die an verschiedenen Sonntagen zu Zehntausenden auf den Bundesplatz pilgern, um ihre Treue zur Armee kundzutun, oder in quasi-religiöser Hoffnung auf eine neue andere Schweiz ohne Armee ein Bekenntnis ablegen, bilden mit ihrer medial multiplizierten Wirkung nicht einen inhaltlich-argumentativen Höhepunkt des Kampfes um die Schweizer Armee, aber einen emotional erlebbaren Höhepunkt. Der Kampf um die Armee mobilisierte im Frühsommer 1993 viele Bürger nicht nur zur Stimmabgabe, aber auch zur öffentlichen Proklamation ihrer Meinung. Dieser auf der Strasse laut, aber friedfertig ausgetragene Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen Massenbewegungen bildet in der jüngsten Schweizer Geschichte eine Ausnahme: auf beiden Seiten wird generationen- und schichtübergreifend zu einer politischen und weltanschaulichen Frage Stellung ge-

nommen. Es zeigte sich, dass die zwei Lager nicht nur in Sachen Kampfflugbeschaffung entgegengesetzter Meinung waren, sondern auch eine andere Vorstellung davon hatten, wie sich die Schweiz zu entwickeln habe. Dabei kann nur bedingt von einem Konflikt zwischen Jung und Alt wie bei den vorhergehenden Jugendbewegungen der 1970er und 1980er Jahren oder zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum früher im Jahrhundert festgestellt werden. Vielmehr handelte es sich um einen Konflikt zwischen moderner transnationaler und konservativer national orientierter Lebensanschauung, der sich an der Kampfflugzeugbeschaffung kristallisiert und sich bald auf der Frage der europäischen Integration verschieben wird. Um die Massen zu mobilisieren, berief man sich auf armeefreundlicher Seite auf ein die Bürgerlichen einigendes nationales Leitbild, welches die Armee als Garant des Gewaltmonopols, der Neutralität, Souveränität und Unabhängigkeit braucht. Die andere Seite mobilisierte vor allem die Linke. Die GSoA sah die Armee als Versinnbildlichung einer reaktionären und intoleranten Schweiz, deren Bestrebungen sich zu modernisieren man als Täuschungsmanöver verstand. Eine ähnliche Konfliktlinie hatte sich bereits bei der Abstimmung zum EWR Beitritt gezeigt. Das rechtskonservative isolationistische Lager hatte sich bei der EWR-Abstimmung als siegreich erwiesen, entsprechend wusste man um das Mobilisierungspotential dieser Gruppe und nutzte dieses um den GSoA Angriff auf die Armee abzuwehren. In einer nächsten Phase der Armeedebatte sollte diese Gruppe die für die nächsten Jahre vorgesehenen Modernisierungsschritte jedoch zu behindern beginnen.

Die zweite Initiative zur Beschränkung der Waffenplätze, über die am 6. Juni 1993 abgestimmt wurde, zeichnete sich durch eine eigene Performativität der Aktionen der Initianten auf. Diese entsprach zu grossen Teilen derjenigen der internationalen Friedensbewegung der 80er Jahre, war in gewissem Sinne also weniger innovativ als die Performativität der GSoA. Die Besetzung des Baugeländes durch die GONA und ARNA erreichte aber eine grosse Medienaufmerksamkeit, die es den Aussenseiterkreisen der Waffenplatzopposition ermöglichte, Einfluss auf das agenda-setting zu nehmen. Es zeigten sich zahlreiche performative Ähnlichkeiten zur deutschen Friedensbewegung der 1980er Jahre im Ort und den medialen Strategien der Proteste. Unter anderem in der

tatsächlichen, aber auch symbolischen Besetzung der Orte des Militärs, wie dem US-Militärstützpunkt Mutlangen und dem Kasernenneubaugelände in Neuchlen. Aber auch die mediale Strategie der Inszenierung des Landfriedensbruchs prominenter Politiker erinnert an die Einbindung Prominenter wie Heinrich Böll in den Protest gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen.²⁷⁹ Im eigentlichen Abstimmungskampf spielten diese Akteure aber nur eine untergeordnete Rolle, da ihr Anliegen in Konkurrenz zum zentrale Argumentationsmuster der gegnerischen Kampagne, *Keine Armeeabschaffung auf Raten* kaum wahrgenommen wurden und die Waffenplatzfrage im Vergleich mit der Kampfflugzeugfrage medial marginalisiert wurde.

Der Argumentation *Armeeabschaffung auf Raten* konnte auch seitens der GSoA nichts entgegengesetzt werden. Sie blieb auch in späteren Debatten zentral und wird deshalb weiter unten als Argumentationstopos „Ratenweise“ eingehender untersucht. Das nie verworfene Ziel der Armeeabschaffung brachte die GSoA im neuen Jahrtausend nochmals auf die politische Agenda. Nach einer selbstverordneten Pause war es eine neue Generation der GSoA, die sich erhoffte, aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neue Anhänger für die Abschaffungsidee zu gewinnen. Trotz Generationenkonflikt und dem Austritt von Hauptexponenten präsentierte der Akteur GSoA noch weitgehend ein identisches Repertoire, das nun aber kaum mehr neuartig im Sinne einer originellen Performativität wirkte und entsprechend weniger zu mobilisieren vermochte. Der Versuch, in den Medien vermehrt intellektuell im Sinne des Gedankens des Umdenkens zu argumentieren, schuf ebenfalls keine Basis für ein erneutes Achtungsergebnis. Die zweite Abschaffungsinitiative der GSoA brachte ähnlich gelagerte Akteurskoalitionen wie die erste von 1989, mit dem Unterschied, dass sie kaum Anlass zu einer erhitzten Debatte in der parlamentarischen oder Mobilisierungswirkung in der öffentlichen Arena bot. Es bewahrheitete sich die Annahme, dass Tabus nur einmal gebrochen werden könnten. Entsprechend wenig mussten die Gegner der Abschaffung in eine Gegenkampagne investieren.

²⁷⁹ Schregel, Susanne: Die Orte der Friedensbewegung, in: Becker-Schaum, „Entrüstet euch!“, S. 169-183.

Fahlenbach, Kathrin, Staphane, Laura. Mediale und visuelle Strategien der Friedensbewegung, in: Becker-Schaum, „Entrüstet euch!“, S. 229-246.

Von ihren Gegnern konnten beide in diesem Kapitel behandelten Initiativen im Argumentationstopos „Ratenweise“ und dem Vorwurf der Armeeabschaffung auf Raten bekämpft werden. So konnte unter Verweis auf den Namen der Initianten die Forderung nach einer Nichtbeschaffung von Kampfflugzeugen mit der Inaktivierung einer Teilstreitkraft gleichgesetzt werden, womit ernsthafte Verteidigungsanstrengungen verunmöglicht würden. Gegen die zweite Abschaffungsinitiative verwies man ebenfalls darauf, dass es sich um den wiederholten Versuch handle die Armee abzuschaffen. Der Sicherheitspolitik der Schweiz würde damit das wichtigste Element entrissen, was letztlich der Nation einer der Lebensgrundlagen berauben würde. Die Initianten wurden von ihren Gegnern als Utopisten bezeichnet, oft unter dem spöttischen Hinweis, der Weltfrieden sei eben nicht *ausgebrochen*. Entsprechend seien auch die Abschaffungsforderungen utopisch oder gar absurd, sicher aber unglaublich, lautete die Folgerung. Die GSoA ihrerseits stellte die offizielle Sicherheitspolitik als falschen Weg dar, mit der zweiten Abschaffungsinitiative präsentiere man eine alternative Route für die Sicherheitspolitik der Schweiz, diese sei zeitgemäss und richte sich nach den wahren Herausforderungen der Schweiz und der Welt. Die Beschaffung der Kampfflugzeuge entspräche dem falschen Weg der Überrüstung, der ausserdem noch viel zu teuer zu stehen komme. Mit der zweiten Abschaffungsinitiative verstärkte man neben der Ablehnung dieses teuren und falschen Weges vermehrt die Alternative, indem man eigene sicherheitspolitische Konzepte im Argumentationstopos „Glaubwürdigkeit“ als sinnvoller präsentierte und ausführlicher artikulierte. Die Argumentation der GSoA beinhaltete stets eine fundamental negationistische Kritik an der Armee und portierte eine pazifistische Alternative. Letztere spielte bereits bei der F/A-18 Abstimmung im Hintergrund eine Rolle, erfuhr dann mit der zweiten Abschaffungsinitiative eine Zuspitzung. War die Argumentation bei der F/A-18 Abstimmung noch sehr stark auf eine Vereinfachung der Armeenegation anhand eines konkreten Beschaffungsobjekts ausgerichtet, überführte die GSoA in der zweiten Abschaffungsinitiative die Argumentation auf eine weniger fassbare Ebene, die eigenen pazifistischen Visionen der sicherheitspolitischen Zukunft der Schweiz veranschaulichen sollte, ohne jedoch damit nur annäherungsweise an die Abstimmungsresonanz von 1989 oder 1993 anschliessen zu können, als man in erster Linie provozieren, respektive vereinfachen konnte.

3. ABRÜSTUNG: DER SOZIALDEMOKRATISCHE WEG ZUM FRIEDEN DURCH PERMANENTEN ABBAU DER ARMEE

Eine der ältesten Fronten des Kampfes um die Armee bildete die sozial-demokratische Idee, durch Abrüstung zu dauernden friedlichen Gesellschaftszuständen zu kommen. Diese meist auch religiös unterlegte Vorstellung eines Heilsprozesses trieb Teile der sozialdemokratischen Linken seit dem späten 19. Jahrhundert um. Verbunden mit pazifistischen Horizonten wurde Abrüstung nach dem Ersten Weltkrieg zu einer internationalistischen politischen Position, welche innerhalb der Schweizer Sozialdemokratie eine schwankende aber stetige Anhängerschaft fand. Durch die faschistische und kommunistische Bedrohung zwischen 1930 und 1960 stark konterkariert fand der abrüstungsbaasierte Pazifismus erst im Zusammenhang mit der Debatte um eine schweizerische Atomwaffen-Beschaffung eine Wiederbelebung, versiegte jedoch kurz bevor die neo-linke Front gegen die Armee in den 1970er Jahren auferstand. In den religiös-sozialen, sozialistischen und kommunistischen Zirkeln blieb aber Abrüstung als Weg zum Frieden eine Vision, welche im Zuge der fundamentalen Infragestellung der Armee in den 1980er Jahren ein Revival erlebte und in den 1990er Jahren zu konkreten politischen Aktionen führte.

Die Vielzahl an Initiativen in den 1990er Jahren, die auf Abrüstung zielen, deutet auf den ersten Blick eine Intensivierung des Kampfes um die Schweizer Armee an. Tatsächlich versuchte gerade die Sozialdemokratie, die in diesen Belangen Hauptakteur blieb, in mehreren Volksbegehren eine deutliche Reduktion der Rüstungsanstrengungen zu erreichen und nahm dabei als Argumentationsgrundlage ein neu erarbeitetes sicherheitspolitisches Vokabular in Anspruch, das einerseits Bestrebungen zeigte, an der Gestaltung zukünftiger Armeemodelle teilzuhaben, andererseits eine *alternative* Sicherheitspolitik in Worte fasste, die kaum die bürgerliche Prägung dieses Politikbereiches ernsthaft konkurrenzieren konnte. Gleichzeitig war trotz zahlreicher Volksinitiative die Armeekritik von links in den späteren 1990er Jahren im Abflauen begriffen und erreichte gerade in der öffentlichen Arena nicht mehr die Intensität der Armeeabschaffungs- und der F/A-18 Initiativen von 1989, beziehungsweise 1993. An der Basis der Linken wurde gar ein gewisses Desinteresse an der Armeefrage erkennbar, das sich auch in

einer zeitweise abnehmenden links-rechts Polarisierung und tiefen Stimmbeteiligungen äusserte. Ein Opportunitätsfenster für eine echte sozialdemokratische Beteiligung an der Entwicklung und Artikulation einer auf einem links-bürgerlichen Kompromiss basierenden Sicherheitspolitik öffnete sich im Laufe der 1990er und frühen 2000er Jahre. Dem Scheitern dieser Bemühungen folgte Resignation bei armeepolitisch pragmatisch ausgerichteten Kräften innerhalb der SP, die letztlich auch den Beschluss des Parteitags 2010 die Armeeabschaffung ins Parteiprogramm aufzunehmen als nicht völlig überraschend erscheinen lässt.

3.1. DIE ABRÜSTUNGSFORDERUNGEN DER SP SEIT 1987

Um sich mit der Militärpolitik der SP in den 1990er Jahren auseinandersetzen zu können, muss man etwas ausholen und kurz Rückschau auf die späten 80er Jahre halten. Nachdem die SP in den 1970ern nach Jahren einer aktiven Konsenspolitik mit den bürgerlichen Parteien in der Armeefrage, pazifistische Ideen und Abrüstungsforderungen unter Eindruck der Neuen Linken und zum Teil gegen den Willen älterer Parteimitglieder wieder aufgenommen hatte, fand man in der Volksinitiative ein geeignetes Gefäss um die Forderung nach Abrüstung wiederzubeleben, eine Tendenz, die sich in den 1990er Jahren mit den rasch hintereinander folgenden Volksinitiativen verdeutlichte. Dies lag einerseits daran, dass die eher mühevollen Bestrebungen der SP eine eigene Sicherheitspolitik zu entwickeln, die einen Kompromiss zwischen dem vor allem an der Basis verbreiteten Pazifismus und dem Willen im Zusammenhang mit den Armeereformen auf diese Einfluss zu gewinnen darstellten, von den Bürgerlichen kaum ernstgenommen oder unterstützt wurden. Andererseits hat die Zunahme an armeekritischen Initiativen sicherlich auch damit zu tun, dass Volksinitiativen ab den 1990er Jahren in allen Themenbereichen inflationär eingesetzt wurden, um Werbung für Standpunkte zu betreiben und agenda setting zu forcieren.

Mit dem 1987 vor das Volk gebrachten Rüstungsreferendum hatten die Sozialdemokraten versucht, die Skepsis in der Bevölkerung gegenüber hohen Militärausgaben auszunützen. Die Volksinitiative kam dank der Sammelarbeit von armeekritischen Friedensbewegungen und der äussersten Linken zustande, was der SP seitens der Bürgerlichen im Abstimmungskampf vorgehalten wurde. Es komme der Stärkung der demokrati-

schen Rechte des Volkes zugute, so die Argumentation der SP, wenn es bei umstrittenen Geschäften, wie dem Leopard-Panzer, der *Militärlobby* entgegenhalten könne. Von den Bürgerlichen wurde der SP *antimilitaristisches Gebahren* unterstellt, es sei das Ziel der Initiative die Landesverteidigung zu schwächen.²⁸⁰

In den 1980er Jahren sticht neben dem Rüstungsreferendum von 1987 die Haltung der SP zur Armeeabschaffungsinitiative der GSoA von 1989 hervor. Diese führte kurzzeitig zu einer Orientierungslosigkeit der SP in Armeefragen und zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen den verschiedenen Parteiflügeln auf, die andernorts als Konflikt zwischen Pragmatikern und den sogenannten *Fundis* beschrieben wird. Die Annäherung an pazifistische Friedensbewegungen und die teilweise Integration von Linksaussen Politikern, beispielsweise der POCH in die Partei, sowie die Sympathie der SP-Basis für die Abschaffungsinitiative der GSoA manövrierte 1989 die Partei militärpolitisch in einige Argumentationsnöte. Am ausserordentlichen Parteitag zur Parolenfassung zur Abschaffungsinitiative vom 3. Juni 1989 schlug der Vorstand eine Stimmfreigabe vor und setzte sich damit auch durch, womit verhindert werden konnte, dass die SP offiziell die GSoA Initiative unterstützte. In einer Eventualabstimmung hatte der Parteitag noch unter Jubel beschlossen, die Ja-Parole herauszugeben.²⁸¹ Gerade Parteipräsident Helmut Hubacher hatte sich aber vehement für die Stimmfreigabe eingesetzt und bereits im Vorfeld die Kantonalparteien der SPS gewarnt, in die „Militärfalle zu springen“ und eine abweichende kantonale Ja-Parole zu fassen, da ja die Militärpolitik SP intern kein Konsens-thema und generell kein Parteischwerpunkt sei.²⁸² Interne Statistiken zeigen jedoch, dass in der ersten Hälfte der 43. Legislaturperiode, also von der Wintersession 1987 bis zur Herbstsession 1989, mehr als 10% aller SP-Vorstösse in den Räten militär- und sicherheitspolitische Themen betrafen. Die SP engagierte sich im Bereich der Militärpolitik überdurchschnittlich und dies sowohl gegenüber den anderen Parteien sowie gegenüber den eigentlichen Kernthemen der Partei, wie zum Beispiel der sozialen Sicher-

²⁸⁰ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 35-38.

²⁸¹ Sozarch, Ar 1.116.30.

²⁸² Sozarch, Ar 1.116.30.

heit.²⁸³ In einer Fraktionssitzung vom 29.11.88 hatte sich Hubacher für ein Nein eingesetzt und ein Ja zur Initiative als „Selbstmord“ der SP bezeichnet, „Ich kann nicht mehr nach Rüeschegg, wenn meine Partei die Armee abschaffen will“, fasste er seine Befürchtungen zusammen und meinte damit wohl, dass sich viele SP Politiker auf dem Lande ihre Glaubwürdigkeit verscherzen und vom militärpolitischen Diskurs ausgeschlossen würden.²⁸⁴ Von rechtsbürgerlicher Seite wurde in der Tat versucht, der SP wegen ihrer angeblich ablehnenden Haltung zur Armee die Regierungsfähigkeit abzusprechen, so beispielsweise Christoph Blocher in einer, auch in den Printmedien, viel beachteten Auseinandersetzung zwischen ihm und Helmut Hubacher in der TV Sendung Rundschau.²⁸⁵ Die Bundesräte der SP Stich und Felber bezeichneten in einer Erklärung zusammen mit anderen SP-Exekutiv Mitgliedern, dass eine Abschaffung „verantwortungslos“ wäre, worauf sie von einer Mehrheit der Parteitagsteilnehmer mit Buhrufen eingedeckt wurden.²⁸⁶

Nach der Armeeabschaffungsinitiative vom 26. November 1989 nahmen sich verschiedene SP Politiker der Friedens- und Militärpolitik an. Der überraschend hohe Ja-Anteil von 35.6% stärkte die kritische Position der SPS und es sei davon auszugehen, dass Militärpolitik als Thema in den kommenden Jahren auch im Hinblick auf die Wahlen 1991 eine wichtige Rolle spielen werde. Die SP müsse dieses Thema stärker bearbeiten, da sie die einzige politische Kraft auf parlamentarischer Ebene sei, die ein Gegengewicht bilde zur bürgerlichen Militärpolitik.²⁸⁷ Auf parlamentarischer Ebene sollten durch Rückweisungs- und Streichungsanträge beim Militärbudget 1990 im Hinblick auf spätere Militärbudgets Zeichen gesetzt werden. Helmut Hubacher begründete seinen Antrag auf Rückweisung des im Voranschlag der Eidgenossenschaft enthaltenen EMD-Budgets folgendermassen: „Wir Sozialdemokraten können und wollen nach dem 26. November nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, als ob nichts geschehen wäre. [...] Unsere

²⁸³ Sozarch, Ar 1.210.10.

²⁸⁴ Sozarch, Ar 1.116.30.

²⁸⁵ Rundschau 9.2.89; Neue Zürcher Zeitung, 10.2.1989; Berner Zeitung, 11.2.1989; Luzerner Neuste Nachrichten, 11.2.1989.

²⁸⁶ Sozarch, Ar 1.116.30.

²⁸⁷ Sozarch, Ar 1.210.10.

Generäle und eine Mehrheit in diesem Saale - die Politiker der bürgerlichen Mehrheitsparteien - sind im Kalten Krieg steckengeblieben. [...] Wir sind der Meinung, dass Abrüstung auch in der Schweiz ernst genommen werden müsse; das Militärbudget müsste massiv gekürzt und andere Schwerpunkte müssten gesetzt werden; Geld müsste dort eingesetzt werden, wo es mehr Sicherheit als Gegenwert gibt als mit der Anschaffung von weiteren Waffen.“²⁸⁸ Die hier geforderte Korrektur der Mittelallokation war typisch für die armeekritische Position der Partei und schlägt die Brücke zwischen den Argumentationstopoi „Kosten“ und „Zeitgemäss“. Die Argumentation Hubachers ist typisch für die SP Armeekritik der 1990er Jahre, da sie Forderungen aus den 1980ern wiederholt, aber eben auch aufgrund der aussenpolitischen Veränderungen zuspitzt.

Nicht zuletzt aufgrund der Opposition der Sozialdemokraten gegenüber vielen Anliegen der Armee sahen sich Bürgerliche in ihrer Skepsis gegenüber sozialdemokratischen Vorschlägen bestätigt. Den Vorwurf, die SP sei grundsätzlich gegen die Armee, respektive ziele darauf ab die Landesverteidigung entscheidend zu schwächen, hielt man auch nach der Veränderung der Ausgangslage durch das Ende des Kalten Krieges aufrecht. Parteiintern war man nicht in der Lage, Grundlagen für eine Beteiligung der Partei an der Gestaltung der Armee auf einer technischen Ebene zu legen. Einerseits fehlten der SP aufgrund der jahrelangen gegenseitigen Abneigungen von Sozialdemokratie und Militär hohe Offiziere, die das System Militär von innen kannten, andererseits fehlte bei der Basis der Wille sich der Sicherheitspolitik neu anzunehmen und alte Denkmuster zu durchbrechen. So blieb das Verhältnis zur Armee nach dem Ende des Kalten Krieges von Ressentiments geprägt und es gestaltete sich schwierig nach aussen zu kommunizieren, dass man durchaus in der Lage sei, in Ansätzen wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung der Armee zu leisten und nicht nur als Korrektiv von aussen sporadisch und gegen interne Widerstände auf die Ausgestaltung der Armee Einfluss zu nehmen. Zudem verharren viele Repräsentanten in der Anti-Armee Rhetorik der zweiten Hälfte des Kalten Krieges und zeigten zum Teil offen Sympathie für die GSoA, was entsprechend eine echte Zusammenarbeit in diesem Bereich mit den bürgerlichen Parteien erschwerte.

²⁸⁸ Voranschlag der Eidgenossenschaft 1990, AB 1990, N, S. 1964-1977.

Mit der vorgesehenen Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges eröffnete sich für die SP die Chance die generelle Abrüstungsforderung bei einem konkreten Objekt zu realisieren. In der SP-Arbeitsgruppe *Sicherheits- und Friedenspolitik* war man sich einig, dass die Kampfflugzeugbeschaffung zu bekämpfen sei. Da man sich der Mehrheitsverhältnisse bewusst war, erwog man allerdings darüber hinaus diverse Initiativen, um den generellen rüstungspolitischen Zielen der SP Ausdruck zu verschaffen.²⁸⁹ Bereits vor der Abstimmung über die GSoA-Armeeabschaffungsinitiative waren mögliche Initiativen angedacht worden. Intern skizziert waren bereits eine Initiative zur Halbierung der Armeeaussgaben, ein Rüstungsmoratorium oder eine Initiative zur Gültigkeit von Umweltschutzvorschriften auch für die Armee. SP-Militärexperte Peter Hug anerkannte zwar den Stellenwert der GSoA im Rüstungskontrollbereich und in der Abrüstungspolitik. Aus „Selbsterhaltungsgründen“ werde die GSoA sehr bald eine zweite Abschaffungsinitiative lancieren und so ihre Klientel aktivieren. Für die SP gelte es aber vorsichtig mit der Formulierung eigener Forderungen zu sein und sich von der GSoA gleichwohl abzugrenzen. Ansätze dazu fände man nahen Ausland: „Weniger fundamentalistische Forderungen, wie beispielsweise die von der SPÖ initiierte 'Bundesheer light'-Debatte, finde ich bei aller Anerkennung der Mobilisierungswirkung der GSoA spannender“, schrieb Hug aber in einem Brief im Oktober 1989 an Rolf Zimmermann, Mitglied des Zentralsekretariats.²⁹⁰

Eine Volksinitiative zur „massiven Reduktion der Militärausgaben“ skizzierte Hug bereits 1989 in der Zeitschrift *Widerspruch*, man dürfe nicht zulassen, dass die Kosten nur auf hohem Niveau eingefroren werden. Mit einer zehnprozentigen Reduktion pro Jahr könne die Reduktion der Militärausgaben auf ein „vernünftiges Mass“ erreicht werden.²⁹¹ Dieser Ansatz wurde von *Friedensforscher* Günther Bächler als „konzeptlos“ bezeichnet. Es gäbe dringendere Anliegen als eine pauschale quantitative Abrüstungsforderung, meint Bächler und erkennt einen „Zielkonflikt zwischen der traditionellen

²⁸⁹ Sozarch, Ar 1.210.10.

²⁹⁰ Sozarch, Ar 1.140.18.

²⁹¹ Hug, Peter: Vom Ende der Sicherheitspolitik – zu einer neuen Friedensordnung, in: *Widerspruch*. Beiträge zu sozialistischer Politik. 17/89, Zürich 1989, S. 19.

Orientierung der Sozialdemokratie auf ein Milizheer und den Anforderungen der Abrüstungen und der massiven Verkleinerung der Truppen“, den man zuerst lösen müsse.²⁹²

Aus Protokollen des Parteivorstandes der SP Schweiz geht hervor, dass eine Abrüstungsinitiative vorbereitet werden sollte. Drei Schwerpunkte, Finanzreferenden, Rüstungsausgaben und Zivildienst wurden dabei für die frühen 90er Jahre angedeutet.²⁹³

Als noch im Juni 1990 der Nationalrat über die Botschaft Militärische Bauten und Landerwerb diskutierte, forderte Peter Bodenmann die unklare weitere militärstrategische Lageentwicklung ausnützend beim Bauprogramm eine *Denkpause* wie beim F/A-18, dessen Beschaffung zuvor um ein Jahr aufgeschoben worden war.

„Übung halt!“, meinte Helmut Hubacher pauschal zu den Bauvorhaben der Armee mit einer für ihn typisch humoristischen Verwendung von militärischer Umgangssprache.²⁹⁴

Die Forderung, eine Denkpause einzulegen, trug der SP den bürgerlichen Vorwurf ein, jede erdenkliche Militärvorlage in Frage zu stellen. Ihre Opposition gegenüber EMD Bauvorhaben veranlasste Christoph Blocher die Sozialdemokraten als „innerlich verwahrlost“ zu beschimpfen, da sie im Grunde gegen die Landesverteidigung seien, dazu aber nicht stünden.²⁹⁵ Diesem Vorwurf traten die Sozialdemokraten entgegen. Elmar Ledergerber und Helmut Hubacher bezeichneten diesen als Diffamierung und Beweis für die bürgerliche Hilflosigkeit in der Militärpolitik. LdU-Nationalrat Franz Jaeger erkannte eine Verhärtung der Fronten und sah diese in der „Konfrontationspolitik“ des EMDs begründet.²⁹⁶ Die NZZ lokalisierte die Gründe für das vergiftete Gesprächsklima bei der SP-Führung, welche mit gezielten Attacken die Bürgerlichen zu provozieren suchte.²⁹⁷ Wiederholt wurden die Regierungsfähigkeit der SP und damit die Zauberformel, aufgrund der offenbar als fundamental empfundenen sozialdemokratischen Opposition zur Armee, in Frage gestellt. Die CVP sprach beispielsweise von „Boykothaltung

²⁹² Sozarch, Ar 1.140.18.

²⁹³ Sozarch, Ar 1.116.30.

²⁹⁴ Militärische Bauten und Landerwerb, AB 1990, N, S.996

²⁹⁵ Ebd., S. 1001.

²⁹⁶ Ebd., S. 1002.

²⁹⁷ Neue Zürcher Zeitung, 20.6.90.

der SP-Fraktion in Armeefragen“ und warf der SP politischen Stilbruch vor. Man versuche den Volksentscheid für die Armee von 1989 „ratenweise“ auszuhöhlen. „Notfalls auch ohne Sozialdemokraten“ liesse sich auch regieren, drohte die CVP.²⁹⁸ FDP-Nationalrat Peter Aliesch verurteilte seinerseits die „‘Fünfer und Weggli‘-Politik der Linken“²⁹⁹ Offenbar blieb die Armeefrage ein zentrales Konfliktthema zwischen der SP und den bürgerlichen Parteien, die sich nach wie vor gegen aussen geschlossen zur Armee stehend gaben.

Die SP wies sämtliche Kritik als mangelhaft zurück. Zusammen mit Grünen und Landesring wolle man eine sicherheitspolitische Neuorientierung erwirken, während FDP, CVP und SVP angeblich „stur“ an der bisherigen Militärpolitik festhielten.³⁰⁰ Auch die Reaktionen auf den *Bericht 90 an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz* verdeutlichen den militärpolitischen Graben zwischen den Parteien. Während er von den bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP als offen und sich durch die Ausdehnung des Sicherheitsbegriffes auszeichnend gelobt wurde, kritisierten insbesondere militärkritische Sozialdemokraten die „ungenügende Friedensdividende“. Auch der Landesring monierte, dass der Bericht kaum Ansatzpunkte für klare Parlamentsentscheide biete, die Grünen bezeichneten den Bericht als „unzureichend“.³⁰¹ Im Zentrum eines sozialdemokratischen Rückweisungsantrags stand die Armeelastigkeit des Berichts.³⁰² „Der ‚Landigeist‘ lässt grüssen“ betitelte das Parteiblatt Berner Tagwacht die Berichterstattung über die Debatte und beschrieb so eigentlich den sozialdemokratischen Vorwurf relativ treffend.³⁰³ Auch in der Presse wurde der Bericht unterschiedliche aufgenommen. „Was kommt nach der Rütlidoktrin?“, fragte sich der Tagesanzeiger beispielsweise und deutet eine ähnliche Lesart des Berichts an.³⁰⁴ Diese bereits weiter

²⁹⁸ CVP-Pressedienst, 25.6.1990.

²⁹⁹ FDP-Pressedienst, 24.6.90.

³⁰⁰ SPS Pressedienst, 26.6.90.

³⁰¹ Berner Zeitung, 11.10.1990; Tagesanzeiger, 11.10.90.

³⁰² Bsp. Voten Häring Binder, Ledergerber, Hubacher, Rechsteiner in: Sicherheitspolitik. Bericht 1990, AB 1991, N, S. 908-937.

³⁰³ Berner Tagwacht, 6.6.91.

³⁰⁴ Tagesanzeiger, 5.6.91.

vorne beschriebene spöttische Beschreibungen, Rütli-doktrin und Landigeist, stellten den Bericht als altmodisch dar. Die SP sah sich in einem Konflikt altmodisch versus modern klar auf der zweiten Seite und deklarierte dies auch mit den entsprechenden Ausdrücken. Auch die Kritik an der mangelhaften Friedensdividende zeichnete ein Bild, in dem die Armee sich nur unzureichend an neue Gegebenheiten anpasst und in dem diese mit dem Topos „Zeitgemäss“ kritisiert wurde. Für die sozial-demokratischen Friedenspolitiker trat sich ein interessantes Fenster auf: der Glaubensgrundsatz „Friede durch Abrüstung“ liess sich nach 1989 durch alternative militär- und sicherheitspolitische Konzepte ergänzen und so als aktuell und fortschrittlich darstellen.

3.2. DIE HALBIERUNGSINITIATIVE

Die SP hielt ihre prinzipielle Kritik an der bürgerlichen Sicherheitspolitik und grundsätzliche Abrüstungsforderungen aufrecht, die auf eine Beschneidung der militärischen Komponente der Sicherheitspolitik abzielen. Im März 1991 beschloss der SP-Parteitag die Lancierung einer Initiative, die die Halbierung der Armeeaussgaben zum Ziel hatte. Die Kredite sollten jedes Jahr um zehn Prozent gekürzt werden, bis eine Halbierung erreicht wäre.³⁰⁵ Insbesondere im High-Tech Bereich gelte es abzurüsten. Bei den Beständen müsse man in einem ersten Schritt auf 100'000 bis 150'000, statt nur wie bei der Armee 95 geplant auf 400'000 „abspecken“. ³⁰⁶ SP-Nationalrat Elmar Ledergerber rechtfertigte die Forderung mit der Unreformierbarkeit des EMD, die sich manifestiert hätte, man müsse die Armee nun halbieren statt reformieren.³⁰⁷

Der Parteivorstand der SP Schweiz verabschiedete im April 1991 ein Grundlagenpapier *Sicherheit durch Friedenspolitik*.³⁰⁸ In diesem wurden der Halbierungsinitiative eine Grundlage und eine Verortung in der „Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SP Schweiz“ verschafft. In einem Rückblick wird festgehalten, dass die Armee nie ein parteiinternes „Harmoniethema“ war und dass eine „satte Mehrheit“ der SP-

³⁰⁵ Lezzi, Sozialdemokratie, S. 297.

³⁰⁶ Sozarch, Ar 1.116.31.

³⁰⁷ Tagesanzeiger, 4.3.91.

³⁰⁸ Sicherheit durch Friedenspolitik, S.1.

Wählerinnen wohl Ja zur Abschaffungsinitiative gesagt hätten. Eine Mehrheit der Bevölkerung wolle zwar die Armee nicht abschaffen, jedoch wollten 71 % die Militärausgaben senken.³⁰⁹ Vor diesem Hintergrund gelte es für die SP eine „entwicklungsfähige Reformstrategie“ zu erarbeiten. In einer Analyse der „friedens- und sicherheitspolitische“ Lage der Schweiz strich das Papier den Bedeutungsverlust der „alten Doktrin vom möglichst hohen Eintrittspreis“ heraus und forderte massive Abrüstungsbemühungen. Der „Verteidigungspolitik“ wurde im Rahmen einer „Politik der Friedensgestaltung und Umwelterhaltung“ nur noch ein Teilbereich zugewiesen. Konkret ziele die zu forcierende „Friedenspolitik“, nach der sich die Verteidigungspolitik auszurichten hätte, darauf ab „durch kooperative Massnahmen den Ausbruch gewalttätiger und kriegerischer Auseinandersetzungen zu verhindern“. Längerfristig würde „Truppenstärke von einigen zehntausend Mann“ genügen um vier „strategische Ziele einer auf Friedensgestaltung ausgerichteten Verteidigungspolitik“, Mitwirkung an Friedenserhaltung, Schutz der Bevölkerung bei bürgerkriegsähnlichen Handlungen in Europa, Subsidiärer Schutz und verstärkte Katastrophenhilfe, zu gewährleisten. Die geplante Armee reform 95 entspreche den Einsichten der Sozialdemokraten nicht, sie wolle vielmehr basierend auf Konzeptionen aus den 1980er Jahren die Armee „technologisch hochrüsten“. „Eine Armee reform ohne gleichzeitige drastische Senkung der Militärausgaben hat vor dem Volk politische keine Chance. Mit der von der SP und anderen Organisationen lancierten Volksinitiative 'für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik' haben wir ein politisches Instrument in den Händen, um den dringend notwendigen Abrüstungsprozess mit der Mehrheit des Volkes durchzusetzen“, kommentierte das Papier die Erfolgsaussichten der Initiative. Eine *Redimensionierung* der Armee müsse, um beim Volk mehrheitsfähig zu sein weiterhin das Milizsystem als Grundlage haben, dabei aber nur noch einen Viertel der Bestände aufweisen. Dies würde durch eine freie Wahl der Dienstleistung, niemand dürfe zum Militärdienst gezwungen werden, herbeigeführt. „Im Rahmen der Abrüstungsdynamik“ würden sich Neuanschaffungen auf Low-Tech

³⁰⁹ Die Nachbefragung zur Abstimmung Schweiz ohne Armee von Karl W. Haltiner lässt diesen Schluss zu. Auch mehrere von Zeitungen gestartete Meinungsumfragen weisen ähnliche Zahlen auf: Blick 17.1.1990, Sonntagsblick 26.5.1991, Tagesanzeiger 9.1.1992

Bereiche beschränken und High-Tech Anschaffungen, wie Kampfflugzeuge ausklammern.³¹⁰

Keine Unterstützung für die Initiativen erhielt die SP von der GSoA. Die SP Militärpolitik habe sich zu weit von der Abschaffungsidee entfernt, die GSoA lehne es ab, sich an einer „halben Befürwortung“ der Armee zu beteiligen.³¹¹ Bereits die oben ausgeführten *Grundlagen* der SP Militärpolitik stiessen bei den radikalen Armeegegnern und GSoA Sympathisanten innerhalb der Partei auf wenig Gegenliebe.³¹² Mitgetragen wurden die *friedenspolitischen* Initiativen hingegen von der *Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot ARW* und dem *christlichen Friedensdienst cfd*.³¹³ Die Initiative „Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik“ konnte auch ohne die Unterstützung der GSoA bereits am 24. September 1992 mit 105'680 gültigen Unterschriften eingereicht werden.³¹⁴ Die Initiative wurde zusammen mit der Initiative, „für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr“ eingereicht. Diese zweite am Parteitag vom März 1991 lancierte Initiative wollte den internationalen Kriegsmaterialhandel durch ein Verbot von Ausfuhr, Durchfuhr und Vermittlung von Kriegsmaterial und Dual-use-Gütern eindämmen.³¹⁵ Der eher idealistisch-pazifistisch Argumentation setzten die Gegner während des Abstimmungskampfes 1997 schwergewichtig den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen gegenüber, worauf die Initiative vom Stimmvolk deutlich abgelehnt wurde.³¹⁶

Im November 1993 drangen Bemühungen des EMD, die Halbierungs-Initiative ungültig erklären zu lassen, an die Öffentlichkeit. Ein vom St. Galler Rechtsprofessoren Paul Richli erstelltes Gutachten wies eine Verletzung der Einheit der Materie bei der Initiati-

³¹⁰ Ganzer Abschnitt nach: Sicherheit durch Friedenspolitik.

³¹¹ Berner Tagwacht, 17.3.1991.

³¹² Sonntagszeitung, 21.4.1991.

³¹³ Wochenzeitung, 26.11.1993.

³¹⁴ Bundesgesetz über die Armee, BBl 1993, S. 89.

³¹⁵ Volksinitiative "für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr", BBl 1995, S. 1027-1099.

³¹⁶ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 70ff.

ve aus.³¹⁷ Dies trug dem EMD Kritik ein, Peter Hug deutete dies als „Angst des EMD vor dem Volk“, man wolle einen unangenehmen Abstimmungskampf verhindern.³¹⁸ Der im Topos „Volkswillen“ vorangetriebene Vorwurf an das EMD den Willen des Volkes zu missachten, verhalf der SP zur Position der Gerechten, da nur sehr wenige Initiativen als ungültig erklärt worden waren und die Ungültigkeitserklärung deshalb manipulativ wirkte. In der Botschaft des Bundesrates wurde schliesslich auf die Problematik der Einheit der Materie eingegangen. Um diese darzustellen wird hier die Initiative im Wortlaut abgebildet:

„1. Der Bund kürzt die Kredite für die Landesverteidigung jährlich um mindestens zehn Prozent gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung auf mindestens die Hälfte der Rechnung des Jahres vor der ersten Kürzung reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.

2. Mindestens je ein Drittel der dadurch eingesparten Beträge wird eingesetzt für:

a. zusätzliche internationale Friedenspolitik (Schutz der Lebensgrundlagen, Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktverhütung) und

b. zusätzliche soziale Sicherheit im Inland.

3. Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zivile Güter und Dienstleistungen. Er ergreift Massnahmen insbesondere zugunsten:

a. der vom Abrüstungsprozess betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;

b. der vom Abrüstungsprozess betroffenen Regionen.

4. Der Bund fördert und unterstützt schweizerische, europäische und weltweite Institutionen und Bemühungen für

Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit.“³¹⁹

³¹⁷ Sonntagszeitung, 21.11.1993.

³¹⁸ Wochenzeitung, 26.11.1993.

³¹⁹ Volksinitiative “Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik”, BBl 1994, S. 1203.

Die betreffende Botschaft des Bundesrats anerkannte zwar gewisse Ungereimtheiten, hiess die Initiative aber als rechtmässig gut. Insbesondere die unter 2.b. verlangte Umlagerung von eingesparten Geldern in den Bereich der sozialen Sicherheit weise keinen eigentlichen Zusammenhang mit der Kürzung der Ausgaben für die Landesverteidigung. „In Weiterführung der bisherigen grosszügigen Praxis“ werde die Gültigkeit der Initiative aber bejaht, letztere aber dem Parlament zur Ablehnung empfohlen.³²⁰ Kaspar Villiger hatte sich zuvor für eine Ungültigkeitserklärung stark gemacht, unterstützt von weiteren Gutachten, welche die Einheit der Materie als nicht gegeben und eine Ungültigkeitserklärung als rechtlich vertretbar bezeichneten.³²¹ Die Ablehnungsempfehlung des Bundesrats war aber unmissverständlich, eine Halbierung der Armeeaussgaben würde die Verwirklichung der Armeereform 95 und die Erfüllung der sicherheitspolitischen Aufträge verunmöglichen. Zudem würde eine Annahme der Initiative grosse volkswirtschaftliche Probleme mit sich bringen. In der Botschaft stellte der Bundesrat die Initiative in eine Reihe mit den 1955, aufgrund fehlender Einheit der Materie, ungültig erklärten Chevalier-Initiativen, dem 1987 abgelehnten Rüstungsreferendum, der GSoA-Initiative von 1989 sowie den Abstimmungen über die F/A-18 Beschaffung und die Begrenzung der Waffenplätze vom 6. Juni 1993. Die Initiative und ihre Vorgänger hätten alle den Sinn „unsere Verteidigung so stark zu reduzieren, dass sich schliesslich die Sinnfrage schlechthin stellen könnte.“³²² Damit verortete der Bundesrat die Halbierungsinitiative als Vehikel der *Armeeabschaffung auf Raten* und rückte implizit die SP als Urheberin in die Nähe der GSoA. Mit dem Argumentationstopos „Ratenweise“ warf man der SP vor, unredlich die wahren Ziele ihrer Armeepolitik zu verschleiern, das heisst mit der Halbierung des Militärbudgets, um die Hälfte eigentlich eine vollständige Abrüstung einzuleiten. Wie die Abschaffungs-Initiative reflektierte die Halbierungsinitiative die Vision einer Umwandlung der militärischen Anstrengungen in friedensfördernde Massnahmen, welche zum permanenten Frieden durch Entmilitarisierung führen sollte.

³²⁰ Ebd., S. 1202.

³²¹ Tagesanzeiger, 23.6.1994.

³²² Volksinitiative „Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik“, BBl 1994, S. 1219f.

Zur GSoA und zu deren F/A-18 Initiative hatten die Sozialdemokraten jedoch ein schwieriges Verhältnis. Stets hielt man eigene, in der Halbierungsinitiative formulierte, Forderungen für weitreichender als diejenigen der GSoA.³²³ In einem Beschlussprotokoll der Geschäftsleitung vom Mai 1993 wurde ebenfalls darauf angespielt, dass die Halbierungsinitiative ein tauglicheres militärpolitisches Instrument sei als die F/A-18 Initiative: „In der ... Diskussion bestätigt sich, dass die Initiative halt einfach nicht gut durchdacht ist und vielen Vertreterinnen die Argumente zum Dahinterstehen fehlen. Der Fehler ist, dass für die, durch den Verzicht auf den Kauf der F/A-18, eingesparten Mittel nichts vorgesehen worden ist.“³²⁴ Die Geschäftsleitung der SP sah die Gründe für die Ablehnung beider Initiativen am 6. Juni 1993 darin, dass bei der Waffenplatzinitiative der „Rothenturmeffekt“, also die Unterstützung auch aus Teilen des bürgerlichen Umfelds der Umweltorganisationen ausgeblieben sei und bei der Flugzeugbeschaffung die GSoA als Absender polarisierend gewirkt habe.³²⁵ Im Hinblick auf die zukünftige Militärpolitik stellte die Nähe zur GSoA für die SP Leitung offenbar ein Problem dar. Peter Bodenmann bezeichnete diese Nähe als „Dilemma ...“, dass die eigenen Leute nicht glaubwürdig vertreten können, dass sie nur eine halbe Armee wollen (statt gar keine).³²⁶ Andere Stimmen innerhalb der SP-Führung, zum Beispiel André Daguët, sahen die Lösung eher in der Hinwendung zu den Sympathisanten einer Armeeabschaffung: „Wir dürfen in der Abstimmungskampagne nicht als Wolf im Schafspelz erscheinen. Die Linie Richtung Armeeabschaffung müsste gezeigt werden können.“³²⁷ Auch Margrith von Felten forderte ein derartiges Bekenntnis, sie meinte es müsse klar sein, dass man die Armee reduzieren wolle, „weil wir sie nicht abschaffen können.“³²⁸ Letztlich bildeten aber die Forderungen der Halbierungsinitiative einen Kompromiss ab zwischen Armeeabschaffern und Armeereformern in der SP. Zweifellos würden Armeeabschaffungsbefürworter einer Halbierung zustimmen. Die einst als Heilsprozess in Richtung

³²³ Sozarch, Ar 1.110.78.

³²⁴ Sozarch, Ar 1.110.79.

³²⁵ Sozarch, Ar 1.110.80.

³²⁶ Sozarch, Ar 1.110.80.

³²⁷ Sozarch, Ar 1.110.80.

³²⁸ Sozarch, Ar 1.110.80.

Frieden aufgefasste Abrüstung wich in den frühen 1990er Jahren innerhalb der SPS kurzzeitig einer Politik des Aushungerns der Armee, welche sie mit der Abschaffungsposition kompatibel machen sollte.

Die zuständige Ständeratskommission folgte im Herbst 1994 nicht der Empfehlung des Bundesrates, die Initiative gültig zu erklären, sondern riet zu einer Ungültigkeitserklärung der Halbierungsinitiative aufgrund fehlender Einheit der Materie.³²⁹ Die SP bezeichnete dies in einer Pressemitteilung als „inakzeptablen Angriff auf die demokratischen Volksrechte“, es gehe darum eine „glaubwürdige Alternative zur bundesrätlichen Friedens- und Sicherheitspolitik“ zu verhindern.³³⁰ In der Presse beklagte sich Helmut Hubacher, dass die Ständeräte „Angst vor dem Volk“ hätten und dieses deswegen entmündigen würden.³³¹ Am 21. und am 22. März behandelte die Kleine Kammer die Initiative. Dabei entwickelte sich eine überwiegend staatspolitische Diskussion, die in einer deutlichen Mehrheit zugunsten einer Ungültigkeitserklärung mündete.³³² Die Unterlegenen argumentierten dabei vor allem mit der bisherigen Praxis, dass man in Zweifelsfällen das Volk entscheiden lassen müsse oder sahen die Einheit der Materie nicht verletzt. Der Basler SP-Ständerat Plattner argumentierte etwa, dass unter dem Motto „Butter statt Kanonen“ sich die Einheitlichkeit der Forderungen der Halbierungsinitiative durchaus belegen lasse.³³³ Der Freisinnige Otto Schoch hielt fest, dass die bisherige Praxis die Initiative „unzweideutig“ zulasse, weshalb man dem bundesrätlichen Bericht trotz aller politischen Einwände gegen die Initiative zustimmen müsse.³³⁴ Die Presse deutete die Ungültigkeitserklärung als Misstrauensvotum gegenüber dem Volk.³³⁵ Das sozialdemokratische Parteiblatt *Berner Tagwacht* bezichtigte den Ständerat gar ein „Exempel gegen die Demokratie“ gesetzt zu haben und die Volkrechte nachhaltig einschränken zu wollen. Nur gerade ein Experte, nämlich Paul Richli, habe sich in einem

³²⁹ Neue Zürcher Zeitung, 22.2.95.

³³⁰ Sozarch, Ar 1.140.13.

³³¹ Blick, 1.3.1995.

³³² Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik. Volksinitiative, AB 1995, S. 396-394.

³³³ Ebd., S. 373.

³³⁴ Ebd., S. 384.

³³⁵ Tagesanzeiger, 23.3.1995; Der Bund, 23.3.1995; Tribune de Genève, 23.3.1995.

„Gefälligkeitsgutachten“ eindeutig für eine Ungültigkeitserklärung ausgesprochen, andere namhafte Experten hätten die Gültigkeit der Initiative nahe gelegt.³³⁶

Die SP protestierte gegen die Ungültigkeitserklärung, unter anderem wurden 15'000 *Mahnkarten* in Form einer Petition an die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates überbracht, die diese dazu aufforderten dem Beschluss des Ständerates zu widersprechen. „Das Volk soll entscheiden“ lautete die Forderung der Petenten.³³⁷ In einer von den SP-Militärexperten Barbara Häring und Peter Hug gezeichneten Aufforderung an die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates legten die Initianten ihre Argumente dar. Dabei wurde der Zusammenhang zwischen Friedenspolitik und Sozialpolitik geschildert, der die Einheit der Materie bei der Halbierungsinitiative belege.³³⁸ In einer von der SP veranlassten Leserbriefkampagne wurde die „Bevormundung des Volkes durch die Classe politique“ in den Vordergrund gestellt. Damit folgte die SPS dem in den 1980er Jahren aufkommenden Trend des politischen Populismus. „Fast unisono“ hätten sich Rechtsexperten zugunsten der Halbierungsinitiative ausgesprochen, nun wolle man die Regeln während des Spiels ändern, hiess es in Musterleserbriefen.³³⁹ Der Nationalrat folgte schliesslich Ende Juni seiner sicherheitspolitischen Kommission.³⁴⁰ Diese hatte mit dem Ständeratsbeschluss übereingestimmt und dem Rat eine Ungültigkeitserklärung nahegelegt. Dagegen wehrten sich vor allem Sozialdemokraten und Grüne. Paul Rechsteiner sah einen „Wendepunkt für das Volksinitiativrecht und für die Volksrechte überhaupt“ gekommen.³⁴¹ Helmut Hubacher warf der Kommission eine „absolut skandalöse Entscheidung“ vor.³⁴² Es würden weitere Initiativen, die eine Reduktion der Armee und zur weltweiten Abrüstung forderten, folgen, kündete Barbara Häring an. Das Volk werde, unabhängig von der Gültigkeit der Halbierungsinitiative,

³³⁶ Berner Tagwacht, 30.5.1995.

³³⁷ Tagesanzeiger, 30.5.1995.

³³⁸ Sozarch, Ar 1.140.14.

³³⁹ Sozarch, Ar 1.114.14.

³⁴⁰ Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik. Volksinitiative, AB 1995, S. 1396-1417.

³⁴¹ Ebd., S. 1399.

³⁴² Ebd., S. 1402.

über „die Zukunft unserer Sicherheitspolitik entscheiden können“, versprach sie.³⁴³ Sowohl Ständerat, als auch Nationalrat erklärten die Initiative als ungültig. Damit musste die Halbierungsidee der Sozialdemokraten einen neuen Anlauf nehmen, sollte sie dem Stimmbürger vorgelegt werden.

3.3. NACH DER HALBIERUNGS- DIE UMVERTEILUNGSINITIATIVE

Als „kalten Staatsstreich gegen die Volksrechte“ beschrieb die Berner Tagwacht die Zustimmung des Nationalrats zum Beschluss des Ständerats.³⁴⁴ Wie angekündigt nahm die SP postwendend einen erneuten Anlauf. An einem kurzfristig einberufenen Parteitag in Biel beschloss man die Lancierung einer neuen Initiative, die den Inhalt der Halbierungsinitiative grösstenteils reproduzierte. Im Parteitagsprogramm fand sich der Aufruf: „Dieser Parteitag muss zu einer grossen öffentlichen Kundgebung gegen den Abbau der Demokratie und für die Mitsprache des Volkes in Sachen Kürzung der Militärausgaben werden“.³⁴⁵ NZZ-Militärexperte Lezzi warf der SP danach Populismus vor, „nach den Niederlagen von 1989 und 1993“ wolle man nun die „zeitweise verlorene militärpolitische Führungsrolle im linken Lager von der GSoA zurückgewinnen.“³⁴⁶

Zwei neue Volksinitiativen sollten die Halbierung der Armeekosten unter besonderer Berücksichtigung des Konversionsgedanken berücksichtigen und dabei die Volksrechte in Form eines konstruktiven Referendums stärken. Erste Entwürfe erstellte das Bündnis *Friedenspolitische Initiativen* bereits eine Woche vor der Nationalratsdebatte. Dieses bestand aus Trägerorganisationen der politischen Linken und 30 friedens- und entwicklungspolitischen Organisationen und sollte bereits im Herbst 1995 die Initiativen offiziell lancieren.³⁴⁷ In einer Dokumentation konkretisierten die Initianten die Volksinitiative, die nun „Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und

³⁴³ Ebd., S. 1401.

³⁴⁴ Berner Tagwacht, 21.6.1995.

³⁴⁵ Sozarch, Ar 1.116.32.

³⁴⁶ Neue Zürcher Zeitung, 26.6.1995.

³⁴⁷ Berner Tagwacht, 18.8.1995.

zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)“ genannt wurde.³⁴⁸ Sie übernahm die Ziele der „ersten Umverteilungsinitiative“, berücksichtigte aber „die neue Praxis zur Definition der 'Einheit der Materie'„. Die Nähe zur Halbierungsinitiative und deren Stossrichtung wurde explizit beibehalten und die Ungültigkeitserklärung als unredlich bezeichnet: „Eine der Militärlobby lästige Debatte lässt sich auf diesem Wege aber nicht vom Tisch wischen. Die Gegenüberstellung der Ausgaben für Militär mit jenen für die soziale und menschliche Entwicklung bildet seit Jahrzehnten fester Teil der Abrüstungs- und Sozialdebatte der UNO.“³⁴⁹ Mit einer zweiten Initiative „Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag (Konstruktives Referendum)“ sollte ein Instrument geschaffen werden, mit dem man Einfluss auf die Verwendung der durch die Annahme der Umverteilungsinitiative freiwerdenden „Milliarden“ nehmen könnte. Letztere würden damit der sozialen Sicherheit zugeführt werden können.³⁵⁰ Die Initianten betonten, dass bei der Gesamtverteidigung massiv gespart werden könne und unterfütterten ihre Aussage mit statistischen Angaben und eigenen Prognosen. Bis 2010 sollte eine Friedensdividende von 15'458 Millionen Franken anfallen, ab 2000 deshalb die Ausgaben für Landesverteidigung kontinuierlich auf 3 Milliarden jährlich sinken. „Die Kosten der Landesverteidigung können innert zehn Jahren um die Hälfte gekürzt werden, und zwar ohne Abstriche bei der militärischen Leistungsfähigkeit“, postulierten die Initianten.³⁵¹ Eine Studie des deutschen Militärexperten Lutz Unterseher diene als Beleg für diese Annahmen und die „groteske“ Überrüstung der Schweiz sowie als inhaltliche militärtechnische Stütze der Initiative.³⁵² Diese im Argumentationstopos „Kosten“ spielende Rhetorik konnte zum Teil mit dem Argumentationstopos des „Volkswillens“ verbunden werden, da ja das Geld statt für die Armee zugunsten von Menschen eingesetzt werden könne. Diese Implikation schwang bei der Kritik an den hohen Kosten der Armee stets mit. Die Initiative forderte zudem, dass ein

³⁴⁸ Dokumentation zur Umverteilungsinitiative.

³⁴⁹ "Ein breites Bündnis formiert sich", in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative, S. 4-8.

³⁵⁰ Pressemitteilung vom 22. September 1995, in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative, S. 1f.

³⁵¹ Deckblatt, in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative.

³⁵² Unterseher, Lutz. Die Landesverteidigung der Schweiz: ein praktisches Modell für die Zukunft. Bonn 1995.

Drittel der Friedensdividende für die „internationale Friedenspolitik“, beispielsweise für eine Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit, eingesetzt würde. Alle vier Jahre könnte die Bundesversammlung festlegen, wie der restliche Anteil der Friedensdividende verwendet würde. Idealerweise würde zugunsten der sozialen Sicherheit umverteilt, „weil es ohne soziale Sicherheit keine Sicherheit gibt: Die zentralen Bedrohungen für unser Land liegen heute und in Zukunft in den weltweiten sozialen Spannungen und im Bereich der Umweltkatastrophen. An diesen Problemen und nicht an überholten militärischen Verteidigungsvorstellungen muss sich unsere künftige Sicherheitspolitik orientieren.“³⁵³ Hier wurde noch ein weiterer Argumentationstopos eingebunden; der Topos „Zeitgemäss“, mit dem man die kritisierte Sicherheitspolitik einer idealen, im eigenen Sinne zeitgemässen Sicherheitspolitik entgegenstellte. Die Initiative verpflichtete den Bund zudem, die Folgen der Armeehalbierung abzufedern, indem er eine „aktive Konversionspolitik“ betreiben würde. Dazu würde ein „Konversionsfond“ von 1 Milliarde eingerichtet. Ein militärischer sei um ein Mehrfaches kostenintensiver als ein ziviler Arbeitsplatz. Man müsse in betroffenen Regionen zukunftsgerichtete Arbeitsplätze längerfristig sichern.³⁵⁴ Neben der Studie von Lutz Unterseher war folglich die Konversionsstrategie des Präsidenten des Initiativausschusses Peter Hug der zweite wissenschaftliche Pfeiler der Initiative. Damit sollte einer Argumentation der Gegenseite der Wind aus den Segeln genommen werden. Das Argument des Arbeitsplatzverlustes wurde von Armeebefürwortern bei allen Abbauvorlagen immer wieder mit Erfolg angewendet. Das Konversions-Konzept liess sich zu dem mit den sozialistischen Utopievorstellungen eines Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft verbinden, aber auch die gewerkschaftlich orientierten Sozialdemokraten der Militärbetriebe („Waffenplatz-Sozialisten“) aus den Militärregionen der Schweiz, beispielsweise aus Thun oder dem Kanton Uri, ausmanövrieren.

³⁵³ Deckblatt, in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative.

³⁵⁴ Die neue Umverteilungsinitiative. kurz erläutert, in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative, S. 2f.

3.4. „DIE LANDESVERTEIDIGUNG DER SCHWEIZ: EIN PRAKTISCHES MODELL FÜR DIE ZUKUNFT.“ - EIN EXPERTENBERICHT IM DIENSTE DER ABRÜSTUNG

Unter diesem Titel legte die SP 1995 der Öffentlichkeit ein eigenes Armeegutachten vor.³⁵⁵ Ein solches war dem deutschen Experten für Sicherheitspolitik Lutz Unterseher in Auftrag gegeben worden. Unterseher, Mitbegründer der internationalen Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik (SAS)³⁵⁶, skizziert dabei eine *Armee 2005*. Dabei würden bis 2005 die Ausgaben für die Landesverteidigung auf 3.1 Milliarden im Jahr zurückgeschraubt werden können.³⁵⁷ Einleitend erklärt Unterseher, dass sein Modell „durch eine deutliche Reduzierung des Aufwandes für die Streitkräfte sowohl zur Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen beiträgt als auch – im Sinne einer Friedensdividende – die öffentlichen Finanzen entlastet, gleichwohl aber einen soliden und effizienten Schutz des Territoriums der Schweiz gewährleistet.“³⁵⁸ Die Armee habe sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu fokussieren, sie dürfe nicht „mit zweckfremden Aufgaben [...] überfrachtet“ werden.³⁵⁹ Unter der Wahrung von Rationalitätskriterien müsse eine „drastische Senkung des Sollbestandes“ auf 150'000 angestrebt werden, die auch zu einem massiven Personalabbau im Bereich der Logistik führen müsse und die auch der Hauptgrund für die deutlich günstigere Armee 2005 sei.³⁶⁰ Unter dem Motto „leistungsstarke Bürgersoldaten statt teurer Profis“ portiert Unterseher vehement die Beibehaltung des Milizsystems, es gebe keine Hinweise, dass eine Freiwilligenarmee leistungstärker wäre, begründet er zudem die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht.³⁶¹ Die „Dienstbelastung“ soll für den Einzelnen aber gemildert werden, indem die Zahl der Dienstage auf 200 herabgesetzt würde, die innert 10 Jahren, also in der Regel vor dem

³⁵⁵ In der Folge als *Unterseher Studie* bezeichnet

³⁵⁶ Homepage Commonwealth Institute (Project on Defense Alternatives). <http://www.comw.org/sas/>

³⁵⁷ Unterseher, Landesverteidigung, S. 27.

³⁵⁸ Ebd., S. 3.

³⁵⁹ Ebd., S. 7.

³⁶⁰ Ebd., S. 8.

³⁶¹ Ebd., S. 11.

dreissigsten Altersjahr abgeleistet werden könnten.³⁶² Die *Armee 2005* zeichne sich nicht durch Hi-Tech aus, sondern fokussiere auf „Die Intelligenz der Organisation“. Konkret würde die Verteidigung laut Unterseher folgendermassen umgesetzt: „Kontrolle des Raumes durch Feuer und flexible Sperren als Voraussetzung für die hohe Wirksamkeit dynamisch-zielorientierter Eingriffelemente.“³⁶³

Das EMD stellte eine eigene Analyse entgegen. Diese bewertete die Unterseher Studie „als seriöse Beurteilungsgrundlage untauglich“, bezeichnete sie als „oberflächiger, bruchstückhafter Diskussionsbeitrag zum falschen Zeitpunkt“ und stempelte sie „Gefälligkeitsgutachten“ für die Halbierungsinitiative ab. Zwar würde man sich über das lange vermisste „klare Bekenntnis“ der Sozialdemokraten zur Armee freuen, bemängelte aber zahlreiche Punkte der *Armee 2005*. Diese weise keinerlei Multifunktionalität auf und sei auch mit der Hälfte der Kosten gar nicht zu bezahlen. Der Verfasser hätte ausserdem die Milizverträglichkeit der Reduktion der Dienstleistungsdauer „völlig falsch“ eingeschätzt und die Möglichkeiten der Artillerie überzeichnet, während er die Infanterie zu wenig mit einbezogen hätte.³⁶⁴ Die NZZ zeigte sich mit der EMD-Wertung der *Armee 2005* zwar einverstanden, kritisierte aber das Fehlen einer zahlenbasierten Widerlegung. Trotz der deutlichen Worte habe man es verpasst die in erster Linie politische Stossrichtung der Studie in die Schranken zu weisen.³⁶⁵ Auf bürgerlicher Seite war man gegenüber den Sozialdemokratischen Vorschlägen zur Armeegestaltung misstrauisch. Einerseits traute man es den Sozialdemokraten nicht zu, ein echtes militärisches Konzept auf die Beine zu stellen, andererseits misstraute man der SP, da man deren Intentionen als grundsätzlich armeefeindlich einstufte. Gustav Däniker ordnete Unterseher in einem Artikel zu dessen Hintergrund in das „geistige Umfeld der Friedenssuche mittels Selbstschwächung“ ein und unterstellte ihm zu *ideologisch* zu denken, da sein Hauptinteresse der Abrüstung verpflichtet sei. Die Studie sei technisch zu wenig fundiert und lasse

³⁶² Ebd., S. 9.

³⁶³ Ebd., S. 35.

³⁶⁴ GS-EMD: "Die Landesverteidigung der Schweiz " Analyse des EMD.

³⁶⁵ Neue Zürcher Zeitung, 11.4.1995.

mangelnde Kenntnisse des Verfassers zu schweizerischen Erfordernissen „in bizarrer Weise“ erkennen.³⁶⁶

Eine solche Disqualifizierung sei unangebracht und ausserdem messe Däniker die Armee 95 nicht mit der gleichen Elle, entgegnete dem der sozialdemokratische Ständerat Gian-Reto Plattner. Die *EMD Denkansätze* bezeichnete er als „sachfremd“, die *Armee 2005* würde den Kampfauftrag nicht auf den unwahrscheinlichen Fall einer gezielten Invasion ausrichten, sondern auf einen kosteneffektiven Schutz des Territoriums. Das Konzept *Armee 2005* diene der dringend nötigen Weiterentwicklung der Armee 95 und sei durch die „Reduitmentalität“ der EMD-Analyse nicht widerlegt worden.³⁶⁷ Die *Unterseher Studie* diene der Rüstungskonversion wie auch der Umverteilungsinitiative als Argumentationsbasis, die die Abrüstungsforderungen dem Vorwurf der Armeeabschaffung entziehen sollten. Die Skepsis armeenaher Akteure gegenüber der SP-Militärpolitik konnte sie aber kaum entschärfen.

3.5. RÜSTUNGSKONVERSION

Die Rüstungskonversion war ein zentraler Aspekt der SP-Militärpolitik der 1990er Jahre im Allgemeinen und der Umverteilungsinitiativen im Speziellen. Mit Peter Hug hatte die Partei dafür einen Experten, der das Konzept der Konversion auf die schweizerischen Verhältnisse konkretisiert zu skizzieren vermochte. Bereits 1992 erschien die Studie *Rüstungskonversion*, die Hug zusammen mit Ruedi Meier erarbeitet hatte.³⁶⁸ Man fokussierte dabei auf die Umwandlung militärabhängiger Arbeitsplätze in zivile Beschäftigung. Zu militärabhängigen Arbeitsplätzen gehörten die EMD-Betriebe und vom Militär abhängige private Zuliefererbetriebe. Hug und Meier stellten fest, dass aufgrund des internationalen Trends weltweit Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie verloren gingen, da vermehrt auf kapitalintensive Hi-Tech-Güter gesetzt würde. Gerade in diesem Bereich sei die Schweizer Rüstungsindustrie aber kaum konkurrenzfähig und

³⁶⁶ Neue Zürcher Zeitung, 22.5.1995.

³⁶⁷ Neue Zürcher Zeitung, 12.6.1995.

³⁶⁸ Hug /Meier, Rüstungskonversion.

mit dem ins Auge gefassten Abbau der Bestandeszahlen gefährdet.³⁶⁹ In der Schweiz seien in den Jahren 1990 und 1991 noch 40'490 Arbeitsplätze militärabhängig, es würde also mit Verspätung zu einem Abbau kommen müssen.³⁷⁰ In einer Resolution „Für eine aktive Konversionspolitik“ hielt man 1995 fest, dass zwischen 1987 und 1994 weltweit die Militärausgaben um 23% gesunken seien, beispielsweise durch ausgedehnte Konversionsprogramme in den USA, dass aber in der Schweiz die Ausgaben in diesem Bereich nur langsam um 5.5% zurückgegangen seien. Obwohl aufgrund der Armee 95 die Beschäftigung gezwungenermassen zurückgehe, fehle es an einer *Konversionsstrategie* des EMD. „Nur eine aktive Konversionspolitik bietet eine echte Alternative zum Stellenabbau und dem drohenden regionalwirtschaftlichen Niedergang“, forderte die an einer SMUV/SP Tagung erarbeitete Resolution.³⁷¹ Damit wurde angedeutet, dass ein Stellenabbau bei militärabhängigen Arbeitsplätzen einzelne Regionen schwer treffen könnte. Auch Hug und Meier stellten diesbezüglich eine hohe regionale Konzentration fest, gesamtschweizerisch seien nur wenige Regionen betroffen. Mit 11.6% war der Anteil an vom Militär abhängigen Arbeitsplätzen im Kanton Uri am höchsten, aber auch in der Region Thun und in Nidwalden waren die militärabhängigen Arbeitsplätze zahlreich.³⁷² Diese Umstände zeigten sich auch in den Schwierigkeiten der Sozialdemokraten und den Gewerkschaften in den betreffenden Regionen ihre militärpolitischen Postulate zu rechtfertigen. So standen bei der F/A-18 Initiative und der Waffenplatzinitiative verschiedene Gewerkschaftsvertreter und SP-Lokalsektionen für eine Beschaffung der Kampfflugzeuge und gegen die Beschränkung der Waffenplätze ein.³⁷³

Eine Rüstungskonversion sei letztlich unumgänglich und dürfe nicht aufgeschoben werden, konstatierten Hug und Meier. Bereits baue das EMD viele Stellen ab, weiterer Stellenabbau liess sich durch eine Aufrechterhaltung der bisherigen Rüstung oder Kompensationsgeschäften nicht verhindern. Letztere seien nachgerade schädlich: „Industriepoli-

³⁶⁹ Ebd., S.7f.

³⁷⁰ Ebd., S.11.

³⁷¹ Konversion ist möglich und notwendig. Resolution "Für eine aktive Konversionspolitik, in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative, S. 57-62.

³⁷² Hug /Meier, Rüstungskonversion, S.13f.

³⁷³ Neue Zürcher Zeitung, 24.5.1993; Ostschweiz, 3.5.1993.

tik durch Rüstungsbeschaffung führt zu Strukturdefekten der Wirtschaft und vermindert erheblich die Wachstumschancen in der Zukunft.³⁷⁴ In den betroffenen Regionen müsste ein Strukturwandel durch eine gezielte Wirtschaftspolitik eingeleitet werden. Zentraler Bestandteil der Konversion war die Verringerung der Militärausgaben zugunsten dieses Strukturwandels. Global müssten Militärausgaben im Norden zugunsten der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Süden umgeleitet werden. Dieser Aspekt der Rüstungskonversion floss ebenfalls in die Diskussion der Umverteilungsinitiative ein und wurde in der Dokumentation mit OSZE Papieren ergänzt.³⁷⁵ Die Rüstungskonversion war einer der Kerngedanken bei der Debatte zur Umverteilungsinitiative. Man kann es als Fahnenwort der politischen Linken im Kampf um die Armee verstehen. Unter dem Fahnenwort Konversion begegnete man primär dem Vorwurf der Arbeitsplatzvernichtung durch Abrüstung, aber deutete auch die angeblich sinnvollere Investition öffentlicher Gelder in anderen Bereichen an. Die bisherigen „betrieblichen Strategien zur Erhaltung oder gar Ausdehnung der militärabhängigen Beschäftigung“ seien „im Kleinstaat Schweiz zum Scheitern verurteilt.“³⁷⁶ Durch eine Halbierung der Ausgaben für Landesverteidigung würden genug Mittel frei, um mit einer gezielten Beschäftigungs- und Technologiepolitik langfristig garantierte Arbeitsplätze in dem von der Abrüstung besonders betroffenen Gewerbe zu schaffen.³⁷⁷ Konkret müssten in der Metall-, Maschinen, Apparate, Fahrzeug und Elektronikindustrie „friedensverträgliche“ Arbeitsplätze geschaffen werden.³⁷⁸ Viele Betriebe, als Beispiel nannten Hug und Meier das Batterienrecycling der Pulverfabrik Wimmis, seien bereits ansatzweise erfolgreich in die Konversion eingestiegen und auch anderen EMD eigenen oder abhängigen Betrieben wurde ein „attraktives Dienstleistungspotential“ attestiert.³⁷⁹ Durch eine Halbierung der Armeeaussgaben wären entsprechende Konversionsprogramme zudem „problemlos

³⁷⁴ Hug /Meier, Rüstungskonversion, S. 51.

³⁷⁵ Entwicklungszentrum der OECD. Die Abrüstungsdividende – Herausforderungen für die Entwicklungspolitik. Heft für Wirtschaftspolitik Nr. 8, 1995. Übersetzt in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative, S. 92-96.

³⁷⁶ Hug, Peter, Meier, Ruedi. Rüstungskonversion. Zürich/Chur 1992, S. 96.

³⁷⁷ Ebd., S. 74ff.

³⁷⁸ Ebd., S. 106.

³⁷⁹ Ebd., S. 111.

finanzierbar“, fassten die Autoren der Studie *Rüstungskonversion* ihre Erkenntnisse zugunsten der Halbierungsinitiative zusammen.³⁸⁰

Die Umverteilungsinitiative erzwänge eine „planmässige Umwandlung von langfristig gefährdeten militärabhängigen Arbeitsplätzen in konkurrenzfähige zivile Arbeitsplätze“, hiess es in einem Papier der *friedenspolitischen Initiativen* mit dem Titel „Durch Abrüstung zu mehr sozialer Sicherheit“.³⁸¹ Militärausgaben seien wirtschaftlich unproduktiv, würden keine neuen Werte schaffen, keine Arbeitsplätze bringen, der Wirtschaft Kaufkraft entziehen und die Investitionstätigkeit hemmen. „Zwischen Nutzen und Kosten besteht ein krasses Missverhältnis“, lautete das Verdikt der Befürworter der Umverteilungsinitiative zur Rüstungspolitik der Schweiz.³⁸² Diese zogen auch Überlegungen aus der *Wf-Dokumentation*, einer Publikation der *Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft*, heute *economiesuisse* für eine Argumentation zugunsten der Umverteilungsinitiative bei. In der *Wf-Dokumentation* stellte Wirtschaftsprofessor Walter Wittmann eine ineffiziente „Fehlallokation der Ressourcen zugunsten der Landesverteidigung“ fest, der Staat dürfe keine „Gratisleistungen“ der Wirtschaft für die Landesverteidigung mehr einfordern.³⁸³ In der Dokumentation der Initianten ebenfalls enthalten ist ein Auszug eines Berichtes einer Expertengruppe der *Schweizerischen Bankiervereinigung*, die den Initianten ebenso wenig wie die *Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft* ideologisch verbunden war. Dieser Bericht forderte einen Stellenabbau beim Personal des EMD von etwa 3000 bis ins Jahr 2000. Zudem dürfe die „echte Belastung“ der Privatwirtschaft durch die Landesverteidigung nicht länger „verschleiert“ werden.³⁸⁴ Mit der Argumentation, die Landesverteidigung sei der Volkswirtschaft mehr Bürde als Hilfe, sollte unter Beiziehung *unverdächtiger* Experten, dem Argument, eine Halbierung der Armeeausgaben hätte verheerende Folgen für die Arbeiter

³⁸⁰ Ebd., S. 163.

³⁸¹ Durch Abrüstung zu mehr sozialer Sicherheit, in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative, S. 45-56.

³⁸² Ebd.

³⁸³ Wf-Dokumentation, Nr. 18. 2.5.1994, in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative, S. 31-35.

³⁸⁴ Auszug aus : Bericht einer Expertengruppe. Schweizerische Bankiervereinigung, in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative, S. 29f.

in der Rüstungsindustrie, widersprochen werden. Kurzfristig positive Auswirkungen der Lizenzproduktion oder der Kompensationsgeschäfte würden die Nachteile einer zu geringen Friedensdividende keinesfalls wettmachen, vielmehr führten diese kurzfristig positiven Auswirkungen zu „nachhaltigen Strukturdefekten“ und „verpassten Wachstumschancen“³⁸⁵ Der Versuch der SP, pragmatische Vorschläge an eine bürgerliche Mehrheit heranzutragen, wurde von den meisten kaum mit Wohlwollen entgegengenommen und verärgerte die gewerkschaftliche Basis in den vom Abbau der Militärarbeitsplätze betroffenen Gebieten. Zu sehr taten sich zudem jenseits aller Arbeitsplatzargumente mit der Forderung nach Umstellung auf High-Tech-Arbeitsplätze und der Forderung einer Low-Tech-Armee Widersprüche auf, welche nur aus dem festen Glauben an einen staatlich verordneten Heilsprozess von Wirtschaft und Gesellschaft erklärt werden können.

3.6. DIE UMVERTEILUNGSINITIATIVE

Trotz der anfänglichen Zuversicht innert eines halben Jahres die notwendige Anzahl Unterschriften für beide Initiativen zu erreichen,³⁸⁶ verlief die Unterschriftensammlung äusserst schleppend.³⁸⁷ „SP-Initiative auf wackligen Beinen“ titelte der Bund als nach 15 Monaten erst 70'000 Unterschriften für die Umverteilungsinitiative gesammelt waren. Besser, aber nur minim, lief es für das konstruktive Referendum, da dieses im Gegensatz zur Umverteilungsinitiative vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund unterstützt wurde. Insbesondere die SP wurde für ihre „Initiativwut“ der letzten Jahre kritisiert.³⁸⁸ Jürgen Schulz vom Komitee des konstruktiven Referendums machte die Sozialdemokraten für die harzige Sammelkampagne verantwortlich und schimpfte in der Berner Tagwacht: „Die SP hat uns hängenlassen“. Die Basis sei kaum mobilisiert worden und zeige sich den Initiativen gegenüber lustlos. Die Organisation sei „skandalös“ wurde parteiintern kritisiert, es sei stümperhaft, dass man mit den unterstützenden Organisa-

³⁸⁵ Die Landesverteidigung stellt für die Volkswirtschaft eine schwere Bürde dar, in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative, S. 27f.

³⁸⁶ Pressemitteilung vom 22. September 1995, in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative, S. 1.

³⁸⁷ Sonntagszeitung, 15.9.1996.

³⁸⁸ Der Bund, 30.12.1996.

tionen keine Sammelquoten vereinbart habe.³⁸⁹ Die SP appellierte in einem Mailing noch an die Basis und sprach 30'000 Franken für die Unterschriftensammlung, um die Initiativen zu retten.³⁹⁰ In einem Spendenmailing rief Parteipräsident Bodenmann zur Unterstützung der Kampagne auf. Die Initiative könne von allen Parteimitgliedern, Armeeabschaffern oder -befürwortern unterstützt werden: „Braucht die Schweiz eine Armee, ja oder nein? In dieser Frage sind die Meinungen geteilt. Braucht die Schweiz eine Armee, die pro Kopf vier Mal so viel kostet wie die österreichische Armee? Sicher nicht.“³⁹¹ Dank einem Endspurt konnten so am 26. März 115'000 Unterschriften eingereicht werden.³⁹²

Im Frühling 1998 verabschiedete die SP Schweiz ein neues Grundlagenpapier, *Für eine wirksame Friedens- und Sicherheitspolitik*.³⁹³ Darin wurde die *Globalisierung* als wichtigste Herausforderung der 21. Jahrhunderts bezeichnet. Sie sei Ursache neuer Konfliktquellen und müsse einen entsprechenden „fundamentalen Wandel“ in der Friedens- und Sicherheitspolitik nach sich ziehen. Letztere müsse als Teil einer „solidarischen Aussenpolitik“ verstanden werden. Zwar anerkenne die SP das aussen- und sicherheitspolitische Ziel der Interessenswahrung, dieses müsse jedoch unter dem „Gebot der internationalen Solidarität“ und gesamtpolitischen Überlegungen verknüpft werden. Sowohl der Bericht Brunner, als auch die sicherheits- und aussenpolitischen Berichte bezeichnete man als Schritte in die richtige Richtung, jedoch seien sie „bloss Lippenbekenntnisse“. Um diesen zu Konkretisierung zu verhelfen, wolle die SP mit den „sachorientierten Kräften der Mitte [...] neue politische Mehrheiten“ bilden. Die Schweiz sei grundsätzlich falsch gerüstet und überrüstet. Mit den Armeemodellen der SP würden konkrete Vorschläge zur Anpassung der Schweizer Armee an den sicherheitspolitischen Wandel geliefert.³⁹⁴ Die erwähnten Armeemodelle beruhten auf der *Studie Unterseher*. Zusam-

³⁸⁹ Berner Tagwacht, 12.3.1997.

³⁹⁰ Sozarch, Ar 92.10.8.

³⁹¹ Sozarch, Ar 92.10.8..

³⁹² Tagesanzeiger, 27.3.1997.

³⁹³ Grundlagenpapier der SP Schweiz. Für eine wirksame Friedens- und Sicherheitspolitik.

³⁹⁴ Ebd.

men mit dem Konversionsexperten Peter Hug entwickelte Unterseher die 1997 erschienene Studie „Sicherheitspolitische Optionen und schrittweise Umrüstung“. Darin wurde der „schrittweisen Abrüstungs- und Defensivierungsprozess der Schweizer Armee“ dargestellt und erläutert, dass diese Prozesse mit der Umverteilungsinitiative eingeleitet werden sollten. Die Armee 95 hätte viele „strukturelle Sackgassen“, nicht zuletzt durch die Orientierung am „nicht plausiblen Ernstfall“. Die Umverteilungsinitiative biete die Gelegenheit die „kohärente Umrüstung der Armee“ anzutreten und diese von der Landesverteidigung in ein System der kollektiven Sicherheit zu überführen.³⁹⁵

Am 1. März 1999 veröffentlichte der Bundesrat seine Botschaft zur Initiative. Letztere wolle die Landesverteidigung schrittweise abbauen und diese „Modifikation der Halbierungs-Initiative“ sei entsprechend abzulehnen. Das VBS habe bereits einen grossen Sparbetrag geleistet. Eine radikale und undifferenzierte Kürzung, wie sie Initiative fordere, würde „irreparable Schäden“ für die Landesverteidigung und einen Glaubwürdigkeitsverlust für die Schweiz mit sich bringen. Die Einschränkungen in der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit würden die Aufrechterhaltung autonomer Verteidigungsanstrengungen beeinträchtigen. Die sozialen Kosten bezeichnete der Bundesrat gerade in Bezug auf Arbeitsplätze als empfindlich hoch.³⁹⁶ Der Nationalrat besprach die Initiative in der Wintersession 1999. Die SP fand dabei in der parlamentarischen Arena keine neuen Allianzen. Die Bürgerlichen folgten entschlossen der Empfehlung des Bundesrats. Die Bemühungen der Sozialdemokraten, sich mit eigenen Armeemodellen Zuspruch aus der politischen Mitte zu verschaffen, waren in der parlamentarischen Arena kaum von Erfolg gekrönt. Die „Fachkompetenz von Lutz Unterseher, dem ausländischen Verteidigungsexperten der SP, wurde [...] angezweifelt“, merkte der Kommissionsprecher der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats, Roland Borer an.³⁹⁷ Der Fraktionssprecher der FDP, Edi Engelberger bezeichnete die Umverteilungsinitiative als „rückwärtsgewandt“ und untauglich.³⁹⁸ Sein Parteikollege Karl Tschuppert

³⁹⁵ Hug / Unterseher, Sicherheitspolitische Optionen.

³⁹⁶ Volksinitiative "Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung", BBl 1999, S. 3285-3329.

³⁹⁷ Umverteilungs-Initiative, AB 1999, N, S. 2446.

³⁹⁸ Ebd., S. 2247.

beklagte sich gar darüber „über diesen aussichtslosen Ladenhüter der Linken“ so lange diskutieren zu müssen.³⁹⁹ Die Linke stiess also mit ihrem Anliegen auf Desinteresse und warf den Bürgerlichen vor, sicherheitspolitische Entwicklung nicht nachzuvollziehen. Die zentrale Feststellung der Kommission Brunner, dass die Schweiz gegen die unwahrscheinlichsten Gefahren am besten gerüstet sei und man sich gegen reale Gefahren wappnen müsse, sei der Kerngedanke der Umverteilungsinitiative.⁴⁰⁰ „Nicht akzeptiert oder sogar negiert wird dieses zukunftsweisende Konzept nur von der GSoA und der äussersten Rechten“ appellierte Boris Banga an die politische Mitte.⁴⁰¹ Auch im Ständerat erhielt die Initiative wenig Anerkennung. Mit der Armee XXI, habe man „faktisch einen absolut perfekten Gegenvorschlag“, bemerkte Hans-Rudolf Merz.⁴⁰² Er folgte der Argumentation der bundesrätlichen Botschaft, wonach man die Forderungen der Initiative bereits zu mehr als der Hälfte erfüllt habe.⁴⁰³

Die Bemühungen der Initianten ihr Anliegen als sinnvolle und zeitgemässe Antwort auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen darzustellen, die nicht die Armee in ihren Grundfesten gefährdet, sondern sie lediglich anders gestalten will, erhielten bei den Bürgerlichen nur wenig Anklang. Aus mehreren Gründen erwies sich dieses Bestreben als Illusion. Zum einen lässt die parteiinterne Auseinandersetzung darauf schliessen, dass gerade an der Basis wenig Interesse an einer kohärenten sozialdemokratischen Sicherheitspolitik bestand. Die Armee verlor als Thema der politischen Linken in den späten 1990er Jahren ganz allgemein an Drive, zudem blieb sie ein als bürgerlich aufgefasstes Betätigungsfeld, das mit zahlreichen negativen Vorurteilen behaftet blieb. Zum anderen zeigten sich bürgerliche Akteure auch von moderaten sozialdemokratischen Änderungsvorschlägen unbeeindruckt. Zu sehr waren diese mit dem Vorwurf der nicht nur armeekritischen, sondern gar armeefeindlichen Stossrichtung behaftet. Es konnte nicht glaubhaft vermittelt werden, dass auch moderate Armeekritiker in den Reihen der

³⁹⁹ Ebd., S. 2457.

⁴⁰⁰ Zur Studienkommission Brunner siehe: 4.2.1.

⁴⁰¹ Umverteilungs-Initiative, AB 1999, N, S. 2446.

⁴⁰² Umverteilungs-Initiative, AB 1999, S, S. 162.

⁴⁰³ Botschaft über die Umverteilungsinitiative, BBl 1999, S. 3303.

SP die Armee mitgestalten wollten, da sie grundsätzlich eine geeignete Armee für die schweizerische Sicherheitspolitik wollten. Die Suche nach einer geeigneten Armee war auch bei den Armeebefürwortern eine Herausforderung. Aufgrund der Nähe der meisten SP-Sicherheitspolitiker zur Friedensbewegung und zu pazifistischen Kreisen, inklusive der GSoA kann man hier auch keine abschliessende Wertung anbringen, ob man in der SP an einer Mitgestaltung der Sicherheitspolitik interessiert war oder diese lediglich nutzen wollte, um die Armee schrittweise gegen null zu abzurüsten. Trennt man die produzierten Papiere der SP zur Sicherheitspolitik von der Geschichte der Partei und personellen Verbindungen ihrer Akteure, erscheinen diese durchaus als ernstzunehmenden Beitrag zur Armeegestaltung. In einer auf die lange Dauer ausgelegte Wertung kann man die Konzepte allerdings eher als Versuch sehen, mit entsprechenden Argumentationen angereicherten Vorschlägen die militärische Landesverteidigung zugunsten eigener auf Abrüstung bedachter Idealvorstellungen nachhaltig zu schwächen.

3.7. DIE ABSTIMMUNGSKAMPAGNE

Das VBS lancierte mit Bundesrat Ogi seine Abstimmungskampagne am 5. Oktober 2000.⁴⁰⁴ Mit erheblichem persönlichen Engagement trat der Vorsteher gegen die Umverteilungsinitiative auf. „Ich akzeptiere keine halben Sachen, kein halbes Budget für die Landesverteidigung und auch keinen halben Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Armee“, vereinfachte er seine Position und reihte die Initiative in die Armeearschaffungsinitiativen ein.⁴⁰⁵ Eine ähnliche Stossrichtung verfolgte das Komitee *Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit*. In ihrem Argumentarium gegen die Umverteilungsinitiative diskreditierte man diese als „entscheidenden Schritt in Richtung Abschaffung einer ernst zu nehmenden Armee“. Auch die Phrase *Armeeabschaffung auf Raten* wurde portiert, schliesslich zögen bei den Initianten „konsequente Armeegeegner“ die Fäden. Der rote Faden der armeekritischen Initiativen, angefangen beim Rüstungsreferendum 1987 über Armeearschaffungs- und F/A-18- initiative fände, in der Umverteilungsinitiative eine Fortsetzung, die sich aber nun nicht nur gegen die Armee an sich richte, sondern

⁴⁰⁴ Neue Zürcher Zeitung, 6.10.2000.

⁴⁰⁵ Neue Zürcher Zeitung, 13.10.2000.

auch deren Modernisierung gefährde.⁴⁰⁶ Im Argumentationstopos „Ratenweise“ monierte man, dass die armeekritische Linke Abstimmungsniederlagen scheinbar nicht akzeptiere und immer wieder neue Anläufe nehme, um ihre Kernforderung, nämlich die Abschaffung der Armee, unter verschiedenen Deckmänteln in kleinen Portionen vors Volk zu bringen.

Fundiert durch die entsprechenden Studien und entwickelten Armeemodelle versuchten die *friedenspolitischen Initiativen* diesen Vorwurf zu entschärfen. Man betonte, dass es sich nicht um ein Projekt von Armeegegnern handle, sondern um ein realistisches Projekt, dass die sicherheitspolitische Weichen neu stelle.⁴⁰⁷ Die Initianten lancierten ihre Kampagne am 11. Oktober. Das schlagkräftigste Argument bildete dabei eine wiederholt als *grotesk* attribuierte „Überrüstung“ der Schweiz, die als pro Kopf teuerste Armee durch den Vergleich mit Nachbarländern kontrastiert.⁴⁰⁸ Die Umverteilungsinitiative würde die Kosten für die Landesverteidigung lediglich auf ein „ertragbares Mass“ hinunter schrauben und eine friedenspolitische Öffnung erlauben, schrieb Barbara Häring in der NZZ und sah die Umverteilungsinitiative als Ausweg aus dem „Trauerspiel“ bei der Erarbeitung eines neuen Armeeleitbildes. Die Machtkämpfe zwischen Modernisten, die den Anschluss an die Nato suchten und Traditionalisten, den „Geistern des Landsturms“, würden dabei die Kosten der Armee XXI in die Höhe treiben, da man beide bedienen wolle, anstatt sich mit den pragmatischen Konzepten der Linken auseinanderzusetzen.⁴⁰⁹ Die Initianten hoben den Sparaspekt auch im Titel ihrer Broschüren hervor. In diesem Zusammenhang interessant ist die Debatte um die effektiven volkswirtschaftlichen Kosten der Armee. Ein VBS Bericht hatte zuvor festgestellt, dass die Kosten für die Armee sich auf weit höherem Niveau bewegten als ausgewiesen, wenn man die Ausgaben von Gemeinden, Kantonen und Wirtschaft mit einbezieht.⁴¹⁰ Barbara Häring rechnete mit versteckten jährliche Kosten von 6 Milliarden, was zu einer „12

⁴⁰⁶ Schweizerisches Komitee "Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit", Argumentarium zur Umverteilungsinitiative.

⁴⁰⁷ Die friedenspolitischen Initiativen: Argumentarium Ja zur Umverteilungsinitiative.

⁴⁰⁸ Die friedenspolitischen Initiativen: Medienkonferenz Umverteilungsinitiative.

⁴⁰⁹ Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2000.

⁴¹⁰ Volkswirtschaftliche Kosten der Landesverteidigung. AB 2000, N, S. 1136ff.

Milliardenarmee“ und der europaweit teuersten Armee führe.⁴¹¹ Behauptungen, bei der Landesverteidigung sei seit der Wende bereits genug gespart worden, seien aus diesen Gründen „unhaltbar“.⁴¹² In einem Faltblatt der Initianten fragte man den Betrachter rhetorisch: „Wollen Sie noch mehr sparen?“ um zu antworten „Ja, natürlich beim Militär ... 1400 Franken kostet die Landesverteidigung jeden von uns!“⁴¹³ Die Initianten argumentierten oft im Argumentationstopos „Kosten“ und unterfütterten ihre Forderungen mit Zahlen, anhand derer jeder Betrachter abschätzen konnte, wie viel man für die Armee ausgab, indem man diese sogar auf einen pro Kopf Beitrag runterbrach oder ausrechnete, wie viel die Armee pro Tag kostete.

Die Gegner der Initiative entgegneten dieser Interpretation der finanziellen Kennzahlen mit Skepsis. Sie stellten die Landesverteidigungsausgaben nicht als pro Kopf Berechnungen dar, sondern als gekoppelt an das BIP (Bruttoinlandprodukt), wodurch den schweizerischen Aufwendungen im Bereich der Landesverteidigung lediglich einen Mittelfeldplatz im internationalen Vergleich eingeräumt wurde. Zudem betonte das Komitee *Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit*, dass massive Sparerfolge bei der Landesverteidigung erzielt worden waren, die sich auch im internationalen Vergleich aufgrund einer Tendenz innerhalb der Nato zu Mehrausgaben als beachtlich bezeichnen liessen.⁴¹⁴ Die Armee habe die Friedensdividende geleistet, hielt auch die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee AWM fest. Vor allem dank der Sparleistung der Armee habe man den Bundeshaushalt ins Gleichgewicht gebracht.⁴¹⁵ Auch von offizieller Seite wurde betont, dass die Schweiz keineswegs über-rüstet sei. Als einziger Aufgabenbereich habe man eine rückläufige Tendenz bei den Ausgaben und echte Sparleistungen erbracht. Eine Annahme der Umverteilungsinitiative käme einem Mittelentzug gleich, aufgrund dessen „Sicherheit und Schutz für Land

⁴¹¹ Friedenspolitik, Sondernummer, September 1995.

⁴¹² Die friedenspolitischen Initiativen: Argumentarium Ja zur Umverteilungsinitiative.

⁴¹³ Sozarch, Ar 92.10.10.

⁴¹⁴ Schweizerisches Komitee "Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit", Argumentarium zur Umverteilungsinitiative.

⁴¹⁵ Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz, Argumentationshilfe gegen die Umverteilungsinitiative.

und Volk“ nicht mehr gewährt werden könnte.⁴¹⁶ „Halbierte Sicherheit ist keine Sicherheit!“, lautete der Titel eines Faltblattes des Schweizerischen Komitees *Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit*. Die Umverteilungsinitiative von „SPS und pazifistischen Kreisen“ müsse abgelehnt werden, auch weil letztlich gar nicht gespart, sondern nur in ausländische Entwicklungsprojekte umverteilt werde und dies obwohl die Schweiz bereits eine genügende Leistung im Bereich der Entwicklungshilfe und Friedensförderung betreibe.⁴¹⁷

Zu einer Kontroverse führte die Unterstützung der Initiative durch diverse Hilfswerke. Diese warben mit einer eigenen Abstimmungszeitung für ein Ja. Bis 2010 wäre bei einer Annahme ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben für die Landesverteidigung und jenen für die Friedensförderung annähernd erreicht: „Ein JA zur Initiative erhöht die Mittel für die Friedensförderung bis 2010 auf 2,8 Mrd.“ Es gehe um eine Weichenstellung zugunsten der Friedenspolitik, die auch die Armee verkraften könne.⁴¹⁸ Die AWM protestierte gegen dieses Engagement der Hilfswerke und rief zum Spendenboykott auf. Es gehe nicht an, dass mit Schweizer Spenden- und Steuergelder ein Abstimmungskampf gegen die Armee finanziert werde.⁴¹⁹ Der Protest und Boykottaufruf der AWM zeitigte für die Hilfswerke aber keine finanziellen Konsequenzen.⁴²⁰

Gewichtiges Argument der Initiativgegner blieben die Arbeitsplätze. Deren 6000 würden durch die Initiative „vernichtet“. Auch am Konversionsfonds der Initiative stiessen sich die Gegner. Dieser sei ein „an Planwirtschaft erinnerndes Ansinnen [...] gegen alle wirtschaftspolitische Vernunft.“⁴²¹ Das Arbeitsplatzargument war bei der Umverteilungsinitiative aber weniger prominent, als bei der Waffenausfuhrverbotsinitiative. Das gewerkschaftliche Ja und die Konversionsidee konnten es teilweise entschärfen. Die VOX-Analyse kam zum Schluss, dass die Arbeitsplatzfrage keinen entscheidenden Ein-

⁴¹⁶ Marti, Argumentarium gegen die Umverteilungsinitiative.

⁴¹⁷ Komitee "Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit": Halbierte Sicherheit ist keine Sicherheit!.

⁴¹⁸ Ja zum Frieden. Ja zur Umverteilungsinitiative.

⁴¹⁹ Im Brennpunkt 3/2000.

⁴²⁰ Tagesanzeiger, 28.10.2000.

⁴²¹ Komitee "Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit": Halbierte Sicherheit ist keine Sicherheit!.

fluss auf die Voten der Stimmbürger hatte. Vielmehr stellte man fest, dass das Abstimmungsverhalten einer typischen Links-Bürgerlichen Polarisierung in Armeefragen entsprach.⁴²² Tatsächlich wies während der Debatte wenig darauf hin, dass die Initiative über das eigene Stimmenpotential der Initianten hinaus Ja Voten generieren würde. Die Fronten waren relativ klar abgesteckt und das bürgerliche Misstrauen gegen sozialdemokratische Vorschläge schlug auch auf die entsprechenden Stimmbürgergruppen durch.

Die Initiative wurde schliesslich von 62 Prozent der Stimmbürger abgelehnt. Dabei zeigte sich ein *Röstigraben*, vier Westschweizer Stände hatten die Initiative angenommen.⁴²³ Bundesrat Ogi zeigte sich in der Presse zufrieden. In 11 Jahren seien 7 Angriffe auf die Armee an der Urne gescheitert, trotz des *Röstigrabens* müsse man dies als eine klare Absage an das „SP-Sicherheitskonzept“ verstehen.⁴²⁴ Der Tagesanzeiger, der wie die Basler Zeitung die Initiative befürwortet hatte,⁴²⁵ konstatierte, dass die Armee zwar weiterhin polarisiert, aber die Stimmbürger eher „kalt lässt“. Trotz der Kritik an hohen Militärausgaben, habe die Initiative keine Proteststimmen geholt, geschweige denn Allianzen in der politischen Mitte gefunden.⁴²⁶ Dies obwohl sich die Bevölkerung in Umfragen während den gesamten 1990er Jahren mehrheitlich rüstungskritisch gezeigt hatte.⁴²⁷ Peter Hug äusserte sich zwar enttäuscht über die Niederlage an der Urne, attestierte der Initiative aber die Debatte auf eine unideologische Ebene überführt zu haben, auf der die Notwendigkeit von Friedensförderung von fast allen akzeptiert werde. Die Umverteilungsinitiative sei quasi am eigenen Erfolg gescheitert. Die breiten Sympathien bei den Medien und gar in Bundesbern für die Initiative hätten zu einem wenig emotionalisierten Abstimmungskampf geführt. In die Zukunft schauend meinte Hug, es dürfe nun auf der politischen Linken, um bei der Gestaltung der Sicherheitspolitik mitzureden,

⁴²² Sidler, Andreas / Rorato, Michael: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 26. Nov. 2000, VOX Nr. 72..

⁴²³ Volksabstimmung vom 26. November 2000. BBl 2001, S. 1141.

⁴²⁴ Neue Zürcher Zeitung, 27.11.2000.

⁴²⁵ Tagesanzeiger, 18.11.2000; Basler Zeitung, 18./19.10.2000.

⁴²⁶ Tagesanzeiger, 27.11.2000.

⁴²⁷ Haltiner, Sicherheit 2000, S. 129f.

kein „Rückfall in eine pazifistische Fundamentalopposition – wie sie während des Kalten Krieges sinnvoll und vorherrschend war“ passieren. Deshalb seien aus friedenspolitischer Sicht ein Nein zur zweiten Abschaffungsinitiative und ein Ja zur Bewaffnung im Ausland nun angebracht.⁴²⁸ Die Entgegnung der GSoA an gleicher Stelle zeigte aber, dass sich die militärkritische Linke und die Friedensbewegung kaum zu einer kohärenten Position im Sinne Hugs einigen könnten. Gerade sicherheitspolitisch bewanderte Personen wie Hug, Häring und Nationalrat Werner Marti hätten sich dem VBS „angedient“ und hätten sich von der *Koalition der Vernunft* völlig falsche Hoffnungen gemacht.⁴²⁹ Die Einschätzung Hugs ist insofern zu optimistisch, als dass die SP nachwievor als Minderheit in der Armeepolitik galt, der es nicht gelang und nicht gelingen sollte, auch ohne Rückfall in die genannte Fundamentalopposition, bei bürgerlichen Mehrheiten mit eigenen Vorschlägen erfolgreich zu sein. Übrig blieb nur die Möglichkeit, jeweils passiv Widerstand gegen Armeeprojekte, die nicht nach SP Gusto waren, anzumelden, nicht aber proaktiv eigene Konzepte verwirklicht zu sehen. Die friedenspolitischen Initiativen und die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffen- ausfuhrverbot ARW wurden am 19. August 2001 schliesslich aufgelöst. Ihre Visionen hätten sich schrittweise verwirklicht, schrieb Barbara Häring, auch sie wohl etwas zu optimistisch. Mit der Umverteilungsinitiative habe man es geschafft, innerhalb der SP Schweiz einen weitgehenden Konsens in der Friedens- und Sicherheitspolitik zu erarbeiten, der sich auch in breiten Kreisen der Bevölkerung habe niederschlagen können.⁴³⁰

⁴²⁸ Hug, Peter: Nach dem Nein zur Umverteilungsinitiative. Die Schweiz ist eine andere geworden, in: FriZ, Nr. 6/00, 2000.

⁴²⁹ Lutz, Nico et al.: Zivile Öffnung statt Armee reform, in: FriZ, Nr. 1/01, 2001.

⁴³⁰ Häring, Barbara. Aufgelöst – aber nicht abgeschlossen, in: FriZ, Nr. 5/02, 2002

3.8. AKTEURE, PERFORMATIVITÄT UND ARGUMENTATIONS-MUSTER

In den 1990er und frühen 2000 hatten die Stimmbürger über eine Kaskade an armeekritischen Initiativen zu befinden. Nach der von einer hohen medialen Intensität geprägten Abstimmung über die GSoA-Initiative gegen die Beschaffung von F/A-18 Kampfflugzeugen übernahmen die Sozialdemokraten wieder den Lead in der Armeekritik von links, während sich die anfangs der 1990er Jahre medial dominierende GSoA zurückzog.

Die SP, als einer der wichtigsten Akteure im Kampf um die Schweizer Armee, verlied nach der Abstimmung vom 6. Juni 1993 eigenen Abrüstungsforderungen wieder mehr Gewicht und zeigte sich in der parlamentarischen Arena überdurchschnittlich aktiv. Traditionelle Abrüstungsforderungen wurden aufrechterhalten und in eigene sicherheitspolitische Konzepte eingebettet. Diese fanden aber bei Bürgerlichen weder in der parlamentarischen noch in der öffentlichen Arena eine positive Anerkennung. Mit der Artikulation eigener Armeemodelle machte sich die SP zwar zu einer zukünftigen Armeegestaltung ernsthafte Gedanken, ohne sich jedoch eingehend mit den Kampfzielen, den Kampfverfahren und den dafür notwendigen Mitteln zu befassen. Die SP-Armeemodelle hatten den massiven Abbau der Mittel im Auge. Wie mit den verbleibenden Mitteln für welche Ziele gekämpft werden sollte, interessierte nicht. Die Entwicklung von Armeemodellen beschränkte sich jedoch auf einen eher engen Kreis an sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern, namentlich stechen Barbara Häring und Peter Hug hervor, und fanden keinen Anschluss an die Armeepolitik der bürgerlichen Akteure. So erreichten die Sozialdemokraten in der parlamentarischen Arena mit der Grünen Partei und in der öffentlichen Arena mit Friedensorganisation und Hilfswerken Partner, die zwar die Anliegen, wie die Umverteilungsinitiative grundsätzlich unterstützten, aber keine Mehrheiten bringen konnten. Auch wenn offiziell die friedenspolitischen Initiativen als Interessensvereinigung vieler Organisationen galten, wurde die Hauptlast der Unterschriftensammlung und der Kampagne der SP überlassen. Trotz Versuchen einiger sozialdemokratischer Akteure für ihre Modelle Koalitionen links der Mitte zu finden, zeigte sich gerade bei den entsprechenden armeepolitischen Initiativen

eine klassische Links-Rechts Trennung, wobei die bürgerlichen Parteien geschlossen hinter der Position des EMD/VBS zu stehen pflegten.

Obwohl in den Argumentationsmustern ihrer Gegner in den gleichen Topf geworfen, kann man von keiner eigentlichen Koalition zwischen der sozialdemokratischen Partei und der GSoA sprechen. Vielmehr scheint es sich hierbei um eine Konkurrenzbeziehung zwischen den als realistischen bezeichneten Abrüstungsforderungen der massgebenden SP-Sicherheitspolitiker und den Armeeabschaffern der GSoA zu handeln. Auch wenn es personell durchaus Überschneidungen gab und die SP beinahe zur zweiten Abschaffungsinitiative die Ja-Parole herausgegeben hatte, war die gegenseitige Unterstützung mit Ausnahme von Akteuren, die sowohl GSoA als auch SP-Mitglieder waren, oft nur halbherzig. Die Argumentationsmuster unterschieden sich nur teilweise. Beide zielten grundsätzlich auf einen Richtungswechsel in der Sicherheitspolitik ab, der die Abrüstung bei der Armee zugunsten einer verstärkten zivilen Friedensförderung forderte. Beide bezeichneten die Armeeausgaben als überhöht und forderten eine Reduktion der Mittel. Überspitzt formuliert forderte die Umverteilungsinitiative die Abrüstung um die Hälfte, während die GSoA eine vollständige Abrüstung, also die Abschaffung forderte.

Die 1990er Jahre waren für die Sozialdemokraten im Kampf um die Schweizer Armee in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung. Es schien sich die Chance zu bieten, als gleichberechtigter Diskussionspartner in die Gestaltung und Richtschnurplanung der Armee sich einklinken zu können. So hätte man es den sozialdemokratischen Parteien in anderen Ländern gleichtun können, die sich nach dem 2. Weltkrieg mit weniger Militärferte als ihre Schweizer Genossen auszeichnen konnten. Dies zeigte sich auch in der Entwicklung einer zum Teil eigenen Terminologie, mit der man sich zum einen vom in den 1990er Jahren einsetzenden NATO-Jargon, zum anderen von dem leicht spöttischen Vokabular zur Beschreibung der Armee aus früheren Jahren abzugrenzen versuchte. Dabei entlehnte man eine letztlich eine Semantik, die zwar aus der internationalen Friedensbewegung stammte aber dabei auch militärische Fachterminologie aufnahm.

Ein Beispiel wäre *Defensivierungsprozess*⁴³¹, ein Wort das technisch-militärisch anmutet, aber nur eine unklare Bedeutung hat. Ziel war eine alternative Sicherheitspolitik zu entwickeln, die sich weg vom militärischen Mainstream entwickelt, sich aber von der pazifistischen Friedensbewegung sprachlich ebenso deutlich wie von der von Klassen-gegensätzen geprägten Kritik an der Armee in den 1980er Jahren distanziert. Bürgerliche Akteure und eine eher widerstrebende eigene Partei verhinderten aber dieses Einklinken und bei der Rollenverteilung der Akteure im Kampf um die Schweizer Armee bleibt der SP die Rolle des Korrektivgebers von aussen. Die sachliche Auseinandersetzung, die sich auch semantisch niederschlägt, vermag also an dieser Konstellation wenig zu ändern und deutet zudem darauf hin, dass die Debatten auf einer wenig emotionalen Aufladung beruhen und entsprechend in der öffentlichen Arena auch kaum für Aufsehen und damit verbunden für Mobilisierung sorgen.

Trotz einigen Gemeinsamkeiten zwischen SP und GSoA in der Zielsetzung ihrer jeweiligen Armeepolitik war der gegnerische Vorwurf der Armeeabschaffung auf Raten bei den friedenspolitischen Initiativen abgeschwächt. Zwar wurden auch Abrüstungsforderungen als Teil einer Abschaffungsforderung dargestellt, die Notwendigkeit einer Verkleinerung der Armee aber von bürgerlichen Akteuren und Akteuren der Armee eingestanden. Der Hinweis, die Armee spare bereits genug und die Debatten um die Validität der jeweiligen finanziellen Kennzahlen, zeigen, dass die Anliegen der SP-Militärpolitiker nicht nur mit dem Abschaffungsvorwurf beantwortet wurden. Die als radikalen Mittelentzug verstandenen Abrüstungsforderungen der SP wurden bei der Umverteilungsinitiative mit Arbeitsplatzargumenten abgewehrt. Die Hauptargumentation der bürgerlichen Akteure gegen die Abschaffungsinitiative ist hingegen die im Argumentationstopos „Glaubwürdigkeit“ verankerte selbsterklärende sicherheitspolitische Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Armee.

Die Kaskade an armeekritischen Volksinitiativen vermochte die Stimmbürger nur bedingt zu mobilisieren. Die Akteure betrieben einen weitgehend herkömmlichen Abstimmungskampf, der kein durch aussergewöhnliche Performativität erhöhtes Interesse,

⁴³¹ Hug / Unterseher, Sicherheitspolitische Optionen.

sondern eher Desinteresse in der öffentlichen Arena hervorbrachte. Auch der SP gelang es nicht, mit neuartigen Aktionen und Performativität auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und für dieses zu werben. Als neuartig und durchaus performativ originell kann aber der Versuch bezeichnet werden, mit eigenen wissenschaftlich zum Teil mehr, zum Teil weniger fundierten Armeemodellen in eine Expertendebatte Eingang zu finden. Die SP entwickelte hier einen Aktivismus, der auch kontraproduktiv wirkte und verfügte diesbezüglich über zu wenig Vertrauen bei bürgerlichen Armeepolitikern, die die Modelle etwas vorschnell als unbrauchbar abtaten. Gerade wenn man bedenkt, dass einige Voraussagen sozialdemokratischer Exponenten zu den Budget- und Bestandeszahlen zum Teil eintrafen und die Partei punktuell zu Recht für sich in Anspruch nahm als Korrektiv auf die bürgerliche Armeepolitik zu wirken. Allerdings soll hier auch angefügt werden, dass vermutet werden darf, dass die SP-Basis durchaus eher in Richtung einer Armeeabschaffung als zu einer pragmatischen Armeepolitik, wie sie ihre Militärexperten vorschlugen, tendierten. Mit den Abrüstungs- und Verkleinerungsforderungen konnten die Ressentiments der Linken gegen die Armee durchaus am Leben gehalten werden, ebenso wie die alte Vision einer Welt ohne oder belanglosem Militär, welche dem dauernden Frieden im Wege stand.

4. WIE WEITER MIT DER ARMEE? DER KAMPF UM DIE ARMEEREFORMPROJEKTE NACH DEM ENDE DES KALTEN KRIEGES

Bereits vor der Abstimmung um die F/A 18 im Jahre 1993 zeichneten sich neue Streitobjekte des Kampfes um die Schweizer Armee ab. Als unmittelbare Reaktion auf die von den jugendlichen Jahrgängen stark unterstützten Abschaffungsinitiative wurde nach Vorbild einer in den späten 60er Jahren ins Leben gerufenen Kommission zur Modernisierung des Ausbildungs- und Dienstbetriebes (Oswald Kommission) erneut eine solche Kommission (Schoch Kommission) gegründet. Von wesentlich grösserer Tragweite waren die nach Vorstudien in den 1980er Jahren ausgelösten Armeerestrukturierungsprojekte, welche unter den Labeln Armee 95 und Armee XXI die Aufmerksamkeit der an den Armeedebatten interessierten Akteurskreise auf sich zogen. Nach fast 30 Jahren sollte erstmals wieder die Gestaltung und sicherheitspolitische Ausrichtung der Armee im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen Armeegegnern, Armeekritikern und Armeebefürwortern stehen. Im Gegensatz zum grossen öffentlich ausgetragenen Konzeptionsstreit der Jahre 1945 bis 1966, der fast ausschliesslich von Miliz- und Berufsoffizieren getragen worden war und einen eigentlichen Expertenstreit darstellte, beteiligten sich nun die seit der ersten Abschaffungsinitiative 1989 etablierten Akteurskreise an der Debatte, welche sich nicht primär um militärische Fragen der Neugestaltung der Armee drehte, sondern Anlass bot, die eigenen Orientierungen und Positionen erneut zu artikulieren. Es zeigten sich aber auch neue, noch nicht etablierte Akteure, welche sich bisher nicht explizit wahrnehmbar als *Treue Verfechter* der Milizarmee verstanden, im Rahmen der Armeerestrukturierungsprogramm aber zu hartnäckigsten Kritikern der Armeereformen wurden. Allmählich bildete sich eine zweite Front von konservativen Armeekritikern, welche die Armee und ihre aussen- und sicherheitspolitische Einbindung möglichst so behalten wollten, wie sie nach 1966 entstanden war: als autonome nationale Abwehrarmee, welche mit einem Bestand von über 800 000 das nationale Männerpotential repräsentierten. Die in diesem Kapitel dargestellten und analysierten Auseinandersetzungen, werden erneut zeigen, dass die Ausgestaltung der Armee zum

Objekt eines Kampfes um die Gestaltung der Schweizerischen Gesellschaft und deren aussen- und sicherheitspolitische Positionierung geworden war.

4.1. ARMEE 95: AUFRÜSTUNGS-, MODERNISIERUNGS- ODER AB-BAUPROJEKT?

Die seit 1966 geltende Konzeption der militärischen Landesverteidigung und die seit 1973 geltende Konzeption der Gesamtverteidigung, welche die nicht-militärischen Bereiche betraf, hatten viele Vorteile. Sie beruhten auf einem Konsens aller damaligen etablierten Akteure und erlaubten die Verteidigungsanstrengen beharrlich zu optimieren und die Staatsbürger in den Militär- und Zivilschutzformationen kontinuierlich zu trainieren. In den 1980er zeigten sich jedoch in diesem flächendeckenden personalintensiven Raumverteidigungskonzepte verschiedene Strukturschwächen. Angesichts der zunehmenden satellitengesteuerten Digitalisierung der Kampfführung möglicher Gegner schien dieses Konzept der flächendeckenden totalen Kampfführung wenig flexibel und reaktionsschnell. Auch die Sozialverträglichkeit des auf der Staatsbürgerpflicht der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden hohen Kader- und Personalbestandes erschien angesichts der anhebenden Globalisierung der Unternehmen zunehmend in Frage gestellt. Ganz unmittelbar sollten sich die in den 1970er Jahren einsetzenden geburtenschwachen Jahrgänge auswirken: der Milizarmee fehlte genügender Nachwuchs. Die Armeeführung begann im Frühjahr 1989 mit der Planung einer Armeereform, die gewitzigt durch den medialen Erfolg der Armeegegner ab 1991 dem Schweizer Staatsvolk mittels intensiver Kommunikationsarbeit vorgestellt und damit zu einem neuen Objekt des Kampfes um die Schweizer Armee wurde.

4.1.1. „FETT ABBAUEN, NICHT MUSKELN“

Das Konzept der Armee 95 wurde bereits 1989 in seinen Grundzügen von Kaspar Villiger vorgestellt. Entwickelt wurde dieses vor der Abstimmung über die Armeeabschaffungsinitiative und vor der Wende von 1989. Details waren bereits einige vor der offizi-

ellen Information in der Genfer Tageszeitung „La Suisse“ an die Öffentlichkeit getragen worden.⁴³² Aufgrund einer Indiskretion, wie die NZZ vermutete⁴³³, gelangten also bereits vor der offiziellen Ankündigung Aspekte der Reformpläne ans Tageslicht. Schlagzeilen machten vor allem die Senkung des Bestandes, die Verkürzung der Wiederholungskurse auf zwei Wochen und die Ausweitung des Auszugsalters auf 36 Jahre, also Änderungen die Dienstleistende persönlich am ehesten betreffen würden.⁴³⁴

„Fett abbauen, nicht Muskeln“ oder „Gesundshrumpfung“ mit diesen Worten liess sich Kaspar Villiger in zahlreichen Zeitungen zitieren.⁴³⁵ Bei Parteien und Verbänden stiess die angekündigte Reform auf unterschiedliches Echo. Während Bürgerliche weitgehend zufrieden waren, hielt die SP fest, es sei „zu wenig Fleisch am Knochen“, um überhaupt eine Stellungnahme zu geben.⁴³⁶ Die GSoA vermutete gar, dass man aufgrund ihrer Abschaffungsinitiative die Reformen ankündigte, um den Jungen ein „Zuckerchen“ zu bieten.⁴³⁷ Kaspar Villiger betonte, dass die Armee 95 „ein sehr tiefgreifendes und weittragendes Reformprojekt für unsere Armee“ sei, das ein Antwort auf den gesellschaftlichen, demographischen und innenpolitischen Wandel geben könne, ohne dabei an den Säulen allgemeine Wehrpflicht und Milizprinzip zu rütteln.⁴³⁸ An einem Divisionsrapport betonte Villiger die Wichtig- und Dringlichkeit des Reformvorhabens: „Wir müssen alles daran setzen, dass der Zeithorizont 1995 eingehalten werden kann. [...] Wir stehen unter Erfolgsdruck.“⁴³⁹ Die ersten Reaktionen zeigen, dass die Armeegegner und die Armeekritiker bereit waren, das Podium, das ihnen mit dem Armeereformprojekt in der öffentlichen Arena geboten wurde, zu besteigen. Nicht um etwas zum Armeereformprojekt beizutragen, sondern um ihre Botschaften kund zu tun.

⁴³² La Suisse, 20.05.89.

⁴³³ Neue Zürcher Zeitung, 22.05.89.

⁴³⁴ La Suisse, 20.5.89; Sonntagszeitung, 21.05.89.

⁴³⁵ LNN, 26.5.89; Der Bund, 26.5.89; Neue Zürcher Zeitung, 28.5.89; Basler Zeitung, 26.5.89.

⁴³⁶ Basler Zeitung, 26.5.89.

⁴³⁷ Basler Zeitung, 26.5.89.

⁴³⁸ Villiger, Armee 95.

⁴³⁹ Villiger, Die Zukunft unserer Armee.

Ende Februar 1990 nahm die Arbeitsgruppe Armeereform, die mit dem Armeerestrukturierungsprojekt, welches zur Armee 95 führte, nichts zu tun hatte, unter dem Vorsitzenden des Appenzeller FDP-Ständerats Otto Schoch die Arbeit auf. Die personelle Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zeigt, dass diese kein eigentliches Expertengremium war, sondern „verschiedenste Kreise der Bevölkerung und zahlreiche Angehörige der Armee aller Grade“ vertreten waren. An echter Expertise mangelte es in der Kommission. Ehemalige Mitglieder äussern sich sehr kritisch zur Arbeitsweise. Letztlich habe der Kommissionsvorsteher seinen Willen durchsetzen können und den Bericht über Gebühr geprägt. Anlass zur Arbeit der Gruppe hatte die Zustimmung der Auszugsgeneration zur Armeeabschaffungsinitiative gegeben, die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe war aber bereits vor der Abstimmung über die Armeeabschaffung beschlossen worden. Auftrag war, die im Vorfeld dieser Abstimmung offener als zuvor zutage getretene Unzufriedenheit mit der Armee und dem Dienstbetrieb zu untersuchen und entsprechende Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.⁴⁴⁰

Armeekritische Kreise reagierten anfänglich skeptisch auf die Kommission Schoch. Sie werde lediglich „kosmetische Retouchen“ anbringen, schrieb die Friedenszeitung.⁴⁴¹ Die Arbeitsgruppe erarbeitete jedoch durchaus weitgehende Neuerungsansätze. In knapp 8 Monaten tagte die Kommission 20-mal und präsentierte Ende November 1990 schliesslich über 50 Vorschläge. Der Zeitpunkt mit den von der Kommission Schoch vorgeschlagenen Reformen Goodwill in der Bevölkerung zu schaffen, war aber ungünstig. Ende 1990 stand die *Geheimarmee* P-26 im Zentrum des öffentlichen Interesses. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe wurden mehrheitlich mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen. Unter anderem sollte von den Dienstpflichtigen die Art der Dienstleistung gewählt werden können. Die Kommission empfahl: „Die allgemeine Wehrpflicht ist durch eine allgemeine Dienstpflicht ersetzt werden.“ Dabei sollte den Dienstleistenden eine möglichst grosse Wahlfreiheit gewährt werden. Damit schlug die Kommission faktisch die Schaffung eines Zivildienstes auf Basis eines Tatbeweises vor. Die „möglichst grosse Wahlfreiheit“ bei der Dienstleistungsart war der herausragende Vorschlag der

⁴⁴⁰ Arbeitsgruppe Armeereform, S. 4.

⁴⁴¹ Friedenszeitung, 101/102.90, 1990.

Arbeitsgruppe, die weit über die in einem Reformvorschlag des Obergerichtspräsidenten der Armee, der sogenannten Barras-Reform, skizzierte Entkriminalisierung der Militärdienstverweigerung hinausging.⁴⁴²

Die Arbeitsgruppe Armee reform reagierte auf die zum Teil berechnete Kritik der Dienstleistenden am Dienstbetrieb und am Führungsstil der Vorgesetzten. Dieser wurde verbreitet als zu autoritär empfunden und sollte die Arbeitsgruppe nun „kooperativer“ werden. „Die Kommission erwartet, dass der Führungsstil in der Armee in dem hier skizzierten Sinne jenen Kriterien angenähert wird, die sich im Zivilen bewährt haben“, hiess es im Bericht zur Arbeitsgruppe Armee reform, es gelte zudem eine „kritische Sichtung tradierter militärischer Formen“ zu veranlassen.⁴⁴³ Die Gruppe forderte zudem die Aufhebung der Militärjustiz, da diese schon seit längerem „Gegenstand von Auseinandersetzungen“ sei und das Verhältnis der Armee zu Teilen der Bevölkerung belastete.⁴⁴⁴ Um den Rechtsschutz der Angehörigen der Armee zu gewährleisten, sollte ein Ombudsmann eingesetzt werden, der dem Parlament jährlich einen Rechenschaftsbericht ablegen müsste.⁴⁴⁵

Das militärkritische Echo auf den Bericht der Arbeitsgruppe war gemischt. Die Sozialdemokraten fanden zwar ihrerseits durchaus punktuell Gefallen an den Vorschlägen, gerade die freie Wahl der Dienstzeit stiess auf Zuspruch, bezeichneten aber den Bericht insgesamt als eher substanzlos und im Bereich der Friedenspolitik unzureichend. Dabei wollte die Kommission linken Anliegen entgegen kommen. Sie bezeichnete die Schaffung eines Zivildienstes oder die Abschaffung der Militärjustiz als Beitrag zu einer Entpolitisierung der Armee frage durch die Absetzung solcher *Bleigewichte*.⁴⁴⁶ Diese erhoffte Wirkung blieb aber weitgehend aus. Trotz der letztlich verhaltenen Resonanz spiegelte sich in den Resultaten der Kommission Schoch aber eine neuartige Bereitschaft zur Reflexion über die Armee und deren Rolle in der Gesellschaft. Sowohl für die

⁴⁴² Arbeitsgruppe Armee reform, S. 17ff..

⁴⁴³ Ebd., S. 20ff.

⁴⁴⁴ Ebd., S. 33.

⁴⁴⁵ Ebd.

⁴⁴⁶ Neue Zürcher Zeitung, 1./2.12.90.

Armeegegner wie die friedens- und sicherheitspolitisch engagierten Armeekritiker war die Reform des Dienst- und Ausbildungsbetriebes und Fragen der Menschenführung der Armee ein Nebenschauplatz oder ein Ablenkungsmanöver: Solche Reformen mochten die Armee stabilisieren und an Reputation gewinnen lassen. Auch wichtige Einzelakteure aus dem Kreis der Experten wie Divisionär Gustav Däniker, Stabschef Operative Schulung von 1980 bis 1988, vermochten den Vorschlägen der Kommission Schoch nicht viel abgewinnen, da sie eher auf politische Akzeptanz denn auch Steigerung der Kampffähigkeit der Milizsoldaten ausgerichtet waren. Diese Reaktion kann als erstes Anzeichen einer konservativen Reaktion auf die Armeereformwelle interpretiert werden.

4.1.2. DIE LÖSUNG DER ZIVILDIENTSTFRAGE

In den 1970er Jahren waren die politisch motivierten Militärdienstverweigerungsfälle in die Höhe geschneit. Die Frage eines Ersatzdienstes wurde ein öffentliches Thema. Verschiedene Reformvorlagen erlitten jedoch Schiffbruch. Mit der strategischen Wende von 1989/1991 und der ersten Abschaffungsinitiative bekam das ungelöste Problem eine neue Dringlichkeit. Eine Revision des Militärstrafgesetzes war bereits Mitte der 1980er Jahre durch das sogenannte „Projekt Barras“ angeregt worden und sollte es Militärdienstverweigern, die militärjuristisch einen Gewissenskonflikt belegen konnten, ermöglichen, ihre Strafe anstatt im Gefängnis mit gemeinnütziger Arbeit, die andert-halbmal länger als der verweigte Militärdienst dauerte, abzugelten. Zudem erhielten sie keinen Strafregistereintrag mehr.⁴⁴⁷ Da dies keinen „echten Zivildienst“ ermöglichte und einen solchen gar zu erschweren drohte, ergriffen zahlreiche Friedensorganisationen sowie die SP ein Referendum dagegen, das aber am 2. Juni 1991 vom Stimmvolk deutlich abgelehnt wurde.⁴⁴⁸

⁴⁴⁷ Möcklin, Militärdienstverweigerung.

⁴⁴⁸ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 47-51.

Die Bedeutung der Barras-Reform lag bei der teilweisen Entkriminalisierung der Dienstverweigerer, dem Verzicht auf einen Eintrag im Strafregister. Betreffend den Zivildienst galt die Reform zu diesem Zeitpunkt bereits als quasi obsoleter Übergangslösung. In der Zivildienstfrage standen zu dieser Zeit nämlich mehrere Vorstösse im Raum. Neben der Kommission Schoch befasste sich 1990 eine private Arbeitsgruppe aus aktiven Offizieren und Beamten der Gruppe für Rüstungsdienste mit der Wehrpflicht. In Langnau im Emmental, daher die Selbstbezeichnung Arbeitsgruppe Napf, präsentierte diese einen Entwurf für einen neuen Wehrpflicht-Artikel. An der allgemeinen Dienstpflicht hielt die Gruppe zwar fest, es sollte aber zukünftig möglich sein, eine als Gemeinschaftsdienst bezeichnete Leistung zu erbringen, wie der Präsident der Arbeitsgruppe Walter Schwarz in der ASMZ ausführte.⁴⁴⁹ Die CVP sammelte derweil bereits Unterschriften für ihre Volksinitiative „Zivildienst für die Gemeinschaft“.⁴⁵⁰ Eingereicht waren auch Standesinitiativen der Kantone Genf und Jura, die beide die Regelung der Dienstverweigerungsproblematik forderten.⁴⁵¹

Eine parlamentarische Initiative von Helmut Hubacher „für einen sozialen Zivildienst im Rahmen der Glaubens- und Gewissensfreiheit“ im November 1989, Tage nach der ersten Armeeabschaffungsinitiative eingereicht, forderte die Änderung der Bundesverfassung zu „Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Im Rahmen der Glaubens- und Gewissensfreiheit besteht ein sozialer Zivildienst.“ und veranlasste die zuständige Kommission zu einer Kommissionsinitiative, die den Vorteil hatte schnell dem Souverän vorgelegt werden zu können.⁴⁵² Die Formulierung der Kommission widerspiegelte den in der Kommission gefundenen Kompromiss. Die darin enthaltene Änderung des Artikel 18 der Bundesverfassung auf „Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor“ legte das Parlament schliesslich dem Volk zur Abstimmung

⁴⁴⁹ Schwarz, Walter: Gemeinsam dienen, nicht nur wehren. Vorschlag der Arbeitsgruppe Napf für die Revision von Art.18 der Bundesverfassung, ASMZ, Nr. 7/8, 1990.

⁴⁵⁰ Volksinitiative "Zivildienst für die Gemeinschaft", BBl 1990, S.1786.

⁴⁵¹ Parlamentarische Initiative der Kommission Zivildienst, BBl 1991, S. 433-442.

⁴⁵² Ebd.

vor.⁴⁵³ Die Verfassungsänderung nahm dieses am 17. Mai 1992 mit 82.5 Prozent deutlich an.⁴⁵⁴

Am 6. Oktober 1996 trat schliesslich das Zivildienstgesetz in Kraft: „Militärdienstpflichtige, die den Militärdienst mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, leisten auf Gesuch hin einen länger dauernden zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) nach diesem Gesetz.“⁴⁵⁵ In einem Rückblick stellt Ruedi Winet, zwischen 1985 und 2005 Leiter der Beratungsstelle für Militärdienstverweigerung und Zivildienst in Zürich,⁴⁵⁶ fest: „Mehr als ein Jahrhundert lang hatte das Thema Militärdienstverweigerung hohe Brisanz in der Schweiz, denn es rüttelte am schweizerischen Staatsverständnis. Hier geriet die Überzeugung des Einzelnen in Widerspruch zum Anspruch des Staates auf Pflichterfüllung aller Militärdiensttauglichen. Lange Zeit versuchte der Staat, dieses Problem über das Strafrecht anzugehen. Zur Lösung trug das aber wenig bei. Eine Entspannung brachte erst die Einführung eines Zivildienstes“⁴⁵⁷

Die Allgemeine Wehrpflicht gehört in der Tat seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Staatsverständnis der Schweiz, wie eine Volksabstimmung im Jahre 2013 erneut bewiesen hat. Mit dem Aufschwung der pazifistischen Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg gab es auch in der Schweiz eine religiös-soziale Bewegung für einen zivilen Ersatzdienst für Dienstverweigerung. Nach 1933 bis in die frühen 1970er Jahre gab es jedoch angesichts der faschistischen und kommunistischen Bedrohung kein Verständnis für eine Ersatzlösung. Militärdienstverweigerer wurden mit Gefängnis bestraft. Mit der aufkommenden antimilitärischen Bewegung in der 1970er Jahren wurde die Diskussion um die Dienstverweigerung kurzzeitig Teil des Kampfes um die Armee. Dienstverweigerung wurde als unsolidarische Haltung gegenüber der Verteidigung von Demokratie, Freiheit und Recht angesehen und fand deshalb keine Unterstützung. Dies

⁴⁵³ Parlamentarische Initiative Zivildienst, AB 1991, N, S. 1438-1453.

⁴⁵⁴ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 51-54.

⁴⁵⁵ Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst vom 6. Oktober 1995 (Stand am 1. Januar 2013).

⁴⁵⁶ Dietiker, Auf dem Gewissen, S. 74.

⁴⁵⁷ Winet, Ruedi. Handbuch zum Zivildienst. 3. Überarbeitete Aufl., Zürich, 2004, S. 151. Zit. bei Dietiker, S. 62.

war auch der Grund, weshalb Militärdienstverweigerung kein Instrument im Kampf gegen die Armee wurde. Die GSoA hatte kurzzeitig einen allgemeinen Aufruf zur flächendeckenden Verweigerung erwogen, musste jedoch erkennen, dass damit kaum Support zu gewinnen war und Militärgerichtsverfahren für einzelne Aktivisten ein Gefahrenpotential darstellte. Das überraschende Ende des Kalten Krieges eröffnete einen Weg, über die parlamentarische Arena das Problem Dienstverweigerung zu lösen.

4.1.3. DIE INFORMATIONS-OFFENSIVE

Der weiter oben bereits kurz beschriebene Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990 trug den Titel *Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel* und stellte eine Reaktion auf den sicherheitspolitischen Wandel und durchaus eine strategische Neuausrichtung dar, die zur sicherheitspolitischen Neuorientierung beitrug. Die „sicherheitspolitische Strategie besteht in der Friedensförderung durch Kooperation und Hilfeleistung, in der Kriegsverhinderung durch Verteidigungsfähigkeit, in einem Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung und in einer angemessenen Bereitschaft“ hiess es im Bericht, der entsprechende neuartige, respektive neugeordnete Armeeaufträge ableitete: „Der sicherheitspolitische Auftrag der Armee umfasst Friedensförderung, Kriegsverhinderung und Verteidigung sowie Hilfeleistung als Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung.“⁴⁵⁸ Der Bericht 90 war ein Grundsatzdokument, an dem sich die Implementierung der erneuerten sicherheitspolitischen Leitideen orientieren konnte. Als abgestützt auf diese Auslegung wurde im Mai 1991 das ausgearbeitete Armeereformprojekt der Bundeshauspresse vorgestellt. Mit dem Begriff dynamische Raumverteidigung machte man der Öffentlichkeit auch eine neue Einsatzdoktrin schmackhaft. Die Bürgerlichen lobten das Projekt einhellig, linke und grüne Kräfte zeigten sich aber enttäuscht. Akteure der politischen Linken und der Friedensbewegung zeigten sich der Armeereform gegenüber skeptisch. In einem Artikel der Friedenszeitung bezeichnete Redakteur Markus Heiniger bereits 1990 das Projekt Armee 95 als eine „Reformchimäre“, das letztlich ein „klassisches Aufrüstungsprojekt, das auch auf der finanziellen Seite nicht auf die Durchbre-

⁴⁵⁸ Bericht 90. BBl 1990, S. 847-904.

chung des Teufelskreises der Rüstung zielt“ sei.⁴⁵⁹ Die SP bezeichnete das Projekt als „aufgewärmten Kaffee“, der Friedensrat sah das Konzept der dynamischen Raumverteilung als eine Vorbereitung zum „Vernichtungskrieg im Mittelland“.⁴⁶⁰ „Dieser Konzeption stellt die Linke gemeinsam mit Friedensorganisationen eine klare Abrüstungsforderung entgegen“, schrieb Peter Hug in der *Wochenzeitung* und sah in der Armee 95 die Auflösung des Kompromisses der Konzeption 66, wie sie von Teilen des Offizierskorps, welche eine Mechanisierung und „Nato-isierung“ seit langem gefordert hatten. „Der Sandkastentraum der Generäle, kampfflugzeuggestützte Panzerschlachten zu schlagen bedeutet, in die Tat umgesetzt, im dichtbesiedelten, [...], Mittelland und Grenzraum die Selbstvernichtung der Schweiz.“⁴⁶¹

Im September 1991 startete das EMD eine *Informations-Offensive*. Als solche wurde diese sowohl intern⁴⁶² als auch in der Presse⁴⁶³ bezeichnet. Sie sollte dazu dienen die Armee 95 zu thematisieren und populär zu machen. „Ich fühle mich verpflichtet, alles zu tun, damit die Armee als glaubwürdiges Instrument der Sicherheitspolitik wieder fester im Volk verankert wird“, begründete Kaspar Villiger die neue „Informationsphilosophie“ vor der Bundeshauspresse.⁴⁶⁴ Die von Informationschef Eckmann geprägte Kommunikationsart war direkt, Informationen wurden Journalisten aktiv zur Verfügung gestellt. Wie in einer Notiz im Pressespiegel EMD vermerkt ist, hatten sämtliche kleinere und grössere Zeitungen über die Pressekonferenz vom 3. September berichtet, der Begriff *Informationsoffensive* scheint also zutreffend.⁴⁶⁵

Im Februar 1992 wurde schliesslich das Armeeleitbild 95 vorgelegt. Der Bundesrat betonte dabei, dass das Leitbild „von einer grundlegend neuen Denkweise geprägt“ sei.

⁴⁵⁹ Friedenszeitung, 101/102.90, 1990.

⁴⁶⁰ Der Bund, 15.5.1991.

⁴⁶¹ Hug, Peter: Auftakt zum Streit über die Einsatzdoktrin. Abrüstung oder Armee 95?, in: Wochenzeitung, 17.5.1991.

⁴⁶² Notiz Pressespiegel EMD vom 4. September 1991.

⁴⁶³ Bsp. Berner Zeitung, 4.9.1991.

⁴⁶⁴ Der Bund, 4.9.1991.

⁴⁶⁵ Notiz Pressespiegel EMD vom 4. September 1991.

Die Armee 95 sei eine reduzierte und neu strukturierte Armee mit grossem Potential zur Weiterentwicklung. Die Armee würde zu einem „vielseitigem Instrument des Krisenmanagements“.⁴⁶⁶ Die Schweizer Armee sei auch in Zukunft auf die Verteidigung ausgerichtet, neu als Aufträge seien aber nun auch Friedensförderung und Existenzsicherung definiert. Die Aufträge könnten „selbstständig oder im Verband“ erfüllt werden. Damit trage man der sicherheitspolitischen Lage Rechnung. „Multifunktionalität“ erlaube es, die bisherige Doktrin der flächendeckenden Abwehr einer dynamischen Raumverteidigung weichen zu lassen. Der künftige Sollbestand von 400'000 sollte mit der Aufhebung der Heeresklassen, also dem Wegfall des Landsturms und aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge bis 2005, erreicht werden. Das Leitbild beinhaltete auch eine Auseinandersetzung mit der „Europanützlichkeit“ und der „Europafähigkeit“ der Armee und bezeichnete Letztere als „Beitrag an ein stabiles Europa.“⁴⁶⁷ „Es tut sich was im EMD“, kommentierte der Tagesanzeiger. Zwar sei das Armeeleitbild noch „kein kühner Abrüstungsentwurf“, trage aber zur „Entmilitarisierung“ der Schweiz bei.⁴⁶⁸ Viele Kommentatoren teilten die Meinung, dass es sich nicht um ein revolutionäres Projekt oder etwas völlig Neues handelt.⁴⁶⁹ Bei der Beurteilung des vorgestellten Leitbildes zeigte sich erneut ein Links-Rechts-Graben. Die bürgerlichen Parteien lobten es als zukunftsweisend. Die SP polemisierte das Leitbild hingegen zur „schlecht geratene PR-Schrift“ für den F/A-18. Das vorgestellte Konzept stamme aus dem Kalten Krieg, kritisierten die Sozialdemokraten. „Neues Leitbild, alte Fronten“, schrieb die Basler Zeitung treffend.⁴⁷⁰ Diese zeigten sich auch in den Parlamentsdebatten, wo sich die bürgerliche Mehrheit praktisch geschlossen zum Armeeleitbild bekannte, einzig die Fraktionen der Autopartei und der Schweizer Demokraten/Lega widersetzten sich der Andeutung eines Blauhelmkontingentes.⁴⁷¹ Auf Seiten der Linken monierte SP-Nationalrat Ledergerber,

⁴⁶⁶ Armeeleitbild 95. Pressekonferenz EMD vom 13. Februar 1992.

⁴⁶⁷ Armeeleitbild 95. Pressekonferenz EMD vom 13. Februar 1992. Kurzfassung.

⁴⁶⁸ Tagesanzeiger, 14.2.1992.

⁴⁶⁹ Neue Zürcher Zeitung, 14.2.1992; Der Bund, 14.2.1992; Berner Zeitung, 14.2.1992; La Suisse, 14.2.1992.

⁴⁷⁰ Basler Zeitung, 14.2.1992.

⁴⁷¹ Armeeleitbild 95. AB 1992, N, S. 2092f.

die Reform gehe zu wenig weit, sie komme zu spät und sei inkonsequent. Er fügte an, dass das Armeeleitbild weniger mit dem Bericht 90 zu tun habe, als behauptet werde. Es sei von Letzterem „abgekoppelt“ und erkenne, dass die „Zeit der grossen Landesheere und der grossen Landschlachten“ in Europa vorbei sei. Ledergerber warf dem EMD schwerwiegende Fehler vor, so sei man bei der Bestimmung der Grösse ohne Plan und Methode vorgegangen. Man müsse eine Grösse von 150'000 Mann anstreben und nicht wie geplant 450'000.⁴⁷²

Der „point of no return“, so Kaspar Villiger, sei aber erreicht: „Wenn wir die Armee nicht anpassen und sie nicht für die heutige Zeit sozial- und wirtschaftsverträglich machen, könnte sie ihre demokratische Basis verlieren.“⁴⁷³ SP Vertreter, hier Barbara Häring Binder, bezeichneten die Reform auch im Parlament als „Facelifting“ als „frische Tünche an einer Fassade mit Rissen“⁴⁷⁴ SP-Fraktionssprecher Helmut Hubacher sah im Leitbild ein typisches Produkt „einer geschützten Militärwerkstätte“, das dem „demokratischen Ernstfall“ der F/A-18 Initiative nicht gewachsen sei.⁴⁷⁵ Als „unverdächtigen Zeugen“ zogen Hubacher und auch Ledergerber einen Artikel Bruno Lezzis heran.⁴⁷⁶ Dieser bezeichnete die Armee 95 als „immer noch zu gross“ und bemängelte, dass die Armeereform „keine Antwort auf die veränderte sicherheitspolitische Lage“ geben würde, sondern auf einen „mit Panzermassen und Flugzeugen geführten europäischen Grosskrieg“ zugeschnitten sei.⁴⁷⁷

Die Informations-Offensive des EMD stellte eine neue Facette des Kampfes um die Armee dar. Erstmals wurde vom Militärministerium professionelle Kommunikationsarbeit geleistet. Es gelang dem Vorsteher des Militärdepartementes und seinem Kommunikationschef das Armeereformprojekt als Modernisierungs- und Effizienzsteigerungsprogramm zu vermitteln. Das Restrukturierungsprojekt machte mit dem Fallenlassen

⁴⁷² Ebd., S. 2080f.

⁴⁷³ Ebd., S. 2097.

⁴⁷⁴ Ebd., S. 2082.

⁴⁷⁵ Ebd., S. 2092.

⁴⁷⁶ Ebd.

⁴⁷⁷ Neue Zürcher Zeitung, 3.10.1994.

einer flächendeckenden Raumverteidigung einen bedeutenden Abbau von Truppenformationen und zu leistenden Diensttagen möglich. Dies konnte als Verschlankung verkauft werden, wobei sehr schnell ruckbar wurde, dass gegen einen zu grossen Truppenabbau konservative Opposition im Anmarsch war. Deshalb wurde aus politischen Gründen der Bestand vorschnell und etwas willkürlich auf 400 000 festgelegt. Gemäss Abrüstungsdoktrin der SP ging dies viel zu wenig weit. Noch weniger konnte die SP etwas mit der Kampfdoktrin der Dynamischen Raumverteidigung, welche die Konzeption 66 ablöste, anfangen. Die Militärexperten der SP erkannten zu Recht, dass die dynamische, hochbewegliche Verteidigung, mit dem Ziel operativer Siege im grenznahen Raum zu erzielen, gewaltige zusätzliche Mittel erfordert hätte. Überraschenderweise ergab sich in der öffentlichen Arena kaum eine Diskussion über diese Kernfrage der Armeegestaltung, welche zwischen 1945 und 1948 und 1956 und 1966 zu heftigsten Kämpfen im Offizierskorps und ihren Fachvereinigungen geführt hatte.

4.1.4. ARMEE 95 TRIFFT AUF WENIG GEGENWEHR

Der Bundesrat stellte im September 1993 seine Botschaft zur gesetzlichen Grundlage der Armee 95 vor.⁴⁷⁸ Die seit 1907 immer wieder teilrevidierte Militärorganisation von 1907 sollte durch eine neue „Wehrverfassung“ ersetzt werden. Auch die Aufträge der Armee und die allgemeinen Rechte und Pflichten der Dienstleistenden sollten nun gesetzlich verankert werden.⁴⁷⁹ Die Botschaft blieb in den Räten praktisch ohne Gegenstimme, nur drei Nationalräte stimmten dagegen, da referendumsträchtige Punkte wie Ordnungsdienst und Zwang zum Weitermachen genauso aussortiert worden waren wie die Friedensförderung, die ausserdienstliche Schiesspflicht und die Schaffung einer Ombudsstelle.⁴⁸⁰ Diese konfliktfreien Grundzüge der Armeereform, respektive die für eine termingerechte Neuorganisation unbedingt erforderlichen Regelungen, passierten also die parlamentarischen Hürden. Damit konnte die Armee 95 auch planmässig am 1.

⁴⁷⁸ Bundesgesetz über die Armee, BB1 1993, S.1-102.

⁴⁷⁹ Armee 95 erfordert auch neue "Wehrverfassung".

⁴⁸⁰ Militärorganisation und Truppenordnung. AB 1994, S, S. 274f.

Januar 1995 eingeführt werden. SP und Grüne kritisierten zwar die Reform weiterhin als enttäuschend. Der Hauptvorwurf blieb fehlendes neues Denken. Die Armee 95 basiere auf Grundlagen, die „über weite Strecken die noch immer abgestandene Luft des kalten Krieges atmen.“⁴⁸¹ Echte Gegenwehr gegen die Armee 95 wurde aber nicht ergriffen und äusserte sich höchstens punktuell im Blauhelmreferendum der nationalkonservativen Rechten.⁴⁸²

Andere heikle Punkte des neuen Militärgesetzes behandelten die Räte gesondert. Die Ratslinke kritisierte das Festhalten am Ordnungsdienst. „Entlasten wir die Armee vom Ordnungsdienst, diesem historisch schwer belastetem Auftrag. Die Schweizer Armee darf nie mehr auf das eigene Volk schiessen“, forderte der Grüne Hans Meier.⁴⁸³ Der Sozialdemokrat Paul Rechsteiner verwehrte sich gegen einen Einsatz der Armee „als Ersatzpolizei“ im Asylbereich oder im Zusammenhang mit der offenen Drogenszene am Zürcher Letten.⁴⁸⁴ Mit dem Rückgriff auf die Ereignisse von 1918 und 1932 werde „nachgerade Schindluder getrieben“, kritisierte hingegen SVP-Vertreterin Lisbeth Fehr die Sozialdemokraten, der Ordnungsdienst sei „aktueller denn je“.⁴⁸⁵ Andreas Gross seinerseits sah in diesem einen „Ausdruck des kollektiven Versagens“.⁴⁸⁶ Dem entgegenete Kaspar Villiger, dass der Ordnungsdienst eine „ultima Ratio“ darstelle und erst angewendet würde, wenn andere Mittel ausgeschöpft wären, also einem Prinzip der Subsidiarität gehorchen würde.⁴⁸⁷ Festgehalten wurde am Zwang zum Weitermachen und dem Obligatorischen. Auch hier setzten sich die Bürgerlichen gegen die Ratslinke durch, welche die Zeit gekommen sah, „diesen alten Zopf abzuschneiden.“⁴⁸⁸ Als einziger Punkt wurde die Ombudsperson vom Nationalrat aus dem Militärgesetz gestrichen. Die Notwendigkeit dieser „teuren Stelle für einen ausgedienten Obersten“ war umstrit-

⁴⁸¹ Sozarch Ar 1.110.79.

⁴⁸² Siehe dazu die Kapitel zum Blauhelmreferendum 5.2ff.

⁴⁸³ Militärgesetz und Truppenordnung, AB 1994, NR, S. 1740.

⁴⁸⁴ Ebd.

⁴⁸⁵ Ebd., S. 1741.

⁴⁸⁶ Ebd., S. 1743.

⁴⁸⁷ Ebd., S. 1746.

⁴⁸⁸ Ebd., S. 1757.

ten.⁴⁸⁹ Tatsächlich löste die Nichteinführung der Ombudsperson keine Proteste aus, zu unklar hatte sich ein Bedarf manifestiert. Viele Verbesserungen im Dienstbetrieb waren bereits eingeleitet worden. Wenige Tage nach den Ratsdebatten wurde das Dienstreglement 95 vorgestellt. Es orientiere sich an einer menschenorientierten Führung, die sich an einen mündigen Bürger richte, anerkannte der Tagesanzeiger.⁴⁹⁰

Eine informelle Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik, deren Initiator Otto Schoch war, verfasste bereits 1993 ein kurzes Arbeitspapier *Sicherheitspolitik und Armee nach 1995* und stellte diese im Januar 1994 der Öffentlichkeit vor. Grundsätzlich infrage gestellt wurden Milizarmee und die in der Armee reform angestrebte Multifunktionalität. Diesbezüglich müsse eine Verkleinerung der Armee mit einer Militarisierung und gar einer Professionalisierung des Kerns der Armee einhergehen. Multifunktional sollte die Armee nur innerhalb des militärischen Auftrages sein. „Die Entmilitarisierung existenzsichernder Instrumente und Massnahmen muss einhergehen mit einer Verwesentlichung der Armee“, hiess es im Arbeitspapier. Man meinte damit beispielsweise den Verzicht auf Militärspitäler, Genie- und Luftschutztruppen, respektive die Übertragung solcher Aufgaben an zivile Unternehmen.⁴⁹¹ Die Arbeitsgruppe kritisierte zudem den Begriff *Gesamtverteidigung* als „zu militärlastig“ und als nicht ausführbar, da der Militarisierungsgrad eines echten Gesamtverteidigungskonzepts in einer „multinationalen Gesellschaft [...] ineffizient und in einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft nicht durchführbar“ sei.⁴⁹² Sicherheitspolitik müsse als „Querschnittsauftrag“ gesehen werden, bei dem die Armee zwar eine Rolle spielt, aber andere sicherheitsrelevante Aspekte, die zur „Existenzsicherung der Nation“ beitragen wie Umweltschutz oder öffentliche Sicherheit nicht *militarisiert* werden.⁴⁹³ Der Tagesanzeiger sprach von einer „in der Armee selbst gärenden Diskussion“, die nicht zugedeckt werden sollte. Zudem sei es positiv, dass sich auch Bürgerliche, die sich nicht in die „Ecke der heimlichen Armee-

⁴⁸⁹ Ebd., S. 1768.

⁴⁹⁰ Tagesanzeiger, 11.10.1994.

⁴⁹¹ Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik, *Sicherheitspolitik und Armee nach 1995*, S. 17f.

⁴⁹² Ebd., S. 16

⁴⁹³ Ebd., S. 20.

abschaffer“ stellen liessen, die „Rolle der Querdenker“ spielten.⁴⁹⁴ Die Infragestellung des Milizsystems und die Forderung nach einer (Teil-)Professionalisierung kritisierte Bundesrat Villiger, der den Bericht als oberflächlich und als gespickt mit Fehlbehauptungen bezeichnete. Ein Wechsel zu einer Berufsarmee mache gerade mit Blick auf die Armeebudgets keinen Sinn und die kritisierte Multifunktionalisierung liege entgegen der Behauptung der Arbeitsgruppe im internationalen Trend. Der Departementschef und sein Pressechef Daniel Eckmann betonten aber, dass trotz ihrer Kritik am Papier der Arbeitsgruppe, die Armee kein Tabu sei und dass man über sie diskutieren müsse.⁴⁹⁵ „Die Studie der Arbeitsgruppe ist für mich ein wertvoller Diskussionsbeitrag mit utopischen Zügen“, verriet Villiger dem Aargauer Tagblatt, das seinerseits die Arbeit der Arbeitsgruppe als „wohltuend ketzerisch“ kommentierte.⁴⁹⁶ Die Arbeitsgruppe fuhr in ähnlichem Stil fort und fordert im Frühjahr 1996 nicht nur eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Nato, sondern den Beitritt. Die Schweiz müsse ihre „sicherheitspolitischen Autarkieansprüche“ und die Neutralität aufgeben, also „sich dem westeuropäischen Sicherheitsverbund in geeigneter Weise“ anschliessen. Kooperation ist der zentrale Begriff des im April 1996 veröffentlichten Arbeitspapiers. Dabei deutete man an, dass die Beteiligung an Partnerschaft für den Frieden zwar sinnvoll sei, aber letztlich ein Nato-Beitritt erstrebenswert sei. Aus einer intensivierten Kooperation heraus ergäbe sich eine verstärkte Professionalisierung respektive eine stehende Freiwilligenmiliz. Das Massenmilizheer schweizerischer Prägung würde den Ansprüchen einer auf Kooperation ausgerichteten Sicherheitspolitik nicht genügen.⁴⁹⁷

Die Debatte um die Armee 95 führte zu keiner Fundamentalopposition dieser sanften Reorganisation der Armee. Für die Armeebefürworter war sie ein Modernisierungsprojekt, dass zwar einige kritische Punkte wie die Bestandesgrösse und der Zweijahresrhythmus bei den Wiederholungskursen aufwies, sonst aber mit der Bildung von fünf Panzerbrigaden, der Multifunktionalität und der Aussicht auf die Erneuerung der Rüs-

⁴⁹⁴ Tagesanzeiger 14.1.1994

⁴⁹⁵ Der Bund 14.1.1994

⁴⁹⁶ Aargauer Tagblatt 14.1.1994

⁴⁹⁷ Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik: Schweizerische Sicherheitspolitik und Armee im modernen internationalen Umfeld.

tung stimmig erschien. Für Armeegegner stand die F/A 18- Abstimmung im Zentrum und für die abrüstungsorientierten Armeekritiker aus dem Kreis der SP ging die Restrukturierung zwar in die falsche Richtung, aber es war immerhin auch eine Abbauvorlage, die man nicht mit einem Referendum bekämpfen wollte.

4.2. AUF DEM WEG ZUR ARMEE XXI

Sehr schnell sollte es sich zeigen, dass die Schweizer Armee einem nächsten noch viel gründlicheren Umbau unterzogen werden musste. Die Armee 95, noch im Kalten Krieg angedacht, war immer noch gegen die Streitkräfte des Warschauer Paktes geplant gewesen und wollte immer noch einen intensiven, am Raum angelehnten, wenn auch dynamischeren Krieg gegen diese führen. Der Rückfall in die Konfrontation fand nicht statt und kaum waren die Reorganisationsarbeiten vollzogen, wurde klar, dass nun der Schritt weg von der Verteidigungsarmee gemacht werden musste. Wiederum wurde lehrbuchmässig eine Kaskade von sicherheitspolitischen Berichten, Leitlinien, Armeeleitbild und Konzeption ausgelöst. Erstmals fanden auch zaghafte Anfänge einer militärischen Doktrinschöpfung statt. Es sollten ein fundamentaler sicherheitspolitischer Richtungswechsel und ein totaler Umbau der Armee stattfinden. Dies sollte ebenso fundamentale Opposition hervorrufen und den Kampf um die Schweizer Armee nun mit verdoppelten Fronten erneut anheizen: Neben die linke Fundamentalopposition trat eine konservative Fundamentalopposition.

4.2.1. ARMEE 95 – EINE ÜBERGANGSLÖSUNG, ERNEUTE REFORMDISKUSSIONEN - KOMMISSION BRUNNER

Eine erneute Reformdiskussion war bereits im Gange als Kaspar Villiger am 2. Dezember 1994 zum bisher grössten Offiziersrapport nach Olten lud. Neben der Verabschiedung dreier mechanisierter Divisionen und 14 Grenz- und Reduitbrigaden wurde der symbolische Startschuss zur Armee 95 sowie das Ende der Armee 61 feierlich begangen. Bereits an diesem Anlass kündete der Bundesrat weitere Bestandesreduktionen an. Die Armee 95 habe zudem keinen Ewigkeitswert, relativierte Kaspar Villiger deren Dauerhaftigkeit.⁴⁹⁸

⁴⁹⁸ Neue Zürcher Zeitung, 3.12.1994; Berner Zeitung, 3.12.1994.

Tatsächlich kündete der neue Departementsvorsteher Adolf Ogi bereit 1996 neue Reformen an. Die Armee werde aufgrund der Demographie hinsichtlich der Mannzahl weiter abgebaut. Zudem solle die Teilprofessionalisierung bis auf 10'000 Berufsmilitärs weiter vorangetrieben werden. „Das Konzept Armee 95, wie wir es jetzt umsetzen und verwirklichen, war ohnehin noch im Kalten Krieg konzipiert worden“, erklärte Bundesrat Ogi im März 1996.⁴⁹⁹ Der bereits von seinem Vorgänger angekündete Abbau müsse fortgesetzt werden. Diese Reduktion des Bestandes bezifferte Ogi auf weitere 100'000 Mann bis 2005. Damit bewegte er sich in den von Kaspar Villiger beim Rapport 1994 in Olten genannten Zahlen. Eine *Studienkommission für strategische Fragen* unter Botschafter Edouard Brunner sollte sich der nächsten Reformschritte annehmen und einen Grundlagenbericht mit sicherheits- und militärpolitischen Leitideen formulieren. 41 Personen unterschiedlichster politischer und beruflicher Ausrichtung, beispielsweise Andreas Gross und Christoph Blocher oder auch Nicolas Hayek und David de Pury, gehörten ihr an. Es handelte sich nicht um ein eigentliches Expertengremium. Neben dem ehemaligen Generalsekretär Hans-Ulrich Ernst war einzig Peter Arbenz wie Ernst ehemaliger Milizbrigadier. Die Studienkommission sollte sich dabei einer umfassenden Freiheit bedienen und auch Optionen einer internationalen Zusammenarbeit und einer Berufsarmee prüfen.⁵⁰⁰ Parallel dazu äusserten sich auch andere zu Armee und Sicherheitspolitik. So die Gruppe um Otto Schoch oder der Verein Sicherheit und Wehrwissenschaft. Letzterer wendete sich bei einer Präsentation seiner Thesen gegen den „grasierenden Dilettantismus in der militärpolitischen Diskussion, gegen den Verzicht auf militärischen Sachverstand und gegen mangelndes Selbstvertrauen.“⁵⁰¹ Zwar richtete sich der Vorwurf nicht gezielt an die Studienkommission unter Edouard Brunner, aber man beklagte den Mangel eines echten Expertendiskurses. Grundlegende Veränderungen seien gerade von bürgerlichen Politikern und Offizieren noch zu wenige akzeptiert, liess der Experte des *Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft* VSWW Gustav Däniker in der Presse verlauten und forderte die Relativierung der militärischen Bedeutung der Neutralität. Sein Mitexponent Dominique Brunner forderte zudem sofortige

⁴⁹⁹ Sonntagszeitung, 17.3.1996.

⁵⁰⁰ Neue Zürcher Zeitung, 29.8.1996.

⁵⁰¹ Tagesanzeiger, 25.10.1997.

Korrekturen an den Reformen der Armee 95, unter anderem die Abkehr vom Zweijahresrhythmus bei den Wiederholungskursen respektive die Rückkehr zum jährlichen WK.⁵⁰² Der Völkerrechtler Dietrich Schindler unterstützte diese Anliegen des VSWW und forderte insbesondere einen vorsichtigen Aufbau einer internationalen Zusammenarbeit.⁵⁰³

Diese Grundfrage der Sicherheitspolitik bildete den Kern des Berichts der Studienkommission für strategische Fragen. Mit der Ausnahme Christoph Blochers bekannten sich die Mitglieder dazu, mehr Kooperation mit internationalen Sicherheitsorganisationen anzustreben. „Die Schweiz soll sich als Ausdruck ihrer Solidarität in vermehrter Masse aktiv zugunsten des Friedens in der Welt engagieren. Sie sollte mit ihren Nachbarn sowie Organisationen, die dem Frieden dienen, stärker als bislang zusammenarbeiten, um supranationale Gefahren und Bedrohungen besser begegnen zu können. Und sie soll ihre eigenen Sicherheitsvorkehrungen laufend der Bedrohungslage anpassen“, lautete die offizielle Pressemitteilung des VBS zum Bericht.⁵⁰⁴ Der Bericht beinhaltete die Aufforderung sich sicherheitspolitisch in Europa zu integrieren. Mit dem Inhalt der Neutralität müsse man sich immer wieder auseinandersetzen. Es liege im Interesse der Schweiz an der „Festigung eines grossen Sicherheitsraumes“ mitzuwirken. Man müsse bald in der Frage der Neutralität zu einer neuen Auffassung gelangen: „Langfristig kann Zusammenarbeit dazu führen die Neutralität in ihrer gegenwärtigen Form aufzugeben.“⁵⁰⁵ Der Bericht wurde von vielen Seiten gelobt und kritisch aber wohlwollend aufgenommen. Alle Bundesratsparteien äusserten sich positiv zu dessen Erkenntnissen. Im FDP Pressedienst bezeichnete Willy Loretan den Bericht als eine Grundlage, auf der die neue Armee, die *Armee 200X*, aufgebaut werden könne.⁵⁰⁶ Für die SVP machte eine internationale Zusammenarbeit Sinn, solange die Neutralität nicht tangiert werde.⁵⁰⁷ Die

⁵⁰² Tagesanzeiger, 25.10.1997.

⁵⁰³ Nouveau Quotidien, 27.10.1997.

⁵⁰⁴ Catrina / Sigg, Wertvolle Grundlage.

⁵⁰⁵ Bericht der Studienkommission für strategische Fragen, S. 21.

⁵⁰⁶ FDP-Pressedienst, Februar 1998.

⁵⁰⁷ Communiqué der SVP Schweiz, Bern 26. Februar 1998.

SP begrüßte die „Akzente in Richtung einer Neugestaltung der gängigen sicherheitspolitischen Vorstellung und Prioritäten“, wies aber auch darauf hin, dass nur unzureichend auf eine weitergehende Verkleinerung der Armee eingegangen werde. Die Armee müsse sich auf den *Kernauftrag* beschränken. Gerade die in der Armee 95 angestrebte Multifunktionalität sei ineffizient.⁵⁰⁸

Grundsätzlich positiv beurteilte auch die SOG den Bericht. Mehr als Ansätze zur Gestaltung einer zukünftigen Armee biete dieser aber nicht. Man teile aber die Meinung der Kommission, dass es nicht mehr ausreiche, die Selbstbehauptung auf die eigenen Grenzen zu beschränken. Wichtig sei auch ein Bekenntnis zum Milizsystem.⁵⁰⁹ Letzterem stellte sich der Geschäftsführung der schweizerischen Friedensstiftung Günther Bächler in der Berner Zeitung entgegen und bemängelte, dass der Bericht die Notwendigkeit einer „Profi-Armee“ nicht eingestehe.⁵¹⁰ Experten äusserten sich in Pressekommentaren ebenfalls positiv zum Bericht, waren sich aber uneins über die dessen Tragweite. Kurt Spillmann sah diese in der „fundamentalen Umorientierung von der autarken zur kooperativen Sicherheit.“⁵¹¹ NZZ-Experte Lezzi erkannte die Bedeutung des Berichtes vor allem auf der politischen Ebene. Die heterogene Zusammensetzung der Studienkommission legitimiere bereits beschrittene Pfade in der Sicherheitspolitik.⁵¹² Auch Gustav Däniker strich die offiziöse Bestätigung der „Notwendigkeit, unsere künftigen Sicherheitsbedürfnisse über überholte Traditionen zu stellen“ durch den Bericht, als dessen Errungenschaft hervor, kritisierte dabei aber zahlreiche Ungenauigkeiten in der Terminologie und fachliche Defizite des Berichtes. Eine Entscheidungsgrundlage dürfe der Bericht nicht sein, sondern lediglich Diskussionsbeitrag. „Keine Expertenstudie - aber ein Aufruf zur fälligen Weichenstellung“, lautete der vielsagende Titel seiner

⁵⁰⁸ Marti, Werner. Brunner Bericht zeigt interessante Öffnung – Jetzt sind Taten gefragt!, in: Pressedienst SP Schweiz, Nr. 489 / 27.2.1998.

⁵⁰⁹ Abschied von der Sicherheitspolitik im Alleingang. Pressecommuniqué der SOG, Zürich 28.2.1998.

⁵¹⁰ Berner Zeitung, 27.2.1998.

⁵¹¹ Der Bund, 27.2.1998.

⁵¹² Neue Zürcher Zeitung, 27.2.1998.

Stellungnahme.⁵¹³ Der *Schweizerische Arbeitskreis Militär- und Sozialwissenschaften SAMS* bemängelte in der Vernehmlassung ebenfalls die begriffliche Ungenauigkeit des Berichts. Es werde nicht klar, was die *Kernkompetenz* sei, auf die man sich besinnen müsse. Auch eine unzutreffende Verwendung der Termini *Existenzsicherung* und *Bevölkerungsschutz* monierte der SAMS, begrüßte aber grundsätzlich die stete Weiterentwicklung des sich „bereits im Bericht 90 abzeichnenden Paradigmenwechsels“. Der Bericht sei aber „immer noch zu starr auf Armee- und Gesamtverteidigungsfragen fixiert“.⁵¹⁴ Auch Jürg Martin Gabriel, Ordinarius für internationale Beziehungen am CIS, ETH Zürich, beurteilte vor allem den politischen Effekt des Berichtes positiv. Nach der „enttäuschenden Kurzsichtigkeit der Armeereform 95“ sei eine „Weichenstellung überfällig“ und die konsequente Umsetzung der Empfehlungen der Studienkommission würde das Ende der Armee 95, der Dissuasionsstrategie und der Doktrin der dynamischen Raumverteidigung bedeuten. Gabriel kritisierte, dass die Kommission es unterlasse habe, als Konsequenz der geforderten Entwicklung die Abschaffung der Wehrpflicht als gangbarsten Weg zu bezeichnen.⁵¹⁵ Die von Däniker und Gabriel angedeutete Weichenstellerfunktion des Berichtes liegt sicherlich auch in der öffentlichen Aufmerksamkeit, die ihm zuteil wird und erscheint im Zusammenhang mit dem Sicherheitspolitischen Bericht 2000 plausibel. National-konservative Kommentatoren wie der Militärpublizist Heinrich L. Wirz waren wesentlich kritischer. Letzterer wollte im Bericht nur eine „sicherheitspolitisch vergängliche Randnotiz“ erkennen und deutete an, dass die Umsetzung der Forderungen vor dem Stimmvolk nicht bestehen würde.⁵¹⁶

Christoph Blocher stellte sich im April 1998 in einem eigenen Papier seinen Studienkommissionskollegen und auch der offiziellen Linie seiner Partei entgegen: „Den Schlussbericht der Kommission Brunner lehne ich ab: Würden die Vorschläge des Berichtes Brunner in der Praxis verwirklicht, so bekämen wir keine bessere Sicherheitspo-

⁵¹³ Däniker, Gustav: Keine Expertenstudie - aber ein Aufruf zur fälligen Weichenstellung, Beilage zur ASMZ, Nr. 4, 1998.

⁵¹⁴ Stellungnahme zum Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. SAMS 16.5.1998.

⁵¹⁵ Gabriel, Bericht Brunner.

⁵¹⁶ Wirz, Heinrich L.: Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Sicherheitspolitisch vergängliche Randnotiz, in: Schweizerzeit, Nr. 18, 21.08.1998.

litik. Im Gegenteil: Die Verteidigung unserer Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit würde entscheidend geschwächt.“⁵¹⁷ Internationale Einsätze aller Art lehnten Blocher und die AUNS ab. Dies wird auch in seinem Papier, das sich gegen einen „internationalen Aktivismus“ und die Preisgabe der Neutralität richtete, deutlich. Gerade die „fortschreitende Aushöhlung der Neutralität“ bedeute letztlich eine Aufgabe der Unabhängigkeit entgegen dem Willen des Volkes. Bewaffnete Schweizer Truppen aufzustellen, bedeute eine „Neuaufgabe der alten Blauhelm-Ideologie“, monierte der AUNS-Präsident.⁵¹⁸ Mit *Blauhelmideologie* meint man jegliche Einsätze, also bereits bewaffnete Sanitätseinsätze. Im Blocherschen Papier wird deutlich, dass sich Teile der armeefreundlichen Kreise fundamental gegen Einsätze im Ausland stellten. Diese wurden als „Militärtourismus“ diskreditiert und als Ausdruck einer von „Grossmannssucht“ fehlgeleiteten „wichtigtuersischen und nachahmerischen“ Aussen- und Sicherheitspolitik gesehen.⁵¹⁹ Die offizielle Position der SVP war aber die einer Befürwortung des Bericht Brunnens. Die parteiinterne sicherheitspolitische Kommission bezeichnete Letzteren als „ersten Baustein für die zukünftige Sicherheitspolitik“.⁵²⁰

Auch das linke Spektrum betrachtete den Bericht Brunner kritisch. Andreas Gross wurde von der GSoA, aus der er 1997 ausgetreten war, für die Mitunterzeichnung des Berichts scharf kritisiert. WoZ-Journalist und GSoA Mitglied Hans Hartmann warf Gross und anderen Linken vor, die Armeedebatte für eine „falsch verstandene Europadiskussion zu instrumentalisieren“ und dabei der Armee mit seiner Unterschrift unter den Bericht, der nur „zeitgemässe Armeepropaganda“ sei, zu neuer Anerkennung zu verhelfen.⁵²¹ Der Angegriffene wehrte sich: die Kernaussage des Berichtes sei die „Überwindung der isolationistischen Mentalität der Schweiz der Nachkriegszeit“, weshalb man Bericht unterstützen müsse.⁵²² Hartmann argumentierte dagegen, die Abkehr vom „be-

⁵¹⁷ Strategischer Wandel. Strategischer Studienbericht zur Weiterentwicklung schweizerischer Sicherheitspolitik. Blocher, Christoph April 1998.

⁵¹⁸ Blocher, Strategischer Wandel.

⁵¹⁹ Ebd.

⁵²⁰ SVP Pressedienst, 9.3.1998.

⁵²¹ Wochenzeitung, 5.3.1998.

⁵²² Der Bund, 18.3.1998.

waffneten Alleingang“ sei zwar durchaus begrüßenswert und von den „einheimischen Armee-Ideologen „ längst vollzogen. „Die heilige Kuh kommt von der Sonderfall-Alp am Gotthard herunter – aber nur, um den warmen Sonderfall-Stall der glücklichen Nato-Kühe einzuziehen“, wehrte sich Hartmann gegen die aufgezwungene und von einem Teil der Linken geduldete Auswahl: Isolationismus oder Nato-Beitritt.⁵²³ Die GSoA warnte in ihrer Antwort auf den Brunnerbericht vor einer „Militarisierung der Aussenpolitik“, die „Frustration über den blockierten Öffnungsprozess“ dürfe nicht zu einer Unterstützung von bewaffneten Solidaritätskorps führen.⁵²⁴

Die bereits zwischen 1994 und 1996 einsetzende erneute Reformdiskussion zeigte die sich abzeichnenden Konturen der kommenden Phase des Kampfes um die Armee in aller Deutlichkeit. Expertenkreise und das zuständige Militärdepartement waren nun bereit, vor dem Hintergrund der neuen strategischen Situation nach dem Ende des Kalten Krieges die Konsequenzen für die schweizerische Sicherheitspolitik zu ziehen und die autonome nationale Verteidigungsperspektive zu verlassen und das Instrument Streitkraft entsprechend radikal umzubauen. Sie waren sich bewusst, dass das nur gelingen konnte, wenn die Exponenten der armeekritischen Linken und der moderaten Rechten eingebunden werden könnten. Vor diesem Hintergrund wurde nach dem Vorbild der Kommission Schmid aus dem Jahre 1969 erneut eine Studienkommission für strategische Fragen gebildet. Die Einbindung gelang, aber es war auch klar, dass dies mit der GSoA, die unverdrossen an der Beseitigung der Armee festhielt und der autonomistischen, von Christoph Blocher angeführten Bewegung bestehend vor allem aus AUNS und Teilen der SVP nicht zu machen war. Die Mehrheitsverhältnisse waren aber derart, dass im Sinne des Strategieschöpfungsprozess zur nächsten Stufe geschritten werden konnte und ein neuer Sicherheitspolitischer Bericht inszeniert werden konnte.

⁵²³ Wochenzeitung, 5.3.1998.

⁵²⁴ www.gsoa.ch: Vernehmlassung Brunnerbericht.

4.2.2. SICHERHEIT DURCH KOOPERATION

Der Bericht der Studienkommission Brunner spurte denjenigen des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vor.⁵²⁵ Letzterer bekam den programmatischen Titel *Sicherheit durch Kooperation*. In der Einleitung wurde umrissen, was mit dem Begriff Kooperation, der sich wie ein roter Faden durch den Bericht zieht, gemeint sei. Einerseits meinte man damit die Schaffung neuer Synergien von zivilen und militärischen Mitteln, die der „sicherheitspolitischen Interessenswahrung“ dienen, andererseits „geht es um die verstärkte Kooperation mit internationalen Sicherheitsorganisationen und befreundeten Staaten.“ Autonome Selbstbehauptung und ein Beitritt zu einer Militärallianz wurden gleichermassen abgelehnt. Die Armee bleibe „grundsätzlich beim Milizsystem“, erfahre „aber teilweise eine sich aus ihrem neuen Auftrag ergebende Professionalisierung.“⁵²⁶ In der Botschaft definierte man den Begriff Sicherheitspolitik. Dieser beinhalte „die Prävention und Bewältigung von Gewalt strategischen Ausmasses“. Mit Letzterer meinte man „Gewalt, die überregionale, nationale oder internationale Auswirkungen hat und damit erhebliche Teile von Staat und Gesellschaft betrifft.“⁵²⁷ Konkret wurden im Bericht folgende Bedrohungen, Gefahren und Risiken unter *Gewalt strategischen Ausmasses* genannt: Erpressung, Informationskrieg, Katastrophen, Proliferation und Einsatz von ABC-Waffen, organisierte Kriminalität, mögliche Gewalt infolge von Grossmigrationen, Terrorismus, militärische Gewalt.⁵²⁸ Der eskalierende Kosovokonflikt bestätige die Einschätzung der sicherheitspolitischen Lage. Das sicherheitspolitische Instrumentarium sei aufgrund dieser Definition anzupassen. Sei das Schwergewicht im Kalten Krieg unter dem Begriff *Gesamtverteidigung* bei Armee und Zivilschutz gelegen, stelle sich das Gefahrenspektrum nun diffuser dar und beinhalte grösstenteils nicht-militärische Gefahren und Risiken. Die Verteidigungsstruktur sei folglich nicht mehr auf den schlimmsten Fall auszurichten, sondern müsse durch eine umfassende flexible Form der Sicherheitskooperation im Innern und eine

⁵²⁵ Sicherheit durch Kooperation., BBl, 1999, S. 7657-7734.

⁵²⁶ Ebd., S. 7658f.

⁵²⁷ Ebd., S. 7660.

⁵²⁸ Ebd., S. 7687.

internationale, multi- und bilaterale Kooperation ersetzt werden.⁵²⁹ Die inländische und internationale Kooperation stellte also die Strategie dar, um sicherheitspolitische Ziele zu erreichen. Als Letztere wurden die Selbstbestimmung ohne Beeinträchtigung durch Gewalt, der Schutz von Bevölkerung und Lebensgrundlagen, sowie die Stabilität und der Frieden im Umfeld genannt. Daraus ergäben sich folgende strategischen Aufgaben: Friedensförderung und Krisenbewältigung, Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren sowie Raumsicherung und Verteidigung. Diese strategischen Aufgaben gliederte der Bericht nach Eintretenswahrscheinlichkeit, der Verteidigungsfall wurde also explizit als das unwahrscheinlichste Szenario bezeichnet und wie folgt umschrieben: „Die Schweiz bewahrt die Fähigkeit, ihre Souveränität, ihr Territorium, ihren Luftraum und ihre Bevölkerung gegen die Androhung und Anwendung von Gewalt strategischen Ausmasses zu schützen und zu sichern.“⁵³⁰ Die Armee wurde neben Aussenpolitik, Bevölkerungsschutz, Wirtschaftspolitik, wirtschaftlicher Landesversorgung, Staatsschutz, Polizei und Information als eines von insgesamt acht sicherheitspolitischen Instrumenten genannt und bekam als Teilaufträge die obengenannten strategischen Aufgaben zugewiesen, wobei der Auftrag *Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren* nur subsidiär wahrgenommen werden sollte. Auch bezüglich des Armeeauftrages betonte der Bericht die zentrale Rolle der Kooperation und hielt fest: „Damit vollzieht die Armee den Übergang von der Strategie der Abhaltewirkung durch Verteidigungs- und Durchhaltefähigkeit (Dissuasion) zu einer Mehrfachstrategie der Kooperation, einerseits im Rahmen des sicherheitspolitischen Instrumentariums im Inland und andererseits mittels wechselseitiger Verstärkung der Sicherheitsdispositive mit Partnerstaaten und Stabilisierungsanstrengungen im gemeinsamen strategischen Umfeld.“⁵³¹ Ohne konkrete Eckwerte einer nachfolgenden Armeereform zu nennen, machte der Bericht klar, dass die Armee verkleinert, die Dienstpflicht den Bedürfnissen angepasst und Professionalisierungsgrad erhöht werden sollte. Die Dienstleistung am Stück, das Durchdienen, würde die stete Verfügbarkeit für diverse Einsätze sicherstellen. Zudem sollten nach der obligatorischen Dienstzeit spezialisierte Soldaten als Zeitsoldaten angestellt und ent-

⁵²⁹ Ebd., S. 7665.

⁵³⁰ Ebd., S. 7689.

⁵³¹ Ebd., S. 7702f.

sprechend marktgerecht entlohnt werden. Beide Massnahmen würden die Armee professioneller und kurzfristig einsetzbar machen, ohne strukturell und sichtbar den Berufsanteil massiv erhöhen zu müssen.

Viele Pressekommentatoren hoben den Bericht zum endgültigen Abschied vom Dissuasionsgedanken empor. „L'adieu au hérisson“ schrieb *24 heures* und bediente sich dabei wie andere des Bildes der sich vormals einigenden Schweiz, die sich nun öffne. Man hätte eingesehen, dass es keinen Sinn mache auf einen Feind, der nicht komme, zu warten.⁵³² „Der Igel sucht die Zusammenarbeit“, titelte die Basler Zeitung und meinte der Bundesrat habe die Anregungen der Kommission Brunner angenommen.⁵³³ Bundesrat Ogi bezeichnete an der Medienorientierung den Sicherheitspolitischen Bericht als *Kurskorrektur*, es gelte nun die Leitbilder für die Armee XXI und den Bevölkerungsschutz entsprechend zu entwickeln. NZZ-Kommentator Lezzi sah die Leistung des Berichtes weniger in der Korrekturfunktion, die Grundzüge des Berichtes hätten sich bereits vorgezeichnet, sondern im definitiven Vollzug der Ablösung von der „Sicherheitsphilosophie“ des Kalten Krieges.⁵³⁴ In der Fachpresse wurde der sicherheitspolitische Bericht ebenfalls kontrovers diskutiert, man war sich dessen Einfluss auf die Armee XXI bewusst. Grundsätzlich begrüsst man die Neuorientierung, auch wenn von Milizoffizieren Bedenken zur Zukunft des Milizsystems geäussert wurden. Uneinigkeit herrschte bei der Frage, ob Durchdiener echte Milizsoldaten wären oder sie eher Zeitsoldaten entsprächen, die nach Beendigung der Dienstzeit keinerlei Verbindungen zur Armee mehr hätten und folglich nicht ihre berufliche Expertise in ähnlicher Weise wie Milizsoldaten in die Armee einbrächten.⁵³⁵ Der Sozialdemokrat und Präsident der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates Boris Banga äusserte in der ASMZ die Befürchtung, dass die Armee zu einer Zweiklassenarmee werden könnte. Er vermutete eine Marginalisierung der Miliz zu Gunsten der professionellen Komponente. Letztere würde die Armeeaufgaben mit höherer Eintretenswahrscheinlichkeit übernehmen

⁵³² Le Temps, 11.6.1999.

⁵³³ Basler Zeitung, 11.6.1999.

⁵³⁴ Neue Zürcher Zeitung, 11.6.1999.

⁵³⁵ Ist der Durchdiener noch ein Milizsoldat?, ASMZ, 4/2001.

während die Miliz „nur noch auf den entfernten Krieg wartet.“⁵³⁶ Dem entgegnete Korpskommandant Rudolf Zoller, die Weiterführung des Milizsystems werde durch die Erhöhung des Anteils an Berufspersonal erst ermöglicht. Der Milizsoldat sei weiterhin „das Rückgrat der Armee“⁵³⁷ Die Bundesratsparteien reagierten weitgehend positiv auf den Bericht Sicherheit durch Kooperation. Die FDP lobte den Bericht, bezeichnet es aber in diesem Zusammenhang als eine „Zumutung“, dass sich Schweizer Soldaten im Auslandeinsatz nicht bewaffnen könnten. Tatsächlich war die Bewaffnung von Truppen im Ausland eine kontrovers diskutierte Frage, die zur Nagelprobe für die Sicherheitspolitik wurde, da sie eine Änderung des Militärgesetzes nötig machte. Vor allem die SVP zeigte sich skeptisch gegenüber der Bewaffnung im Ausland und die AUNS lehnte den Bericht gar gesamthaft ab, da dieser die Neutralität hintertreibe und den EU-Beitritt propagiere.⁵³⁸

Der Kooperationsaspekt stiess bei den meisten Experten hingegen auf Anklang. Gustav Däniker sah keine Alternative zur Kooperationsstrategie. Weder die von Christoph Blocher prominent vertretene integrale Neutralität gestützt auf autonome Verteidigung noch der von der Kommission Schoch portierte Nato-Beitritt seien taugliche Konzepte.⁵³⁹ Gleicher Meinung war Hans Wegmüller, Oberst und stellvertretender Chef Doktrin, der die Bedeutung der *Glaubwürdigkeit* der militärischen Sicherungs- Schutz- und Verteidigungsfähigkeit hervorstrich. Sie sei das „doktrinelle Leitmotiv“ der Armee XXI und bedinge die Fähigkeit durch Kooperation „relevante Beiträge [...] im operativen Vorfeld“ zu leisten. Kooperationsfähigkeit sei deshalb zum „gestaltendem Prinzip der Doktrinschöpfung“ geworden. „Glaubwürdigkeit durch Kooperationsfähigkeit“ sei die Leitformel nach der beim Projekt Armee XXI gearbeitet werde.⁵⁴⁰ Mit dem Begriff *Kooperationsfähigkeit* eng verknüpft ist derjenige der *Interoperabilität*. Letzterer könne nur auf die Nato, als einziges Standards setzende, international anerkanntes Bündnis sein,

⁵³⁶ Bango, Boris: Grosse Fragezeichen nach erster Durchsicht, ASMZ, 9/2000.

⁵³⁷ Zoller, Rudolf: Keine Zweiklassenarmee, ASMZ, 12/2000.

⁵³⁸ Neue Zürcher Zeitung, 11.6.1999.

⁵³⁹ Däniker, Gustav: Sicherheitspolitik 2000. die Diskussion geht weiter, ASMZ 1/2000.

⁵⁴⁰ Wegmüller, Hans: Glaubwürdigkeit durch Kooperationsfähigkeit, ASMZ, 5/2000.

meinte Markus Mäder von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, der zwischen *mentaler*, *struktureller* und *materieller* Interoperabilität differenzierte. Mentale Interoperabilität, also beispielsweise die Verwendung gemeinsamer Terminologie, Kartensymbolik aber auch ein gemeinsames Verständnis von Doktrin und Stabsarbeitsprozessen habe für die Armee XXI erste Priorität und sei nur durch baldige verstärkte gemeinsame (Stabs-)Übungen zu erreichen.⁵⁴¹ Von der „Lächerlichkeit der mit englischen Brocken durchsetzten neuen Militärsprache“ sprach hingegen Christoph Blocher. „Die gleichen Leute, die uns 1994 in die dann gescheiterten Blauhelm-Abenteuer treiben wollten, trommeln wieder. Jetzt drängen sie uns unter die Fittiche der Nato. PR-Berater liefern Wortspiele von Gemeinsamkeit und Einigkeit, Kooperation und Sicherheit“, kritisierte der SVP-Nationalrat und beklagte zudem eine Militarisierung der EU. Eine Kooperation wie sie vom Bundesrat gewünscht sei, führe zur Einführung von „Berufslegionären“ und widerspreche der „Wehrform Miliz“. ⁵⁴² Blochers Artikel in der ASMZ zeigt eine grundsätzliche Opposition der AUNS gegen den Ansatz des sicherheitspolitischen Berichtes. Ihre Argumentation setzte Miliz und internationale Kooperation als sich gegenseitig ausschliessende Varianten gegenüber, wobei man interessanterweise die Skepsis gegenüber der Nato mit der Linken teilte, wie sich im Nationalrat zeigen sollte.

Wenn die schweizerische Sicherheitspolitik mit der Leitlinie «Sicherheit durch Kooperation» neu gestaltet werden sollte, musste dies für die Armee einschneidende Konsequenzen haben und zu einer grundsätzlichen Anschlussfähigkeit an die europäischen NATO-Streitkräfte führen. Dies bot sowohl für die linke wie die rechte Opposition dieses Erneuerungsschrittes eine willkommene Angriffsfläche: links wie rechts konnte der Anti-NATO Reflex bedient werden. Da eine Kooperation und Interoperabilität eine erhöhte Verfügbarkeit und eine minimale Professionalisierung nötig machte, konnte von rechts das Argument der Verwässerung der Miliz, d.h. der Staatsbürgerarmee ins Spiel gebracht werden. Die armeekritische Linke konnte diesem Argument nichts abgewin-

⁵⁴¹ Mäder, Markus: Interoperabilität. Schlüssel zur militärischen Handlungsfähigkeit, ASMZ, 7/8/2000.

⁵⁴² Blocher, Christoph: JA zur Modernisierung, NEIN zu Fortschritt von gestern. ASMZ, 3/2000.

nen, stand sie doch der Wehrpflicht ablehnend gegenüber und wollte die Gesellschaft „entmilitarisieren“.

4.2.3. DIE LANDESVERTeidIGUNG IM WANDEL

Mit der Publikation der konkreten Massnahmen zur Restrukturierung der Armee mussten die kritischen und ablehnenden Einwände noch klarer zu Tage treten. Anhand von Fragen des Mannschaftsbestandes, des Abbaus der reinen Miliz durch sogenannte Durchdiener, welche die Wehrpflicht in einem Stück absolvierten oder dem Engagement von bezahltem Militärpersonal begann nun eine von links und rechts angeheizte Diskussion. Aber auch um den Erhalt der Verteidigungsfähigkeit und die Ausrichtung der neuen Einsatzart „Raumsicherung“ gegen gewaltbereite Akteure innerhalb der nationalen Grenzen sowie die Art und Weise allfälliger Auslandseinsätze entflammten heftige Diskussionen. Um die Revision des Militärgesetzes von angreifbaren Passagen zu entlasten, wurden gewisse Artikel, die den Auslandseinsatz betrafen, gleich ausgegliedert und separat dem Referendum unterstellt. Die Frage der Bewaffnung von Schweizer Soldaten holte man in einer Teilrevision des Militärgesetzes vor. Nicht nur die erwiesene Dringlichkeit der Frage, sondern auch ihre Brisanz aufgrund des Widerstandes von links und rechts gegen eine militärische Friedensförderung erforderten ein solches Vorgehen. Bei einer Unterstützung eines zu erwartenden Referendums gegen die Revision der Militärgesetzgebung durch das Volk wäre das Gesamtprojekt Armee XXI gefährdet und die zukünftige Zusammenarbeit mit anderen Staaten einer Verzögerung unterworfen.⁵⁴³

Der sicherheitspolitische Bericht wurde wie der Bericht Brunner von der isolationistischen Rechten sowie der radikalpazifistischen Linken kritisiert. Das bereits bei der Blauhelmafstimmung in Ansätzen erkennbare Umschlagen der Armeekritik in *unheilige Allianzen* fand hier eine Fortsetzung, die sich in den weiter unten eingehend unter-

⁵⁴³ Änderung des Militärgesetzes. BBl 2000, S. 477-498.

suchten Referenden der GSoA und der AUNS gegen das Militärgesetz konkretisiert.⁵⁴⁴ Die Umsetzung des sicherheitspolitischen Berichts in der Armee XXI werde durch von der AUNS und der GSoA bereits in der Vernehmlassungsphase des Armeeleitbildes angekündigte Referenden noch viel mehr gefährdet als durch die Umverteilungsinitiative der SP, meinte Gustav Däniker in der AMSZ.⁵⁴⁵ Diese in einem vorangehenden Kapitel untersuchte Initiative spielte in der Debatte um die Reformen in der Armee eine wichtige Rolle. Gerade rechte Kritiker der Reform sahen in der Herabsetzung der Bestände eine Annäherung an die Sozialdemokratische Forderung einer Halbierung der Armeeausgaben. Andererseits warnte man Befürworter der Armee reform vor der Initiative. Diese gefährde die Armee XXI, lautete die Aussage Bundesrat Ogi im Abstimmungskampf.

In den Räten wurde der Sicherheitspolitische Bericht erwartungsgemäss wohlwollend aufgenommen. Kritik kam vor allem von Links- und Rechtsaussen. PdA Nationalrat Zisyadis fürchtete einen Anschluss an die Nato und forderte eine ablehnende Kenntnisnahme des Berichtes. Seine Forderung wurde zwar von keiner Bundesratsfraktion, aber immerhin 31 Abgeordneten unterstützt.⁵⁴⁶ Die GSoA-nahe Sozialdemokratin Valérie Garbani sah den Bericht als Ausdruck einer *Militarisierung* der Aussenpolitik.⁵⁴⁷ Die Schweiz dürfe keinesfalls eine „Hilfstruppe der Nato“ werden, denn diese diene einer „aggressiven, imperialen Politik“ der USA, warnte SP-Mann Rudolf Rechsteiner.⁵⁴⁸ Zu „militärisch eindimensional“ ist die Kooperationsvorstellung für die Grüne Franziska Teuscher, deren Fraktion dem Antrag Zisyadis folgte.⁵⁴⁹ Auch auf der rechten Seite äusserte man sich kritisch. Eine Minderheit der SVP-Fraktion nahm zustimmend Kenntnis vom Bericht. Es waren aber vehemente Widersprüche gegen Auslandseinsätze, die viele SVP-Nationalräte und auch die AUNS-Mitglieder Ulrich Schlüer und Hans Fehr gar zu

⁵⁴⁴ Siehe Kapitel 5.7.

⁵⁴⁵ Däniker, Gustav: Sicherheitspolitik 2000. die Diskussion geht weiter, AMSZ, 1/2000.

⁵⁴⁶ Sicherheitspolitik der Schweiz. AB 1999, N, S. 2651.

⁵⁴⁷ Ebd., S. 2654.

⁵⁴⁸ Ebd., S. 2655f.

⁵⁴⁹ Ebd., S. 2657f.

einer ablehnenden Kenntnisnahme bewegten, da „das neue sicherheitspolitische Evangelium '*Sicherheit durch Kooperation*' für unser Land nicht mehr, sondern weniger Sicherheit“ bringe. Ausserdem sei die Zukunft der Milizarmee durch Auslandseinsätze und das Ersetzen der Pflicht durch Freiwilligkeit in Frage gestellt. „Im Ausland hat unsere Armee nichts zu suchen“, meinte Fehr. Man brauche die Armee für Widerstand und Verteidigung.⁵⁵⁰ Auch wenn der Nationalrat eigentlich nichts zu entscheiden hatte, sondern lediglich zustimmend, neutral oder ablehnend vom Bericht Kenntnis nehmen konnte, war die zustimmende Kenntnisnahme des Berichtes als wichtiges Zeichen der Zustimmung zum Inhalt, zur *Sicherheit durch Kooperation* zu werten. Dies würdigte man in der Presse als erneuter wichtiger Schritt weg vom „Igeldenken“⁵⁵¹ und als „Abschied vom Mythos der autonomen Verteidigung“⁵⁵².

Zu einer Auseinandersetzung zwischen den Bundesräten Ogi und Couchepin führten die zukünftigen Kosten der Armee. In einem Interview mit der Zeitung *Le Temps* meinte der VBS Chef, die Armee XXI werde mindestens so viel kosten wie die Armee 95.⁵⁵³ Gar von zusätzlichen Kosten von mindestens einer Milliarde sprach der deutsche Militärexperte Lutz Unterseher.⁵⁵⁴ Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes erwartete jedoch von der Armee eine Kostenreduktion und ein Abbau des Bestandes auf 120'000 sowie weitere Einsparungen.⁵⁵⁵ Diese Gedanken äusserte Couchepin in der Presse und entfachte über die Ostertage des Jahres 2000 eine hitzige Diskussion über Bestandeszahlen, die in der öffentlichen Debatte untrennbar mit Kosten verbunden waren. NZZ-Militärexperte Lezzi kommentierte die laufende Debatte folgendermassen: „Der jetzige Schritt ist vergleichbar mit den vor dem ersten Weltkrieg eingeleiteten Re-

⁵⁵⁰ Ebd., S. 2663.

⁵⁵¹ *Der Bund*, 22.12.1999.

⁵⁵² *Tagesanzeiger*, 22.12.1999.

⁵⁵³ *Le Temps*, 22.4.2000.

⁵⁵⁴ *Sonntagszeitung*, 23.4.2000.

⁵⁵⁵ *Le Matin*, 22.4.2000.

organisationen, die den Weg zur modernen Schweizer Armee ebneten. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat diesen Schritt auch mit der nötigen Konsequenz unternimmt.“⁵⁵⁶

Im Frühjahr 2000 erschien mit einem Geleitwort von Adolf Ogi das Buch *Landesverteidigung im Wandel*. Darin enthalten waren verschiedene Beiträge, die die Diskussion der Expertenkreise wiedergeben und in eine internationale Dimension der ausländischen Armeereformen einbinden.⁵⁵⁷ In Aufsätzen äusserten sich mehrere Experten zu Berufsarmee-konzepten und Wehrpflichtmodellen. Die Zukunftsfähigkeit des Milizsystems wurde dabei angezweifelt. Karl W. Haltiner stellte die Frage, ob sich die Schweiz dem Trend zur Teil- und Vollprofessionalisierung überhaupt entziehen könne, respektive ob die Schweizer Gesellschaft überhaupt „milizfähig“ sei, da ein Kadermangel bei der Miliz festzustellen sei.⁵⁵⁸ Der Chef Abteilung Armeepanung, Oberst Paul Krüger, hielt fest: „Der Weg zu den Armeestrukturen nach 2000 bedeutet keine simple Anpassung bestehender Modelle, sondern vielmehr eine grundlegende revolutionäre Änderung im Wehrwesen der Nationen“. Er betonte damit die nachgerade paradigmatische Veränderung in der Doktrinentwicklung und warnte vor der Hoffnung, eine moderne Armee sei kostengünstiger zu haben als die alte.⁵⁵⁹ Albert Stahel, Dozent an der Militärischen Führungsschule, sah Schwächen in der Entwicklung der Sicherheitspolitik und kritisierte die Vernachlässigung der asymmetrischen Bedrohungslage, die er in Anlehnung an Martin van Creveld als *primitiven Krieg* bezeichnet, den eine Hi-Tech-Armee gegen „kriminelle Banden“ zu kämpfen hat. „Die Bedrohung durch den russischen Bären mag verschwunden sein, aber an seine Stelle sind eine Vielzahl von Schlangen aufgetreten, die sehr bald auf die Industriestaaten übergreifen werden“, umschrieb er seine Opposition gegen die Armeereform.⁵⁶⁰ Bruno Lezzi betonte in seinem Beitrag, dass die Realisie-

⁵⁵⁶ Neue Zürcher Zeitung, 26.4.2000.

⁵⁵⁷ Ecoffey, Landesverteidigung.

⁵⁵⁸ Haltiner, Karl W.: Milizarmee im Umbruch, in: Ecoffey, Landesverteidigung, S. 99-124.

⁵⁵⁹ Krüger, Paul: Die zentrale Rolle der Doktrinentwicklung, in: Ecoffey, Landesverteidigung, S. 15-34.

⁵⁶⁰ Stahel, Albert: Die Asymetrie der Kriegführung und die schweizerische Sicherheitspolitik, in: Ecoffey, Landesverteidigung, S. 35-49.

Diese Opposition äusserte Stahel in Retrospektive deutlicher in einer 2010 verfassten unveröffentlichten Maturitätsarbeit: "Heute gibt es das Thema Armee [...] faktisch nicht mehr, denn die Bundesräte Ogi und

rung der Sicherheitspolitik bei der Armee XXI energischer als bei der Armee 95 angangen werden müsse. Es gelte eine Armee zu konzipieren, die der Strategie auch wirklich entspreche, wozu auch eine Neuverteilung der sicherheitspolitischen Mittel gehöre, konkret: „eine Akzentverschiebung zu Gunsten einer Polizeitruppe auf Bundesebene“ und eine Überprüfung des Milizsystems. Es sei zudem bezüglich der Beiträge zur Friedensunterstützung grundsätzlich fragwürdig, „im Vordergrund stehende Aufgaben praktisch als Nebensächlichkeiten“ zu behandeln. Die anstehende Revision des Militärgesetzes sei deshalb nicht nur für die Glaubwürdigkeit der Armee, sondern auch derjenigen der gesamten Sicherheitspolitik elementar.⁵⁶¹

Die Reaktionen auf den Sicherheitspolitischen Bericht waren ähnlich wie auf den Strategiebericht der Kommission Brunner. Zwei Aspekte zeigten sich jedoch deutlicher: Im Dienste des Militärdepartementes wurde ein expliziter Expertendiskurs wahrnehmbar, welcher glaubte, den Pfad der sicherheitspolitischen Entwicklung und der Streitkräfteentwicklung zu kennen, dem sich auch die Schweiz zu unterwerfen hätte. Diese Position bildete jedoch eine Angriffsfläche, welche die traditionalistischen Kreise mit ihrer Intention, die nationale Miliz möglichst integral zu erhalten, gerne orteten. Erstmals wurde auch der Finanzbedarf der restrukturierten Armee diskutiert. Eine Angriffsfläche, welche die armeekritische Abrüstungfront der SP gerne aufnahm.

4.2.4. DIE ARMEEREFORM IM GEGENWIND

An der Pressekonferenz des VBS zum Jahresende 1999 zum sicherheitspolitischen Bericht nannte Adolf Ogi einige Eckwerte zur anstehenden Armeereform. Bereits einige Tage zuvor war die Reform in der Presse als Halbierung der Armee und als Einführung einer *Zweiklassenarmee* bezeichnet worden.⁵⁶² Die Armeereform, entgegnete Ogi, führe nicht zu einer Zweiklassenarmee, in der die Miliz einem aufgestockten professionellen Kern untergeordnet werde. Generalstabschef Hans-Ulrich Scherrer führte die abgestufte

Schmid haben die Schweizer Armee ruiniert, ja im Prinzip abgeschafft." Zit. In: Dietiker, Auf dem Gewissen, S.86f.

⁵⁶¹ Lezzi, Bruno: Die Schweizer Armee XXI als strategischer Faktor, in: Ecoffey, Landesverteidigung, S. 71-82.

⁵⁶² Tagesanzeiger, 20.12.1999.

Einsatzbereitschaft als zentrales Element der Armereform an. Pilotversuche mit Durchdienern und Zeitsoldaten, die eine höhere Einsatzbereitschaft als herkömmliche Truppen hätten, seien für 2001 geplant respektive bereits im Gange. Das Gros der Soldaten würde aber nach wie vor den Dienst in Wiederholungskursen absolvieren.⁵⁶³ Die Leitlinien der Armee XXI wurden der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates von Bundesrat Ogi im April 2000 kommuniziert. Sie beinhalteten eine merkliche Reduzierung der Bestände auf 200'000 sowie eine Brigadisierung, die zu einem markanten Abbau an militärischen Spitzenposten führen würde.⁵⁶⁴ Andreas Gross wurde mit der Bemerkung „Ein Sozialdemokrat könnte die Sache nicht besser machen“ und seinem Lob für die Armereform in der Presse zitiert.⁵⁶⁵ Eine breite Allianz zeichnete sich ab, die die Reform befürwortete. Diese Mehrheit aus FDP, CVP und Teilen der SVP und der SP stand einer Gegnerschaft aus dem linken und rechten Rand gegenüber.

Im Januar 2001 übernahm Samuel Schmid das Reformprojekt als neuer Vorsteher des VBS von Adolf Ogi. Dabei machte er einen Entwurf des neuen Armeeleitbildes XXI bereits im Februar im Internet öffentlich und deutete im Gegensatz zu seinem Vorgänger vorerst zusätzliches Sparpotential an.⁵⁶⁶ Eine Kostenreduktion wurde aber bald darauf verworfen und man hielt an einem Kostenrahmen von 4.3 Milliarden fest. Als *Luxusarmee*, die hochmechanisierte offensive Kriegführung im mitteleuropäischen Grossraum erlaube, kritisierte SP-Militärexperte Peter Hug das Armeeleitbild.⁵⁶⁷ Unter dem Schlagwort *Nato-Armee für die Westentasche* wurde das Armeeleitbild in der Presse angeprangert.⁵⁶⁸ Eine VBS-Liste an geplanten Beschaffungsprojekten war an den Sonntagblick gelangt und hatte die Kostenfrage kurzzeitig zum Hauptstreitpunkte gemacht.⁵⁶⁹ Die SP sprach darauf von *Rüstungswahnsinn* bezüglich der geplanten Rüs-

⁵⁶³ Tagesanzeiger, 22.12.1999.

⁵⁶⁴ Neue Zürcher Zeitung, 19.4.2000

⁵⁶⁵ Blick, 19.4.2000; Sonntagszeitung, 23.4.2000.

⁵⁶⁶ Neue Zürcher Zeitung, 28.2.2001.

⁵⁶⁷ Berner Zeitung, 9.5.2001.

⁵⁶⁸ Tagesanzeiger, 3.5.2001; Blick, 3.5.2001.

⁵⁶⁹ Sonntagsblick, 22.04.2001.

tungsausgaben von 30 Milliarden in 15 Jahren, die SVP ihrerseits wehrte sich gegen technische Annäherungen an die Nato.⁵⁷⁰

Am 10. Juni 2001 nahm das Schweizer Stimmvolk zwei ausgesonderte Teile des Militärgesetzes an. Die beiden Vorlagen betrafen die Bewaffnung von Soldaten im Ausland sowie die Ausbildungszusammenarbeit mit anderen Armeen, beispielsweise die Teilnahme schweizerischer Soldaten an Manövern im Ausland und die Ausbildung ausländischer Truppen in der Schweiz. Gegen die Revision des Militärgesetzes gab es eine doppelte Opposition, die in Referenden mündete. Einerseits das von AUNS und SVP gestützte Referendumskomitee „Keine Schweizer Soldaten im Ausland – keine ausländischen Soldaten in der Schweiz“ und andererseits ein „friedenspolitisches Komitee“ bestehend aus den meisten lateinischen SP-Kantonalsektionen, den Grünen und der GSoA bekämpften aus unterschiedlichen, an anderer Stelle untersuchten Motiven die Revision. Mit 51% respektive 51.2% wurden beide Vorlagen äusserst knapp abgelehnt, womit wohl die wichtigsten juristischen Hürden auf dem Weg zur Reform übersprungen wurden. Ausschlaggebend für die Stimmabgabe waren aber laut VOX-Analyse weniger die Haltung zur Armee, als vielmehr die aussenpolitische Grundeinstellung. Gerade eigentlich militärkritische, aber öffnungswillige Wähler der Linken hätten den Vorlagen zur Annahme verholfen. Die Referenden und der Abstimmungskampf sind weiter oben eingehend dargestellt.⁵⁷¹

Das Armeeleitbild XXI war bereits in der Vernehmlassung von diversen Akteuren kritisiert worden.⁵⁷² Die SOG bezeichnete es als gute Grundlage, die aber noch einer Überarbeitung bedürfe, es solle, um die Motivation der Milizkader beizubehalten weiterhin eine Milizkarriere bis auf Brigadestufe möglich bleiben. Die Rahmenbedingungen müssten diesbezüglich unbedingt geschaffen werden.⁵⁷³ Die SP beschränkte sich in im

⁵⁷⁰ Der Bund, 3.5.2001.

⁵⁷¹ Zu den Abstimmungen vom 10. Juni 2001: Kapitel 5.7; Ballmer-Cao, Thanh-Huyen / Eggli, Caroline / Konishi, Mario / Lanski, Michael / Marquis, Lionel: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. Juni 2001. Vox Nr. 74.; Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S.80ff.

⁵⁷² Armeereform XXI. Zusammenfassung der Ergebnisse.

⁵⁷³ Neue Zürcher Zeitung, 22.6.2001.

Juli vorgestellten Thesen nicht auf das Armeeleitbild, die Armee XXI könne nur ein Übergangsprojekt sein. Unter Beibehaltung der Wehrpflicht sollte eine Armee aus Zeitsoldaten geschaffen werden. Für diese Vorschläge wurden die Verfasser der Stellungnahme, Peter Hug und Barbara Häring, auch innerhalb der Partei kritisiert, man klinke sich mit unkonkreten Thesen aus der Diskussion um die Armee XXI aus monierte Boris Banga.⁵⁷⁴ Mit diesen Thesen liess es die SP aber nicht bewenden und kündigte ein weiteres eigenes Armeemodell an. Dieses bezeichnete nun das Wehrpflichtmodell als gänzlich überflüssig und sinnlos. Es führe zu einer „überdimensionierten Dilettantenarmee zur Disziplinierung der männlichen Jugend.“⁵⁷⁵ Stattdessen forderte das von SP-Nationalräten Barbara Häring und Paul Günter vertretene SP-Konzept ein Modell basierend auf 15'000 freiwilligen Zeitsoldaten, die sich bis auf fünf Jahre zum Militärdienst verpflichten würden und einer Reserve von 45'000.⁵⁷⁶ Das SP-Konzept wurde in der NZZ jedoch als „an Skurrilität und Realitätsferne kaum zu überbieten“⁵⁷⁷ bezeichnet und auch andere Kommentare sahen es bestenfalls als „futuristisch.“⁵⁷⁸ Von allen Parteien als wirtschafts- und ausbildungsfeindlich kritisiert wurde die geplante Verlängerung der Rekrutenschule auf 24 Wochen.⁵⁷⁹ Die FDP erkannte beim Leitbild erhebliche Korrekturbedürfnisse und einen hohen Konkretisierungsbedarf. Die Landesverteidigung müsse als Kernaufgabe fest- und den Auslandseinsätzen enge Grenzen gesetzt werden. Das Durchdienermodell berge zudem die Gefahr einer Zwei-Klassen-Armee und widerspreche dem Subsidiaritätsprinzip, wonach auch bei Katastrophenlagen Zivile zuerst einschreiten.⁵⁸⁰ Johann Schneider Ammann bemängelte, dass der Kooperation mit dem Ausland einen viel zu hohen Stellenwert eingeräumt wird: „In erster Linie ist die Kooperation im Innern sicherzustellen“, schrieb der in dieser Sache unter anderen als Wortführer amtierende Nationalrat in einem Kommentar. Die Armee könne zudem nur

⁵⁷⁴ Bieler Tagblatt, 2.7.2001.

⁵⁷⁵ Tagesanzeiger, 31.07.2001.

⁵⁷⁶ Neue Zürcher Zeitung, 31.7.2001.

⁵⁷⁷ Neue Zürcher Zeitung, 31.7.2001.

⁵⁷⁸ Tagesanzeiger, 31.07.2001.

⁵⁷⁹ Neue Luzerner Zeitung, 23.7.2001.

⁵⁸⁰ Neue Zürcher Zeitung, 27.7.2001.

eine Milizarmee sein, weshalb die „Durchdienerei“ möglichst tief zu halten sei.⁵⁸¹ Die heftige Kritik an der Armee reform hatte man von der FDP nicht erwartet, denn sie hatte sich zuvor stets positiv zur Armee reform geäußert.⁵⁸² Hans Hartmann merkte in der WOZ lakonisch an, dass sich die FDP nach dem nur knappen Ja zu Auslandseinsätzen wieder als „Miliz- und Landesverteidigungspartei“ positionieren wolle und darum zum „Bremsmanöver“ schreite.⁵⁸³ Nur gerade die CVP hatte wenig Einwände gegen das Leitbild, das sonst von ganz links bis ganz rechts bemängelt wurde. Die AUNS bezeichnete das Armeeleitbild gar als „defätistisch“ und sprach den Armeeplanern das Verständnis für globale Machtkämpfe ab, da sie sich an andere Armeen anbinden wollten. An der Strategie des hohen Eintrittspreises müsse man festhalten, man brauche „eine Widerstandsarmee, nicht eine Interventionsarmee im Schlepptau der Nato oder der EU.“⁵⁸⁴

Die Position der AUNS fand in leicht modifizierter Form auch an der Delegiertenversammlung der SVP am 18. August ihren Durchschlag. Gegen den Willen ihres Bundesrats Samuel Schmid und der Berner und Westschweizer Sektionen verabschiedete die Partei ein Thesenpapier zur Armee, das eine grundlegende Neuausrichtung des Leitbildes sprich eine konsequente Ausrichtung auf den Verteidigungsauftrag und auf die Miliz forderte. In einer gehässigen öffentlich geführten parteiinternen Auseinandersetzung warf Hans-Ulrich Ernst der Partei vor, ohne Rücksicht auf echte Bedürfnisse der Armee die Armee 61 wiederbeleben zu wollen.⁵⁸⁵ Die Vernehmlassung brachte erwartungsgemäss massive Armeekritik von SP und SVP hervor. Erschwerend kam nun die Kritik der FDP hinzu, so dass Hoffnungen die Armee XXI termingerecht einführen zu können einen Dämpfer erhielten.

⁵⁸¹ Neue Zürcher Zeitung, 14.9.2001.

⁵⁸² Bsp. Interview mit Hans-Ulrich Ernst. Der Bund, 8.8.2001.

⁵⁸³ Wochenzeitung, 2.8.2001.

⁵⁸⁴ Vernehmlassungsantwort der AUNS zum Armeeleitbild XXI. Schweizerzeit, 27.7.2001.

⁵⁸⁵ Tagesanzeiger, 20.8.2001.

Nach der Vernehmlassung wurde das Armeeleitbild nochmals entsprechend nachgebessert, von einem Marschhalt wollte Bundesrat Schmid aber nichts wissen.⁵⁸⁶ Der weltpolitische Einschnitt des 11. Septembers mit den terroristischen Anschlägen auf das New Yorker World Trade Center sollte, so die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates ebenfalls keine übereilte Aktionen bezüglich Sicherheitspolitik und Armee reform hervorrufen.⁵⁸⁷ Am 24. Oktober 2001 stellte der Bundesrat seinen Bericht an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee XXI, das *Armeeleitbild XXI*, vor.⁵⁸⁸ Die Armee reform wurde im Bericht des Bundesrates als „tief greifender Umbau“ bezeichnet, dessen Grundlage die Bundesverfassung von 1999 und der SIPOL B 2000 seien.⁵⁸⁹ Der Bericht lag weitgehend auf der Linie des SIPOL B 2000. Es fällt aber auf, dass er im Bereich der internationalen Zusammenarbeit vorsichtiger formuliert war - wohl um der Kritik aus den Reihen von SVP und FDP den Wind aus den Segeln zu nehmen. Kooperation beziehe sich „vor allem“ auf die Zusammenarbeit der Armee mit anderen sicherheitspolitischen Instrumenten, „aber auch“ auf die Zusammenarbeit mit anderen Streitkräften. Allfällige Vorbereitungen für eine internationale Kooperation betrafen lediglich die Fähigkeit zu Zusammenarbeit mit anderen Armeen, „konkrete Absprachen oder Konzeptionen und Planungen für eine gemeinsame Verteidigung“ würden also explizit nicht getroffen.⁵⁹⁰ Der Bericht betonte, dass der Auftrag *Raumsicherung und Verteidigung* für die Armee, zwar derjenige Auftrag mit der geringsten Eintretenswahrscheinlichkeit sei, aber derjenige mit dem grössten Gewicht. Ein *Alleingang* sei gerade in diesem Bereich sicherheitspolitisch nicht sinnvoll. Bei einem militärischen Angriff auf die Schweiz sei man nicht verpflichtet, die Neutralität aufrecht zu erhalten, eine „gemeinsame Verteidigung im Verbund mit anderen Staaten“ wäre zulässig.⁵⁹¹ Unter den Stichworten Multifunktionalität und Interoperabilität verstand man einerseits die Notwendigkeit mehrere Aufträge zu erfüllen und verschiedenartige Leis-

⁵⁸⁶ Neue Zürcher Zeitung, 23.8.2001.

⁵⁸⁷ Der Bund, 24.10.2001.

⁵⁸⁸ Armeeleitbild XXI, BBl 2002, S. 967-1051.

⁵⁸⁹ Ebd., S. 977.

⁵⁹⁰ Ebd., S. 980f.

⁵⁹¹ Ebd., S. 984.

tungen zu erbringen, andererseits die Kooperationsfähigkeit mit inländischen zivilen Behörden, denen die Armee bei subsidiären Einsätzen unterstellt wäre und ausländischen Streitkräften bezüglich Sprachkenntnissen, Stabstätigkeit, Einsatzverfahren und Ausrüstung.⁵⁹² Im Kapitel Doktrin wurden vier denkbare Modelle aufgeführt. Die *Raumsicherungsarmee*, die sich auf die Abwehr asymmetrischer Bedrohungsformen ausrichte und die *autonome Verteidigungsarmee*, die nur mit gewaltigen Mitteln zu erreichen wäre, wurden ebenso verworfen wie eine kleine, *stark professionalisierte Armee*, die keine Milizarmee mehr wäre. Vielmehr stelle die Armee XXI die Alternative dar, die die Schwächen der drei anderen Modelle vermeide: „Die Armee XXI ist eine Milizarmee, die sich durch eine hohe und moderne Verteidigungskompetenz auszeichnet, deren Verteidigungsbereitschaft aber gegenüber früher gesenkt werden kann, ohne die Sicherheit des Landes zu gefährden.“ Der Bestand ergebe sich zudem aus den Erfordernissen der wahrscheinlichen Einsätze: subsidiäre Einsätze, Friedensunterstützung und Raumsicherung.⁵⁹³

Die teilweise Umdeutung des Begriffes Kooperation gründet nicht zuletzt im Wechsel des Departementschefs. Bundesrat Schmid habe sich mit der Betonung der Landesverteidigung als wichtigsten Auftrag und der Relativierung der Kooperation mit dem Ausland im Vergleich mit dem ursprünglichen Armeeleitbild an die konservative Stimmbürgerschaft gerichtet, meinte Oswald Sigg, damals Kommunikationschef des VBS. Unter Bundesrat Ogi habe die Bewaffnungsfrage eine sehr viel wichtigere Rolle gespielt als danach unter Schmid, der *Kooperation* eher „zurückhaltend“ interpretiert habe. Ogi hingegen hätte ein „Placet“ für die neue Sicherheitspolitik, die da heisst Sicherheit durch Kooperation“, also Grundsatzentscheide über die neue Ausrichtung der Armee gewollt, so Sigg.⁵⁹⁴

In der bundesrätlichen Botschaft zur Armeereform XXI und zur Revision der Militärgesetzgebung wurden die nötigen Anpassungen der Militärgesetzgebung aufgeführt. Diese

⁵⁹² Ebd., S. 985-992.

⁵⁹³ Ebd., S. 992-998.

⁵⁹⁴ Zit. Bei Fischer, "Wir sind noch einmal davongekommen", Anhang, S. 24.

seien aber im Gegensatz zur Armee 95 wenig tiefgreifend. Als *sicherheitspolitisches Instrument*, das sich nicht nur auf die Verteidigungsaufgabe beschränkt, wurde die Armee bezeichnet. Als Schlüsselaspekte der Reform führte man die Reduzierung des Bestandes von 360'000 auf 140'000 mit einer Reserve von 80'000, die Herabsetzung des Dienstalters, die Verlängerung der RS auf 21 Wochen und die Möglichkeit des Durchdienens an. Zudem werden eine Verbesserung der Attraktivität militärischer Karrieren und eine höhere Flexibilität durch den modularen Einsatz einzelner Armeeteile angestrebt und die kantonalen Truppen abgeschafft. Die Verlängerung der Rekrutenschule auf nur 21 Wochen anstatt wie eigentlich geplant 24 Wochen war die augenscheinlichste Konzession aus der Vernehmlassung, weitere Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Leitbild bildeten eine leichte Modifikation der Armeestruktur und die teilweise Beibehaltung des Trains. Am Prinzip 20 Prozent eines Rekrutenjahrgangs als Durchdiener zu führen, wurde festgehalten.⁵⁹⁵

Das neue Armeeleitbild und die damit verknüpfte Revision der Militärgesetzgebung führten sowohl im Ständerat wie auch im Nationalrat zu Marathondebatten. In der grossen Kammer erstreckte sich die Diskussion im Juni 2002 über drei Tage. Die Anträge spiegelten die *unheilige Allianz* wider, die sich im Kampf um die Armee vermehrt manifestiert hatte. Es waren Teile von SP und Grünen sowie der AUNS-Flügel der SVP, die die Mehrheitsposition selten teilen. Eine Kommissionsminderheit aus SP und Grünen vertreten durch Barbara Häring wollte einen Kostenrahmen von 2.5 bis 3 Milliarden pro Jahr in Aussicht nehmen. Dies entspreche einer konsequenten Umsetzung des im SIPOL B formulierten Auftrags, der im Gegensatz zu seiner Vorgängerversion richtungsweisend sei. Konkret bemängelte sie, dass auf den unwahrscheinlich gewordenen Kriegsfall 98% der Armeekosten entfallen. Eine diesbezüglich hohe Bereitschaft sei sicherheitspolitisch sinn- und nutzlos, weshalb eine „Umsetzung eines risikobasierten Auftrages“ nötig sei. Dies würde jedoch nicht mehr mit der Miliz vereinbar sein: „Wir stehen somit vor der Entscheidung: Entweder wir konstruieren eine ‚Armee XXI‘, welche krampfhaft versucht, die Fiktion des Landesverteidigungsfalls und die Randbedingung der Miliz aufrechtzuerhalten, oder aber wir stellen uns den tatsächlichen Risiken

⁵⁹⁵ Revision des Militärgesetzgebung. BBl 2002, S. 858-900.

und kommen dann zu einer Armee, welche grundsätzlich anders aussehen wird als die ‚Armee XXI‘.⁵⁹⁶ Anderer Ansicht, aber ebenfalls als Kritiker der Reform äusserte sich Ulrich Schlüer, seines Zeichens SVP-Nationalrat, AUNS-Mitglied und Herausgeber der rechtsnationalen Publikation *Schweizerzeit*. Die Miliz, die Häring als Hindernis einer konsequenten Reform darstellte, werde durch eben diese Reform gefährdet. In Dutzenden von Anträgen und oft gegen die Mehrheit seiner Fraktion wehrte sich Schlüer gegen die Reform. Diese hatten alle eine ähnliche Stossrichtung: Das Milizsystem sei durch die Änderung in der Militärgesetzgebung gefährdet. Am konkretesten zeigte sich Schlüers Position bei der Durchdienerfrage. Diese seien keine echten Milizsoldaten und würden auch ausschliesslich von professionellen Kadern geführt. Gerade aber die Ausbildung müsse durch Milizkader erfolgen. Durchdienermodelle führten zu erhöhten und zudem schlecht ausgerüsteten Reservistenbeständen, einer gesamthaft mangelnden Ausrüstung und Bereitschaft der Armee und letztlich zum Ende des schweizerischen Milizsystems.⁵⁹⁷ Diese Einschätzung teilte Barbara Häring, man werde innert 10 Jahren vor einem Systemwechsel stehen, der die Milizarmee ablösen werde. Man werde aus ökonomischen Gründen zu grosse Bestände abbauen und den Anspruch auf Wehrgerechtigkeit fallen lassen müssen. „Die Durchdiener stellen einen ersten Schritt hin zur Professionalisierung der Schweizer Armee dar“, hielt sie fest und begründete damit den Antrag der Sozialdemokraten keine Obergrenze des Durchdieneranteils festzusetzen.⁵⁹⁸

Am 4. Oktober 2002 wurde das Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Armee XXI) in beiden Räten angenommen. War die Annahme im Ständerat einstimmig, votierten im Nationalrat 37 Mitglieder gegen das Gesetz. SVP, Grüne und Teile der SP lehnten das Gesetz ab oder enthielten sich der Stimme.⁵⁹⁹ Ein grosser Teil der Reformen blieb in den Räten unangetastet, so die Bestandesreduktion auf 140'000 Aktive und 80'000 Reservisten und die Territorialregionen. Kleinere Änderungen wie die Festlegung der Dauer der Rekrutenschulen durch Parlament statt Bundesrat und die

⁵⁹⁶ Armeereform XXI, AB 2002, N, S. 795.

⁵⁹⁷ Ebd., S. 830.

⁵⁹⁸ Ebd., S. 831.

⁵⁹⁹ Armeereform XXI, AB 2002, N, S. 1706f ; Armeereform XXI, AB 2002, S, S. 940.

Herabsetzung des Durchdieneranteils von 30 auf 15 Prozent stellten für eine planmässige Reform keine Beeinträchtigung dar.

Die Debatte in der öffentlichen und parlamentarischen Arena förderte eine Menge Vorbehalte gegen den Umbau der Milizarmee in eine multifunktionale Streifkraft, welche Sicherheit in internationaler Kooperation herstellen sollte. Links ging das Reformprojekt zu wenig Richtung Professionalisierung und Ressourcenabbau, rechts wurde ein Verlust an Autonomie und Verteidigungsfähigkeit befürchtet. Eine unheilige Allianz lag in der Luft. Zu beobachten ist jedoch auch eine breite Unterstützung für ein Reformprojekt, welches einen Paradigmenwechsel und damit eine nachhaltige Modernisierung versprach.

4.2.5. EIN WEITERES REFERENDUM GEGEN DIE REFORM

Ein Referendum aus rechtsbürgerlichen Kreisen, das einen Tag nach den Schlussabstimmungen im Parlament von einem *Bürgerkomitee für eine unabhängige und leistungsfähige Milizarmee in einer neutralen und sicheren Schweiz* ergriffen wurde, gefährdete die Reform. Dem Bürgerkomitee gehörten die *Aktion Aktivdienst*, die *Interessengemeinschaft Miliz*, die Schweizer Demokraten unter dem Vorsitz von alt Divisionär Hans Wächter an. Eine rechtsbürgerliche 2001 gegründete Jugendorganisation young4FUN.ch ergriff ebenfalls ein Referendum und kündete an mit eigenen Unterschriftenbögen die Armeereform bekämpfen zu wollen.⁶⁰⁰ Es zeichnete sich aber bald ab, dass es dem Komitee schwer fallen würde, Partner zu finden, um die erforderlichen 50'000 Unterschriften zu sammeln. Gerade die schlagkräftige AUNS wollte sich nur minimal daran beteiligen, da technische und organisatorische Fragen nicht zum Kerngeschäft der AUNS gehörten.⁶⁰¹ Auch bei den verschiedenen aktiven Befürwortern des Referendums lässt sich inhaltlich wenig Einheitlichkeit erkennen. Mit vier verschiedenen Argumentarien wurde für die Unterschrift unter das Referendum geworben. Im November sorgte die ASMZ mit der Weigerung Unterschriftenbögen der Zeitschrift beizu-

⁶⁰⁰ Neue Zürcher Zeitung, 7.10.2002.

⁶⁰¹ Berner Zeitung, 23.10.2002.

legen für Unmut beim Referendumskomitee.⁶⁰² Den Entscheid Wächters Unterschriftenbögen nicht beizulegen, traf der Zentralvorstand der SOG als Herausgeberin einstimmig und mit der Begründung eine missbräuchliche Verwendung von Adressdaten verhindern zu wollen. Keinesfalls wolle man die freie Meinungsäusserung einschränken.⁶⁰³ Auch wenn die Unterschriftsbögen eher aus formalen Gründen nicht beigelegt wurden und dies zu einigen Leserrekamationen führte, zeigt dies den schweren Stand des Referendums auch unter den Offizieren auf, an die, zumindest an die Konservativen unter ihnen, sich die Referendumsträger ja implizit gerichtet hatten.

Am 23. Januar 2003 konnten die Reformgegner 63'000 Unterschriften einreichen. Gegen das Neue Bundesgesetz zum Zivilschutz wurde gleichzeitig ein Referendum ergriffen, das sich gegen einen Abbau beim Zivilschutz wendete. Dabei sei, laut Hans Wächter, ein Grossteil der Unterschriften vom *Eidgenössischen Komitee für eine direktdemokratische, neutrale und souveräne Schweiz* gesammelt worden. Eine angeblich starke Beteiligung des als Psychosekte bezeichneten Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis, kurz VPM, an diesem Komitee veranlasste die FDP in einem entsprechenden Communiqué auf den heiklen Sachverhalt hinzuweisen.⁶⁰⁴ Tatsächlich hatte die mittlerweile aufgelöste Gruppierung in ihrem Publikationsorgan *Zeitfragen* immer wieder Stellung gegen die Armeereform bezogen. Die Armee XXI und die Nachfolgeversion Armee 2010 seien ein „Verrat am Volk“, das manipuliert werde. Bald werde die Schweiz nur noch „Vasallendienste für die einzige Weltmacht“ leisten. Juristisch gesehen sei die Armee XXI verfassungswidrig, schrieb Zeit-Fragen und stützte sich dabei auf ein Rechtsgutachten.⁶⁰⁵ Die Einwände gegen die Armeereform waren ähnlich heterogen wie die Trägerschaft der Referenden. Hans Wächter zeigte sich vor allem darüber besorgt, dass die Ausbildung vernachlässigt werde und die Verteidigungsfähigkeit nicht gewährleistet sei. Das System Miliz werde mit der Armee XXI ebenfalls stark gefährdet. Die Skepsis gegenüber internationalen Einsätzen und Kooperation, die letzt-

⁶⁰² Neue Zürcher Zeitung am Sonntag, 17.11.2002.

⁶⁰³ ASMZ, 1/2003.

⁶⁰⁴ Tagesanzeiger, 24.01.2003.

⁶⁰⁵ Armee XXI und Armee 2010 – der grosse Verrat am Volk, Zeit-Fragen.

lich unweigerlich auf eine Nato-Integration hinführten, teilte er dabei mit seinen Mitstreitern aus dem rechtsbürgerlichen Lager unter denen sich ehemalige Instruktionsskorpskameraden sowie die kleine Rechtsaussen-Partei Schweizer Demokraten befanden. Deren Vorstellungen würden sich, so die NZZ, noch immer an den Denkmustern des Kalten Krieges orientieren.⁶⁰⁶ Die Jugendorganisation unter dem Präsidium von Lukas Reimann, der auch Vorstandsmitglied der AUNS war, teilte die Ablehnung internationaler Kooperation und richtete sich zudem gegen die verlängerte Rekrutenschule, die nicht mehr mit Studiengängen an den Hochschulen in Einklang gebracht werden könne. Auf ihrer Homepage sprach sie von einem Referendum für eine „bessere Armee reform“ und freute sich auf eine breite Diskussion darüber.⁶⁰⁷ Auch in weiteren Statements bezeichnete man die Armee XXI als „radikale Totalrevision“ und als „gefährlichen Totalumbau auf Kosten von Sicherheit, Unabhängigkeit und insbesondere der Jugend“. Nur ein Nein an der auf den 18. Mai terminierten Abstimmung würde eine „moderne Armee reform mit Mass, die sich den heutigen Bedrohungen anpasst und die gesellschaftlichen Veränderungen berücksichtigt“ überhaupt erst ermöglichen.⁶⁰⁸

Der Bundesrat stieg drei Monate vor der Abstimmung in den Abstimmungskampf ein, zuversichtlich, dass der Souverän Ja zur Armee XXI, sowie zum Zivilschutzgesetz sagen würde. Man entkräftete gegnerische Argumente, die Armee XXI ziehe die Schweiz zu einer Nato-Mitgliedschaft, als absurd. Mit einem JA am 6. Mai sage man vielmehr Ja zu einer modernen Armee.⁶⁰⁹ Samuel Schmid zeigte sich zu Beginn der Kampagne optimistisch. Dies ist aufgrund der Aussenseiterrolle, welche die Referendumsträger hatten, keine Überraschung. Bei den grossen Parteien unterstützte vor allem der rechte Flügel der SVP die Referenden, konnte sich aber an der gesamtschweizerischen Delegiertenversammlung nicht durchsetzen. Mit einem Zufallsmehr schaffte es Bundesrat Schmid, sich bei der eigenen Partei durchzusetzen. Vor allem die Zürcher Repräsentan-

⁶⁰⁶ Neue Zürcher Zeitung, 28.2.2003.

⁶⁰⁷ www.young4fun.ch: "Referendum für eine bessere Armee reform steht".

⁶⁰⁸ www.young4fun.ch: Mediendokumentation.

⁶⁰⁹ Der Bund, 18.2.2003.

ten und die Junge SVP hatten sich gegen eine JA-Parole gewehrt.⁶¹⁰ Nicht weniger als neun kantonale Sektionen der SVP empfahlen ihren Wählern aber trotzdem ein Nein zur Armee XXI, was die parteiinterne Zerrissenheit in dieser Frage illustriert.⁶¹¹ Wie bei der Nationalratsabstimmung zum Militärgesetz wollten sich viele Sozialdemokraten der Stimme enthalten. Die Armeereform sei letztlich eine bürgerliche Angelegenheit, „ein innerbürgerlicher mediokrer Kompromiss.“⁶¹² Ein bürgerliches, vor allem von der FDP geprägtes Komitee „2 x Ja“ machte sich für beide Projekte, die Armee XXI und den Bevölkerungsschutz XXI stark. Diese seien eine starke Antwort auf die veränderte Bedrohungslage, warb das Komitee und warnte gleichzeitig vor den Folgen eines Neins, da die Armee 95 zu grosse Bestände habe und auch sonst viel Handlungsbedarf gegeben sei.⁶¹³ Ein parlamentarisches Komitee gegen die Armee XXI war ebenfalls bürgerlich geprägt und versammelte Nationalräte aus SVP, SD und EDU, das Armeereformprojekt führe nach Meinung des Komitees zu einer Schwächung der Miliz und verstosse gegen die Neutralität. Zudem erhob man den Vorwurf der Zweiklassenarmee, die durch Durchdiener und Professionalisierung herbeigeführt werde.⁶¹⁴

Der Abstimmungskampf, geprägt von einem Graben zwischen Rechtsaussen und den Bürgerlichen, kann als eher lau bezeichnet werden. Verhandelt wurde wie bei vorangegangenen militärpolitischen Vorlagen seit dem Ende des Kalten Krieges die Neutralität. Die Referendumsträger zeigten sich als vehemente Verteidiger einer nationalkonservativen Lesart des Begriffs. Der Präsident der *Interessengemeinschaft Miliz* Georg Oberkassebaum sah bereits im Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden einen Schritt zur Nato Mitgliedschaft. Ein formeller Beitritt sei gar nicht nötig, denn er sei bereits mit der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden eingeleitet.⁶¹⁵ Hans Wächter sah durch die Reduktion der Bestände auf 140'000 aktive Armeeangehörige die Autonomie ver-

⁶¹⁰ Neue Zürcher Zeitung, 07.40.2003.

⁶¹¹ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 92.

⁶¹² Neue Zürcher Zeitung, 03.03.2003.

⁶¹³ Der Bund, 1.3.2003.

⁶¹⁴ Neue Zürcher Zeitung, 28.4.2003.

⁶¹⁵ Neue Zürcher Zeitung, 20.3.2003.

unmöglich. Die Schweiz könne so nur noch durch eine enge Kooperation mit dem Ausland verteidigt werden. Er bezeichnete es als unverständlich, dass „bewährte Prinzipien der Miliz, der bewaffneten Neutralität“ aufgegeben würden.⁶¹⁶ Auch young4FUN sah mit der Umsetzung der Armee XXI die Neutralität und die humanitäre Tradition der Schweiz gefährdet. Die Partnerschaft für den Frieden führe letztlich in die „Hegemonie-Falle.“⁶¹⁷ Die Gegner der Armee reform sahen auch das Milizsystem der Armee in Gefahr. Diese Befürchtungen fanden in der Durchdienerfrage eine Bestätigung. Die wiederholt in den Raum gestellte Frage, ob Durchdiener Milizsoldaten seien beantworteten Kritiker der Armee reform verneinend. Die Durchdiener seien ein „gefährliches Modell“ meint Ober-Kassebaum.⁶¹⁸ Young4FUN sah neben den Durchdienern auch die Verpflichtung von Zeitsoldaten als Gefahr, die Miliz werde in der Armee XXI zum „Lippenbekenntnis“.⁶¹⁹ Bundesrat Schmid, der sich in zahlreichen Auftritten für die Armee reform einsetzte, und auch der neue Generalstabschef Christophe Keckeis wehrten sich gegen die Vorwürfe der Gegner. Die Armee XXI sei eine Milizarmee, sie sei sogar noch miliztauglicher als zuvor, sagte Letzterer in einem NZZ-Interview. Gerade für junge Milizkader würde die Attraktivität einer militärischen Karriere verbessert und der Weg zum Offiziersgrad beschleunigt, was auch der zivilen Karriereplanung zuträglich sei.⁶²⁰ Tatsächlich läge der Anteil der Milizoffiziere bei den Bataillonskommandanten bei 70 und bei den Einheitskommandanten gar bei 90 Prozent.⁶²¹ Bundesrat Schmid entgegnete in einem Interview mit der Coop Zeitung dem Vorwurf der Nato-Annäherung, die Autonomie werde mit der Armee XXI sogar gestärkt. Wichtigster Grund die Vorlage anzunehmen, sei die Glaubwürdigkeit einer unentbehrlichen Armee nicht zu gefährden.⁶²² Die Armee XXI wurde von ihren Befürwortern als ein sorgfältig austarierter, sachlich fundierter und durch mehrere Grundsatzberichte zu Sicherheits-

⁶¹⁶ Neue Zürcher Zeitung, 11.3.2003.

⁶¹⁷ www.armeereform.ch: Armee 21 Argumentarium.

⁶¹⁸ Neue Zürcher Zeitung, 20.3.2003.

⁶¹⁹ www.armeereform.ch Armee 21 Argumentarium.

⁶²⁰ Neue Zürcher Zeitung, 04.04.2003.

⁶²¹ Neue Zürcher Zeitung, 05.04.2003.

⁶²² Coopzeitung, Nr. 10 – 5.März 2003.

und Aussenpolitik gestützter Kompromiss dargestellt, dem die Gegner keine echte Alternative entgegenstellen könnten. Nichtsdestotrotz befürchtete man, dass der sich abzeichnende Golfkrieg unentschiedene Stimmbürger zu einem Nein zur Armee reform bewegen könnte. Das Abstimmungsergebnis war aber letztlich deutlich. 76% der Abstimmenden sagten Ja zum Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, Armee XXI).⁶²³ Die VOX-Analyse konnte weder einen Rechts-Links-Konflikt noch einen Konflikt zwischen Armeebefürwortern und Kritikern feststellen, vielmehr standen Traditionalisten Anhängern einer moderneren Weltanschauung gegenüber. Nur wenige Nein-Sager folgten bei der Begründung ihrer Wahl der Argumentation der Reformgegner und nur 8% der Nein-Stimmenden taten dies aus grundsätzlicher Opposition gegen die Armee.⁶²⁴ Dem als epochal zu bezeichnenden Umbruch in der Schweizer Sicherheitspolitik war mit diesem Referendum ein letzter Stein aus dem Weg geräumt. Die Armee XXI konnte damit per 1. Januar 2004 mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Armee und Militärverwaltung vom 4. Oktober 2002 eingeführt werden.⁶²⁵

Mit dem Referendum gegen eine Teilrevision des Militärgesetzes, welche die radikale Umstrukturierung der Armee notwendig machte, zeigte sich in der öffentlichen Arena des Kampfes um die Armee ein neues Akteurskonglomerat konservativer Gruppierungen, welche die Milizarmee und ihre Ausrichtung auf autonome Verteidigung behalten mochten. Kooperation wurde als weiteres Risiko- und Bedrohungspotential in einer sich rasch wandelnden Welt gesehen. Dagegen wurde bewaffnete Neutralität und Verteidigungsfähigkeit der Staatsbürgerarmee stark gemacht. Im Festhalten an einer bestandesstarken Milizarmee war aber auch der Wunsch nach einer traditionellen nationalen Gesellschaft verborgen. Das heterogene Akteurskonglomerat sollte nach der verlorenen Abstimmung sofort zerfallen. Weder die Armeegegner der GSoA noch die immer auf Abrüstung bedachten Armeekritiker aus den Reihen der SP mochten sich wirklich ins

⁶²³ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 89-94.

⁶²⁴ Blaser, Cornelia / van der Heiden, Nico / Mahnig, Fabian / Milic, Thomas: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 18. Mai 2003, Vox Nr. 81.

⁶²⁵ Bundesgesetzes über die Armee und Militärverwaltung, BBl 2002, S. 6543-6556.

Zeug legen und die Armee XXI zu Fall bringen. Es war immerhin wiederum ein Abbauprojekt, das sich in die eigene Langzeitperspektive einordnete. Schon während dem Abstimmungskampf zeigte sich, dass eine wirkliche internationale militärische Kooperation keine Aussichten auf Realisierung hatte und umso mehr von nationaler Sicherheitskooperation gesprochen wurde um diesen Sachverhalt zu verdecken. Weit wichtigere Strukturprobleme der Umsetzung der doktrinalen und materiellen Verteidigungsfähigkeit, der Realisierung der Raumsicherung in den kantonalen Hoheitsgebieten und die finanzielle und personelle Absicherung des Umbauprojektes sollten sich in den Jahren nach der Annahme durch das Volk in aller Schärfe zeigen und den Kampf um die Schweizer Armee weiter am Leben erhalten.

4.3. AKTEURE, PERFORMATIVITÄT UND ARGUMENTATIONS-MUSTER

Die Armee reformprojekte nach dem Ende des Kalten Krieges bedeuteten eine Zäsur in den Auseinandersetzungen um die Schweizer Armee. Nach beinahe 30 Jahren erfolgten namhafte Veränderungen in der Struktur, der operativen Kampfweise und in der Ressourcenzuteilung der Schweizer Armee. Auf dem Feld der Akteure bewirkten diese Umgestaltungen wesentliche Veränderungen. Erstmals trat im Untersuchungszeitraum das Militärdepartement als taktangebender Akteur auf.

Das EMD und sein Vorsteher Bundesrat Villiger standen im Vordergrund. Mit ihrer *Informationsoffensive* führten sie die Debatte an und spurten diese durch eine intensive Medienarbeit vor. Dabei genossen sie die Unterstützung der bürgerlichen Parteien. Bei der Kritik der Armee reformbemühungen zeigte sich, sowohl in der parlamentarischen als auch in der öffentlichen Arena ein klassischer Links-Rechts-Graben. Neben SP und Grünen waren einzig kleinere rechtsnationale Parteien wie die Schweizer Demokraten und die Lega nicht grundsätzlich einverstanden mit der Armee 95 und verweigerten sich beispielsweise auch dem weitreichenden Konsens der anderen Akteure bei der Zivildienstfrage. Bei der Lancierung des Reformprojektes Armee XXI war das EMD/VBS wiederum ein zentraler Akteur, dessen Vorsteher Adolf Ogi sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ausserordentlich präsent und prominent zeigt und die Wahrnehmung der

neuerlichen Armeereform prägte. Im Feld der Armeegegner und Armeekritiker bahnten sich aber namhafte Verschiebungen an. Für die Armeegegner der GSoA waren diese Debatten nicht attraktiv, konnten sie sich doch nicht wirklich im Sinne der Beseitigung der Armee einbringen und höchstens ihren grundsätzlich andern Standpunkt markieren. Für die Armeekritiker aus dem Lager der SP boten die Armeereformprojekte die Chance, sich als Träger alternativer Armeemodelle zu präsentieren und so aus der Ecke der reinen Abbauer herauszukommen, ohne diese für ihre Klientel wichtige Position der ewigen Abrüstung verlassen zu müssen. Zugleich formierte sich eine neue konservative Armeekritik aus dem Lager der europapolitischen Isolationisten und einer heterogenen Gruppe von Verfechtern einer unangetasteten Milizarmee.

So kam es, dass die Debatte um die Armee XXI den in Militärfragen übliche Graben zwischen SP, Grünen und den bürgerlichen Parteien verwischte und es zu einem Alligements des fronts im Kampf um die Schweizer Armee kam, das zuletzt gar in unheilige Allianzen unter isolationistischen Rechten und pazifistischen Linken umschlug. In diesem Zusammenhang war die *Aktion für eine neutrale und unabhängige Schweiz AUNS* ein zentraler Akteur. Einerseits nahm sie durch ihre prominent in der SVP präsenten Mitglieder, allen voran Christoph Blocher, grossen Einfluss auf die militärpolitische Meinungsbildung der SVP und war somit in der parlamentarischen Arena präsent. Andererseits verfügte sie über beträchtliche Mittel, um in der öffentlichen Arena Einfluss auf die Perzeption der Armeemodernisierung zu nehmen. Gegen die Armee XXI äusserten sich in der parlamentarischen Arena Teile der SP, der Grünen und der SVP. Diese unheilige Allianz lehnte die Armee XXI ab, ohne die Gründe für eine Ablehnung zu teilen. Mit einem Referendum gegen die Teilrevision des Militärgesetzes trug die AUNS ihre Opposition gegen den Kooperationsaspekt des neuen Armeeleitbildes in die öffentliche Arena. Dabei bewirkte sie eine Unterstützung des Referendums durch die SVP. Die GSoA ergriff unabhängig davon ebenfalls ein Referendum und konnte die Grünen, nicht aber die SP zur Unterstützung überzeugen. Dazu kam eine heterogene Gruppe von mehr ephemeren Akteuren, welche sich für eine starke und reine Milizarmee einsetzte. Die Regierungsposition teilten die politischen Kräfte der Mitte, während von links- und rechtsausen eine Opposition gegen die VBS-Linie erwuchs, die in der öffentlichen Arena potentiell mehrheitsfähig war.

Bei den Debatten um die Armee reformprojekte lassen sich drei Argumentationsmuster freilegen. Diese schlossen sich nicht gegenseitig aus, sondern liefen im Untersuchungszeitraum oft parallel und waren zum Teil voneinander abhängig. Die Armee reformen seien, so die erste Argumentationskette, notwendig. Notwendigkeit konnte sowohl aus der weltpolitischen Lageveränderung als auch dem gesellschaftlichen Wandel glaubhaft abgeleitet werden. Gerade von offizieller Seite wurde diese Argumentation hervorgehoben und bildete bei der Armee 95 gewissermassen das Leitschema. Nach 1989 und den weltpolitischen Umwälzungen, die im Bereich der Sicherheitspolitik das Ende des Kalten Krieges mit sich brachte, wurde die Tiefgründigkeit, ja die Radikalität der notwendigen Armee reform, hervorgehoben. Das EMD pries das Projekt als *tiefgreifend* oder *grundlegend neu* an. Unter dem Stichwort *Fett abbauen, nicht Muskeln* versprach es zudem ein Abbau der Bestände und implizierte vorerst auch eine Reduktion des Verteidigungsbudgets. Modernisierung und Effizienzsteigerung im Sinne des New Public Management wurden als legitimierende Faktoren stark gemacht. Unter Zeit- und Anpassungsdruck wurde die Armee 95 als grosser und notwendiger Einschnitt bezeichnet und deren effektive Umbruchswirkung überzeichnet. Die Kritik an der Armee 95 war entsprechend, es sei eben keine *tiefgreifende* Reform und *grundlegend neue* Armee. Die politische Linke tat die Armee 95 als *kosmetisches Facelifting* und allgemein *substanzlos* ab. Der Abbau gehe zu wenig weit, da er viel eher demographischen Zwängen als echtem Reformwillen entspringe. Die Kritik fand mit dem Vorwurf, die Armee 95 sei eine Armee des Kalten Krieges und folge stur dessen Logik, eine treffende Zuspitzung. Erstaunlicherweise fand über die operative Kampfdoktrin der *Dynamischen Raumverteidigung* und ihre Kostenfolgen keine nennenswerte Diskussion statt. *Dynamisch* konnte ebenso als modernisierungs- und erneuerungswillig verkauft werden und hatte die dezidierten Anhänger der Milizarmee nicht zu alarmieren.

Die bald nach Einführung der Armee 95 notwendig werdenden Anpassungen wurden wiederum als notwendiger, tiefgreifender Umbau bezeichnet, die Tragweite einer erneuten Armee reform wurde aber weniger betont und allgemein vorsichtiger formuliert. Dies ist anhand der echten Auseinandersetzung mit der sicherheitspolitischen Lage und der als Paradigmenwechsel bezeichneten Neuorientierung, die im Leitwort *Sicherheit durch Kooperation* ihren Niedergang fand, auf den ersten Blick erstaunlich. Möglich-

erweise sollte der zunehmenden Kritik aus unterschiedlichen Richtungen nicht Vor-
schub geleistet werden. Die Armee XXI verkaufte man als Reformprojekt, deren Stärke
sich weniger aus der Radikalität und Neuartigkeit, als aus einem aus der Notwendigkeit
heraus entstandenen Kompromiss ergebe, was hochgradig nicht den Tatsachen ent-
sprach.

Die in der Planungsphase der Armeereform XXI vollzogene endgültige Abkehr von der
Dissuasionsstrategie, die auch als Abschied von der *Igelschweiz* von traditionell militär-
kritischen Kreisen gewürdigt wurde, brachte eine eigentliche Konsolidierung rechter
Militärkritik mit sich. Die ins Auge gefasste sicherheitspolitische und militärische Ko-
operation mit dem Ausland bildete den Kristallisationspunkt dieser neuartigen rechts-
konservativen Militärkritik. Zu Beginn der 90er Jahre war die *Natoisierung* der Armee
noch vor allem von Linken kritisiert worden, da die angestrebte Interoperabilität ihren
Abrüstungsforderungen entgegen wirkte. Expertenkreisen forderten offen die Abkehr
von der Neutralität und implizit einen Nato-Beitritt, eine Forderung, die in der öffentli-
chen Arena im Verlaufe der 1990er Jahre massiv an Rückhalt verlor. Diese Experten-
kreise sind in den Debatten um die Armeereformen einflussreiche Akteure, die in der
öffentlichen Arena die Armeereformen verständlich machten und die Legitimität von
Armee 95 und XXI untermauerten oder auch anzweifeln.

Als drittes argumentatives Gravitationszentrum erwies sich das Prinzip der Miliz und
der allgemeinen Wehrpflicht, ein delikates Aggregat von Vorstellungen, welche weit
über das Militärische hinausging. Jede Armeereform hatte sich diesem gesellschafts-
und staatspolitisch überhöhten Konzept der Leistungserbringung zugunsten der staatli-
chen Gemeinschaft zu stellen und den Beweis zu erbringen, den Kern unberührt zu las-
sen. Trotz Einführung des Zivildienstes und Reduktion der Bestandeszahlen über die
demografisch bedingten Notwendigkeiten hinaus wurden an *Miliz* und *Milizsystem* als
Grundlagen der Schweizer Armee festgehalten. Einzig Teile der Sozialdemokraten und
einige unabhängige Experten nannten eine Berufsarmee oder eine Zeitsoldatenarmee bei
Aufhebung der Wehrpflicht als wünschbare Alternativen zur Milizarmee. Eine Professi-
onalisierung strebte man zwar an, in der öffentlichen Debatte wurde von offizieller Seite
aber hervorgehoben, dass die Schweizer Armee *grundsätzlich als Milizarmee* verstan-

den werde. Das grundsätzliche Festhalten am Milizsystem unter Verwendung der Wehrpflicht kritisierten linke Akteure. Unter anderem monierten sie, dass die Zunahme an subsidiären Einsätzen der Armee als Vorwand für die Aufrechterhaltung einer nicht mehr zeitgemässen Wehrpflicht diene. Nationalkonservative Armeekritiker wiederum argumentierten, die Armee XXI habe keinen Milizcharakter. Sie sahen bereits Durchdiener und Zeitsoldaten als Gefährdung der Miliz an, fokussierten aber in der öffentlichen Arena ihre Kritik vor allem auf die Problematik der Auslandseinsätze. Da hier der eigentliche Argumentationsschwerpunkt lag, ist auch die Abwesenheit der politischen Schwergewichte bei der Abstimmung vom 18. Mai 2003 wenig erstaunlich, als nur rechtsnationale Aussenseiterakteure ein Referendum ergriffen hatten und nur Teile der SVP sich den Schweizer Demokraten, der Jugendorganisation young4FUN und der Psychosekte VPM anschlossen. Der argumentative Kampf um die Schweizer Armee entfernte sich im Rahmen der Armeereformprojekte paradoxer Weise weg vom Streitobjekt Armee und verlagerte sich auf die Thematik der aussen- und integrationspolitischen Positionierung der Schweiz. Eine Thematik, die aber stark mit dem Wandel der schweizerischen und der Internationalisierung der Gesellschaft zu tun hatte. Für konservative Kreise war die nationale Miliz Teil der traditionellen schweizerischen Gesellschaft und Staatlichkeit an der sie festhalten wollte.

Die Eigenart der Performativität der verschiedenen Akteure im Kontext der Auseinandersetzungen um die Armee Reformen war durch die neuartige Akteurskonstellation gekennzeichnet. Als neuartig erwies sich lediglich die Art, wie die Armee und der dem EMD/VBS vorstehende Bundesrat die Armee reformprojekte in der öffentlichen Arena verkauften. Diese äusserte sich darin, dass sich die Departementsvorsteher für die Projekte in der Öffentlichkeit exponierten und zu deren Aushängeschild wurden. Gewissermassen wurde die Armeepolitik der Regierung als Ganzes auf die Figur des Bundesrates hin personalisiert. Dies war gerade bei Kaspar Villiger der Fall, dessen öffentliche Auftritte für die F/A-18 Beschaffung und für die Armee 95 in der Anzahl bemerkenswert waren und auch eine neuartige Inszenierung der Regierungsprojekte darstellte. Beim Nachfolger Villigers, Adolf Ogi, wurden diese Tendenzen fortgesetzt, als sich dieser zum Teil vehement gegen Exponenten seiner Partei für die Leitlinie *Sicherheit durch Kooperation* einsetzte. Ogi verschaffte sich durch häufige mediale Auftritte und

die Fokussierung der Medien auf seine Person und schuf damit eine Plattform für die Propagierung der Armee XXI, die auch seinem Nachfolger Samuel Schmid zum Nutzen gereichte.

Eine weitere bemerkenswerte Form der Inszenierung war die Reaktivierung der Bildung von Kommissionen, welche politischen Konsens herstellen sollten und diesen in der öffentlichen Arena auch zur Schau stellen sollten. Gerade die Studienkommission Brunner zeigte eine Performativität, welche einen gesamtgesellschaftlichen Kompromiss in der Ausrichtung der Sicherheitspolitik inszenierte und dabei ohne ein militärisches Expertengremium zu sein, den Bruch mit der Dissuasion durch autonome militärische Verteidigung in der öffentlichen Arena mit Erfolg vertrat. Man nahm den offiziellen sicherheitspolitischen Berichten einiges vorweg, verlieh diesen aber die Autorität einer breit abgestützten Repräsentantengruppe, welche die komplexen Aspekte der Reformen für die Bevölkerung verständlich und eingängig darstellten.

Für die Armeegegner und Armeekritiker aus dem linken Lager stellten die Armeeereformen keine performative Herausforderung, da sie nicht ihre Sache war und nur von ihren Kernanliegen ablenkten. Für originelle Aktionen und publikationswirksame Events war da niemand zu haben. Die SP beschränkte sich auf die eingespielte politische Kommunikation in den Medien, ohne sich für die von wenigen Exponenten verfochtenen alternativen Armeemodelle besonders ins Zeug zu legen.

Die Gegner der Armeeereformen aus dem rechten Lager stützten sich ebenso auf die bewährten Kanäle der Meinungsbildung, insbesondere die AUNS. Der ephemere Zusammenschluss von Gruppierungen, welche sich für die Miliz stark machten, waren ausser der young4FUN nicht in der Lage, eine spezifische Inszenierung ihrer Positionen umzusetzen und waren auf die Auftritte, welche ihnen die Medien zugestanden, beschränkt. Einzig Leserbriefe gehörten zu ihrem Waffenarsenal.

Die Phase der Armeeereformen im Kampf um die Schweizer Armee machte endgültig klar, dass es bei diesem Kampf immer auch um den Wandel der Schweizerischen Gesellschaft, ihrer Erfahrungs- und Erwartungsräume, um ihre Ängste und Zukunftshoff-

nungen ging, um die Selbstfindung der Schweiz in einer Zeit starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs.

5. NEUTRALITÄT, AUTONOMIE UND INTERNATIONALE EINSÄTZE – NEUE WEGE DER SICHERHEITSPOLITIK

Neutralität, Autonomie und internationale Einsätze der Schweizer Armee bildeten zentrale Debattengegenstände im Kampf um die Schweizer Armee. Sie werden hier thematisch zusammengefasst, da sie argumentativ als sich gegenseitig bedingend verwendet wurden. Die verstärkte aussenpolitische Dimension des Kampfes um die Schweizer Armee in den 1990er und frühen 2000er Jahren ergab sich einerseits durch die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges, die zu einer Neubetrachtung der Neutralität veranlasste, andererseits aber auch durch eine zunehmend gegenüber der europäischen Einigung misstrauischen Bevölkerung begleitet von einem Rechtsrutsch in den 1990er Jahren. Nationalkonservative Akteurskreise taten sich zunehmend schwer mit der Abkehr von „Widerstandsarmee“ und Massenheer. An dessen Stelle würde, so befürchtete man, eine mit fremden Mächten kooperierende aber auch von diesen abhängige „NATO-Armee“ treten. In der Entsendung von Blauhelmtrouppen sah man den Beginn der Aufgabe der Neutralität und Souveränität. Aus der von Aussenseiterkreisen stammenden Opposition gegen die Blauhelme entwickelte sich eine dauerhafte Armeekritik von rechts, die im Laufe der 1990er Jahren an Fahrt und Schlagkraft zunahm und zusammen aber nie gemeinsam mit der GSoA mehrheitsfähige Opposition gegen die offizielle Armeepolitik betrieb. So wurde die sicherheitspolitische Integration nach Europa merklich verlangsamt und eine echte Beteiligung an internationalen Friedensmissionen teilweise erschwert. Aufhalten liess sich die Entwicklung hin zu vermehrter internationaler Kooperation aber weder von der nun als wichtiger Akteur auftretenden AUNS noch von der GSoA. Letztere propagierte gemeinsam mit der Friedensbewegung und der pazifistischen Sozialdemokraten die zivile Friedensförderung als besseres Gegenstück zum militärischen Friedenssupport, blieb dabei aber erfolglos.

5.1. NEUTRALITÄT NACH DEM ENDE DES KALTEN KRIEGES

Den Gegnern einer aussen- und sicherheitspolitischen Öffnung galt die *Neutralität* als Bedingung für die Autonomie der Schweiz. Internationale Einsätze der Schweizer Armee waren das sichtbarste Element einer zunehmenden internationalen Kooperation der

Schweiz im Bereich der Sicherheitspolitik. Wenn in den Debatten des Kampfes um die Schweizer Armee von Neutralität die Rede war, handelte es sich um einen Begriff unter dem die Akteure verschiedene Konzepte verstanden. Zwar diskutierten Fachkreise sachlich über die Neutralität, in der öffentlichen Debatte, die sich an das Stimmvolk richtete, wurde der Begriff aber eher als Träger einer Vorstellung verwendet, welcher *die Neutralität* als Erfolgsmodell der Vergangenheit und als unverzichtbaren Wert repräsentierte. Neutralität diente den beteiligten Akteuren als Schlagwort und es zeichnete sich bald ein Ringen um die Deutungshoheit über den Neutralitätsbegriff ab: Welche Rolle sollte die Neutralität künftig im Zusammenhang mit der sicherheitspolitischen Zukunft der Schweiz spielen? Ist sie grundsätzlich positiv und als Erfolgsrezept, an dem man nichts ändern sollte, zu verstehen oder ist sie ein überkommenes Konstrukt aus vergangenen nicht mehr zurückkommenden Zeiten? Inwiefern darf man die Neutralität umgestalten oder soll orthodox keinerlei Änderungen vornehmen?

Bereits das Ende des Kalten Krieges brachte in der schweizerischen Sicherheits- und Aussenpolitik einen bedeutenden Wandel mit sich, welcher zu einer Gewichtsverschiebung der strategischen Schwerpunkte im sicherheitspolitischen Bericht 90 führte, indem neben die Kriegsverhinderung vermehrt Friedensförderung und Existenzsicherung zu Zielen einer Neuausrichtung in der Schweizerischen Sicherheitspolitik wurden. Diese deuteten grundsätzlich eine sicherheitspolitische Integrationsbewegung der Schweiz hin zu Europa und zur Nato an. Im August 1990 nahm die Schweiz an wirtschaftlichen Boykottmassnahmen der UN gegen den Irak teil. Dies kann als Schritt Richtung internationaler Kooperation gesehen werden.⁶²⁶ Mauro Mantovani bezeichnete diesen Schritt als einen „Wendepunkt in der schweizerischen Neutralitätspolitik“ und bemerkte, dass von offizieller Seite im Zusammenhang mit einem Beitrittsverfahren zu EG und WEU die Aufgabe der Neutralität längerfristig durchaus möglich sei.⁶²⁷ Zumindest in Expertenkreisen stand die Neubeurteilung der Neutralität also zur Diskussion.⁶²⁸ Das Erstar-

⁶²⁶ Wisler, Dominique: Neutralité, in: ETH-Bulletin Sicherheitspolitik 1991, S. 12-23.

⁶²⁷ Mantovani, Mauro. Europäische Sicherheitspolitik und schweizerische Neutralität. in: ETH-Bulletin Sicherheitspolitik 1991, S. 113-131.

⁶²⁸ Kux, Neutralität? ; ETH-Bulletins Sicherheitspolitik.

ken einer isolationistischen Tendenz, die sich in der internen Gewichtsverlagerung einer wachsenden SVP zum Zürcher Flügel und vor allem in der Ablehnung des EWR Beitritts durch den Souverän äusserte, befeuerte aber die breitere Diskussion sicherheitspolitischer Integrationsbemühungen.⁶²⁹ Im Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren vom 29. November 1993⁶³⁰ wurde die „Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden“ als erstes Ziel der Aussenpolitik genannt und in einem mit *Bericht zur Neutralität* betitelten Anhang die Zukunft der Neutralität skizziert.⁶³¹ Das „flexible Instrument zur Interessenswahrung“ sei nie ein starres Institut gewesen. Entsprechend gelte es dieses zu überdenken, auch wenn die Neutralität in der „gegenwärtigen Phase des Übergangs und der Ungewissheit“ weiterhin ein zweckmässiges Mittel sei.⁶³² Im Bericht erfuhr die Neutralität der Schweiz eine Weiterentwicklung, die einer Ausweitung des Handlungsspielraumes entsprach. Konkret schlug sich dies in der situativen Überprüfung der Neutralität anhand ihres Beitrages zur Erreichung aussenpolitischer Ziele nieder. Nicht als Selbstzweck, sondern als situationsbedingtes Mittel zum Zweck, das Sicherheit und Unabhängigkeit gewährleisten sollte, habe die Neutralität eine Zukunft.⁶³³ Es zeigte sich aber, dass in der Debatte um den aussenpolitischen Bericht primär ein anderes Verständnis von *Neutralität* gepflegt wurde. Konservative Politiker begleiteten sie mit den Attributen *dauernd*, *immerwährend* und *bewaffnet*.⁶³⁴ Im Nationalrat setzte Christoph Blocher eine Schwächung der *Neutralität* mit der Schwächung der Armee gleich, denn beides würde die Sicherheit des Landes gefährden.⁶³⁵ SP-Sicherheitspolitikerin Barbara Häring bezeichnete ihrerseits die Neutralität als „nationales Dogma, das sinnentleert ist, das Schritt für Schritt zur aussenpolitischen funktionslosen Fiktion wird.“⁶³⁶ Die dauernde und bewaffnete Neutralität, eine zentrale

⁶²⁹ Haltiner, *Öffnung oder Isolation*, S. 57f.

⁶³⁰ Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren, BBl 1994, S. 153-242.

⁶³¹ Bericht zur Neutralität. Anhang zum Bericht über die Aussenpolitik, BBl 1994, S. 206-242.

⁶³² Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren, BBl 1994, S. 207.

⁶³³ Tschumi Canosa, *Sicherheits- und Friedenspolitik*.

⁶³⁴ Bsp: Votum Fehr, Lisbeth. Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. AB 1994, N, S. 180.

⁶³⁵ Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. AB 1994, N, S. 214.

⁶³⁶ Ebd.

Maxime der schweizerischen Aussenpolitik, sollte also unverändert beibehalten werden. Der Bericht des Bundesrats erkannte die historische Tragweite der Neutralität zwar an, sie sei aber keineswegs „Ziel unseres Staatswesens an sich, sondern eines unter mehreren Mitteln“. ⁶³⁷ Man sei völkerrechtlich berechtigt, die Neutralität einseitig aufzugeben. Dies mache aber nur Sinn, wenn sie auch im Interesse anderer Staaten liege. Gerade beim Attribut *immerwährend* zeigt sich die Differenz zwischen der national-konservativen Besetzung des Neutralitätsbegriffs und der offiziellen Position, die besagte: „Neutralität soll solange ein aussen- und sicherheitspolitisches Instrument bleiben, als sie besser als andere Konzepte zur Verwirklichung der nationalen Interessen zu dienen vermag. Sie ist aber weder hinsichtlich ihres Inhalts noch ihrer Dauer unveränderbar.“ ⁶³⁸ Der autonomen militärischen Verteidigung setzte der Bericht des Bundesrates Grenzen, welche durch ein „wachsendes Bedürfnis nach internationaler Zusammenarbeit“ bestimmt würden. Neutralitätsrechtlich legitim seien gemeinsam mit befreundeten Staaten durchgeführte „Verteidigungsmassnahmen in Friedenszeiten“. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einzuschränken, ergebe angesichts eines primären Ziels der Sicherheitspolitik, nämlich „Handlungsfreiheit zu wahren“ keinen Sinn. ⁶³⁹ „Die traditionelle Formel von '*Sicherheit durch Neutralität und Unabhängigkeit*' wird mehr und mehr ergänzt werden müssen durch die diejenige von '*Sicherheit durch Kooperation*'“, stellte der Bericht hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen fest. ⁶⁴⁰ Das Ende des Kalten Krieges brachte also eine neue sicherheitspolitische Prioritätenauslegung, bei der die militärische Landesverteidigung an Gewicht verlor. Neu wurden „Friedensförderung und Krisenbewältigung [...] zur wichtigsten, weil wahrscheinlichsten strategischen Aufgabe.“ ⁶⁴¹ Diese neuen Bedingungen und Ansätze führten zu einer Diversifizierung der Instrumente der schweizerischen Sicherheitspolitik, die eine Flexibilisierung der Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Mitteln sowie eine vermehrte Koope-

⁶³⁷ Bericht zur Neutralität. Anhang zum Bericht über die Aussenpolitik, BBl 1994, S. 211.

⁶³⁸ Ebd., S. 212.

⁶³⁹ Ebd., S. 222.

⁶⁴⁰ Ebd., S. 223.

⁶⁴¹ Goetschel, Aussenpolitik, S. 136.

ration auf multilateraler Ebene erforderte.⁶⁴² Die Teilnahme an wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen stehe nicht im Widerspruch zur Neutralität, die Teilnahme Schweizerischer Blauhelmtruppen an militärischen Zwangsmassnahmen wurde aber ausgeschlossen.⁶⁴³ Die Möglichkeit der militärischen Partizipation unter Wahrung der Neutralität blieb aber möglich, konkret sollte sich die Schweiz an friedenserhaltenden Operationen der UNO militärisch beteiligen. Der Fall der Berliner Mauer spielte eine entscheidende Rolle bei der Intensivierung des Schweizer Engagements in der militärischen Friedensförderung. Bereits seit 1975 wirkte man aktiv im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit, nach der Wende von 1989 erschien auch eine zunehmende militärische Beteiligung möglich. Um dem Bundesrat die Kompetenz zu übergeben, Truppen für friedenserhaltende Operationen der UNO und der KSZE zur Verfügung zu stellen und über Bestände und Zusammensetzung dieser Truppen zu entscheiden, musste das *Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen (Blauhelmggesetz)* verabschiedet werden. Eine Vorlage, welche eine veränderte Zielsetzung und Verwendung der Armee ermöglichen sollte. Die Debatte um die Armee erhielt damit eine neue Facette, welche neue Akteure und Semantiken in die Auseinandersetzung um die Armee brachte.

5.2. UNO-BLAUHELME

Die Kritik am Blauhelmggesetz bezog sich vor allem auf den Neutralitätsbegriff. Die Debatte ging auch aber auch auf den sicherheitspolitischen Bericht 90 und das Armeeleitbild 95 sowie auf den Bericht zur Neutralität zurück. Einen Beitrag an die internationale Stabilität zu leisten, galt im Bericht 90 als eines von fünf Zielen. Auch internationale Einsätze der Armee waren vorgesehen: „Wir wollen gemeinsam mit anderen Ländern an internationalen friedenserhaltenden Aktionen teilnehmen. Neben der materiellen Unterstützung solcher Operationen und dem Einsatz von Beobachtern soll dazu in Zukunft auch die Entsendung von Truppenverbänden (Blauhelmen) gehören.“⁶⁴⁴ Bisher

⁶⁴² Tschumi Canosa, Sicherheits- und Friedenspolitik.

⁶⁴³ Bericht zur Neutralität. Anhang zum Bericht über die Aussenpolitik, BBl 1994, S. 241.

⁶⁴⁴ Bericht 90, BBl 1990, S. 876.

hatte sich die Schweiz nur in geringem Ausmass punktuell an internationalen Militäroperationen beteiligt. Eine finanzielle und personelle Intensivierung dieser Bemühungen wurde bereits 1988 von der Regierung beschlossen.⁶⁴⁵

Auch der sicherheitspolitische Auftrag an die Armee beinhaltete neben Kriegsverhinderung und Existenzsicherung die Friedensförderung. Bundesrat Villiger hatte früh auf eine mögliche Einbindung der Armee 95 in eine *europäische Sicherheitsarchitektur* und die Notwendigkeit einer Überprüfung der Neutralität angespielt.⁶⁴⁶ 1992 äusserte sich der Departementsvorsteher in der NZZ auch öffentlich zu deren Zukunft und ihrer Auswirkungen auf die Armee. Zwar sei die Neutralität ohne Alternativen, sie müsse allerdings überdacht und angepasst werden. Sicherheitspolitische Kooperation sei zudem für die Schweiz zukünftig unerlässlich und die Teilnahme an militärischen Friedensoperationen der UNO letztlich ein Beitrag zur Sicherheit der Schweiz.⁶⁴⁷ Diese Haltung kam auch im Armeeleitbild 95 zur Geltung, bei dessen Ausgestaltung eine Neuausrichtung der Neutralitätspolitik nicht ausgeschlossen und die Friedensförderung als Aufgabe wahrgenommen wurde.⁶⁴⁸ Die Botschaft vom August 1992 zum Blauhelmggesetz, in der oft auf den Bericht 90 zur Sicherheitspolitik verwiesen wurde, konkretisierte eine Schweizer Teilnahme an friedensfördernden Operationen der UNO.⁶⁴⁹ Ein Bundesgesetz sähe vor, dem Bundesrat die Kompetenz zu erteilen, der UNO oder KSZE bewaffnete Truppen im Rahmen von traditionellen Friedenserhaltenden Operationen, *peace keeping*, zur Verfügung zu stellen. Friedenserzwingende Einsätze, *peace-enforcement* wurden vom Gesetzgeber ausgeschlossen.⁶⁵⁰ Um einen Mannschaftsbestand von 400 bis 800 Personen bilden zu können, wäre ein Personalreservoir von ca. 6000 entsprechend ausgebildeten Freiwilligen für Blauhelmeinsätze nötig. Man sah grundsätzlich drei Voraussetzungen für einen Einsatz vor: die Zustimmung aller beteiligten Konflikt-

⁶⁴⁵ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 63f.

⁶⁴⁶ Bericht 90, AB 1991, S. S. 757.

⁶⁴⁷ Neue Zürcher Zeitung, 1.11.1993.

⁶⁴⁸ Armeeleitbild 95, BBl 1992, S. 850-1015.

⁶⁴⁹ Truppen für friedenserhaltende Operationen, BBl 1992, S. 1141-1184.

⁶⁵⁰ Ebd., S. 1155

parteien, die Neutralität der Truppe und eine Rückzugsmöglichkeit.⁶⁵¹ Bezüglich der Einordnung in das Instrumentarium der schweizerischen Aussenpolitik bezeichnete der Bundesrat in seinem Bericht die Blauhelme mit den Maximen Neutralität, Solidarität, Universalität und Disponibilität vereinbar.⁶⁵² Experten bezeichneten das Gesetz als Schritt in die richtige Richtung, bemängelten aber zum Teil, dass dem Konzept der kollektiven Sicherheit zu wenig Bedeutung beigemessen wurde und die restriktiven Einsatzabsichten und minimale Bewaffnung einem zu traditionellem Kurs entsprächen, der dem weltweiten Trend hin zu friedens erzwingenden Operationen nicht gerecht würde.⁶⁵³

Im Vernehmlassungsverfahren äusserte sich eine überwiegende Mehrheit der Kantone und Parteien positiv zur Schaffung schweizerischer Blauhelmtuppen und auch in den Räten stiessen diese vorerst auf wenig Widerstand. Einzig einige Repräsentanten der SVP und die Fraktion der Lega/Schweizer Demokraten sowie die Autopartei stellten sich im Nationalrat, der das Geschäft nur wenige Tage nach der F/A-18 Abstimmung behandelte, dagegen. Bedenken und Einwände, die geäussert wurden, bezogen sich vor allem auf neutralitätspolitische Aspekte. Als Vertreterin der Minderheit in der sicherheitspolitischen Kommission behauptete SVP-Nationalrätin Lisbeth Fehr, die Schaffung von Blauhelmtuppen sei eine „klare Verwässerung des eindeutig negativen Volkssentscheides von 1986 zum UNO-Beitritt.“⁶⁵⁴ Die Einbettung der Blauhelmtuppendiskussion in den isolationistischen Diskurs der nationalkonservativen Rechten zeigte, dass sich der Kampf um die Armee in diese Streitpisten verlagert und von einem öfFnungswillig-isolationistisch Konflikt überlagert werden könnte. Abgesehen von den Einsprüchen einer Minderheit bildete die parlamentarische Phase aber die Blauhelme als eine logische Konsequenz der sicherheitspolitischen Ausrichtung ab. Befürworter betonten zudem die positiven Auswirkungen des Bundesgesetzes zu schweizerischen Blauhelmtuppen auf die Armee. Auch die Mehrheit der SVP-Fraktion stellte sich hinter die Blauhelme. „Ich bin überzeugt, dass unsere Milizarmee imstande ist, solche Einsätze zu

⁶⁵¹ Ebd., S. 1151ff

⁶⁵² Ebd., S. 1140ff.

⁶⁵³ Diethelm, Robert: Schweizerische Blauhelmtuppen aus nationaler und internationaler Sicht, in: Kux, Neutralität?, S. 115-142.

⁶⁵⁴ Blauhelmtuppen. AB 1993, N, S. 1112.

leisten“ liess Sprecher Otto Hess verlauten, der auch keinen Zusammenhang mit dem abgelehnten UNO-Beitritt zulassen wollte.⁶⁵⁵ Am vehementesten gegen die Vorlage nahmen die Rechtsaussen-Parteien Stellung. Autopartei Nationalrat Steinemann demonstrativ fragte: „Wie wird wohl die Bevölkerung reagieren, wenn erstmals Schweizer Blut bei Blauhelmeinsätzen fliessen wird?“⁶⁵⁶ Lega Vertreter Maspoli sah das Ganze als Alibiübung und bezichtigte die Zustimmenden der Unterstützung der GSoA Salamitaktik.⁶⁵⁷ Bundesrat Villiger betonte als Antwort auf diese Voten wiederum die Wichtigkeit der Blauhelmtruppen, er sah gar „die Glaubwürdigkeit nicht nur der Armee, sondern auch des Landes“ in Gefahr und hielt fest, dass „sich hier auch bei orthodoxem Neutralitätsverständnis gar kein Neutralitätsproblem stellen“ könne. Die *Solidarität* gebiete es Blauhelmkorps zu schaffen. Diese würden der Armee zu wichtigen Erfahrungen und zu einem Substanzgewinn, gar einer erweiterten Sinngebung verhelfen.⁶⁵⁸ In beiden Räten, also auch im Ständerat, wurde die Vorlage schliesslich von einer starken Mehrheit gestützt, so dass in der parlamentarischen Arena von keinem ernsthaften Widerspruch die Rede sein konnte.⁶⁵⁹ Die Argumentation mit dem abgelehnten UNO-Beitritt sowie potentiellen Schweizer Todesopfern lieferte einen Vorgeschmack auf die Referendumskampagne.

5.3. DAS REFERENDUM GEGEN DAS BLAUHELMGESETZ

Auch wenn Kritik am *Blauhelmggesetz* in der parlamentarischen Arena weitgehend ausgeblieben war, lancierten rechtsbürgerliche Kreise dagegen das fakultative Referendum. 83'000 Unterschriften wurden von der Lega, Autopartei und Schweizer Demokraten gesammelt. Zu reden gab, dass sich Unternehmer Karl Schweri für das Referendum engagierte, indem er durch seinen Discount-Händler Denner rund 30'000 Unterschriften

⁶⁵⁵ Ebd., S. 1114.

⁶⁵⁶ Ebd., S. 1121.

⁶⁵⁷ Ebd.

⁶⁵⁸ Ebd., S. 1125-1129.

⁶⁵⁹ Blauhelmtruppen, AB 1993, S, S. 51-69; Blauhelmtruppen, AB 1993, N, S. 1109-1139.

beitrug.⁶⁶⁰ Als einzige Bundesratspartei schwenkte die SVP auf die Contra-Blauhelm Seite ein. An ihrer Delegiertenversammlung kam es trotz gegenteiligem Vorschlag des Zentralvorstandes und dem Appell des Gastredners und Blauhelmbefürworters Gustav Däniker jun. zu einem hauchdünnen Sieg der Blauhelmgegner, der die parteiinternen Zerwürfnisse zwischen den Anhängern Bundesrat Ogis und dem „Blocher-Flügel“ widerspiegelte.⁶⁶¹ Angedeutet wurde mit dem Entscheid der SVP-Delegierten, dass sich Teile der Basis eher mit einer traditionellen Landesverteidigung identifizierten und sich, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich mit einer neueren Sicherheitspolitik anfreunden konnten. Diese Kreise waren ausgesprochen konservativ und hielten an alten Armee-konzepten fest. Die Armee, die in einer nationalkonservativen Sichtweise eine Art Heimat in der Heimat darstellt, war durch Veränderungen in Aussenpolitik und Gesellschaft, die Ängste vor Identitätsverlust bei der nationalkonservativen Basis befeuerten, zum Kampfgebiet der entsprechenden politischen Akteure geworden.

Kommentatoren sahen das SVP-Nein zu den Blauhelmen als Vorbote einer „Zweitauf-lage der emotionsgeladenen EWR-Schlacht“ vom Herbst 1992.⁶⁶² Die AUNS, deren Präsident Christoph Blocher sich als prominentester Blauhelmgegner profilierte, präsentierte in ihrem Informations- und Pressedienst die Argumente der Blauhelmgegner. Die Argumente der AUNS entsprachen denjenigen der meisten Blauhelmgegner des rechten politischen Spektrums. Die Vorlage führe zu einer „Verwässerung der Neutralität“, die neben Unabhängigkeit und Selbstbestimmung als „Grundsäulen“ der Schweiz gilt. „Die Stärken unseres Landes werden so in dekadenter und verwahrloster Weise einer Utopie geopfert“, wurde eine Rede Christoph Blochers an der Albisgüetlitagung im Januar 1994 zitiert. Dabei würden die Säulen des Staates von Politikern und Intellektuellen, also „Leuten die nicht auf dem Boden stehen, sondern sich in akademischen Modellen gefallen“ an „geistreichen Seminaren“ unterminiert.⁶⁶³ Das Bild einer bedrohten Schweiz wurde mit dem Argumentationstopos „Volkswillen“ verknüpft. Das Volk wol-

⁶⁶⁰ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 63f.

⁶⁶¹ Neue Zürcher Zeitung, 18.4.94.

⁶⁶² Sonntagszeitung, 17.4.1994.

⁶⁶³ AUNS: Informations und Pressedienst Nr. 42, März 1994, S.2f

le diese Veränderungen im Gegensatz zu Politik und Beamten nicht, suggerierte man. Mit der Armee war nun ein Gegenstand in eine öffnungs- und modernisierungsfeindliche Rhetorik eingebunden, der an der rechten Basis ungeachtet tatsächlicher Entwicklungen als nationales *Heiligtum* galt. Der Rückgriff auf historische Reminiszenzen und die mythische Überladung der eigenen militärischen-diplomatischen Vergangenheit kann als Versuch gesehen werden, sich als Retter der Armee und damit eben auch der Schweiz zu profilieren. So stellte die AUNS die Neutralität in einen vermeintlichen historischen Zusammenhang: „Gerade weil es so verlockend ist, Grossmachtpolitik zu betreiben braucht es die Neutralität als Schranke [für die Aussenpolitik]. Das weiss die Schweiz nämlich schon seit Marignano, also seit dem Jahr 1515.“⁶⁶⁴ Der zweite Argumentationsstrang der AUNS bezeichnete die Blauhelmvorlage als ersten Schritt in die UNO. Trotz dem Volksnein von 1986 suche man den „UNO-Beitritt durch die Hintertüre“.⁶⁶⁵ Der Argumentationstopos „Ratenweise“ implizierte, dass sich nach der gescheiterten Raschen europäischen und weltpolitischen Integration der Schweiz,öffnungswillige Kreise nun versuchen würden in kleinen Schritten, die vom Volk nicht gewünschte Integration in kleinen Schritten zu erreichen. Der UNO-Sicherheitsrat würde die Aufträge an Blauhelme stellen und dieser sei in keiner Weise neutral und diene der Machtpolitik der Grossmächte. Problematisiert wurden auch die Kosten der Einsätze, auch dies war ein häufig genutzter Argumentationstopos, um die Armee-reformen an sich, aber gerade die internationale Zusammenarbeit anzuprangern. 100 Millionen müssten jährlich zu Lasten des EMD-Budgets an die Blauhelme fliessen. Die Sicherheit würde „durch einen massiven Abbau der militärischen Landesverteidigung zugunsten einer diffusen Friedensförderung geschwächt.“⁶⁶⁶

Tatsächlich präsentierten sich die Akteurskoalitionen ähnlich wie bei der EWR-Abstimmung. Opponiert wurde vorwiegend im nationalkonservativen Lager. Dies ist sicherlich nicht überraschend und hängt damit zusammen, dass die Blauhelmdebatte von einer Debatte über Neutralität beziehungsweise über deren Definition dominiert

⁶⁶⁴ Ebd., S. 3.

⁶⁶⁵ Ebd., S. 1.

⁶⁶⁶ Ebd., S. 4.

wurde. Das Contra-Blauhelm Lager umfasste neben SVP, SD, Autopartei und Lega auch vereinzelt Exponenten anderer bürgerlicher Parteien, sowie Anhänger der pazifistischen Linken. Mit Letzteren kam es zwar zu keiner eigentlichen Zusammenarbeit, jedoch wurde klar, dass auch aus dem linken Lager Nein Stimmen kommen könnten. Das Referendum stellte Links-Grün ein Dilemma. Einerseits wollte man nicht *stramm* zur Armee stehen, andererseits entsprach eine Teilnahme an internationalen Friedensbemühungen aller Art einer traditionell-linken Forderung oder wie es SP Nationalrätin Häring Binder bei der Debatte im Nationalrat ausgedrückt hatte: „Wir haben das Konzept der Armee 95 als alten Teig mit einigen frischen Rosinen charakterisiert. Nun sind wir also auf eine dieser Rosinen gestossen.“⁶⁶⁷ Die SP stellte sich klar hinter die Blauhelme, ein Ja zu den Blauhelmen sei ein Ja zu einer weltoffenen Schweiz.⁶⁶⁸ Die GSoA empfahl ihren Sympathisanten die Stimmzettel leer einzulegen, vor allem Westschweizer Vertreter hatten die Nein Parole vertreten, um eine neue Legitimierung der Armee zu verhindern, während andere fürchteten bei einer Nein-Parole die isolationistische Rechte zu unterstützen. Für die militärkritische Linke scheint es das kleinere Übel gewesen zu sein, Ja zu einem Projekt der Armee zu sagen, als mit einem Nein den zunehmenden Isolationismus in der Schweiz zu unterstützen.⁶⁶⁹ Auf linker Seite veranlassten Vorstellungen zu Aussenpolitik die Zustimmung zu einem EMD Anliegen. Gerade bei Pazifisten und der Friedensbewegung lösten der Völkermord in Bosnien und die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft auch Bedenken über die Neutralität aus. Diese bargen letztlich die Einsicht in sich, dass es grundsätzlich einen gerechten Grund für militärische Interventionen geben könne.⁶⁷⁰ Im Vergleich zur F/A-18 Abstimmung änderte sich das Gefüge der Koalitionen markant. SP und militärkritische Organisationen sowie Teile der Friedensbewegung fanden sich im Lager von CVP und FDP sowie des EMD wieder. Es verschoben sich nicht grundsätzlich die Fronten im Kampf um die Schweizer Armee, die Grenzen zwischen linken Armeekritikern und bürgerlichen Armeebefürwor-

⁶⁶⁷ Blauhelmsoldaten, AB 1993, N, S. 1118.

⁶⁶⁸ Neue Zürcher Zeitung, 21.3.1994.

⁶⁶⁹ GSoA-Zitig, Nr. 55, 1994.

⁶⁷⁰ Schweizerischer Friedensrat: Für humanitäre und politische Intervention in Bosnien. Pressemitteilung, Luzern 3.7.1993.

tern blieben meist bestehen. In den 1990er Jahren ergab sich aufgrund der Überlagerung der Armeefrage durch eine Öffnungsdebatte eine massive Armeekritik einer starken Nationalkonservativen, angeführt von Teilen der SVP, ergab. Es eröffnete sich also nicht nur die Möglichkeit des Widerstandes gegen die offizielle Armeepolitik von links, sondern auch von rechts.

Zu reden gab der zögerliche Positionsbezug der SOG. Deren lange unklare Haltung verärgerte Kaspar Villiger.⁶⁷¹ Offenbar war man in der Blauhelmfrage gespalten, wobei sich ein Konflikt zwischen Traditionalisten und Anhängern einer modernen Ausrichtung der Armee feststellen lässt.⁶⁷² Erstere wurden durch die emotionale F/A-18 Kampagne eher gestärkt. Es geht aus diversen Leserbriefen und Blauhelm kritischen Artikeln in der ASMZ hervor, dass die Armeebefürworter nicht geeint in den Abstimmungskampf gehen konnten.⁶⁷³ Armeenahere Kreise waren also vom isolationistisch-öffnungswilligen Graben durchaus geteilt, hier dürfte auch die Offiziersgesellschaft keine Ausnahme gewesen sein. Trotz der offiziellen Ja-Parole der SOG ist davon auszugehen, dass die Offiziere der Schweizer Armee in der Blauhelmfrage uneins waren. Im März hatte der Vizepräsident der SOG, Oberst Carlo Zoppi geschätzt, dass rund die Hälfte der Offiziere gegen das Projekt sei. Eine Informationskampagne sollte dies ändern.⁶⁷⁴ Auch wenn sich die Offiziere in der Blauhelmfrage schwer taten, war die offizielle Losung der Delegierten letztlich ein eindeutiges Ja, das mit der im Bericht 90 festgehaltenen und als „richtig und zukunftsweisend“ erachteten „Öffnung der schweizerischen Sicherheitspolitik“ begründet wurde.⁶⁷⁵ Der Versuch die offenbar weitverbreitete Skepsis zu relativieren, war zwar deutlich erkennbar, die im Zustandekommen zögerliche Parole wies aber nicht auf eine deutliche quantitative Zustimmung der Miliz zu den Blauhelmen hin.

⁶⁷¹ Neue Zürcher Zeitung, 7.3.1994.

⁶⁷² Tagesanzeiger, 8.3.94.

⁶⁷³ Bachofner, Franz: Die Blauhelmvorlage im Kreuzfeuer der Argumente, ASMZ, 5/1994.

⁶⁷⁴ Tagesanzeiger, 8.3.94.

⁶⁷⁵ Resolution der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft zur Abstimmung vom 12.6.94. ASMZ, 6/1994.

5.4. DER ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Debatte im Vorfeld zur Abstimmung war geprägt von der Kampagne der Blauhelm-Gegner. Sie wurde heftig kritisiert und selber zu einem Debattengegenstand. Oft problematisierten die Befürworter der Blauhelme die als beschämend und demagogisch bezeichnete Sprache der Gegner. Neben dem Vorwurf der Unredlichkeit, die Kaspar Villiger an Blauhelmgegner richtete, die behaupteten Blauhelm Aktionen gefährdeten die Neutralität⁶⁷⁶, wurde auch das angeblich tiefe Niveau der gegnerischen Kampagne kritisiert. Diese argumentiere schlagwortartig und emotional, da echte Argumente fehlen würden.⁶⁷⁷ Generalstabschef Arthur Liener kritisierte insbesondere Christoph Blocher, der unredlich agiere und dessen Argumentationen unlogisch seien und durch ihre Emotionalität nur an Instinkte und nicht an den Verstand appellieren würden.⁶⁷⁸ Anfang Mai kündete das Komitee gegen Schweizer Blauhelme, dem Christoph Blocher, Flavio Maspoli, Christian Miesch und Ulrich Schlüer prominent vorstanden, an, im Falle einer Zustimmung zu den Blauhelmen eine Volksinitiative zur Neutralität zu lancieren, die Blauhelm-Vorlage sei nämlich bei Annahme ein „Verrat an der Neutralitätsidee“.⁶⁷⁹ Die Argumente der Blauhelmgegner lauteten: Blauhelme seien nutzlos für den Frieden, seien eine Verschwendung von Steuergeldern, würden die Neutralität und Landesverteidigung schwächen, würden Söldnertruppen darstellen und schliesslich den UNO-Beitritt durch die Hintertüre darstellen. Die zeitgenössischen Kommentatoren der meisten Tageszeitungen verwarfen diese Argumente. Die Boulevardzeitung Blick titelte gar: „Das falsche Spiel der Blauhelm-Gegner“ und prangerte die gezielte Angstmacherei der Blauhelmgegner an.⁶⁸⁰ Bundesrat Villiger kritisierte die gegnerische Kampagne im selben Blatt: „Tief betroffen macht mich, dass die Gegner konsequent über Dinge sprechen, um die es am 12. Juni gar nicht geht. Mit einem Mix aus Angst, Halbwahrheiten und unzutreffenden Beispielen rüsten sie gegen die Aussenpolitik und treffen so ausge-

⁶⁷⁶ Kaspar Villiger Interview in: Solothurner Zeitung, 19.4.1994.

⁶⁷⁷ Kaspar Villiger Interview in: Landbote, 23.4.1994.

⁶⁷⁸ Bilanz, 5/94.

⁶⁷⁹ Aargauer Tagblatt, 4.5.1994.

⁶⁸⁰ Blick, 4.5.1994.

rechnet die Friedensförderung.“⁶⁸¹ Andere, wie Peter Arbenz, Generalinspektor der UN Protection Force, meinten, dass die von den finanzstarken Unternehmern Christoph Blocher und Karl Schweri ermöglichte Nein-Kampagne die Spielregeln der Demokratie strapazieren würden.⁶⁸² Die Debatte bezeichnete Arbenz als beschämend und indizierte damit die „wirklichkeitsfremde Polemik“, die die Gegner entfachen würden, wenn sie die Neutralität unsinnigerweise gegen die Blauhelmeinsätze ausspielen würden.⁶⁸³

Tatsächlich trug die Nein-Kampagne mit Plakaten von Soldatengräbern in der fremden Wüste, nachweislich falschen Zahlen und unzulässigen Quervergleichen, beispielsweise zu Finanzierungsproblemen der AHV eine ausgesprochen populistische Handschrift. Gerade die Plakate der Referendumskampagne mit der Überschrift „Einmischung in fremde Händel“ suggerierten, dass Schweizer Blauhelmblut vergossen werden könnte.⁶⁸⁴ Blauhelmgegner liessen die Investition in ein Blauhelmkontingent bezüglich der menschlichen Kosten als zu hoch erscheinen. Finanziell sei das Projekt sowieso untragbar. „Den notleidenden Rentnern und Armen in der Schweiz helfen, statt jährlich hunderte von Millionen für UNO-Organisationen und Blauhelm vergeuden“, forderte Karl Schweri in einem ganzseitigen Inserat seiner Denner AG.⁶⁸⁵ In mehreren solchen Inseraten Schweris wurde die Kostenfrage ins Zentrum gestellt und impliziert, dass für die Blauhelme aufgewendeten Mittel andernorts fehlen würden. Gerade den „notleidenden Rentnern“ zuliebe müsse man am „500 Millionen Sonntag“ Nein zu den Blauhelmen sagen. Man deutete in den Inseraten an, dass bei einem Ja zu den Blauhelmen der Benzinpreis angehoben würde und die Bürger zusätzliche Steuern abzuliefern hätten.⁶⁸⁶ Die Kampagne schien vor allem darauf ausgerichtet zu sein, im Rahmen des Argumentationstopos Kosten kleinbürgerliche Ängste zu bewirtschaften und die nationalkonservative Anhängerschaft respektive die rechten Flügel der bürgerlichen Parteien zu mobilisie-

⁶⁸¹ Blick, 11.5.1994.

⁶⁸² Tagesanzeiger, 13.5.94.

⁶⁸³ Neue Zürcher Zeitung, 13.5.1994.

⁶⁸⁴ Die Plakate werden in einem separaten Kapitel weiter unten genauer analysiert.

⁶⁸⁵ "Gnueg Heu dune" für die UNO auch ohne Blauhelm. Inserat Mai 1994.

⁶⁸⁶ Am 12. Juni: Nein zum 500 Millionen-Sonntag. Inserat Juni 1994.

ren. Auch wenn die Kampagne massiv kritisiert wurde, schien sie entsprechend zu verfangen. Die „Lügenkampagne Schweris regt mich auf“ verriet Bundesrat Otto Stich dem Blick. Die irreführende Kampagne, die durch die Finanzkraft des Denner Besitzers Schweri verbreitet werde, sei „eine Zumutung“. Finanzminister Stich unterstellte Karl Schweri eine „Profilierungsneurose“ und kritisierte auch die Unterschriftensammlung durch Denner massiv: „wenn mit Geld Unterschriften quasi gekauft werden, [...] werden die Spielregeln der Demokratie ein Stück weit verbogen.“⁶⁸⁷ Einer auf Emotionen aufgebaute Kampagne der Gegner hatten die Bundesräte Villiger und Cotti, zuletzt auch Stich, sowie pro-Komitees mit rationalen Argumenten entgegenzuhalten versucht. Vereinzelt wurde diese Taktik als verfehlt kritisiert. Der Bundesrat müsse sich mit mehr Leidenschaft für seine Vorlagen einsetzen und eine Wiederholung der bei der EWR-Abstimmung gemachten Fehler verhindern.⁶⁸⁸ Eine Kontroverse hatte die Weigerung Villigers ausgelöst in der Arena am Schweizer Fernsehen gegen Christoph Blocher anzutreten. „Unser Kriegsminister ist ein Hasenfuss“, schrieb die Sonntagszeitung.⁶⁸⁹

Die positiven Auswirkungen von Blauhelmen auf die Armee wurden in der Fachpresse und einigen Zeitungsartikeln vor allem von den Blauhelmbefürwortern als Argument angeführt. Erfahrung unter kriegsähnlichen Bedingungen zu sammeln sei, für die Schweizer Armee von grossem Interesse, zudem sei für das Prestige der Armee im In- und Ausland ein Blauhelm-Kontingent ausgesprochen förderlich, meinte Gustav Däniker. Es gehe darum dem „Gedankengut unserer theoretischen Grundlagen, der 'Sicherheitspolitik 90' und dem 'Armeeleitbild 95' samt der dort verankerten 'Gesamteinsatzkonzeption'“ einen wichtigen Teil nicht zu entziehen, appellierte er in der ASMZ an die Leserschaft.⁶⁹⁰ Auch FDP-Sicherheitspolitiker Willy Loretan sprach von „wertvollsten Erfahrungen“ für die Miliztruppe und auch davon, dass nicht nur die Solidarität mit anderen Nationen, sondern vor allem auch die eigenen sicherheits- und aussenpolitischen Interessen ein Ja zu den Blauhelmen forderten. Man dürfe als Armeefreund nicht aus

⁶⁸⁷ Blick, 22.5.94.

⁶⁸⁸ Cash, Nr. 18, 1994

⁶⁸⁹ Sonntagszeitung, 24.4.1994.

⁶⁹⁰ Däniker, Gustav: Mit dem Kopf oder mit dem Bauch. Gedanken zum Volksentscheid über Schweizer Blauhelme, ASMZ 2/1994.

Angst vor Sparprogrammen gegen das Blauhelmprojekt stimmen.⁶⁹¹ Das Wagnis führe trotz des finanziellen Aufwands zur Stärkung der Armee und der Wehrkraft. „Ich bin überzeugt, dass das Ansehen der Armee im In- und Ausland durch den Einsatz von schweizerischen Blauhelm-Truppen nur gewinnen kann. In diesem Sinne betreiben wir die althergebrachte 'Dissuasion' mit modernen Mitteln. Diese Chance gilt es zu packen! Wir dürfen sie nicht, von Selbstzweifeln verunsichert, kleinmütig verpatzen.“⁶⁹² Konträr zu Loretan äusserte sich Divisionär aD Hans Bachofner in der ASMZ. Der frühere Stabschef Operative Schulung sah die Geschlossenheit der *Armeefreunde* durch die Blauhelmfrage gefährdet: „Politischer Streit gehört nicht in die Armee. Wir setzen uns zur Wehr, wenn Armeefeinde die Grundlagen unserer Verteidigungsfähigkeit zerstören wollen. Wir gingen sogar auf die Strasse dafür. Jetzt wittern sie wieder Morgenluft. Wenn eine freiwillige Sanitätseinheit in Nagorni-Karabach die Sicherheit unseres Landes schützen kann, braucht es ja keine Armee mehr.“ Neben prinzipiellen Bedenken am Peace Keeping kritisierte Bachofner, der im Verlaufe dieser Debatte zum gewichtigsten Armeexperten der Nationalkonservativen wurde und deren Armeebild personifiziert, auch den sicherheitspolitischen Bericht 90 und damit eine Grundlage der Blauhelm-Idee, als nicht mehr zeitgemäss und aus einer sicherheitspolitischen Euphoriephase stammend.⁶⁹³ Interessanterweise folgte er in seiner Argumentation der Abgrenzung zwischen *Armeefeinden und -freunden*, die in der Blauhelmfrage eine untergeordnete Rolle spielte und vergass dabei, dass die militärkritische Linke in der Blauhelmfrage ein Dilemma sah, da ja für viele nicht eine militärische *Sanitätseinheit in Nagorni-Karabach* sondern zivile globalisierte Anstrengungen den Frieden sichern würden.

Bereits zu Beginn des Abstimmungskampfes betonten die Bundesräte Villiger und Cotti an einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass die Blauhelmfrage für die Armee nicht von existentieller Wichtigkeit sei.⁶⁹⁴ Anders als bei der F/A-18 Debatte sollte die Blauhelmfrage nicht zur Schicksalsfrage der Armee emporgehoben werden. Gleichwohl

⁶⁹¹ Neue Zürcher Zeitung, 18.5.94.

⁶⁹² Loretan, Willy: Warum dieser Kleinmut? Ja zu freiwilligen Blauhelmen, ASMZ Nr. 5/1994.

⁶⁹³ Bachofner, Franz: Die Blauhelmvorlage im Kreuzfeuer der Argumente, ASMZ, 5/1994.

⁶⁹⁴ Neue Zürcher Zeitung, 25.2.1994.

wurde oft mit dem Argumentationstopos „Glaubwürdigkeit“ operiert, die Glaubwürdigkeit der Sicherheitspolitik, deren Instrument unter anderen auch die Armee sei, hervorgehoben. Man müsse das „aussenpolitische Argumentarium um ein militärisches Element zu ergänzen.“⁶⁹⁵ Daraus ergaben sich im Vergleich zur F/A-18 Abstimmung veränderte Akteurskoalitionen. Ein Umstand, der auch von den Akteuren beobachtet und reflektiert wurde. Hatte die F/A-18 Abstimmung aufgrund der Intensität, mit der sie geführt wurde, Gräben zwischen militärkritischen, aber grundsätzlich befürwortenden und den militärfreundlichen, aber nicht in der Tradition verharrenden Positionen geschaffen, würden diese Gräben nun durch die Blauhelmdebatte wieder zugeschüttet. Damit könnte man sich von Seiten des EMD und ihres Vorstehers sichtlich von den *Traditionalisten* lösen. Dieses Vorgehen berge aber auch Gefahren. Wenn die armeestützenden Koalitionen früherer Abstimmungen dauerhaft auseinanderbrechen würden, würden die Chancen der GSoA, eine Abstimmung gewinnen zu können, zukünftig grösser. Günter Heuberger, Präsident der AWM schrieb dazu in der ASMZ: „Das Thema ist für die Medien deshalb viel interessanter [als die Armee 95], weil in dieser Frage die Armeebefürworter und Sieger vom 6. Juni 1993 gespalten sein werden. Nationalrat Gross hat im kleinen Kreis schon maliziös das Szenario durchgespielt: Am 12. Juni 1994 sollen die Patrioten und Ewiggestrigen das Blauhelmgesetz zermalmen. Damit würde auch die Koalition, die den Armeeabschaffern die schwerste Niederlage bereitet hat, zerbrechen. Als Folge der Auseinandersetzungen unter den Armeebefürwortern würden die Chancen für die nächsten Vorlagen unter dem Segel „Armeeabschaffung in Raten“ erhöht.“⁶⁹⁶ Laut Heuberger erhofften sich Armeegegner und -kritiker die Auflösung der Koalition von 1993, am ehesten versinnbildlicht in der pro-F/A-18 Demonstration auf dem Bundesplatz. Dies würde entsprechend neue Koalitionen schaffen, welche die Chancen der in der Halbierungsinitiative vorgezeichneten Abrüstungsbemühungen erhöhen würden. Tatsächlich deutete kaum etwas darauf hin, dass sich die linke Basis der Armee positiver gegenüber stellen würde. Die in den 1990er Jahren in Angriff genommenen Veränderungen honorierte man teilweise, gerade aber in linken und pazifis-

⁶⁹⁵ Neue Zürcher Zeitung, 25.2.1994.

⁶⁹⁶ Heuberger, Günter: Für sachliche Diskussion um Blauhelme, ASMZ 4/94.

tischen Kreise kritisierte man sie trotz aller Modernisierungsbemühungen mit ähnlichen Argumentationen wie in den 1980er Jahren. Überspitzt formuliert kritisierten jene Kreise die Armee, der die nationalkonservativen Armeekritiker nachtrauerten. Man konnte also von Seiten der Armee nicht damit rechnen, auf den Support der linken Stimmbürger zurück zu greifen, falls sich eine nationalkonservative Opposition zu offiziellen Armeepositionen eröffnen würde. Gerade bei Volksbefragungen, bei denen die nationalkonservative Rechte eine andere Position vertrat als die Armee, stieg nun das Risiko an Abstimmungen zu verlieren.

Obwohl zunächst ein klarer Ja-Trend auszumachen war, gelang es den Blauhelmgegnern nicht zuletzt durch die intensive Kampagne das Blatt zu wenden. Nur 42.8% und nur gerade vier Westschweizer Kantone stimmten dem Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen zu.⁶⁹⁷ Der Volksbeschluss von 1986, als der UNO Beitritt abgelehnt wurde, werde durch das Blauhelmgesetz unterhöhlt, lautete ein griffiges Argument der Blauhelmgegner. Ein militärischer Beitrag zur UNO wurde in dieser Argumentation einem eigentlichen Beitritt gleichgesetzt, respektive als eine Präzedenz zu einem späteren Beitritt gesehen. Das Blauhelmgesetz lasse sich ebenso wenig wie Beitritte zu EWR und UNO mit der Neutralität vereinbaren. Auch die traditionellen guten Dienste wurden häufig als Beispiel für eine Dienstleistung der neutralen Schweiz genannt, deren Gewicht eine Beteiligung an UNO-Militärmissionen überflüssig machen. Die Kosten der Blauhelme wären ausserdem zu hoch, die Gelder seien beim IKRK besser investiert. Die Blauhelmbefürworter hielten den gegnerischen Argumenten entgegen, dass die Einsätze völlig neutralitätskonform und ein Gebot internationaler Solidarität und Glaubwürdigkeit seien. Zudem würden auch die traditionellen guten Dienste der Schweiz nicht negativ beeinträchtigt, ja, sie erführen durch Blauhelmeinsätze eine Aufwertung und Ausweitung. Die entsprechende Vox-Analyse stellt bei der Blauhelmabstimmung einen Stadt-Land sowie einen Bildungsgraben fest, wobei urbane und gebildete Schichten dem Gesetz eher zustimmten. Von den Bundesratsparteien stimmten Anhänger der Sozialdemokraten am stärksten und diejenigen der SVP am wenigsten zu. Die Analyse sieht die Ergebnisse als „Ausdruck einer starken Kristal-

⁶⁹⁷ Bühlmann / Sager / Vatter, Verteidigungspolitik, S. 66.

lisierung der einander entgegengesetzten Lager im Bereich der Aussenpolitik.“⁶⁹⁸ Die in der ersten Hälfte bei zahlreichen Abstimmungen äussernde Öffnungsangst der Stimmbevölkerung schuf auch im Kampf um die Schweizer Armee Ausgangslagen für plebiszi-täre Niederlagen der offiziellen Linie. Dies ist auf eine Kräfteverschiebung zugunsten nationalkonservativ-isolationistischer Positionen zurückzuführen, die sich einerseits in Abstimmungen, aber auch in der Stärkung des rechten Flügels der SVP, die ihrerseits wiederum in den 1990er Jahren massiv an Wählerstärke zulegt. Die Niederlage des Bundesrates bei der Blauhelmabstimmung ist also in diesem Kontext zu sehen und mar-kierte das Ende einer jahrzehntelangen Linientreue des bürgerlichen Blocks bei Armee-abstimmungen. Dieser Liebesentzug durch einen signifikanten Teil der bürgerlich ge-sinnten Stimmbürger sollte Reformen der Armee erschweren, aber nicht verhindern, geschweige denn rückgängig machen.

In einer Analyse der Abstimmung stellte die AUNS zufrieden fest: „Der Souverän ist einmal mehr nicht auf fahrlässige Hasardspiele internationaler Betriebsamkeit einge-gangen. Er akzeptiert keine Verwässerung der Neutralität, er will keine Einmischung in fremde Händel und er achtet die Unabhängigkeit des Landes. Er billigt auch keinen Mi-litärtourismus auf Kosten der Landesverteidigung.“⁶⁹⁹ Dabei fanden die wesentlichen Elemente der Argumentation der Blauhelmgegner ihren Niederschlag. Die Hasardspiele bezogen sich auf die entrückte *Classe politique*, die den Volkswillen nur ungern akzep-tiere, da sich dieser in mehreren Abstimmungen dem Integrationswillen der Politiker entzogen hätte. Die Neutralität, das Kernargument, wurde mit der Nichteinmischung in *fremde Händel* und der Unabhängigkeit der Schweiz gleichgesetzt. Der Begriff *fremde Händel* wirkte auch als Brückenschlag zwischen der *Neutralität* und dem Vorwurf Söldnertruppen zu schaffen respektive die Miliz zu schwächen. Der Begriff ist bezeich-nend für die mit historischen Reminiszenzen operierende Polemik mit den Vorbehalten gegen eine aussenpolitische Öffnung, sowie gegenüber den kooperativen Aspekten der Armee-reform. Verbunden mit Referenzen an Marignano und das Soldwesen appellierte

⁶⁹⁸ Barranco, José / Sciarini, Pascal / Wernli, Boris: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. Juni 1994, VOX Nr. 53.

⁶⁹⁹ AUNS: Informations und Pressedienst, Nr. 43, Juli 1994, S. 1.

die Argumentation der AUNS an die virulenten Öffnungsängste der Stimmbevölkerung. Die Kosten der Blauhelmeinsätze funktionierten im Argumentationstopos „Kosten“ als weiteres, schlagkräftiges Argument, obwohl sie hinsichtlich anderer Kosten für die Armee als eher unwichtig bezeichnet werden können.

Die Blauhelmdebatte bildete einen ersten öffentlichen Höhepunkt in den Auseinandersetzungen über Einsätze der Schweizer Armee im Ausland. Sie ist jedoch eingebettet in die Folgen von armeetpolitischen und aussenpolitischen Debatten zu betrachten, die im Zusammenhang mit den Armee reformen Fortsetzungen fanden. Die sicherheitspolitischen Integrationsbemühungen wurden durch das Blauhelm-Nein verzögert, aber nicht aufgehalten. Die Skepsis des Souveräns zeigte aber, dass in der öffentlichen Diskussion plakative Schlagworte keine Differenzierung über den nationalkonservativen Neutralitätsbegriff hinaus erlauben würden. In diesem schwang ein Armeeverständnis mit, das von einer Landesverteidigungssemantik geprägt war, die Neutralität mit Autonomie und Nichtbeteiligung gleichsetzt und die Ausrichtung auf Kooperation, wie sie in der Armee reform und-modernisierung vorgesehen war, grundsätzlich ablehnte. Diese Landesverteidigungssemantik stand der von Experten getragenen Sicherheitssemantik, die die offizielle Sicherheitspolitik und die Armee reform anleitete nun gegenüber. Beide hatten im F/A-18 Abstimmungskampf einen gemeinsamen Nenner. Bereits die offizielle Verwendung von Begriffen wie *autonomer Luftverteidigung* bei den F/A-18 deutete aber auf eine Verschiebung in der öffentlichen Arena zur Landesverteidigungssemantik hin. In der Blauhelmdebatte zeichnete sich nun die Unvereinbarkeit der offiziellen Sicherheitspolitik mit isolationistischen Positionen der nationalkonservativen am Begriff Neutralität ab. Dieser werde von Teilen der Bevölkerung auf „fast mythische Weise“ zur Identität des Staatswesens erhoben, weshalb es schwierig werde gegen die auf „Autonomie pochenden Meinungsgruppen“ politische Mehrheiten zugunsten einer sicherheitspolitischen Öffnung zu erreichen.⁷⁰⁰ Feststellbar ist sicherlich die Verschmelzung von Unabhängigkeit und Neutralität in der nationalkonservativen Rhetorik, die suggerierte, dass wenn man von einer strengen Auslegung der Neutralität abkomme, die Unabhängigkeit der Schweiz gefährdet wäre. Zu einem Schulterschluss zwischen öff-

⁷⁰⁰ Haltiner, Öffnung oder Isolation, S. 66-72.

nungswilligen Linken und Bürgerlichen in Armeefragen führte die Polarisierung der Blauhelmdebatte nicht. Dies lag einerseits daran, dass die Bürgerlichen die Linke nicht als seriösen Partner wahrnehmen wollte, andererseits auch daran, dass grosse Teile der Linken in der Armeekritik der 1980er verharren. Zwar gab es für internationale Beteiligung im Militärbereich durchaus verbreitet Sympathien, aber eine in den Grundströmungen gegen das Militärische gerichtete Sicherheitspolitik wurde trotzdem aufrechterhalten.

5.5. NACH DEM BLAUHELM-NEIN DIE PARTNERSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN

Unter dem Stichwort *Partnerschaft für den Frieden* (PfP, Partnership for Peace) wurde 1993 vom Aussenminister der USA ein Modell für eine allfällige Zusammenarbeit der Nato mit den Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts sowie den neutralen Staaten Europas angedacht. In Form eines Kooperationsvertrages zwischen der Schweiz und der Nato, der einen Beitritt zur Nato und zur WEU ausschloss und eine „à la carte“ Beteiligung erlauben würde, würde man die Zusammenarbeit gestalten.⁷⁰¹ Nach Einsätzen von Sanitätseinheiten in Namibia 1989/90 und in der Westsahara 1991-94 bei denen rund 400 Blaumützen eingesetzt worden waren und der seit 1953 andauernden Beteiligung an der *Neutral Nations Supervisory Commission* in Korea, beschränkte sich die internationale Beteiligung der Schweiz vorerst auf die Entsendung von zwei Dutzend Militärbeobachtern und der Veranstaltung von Ausbildungskursen. Um den Anschluss an die sicherheits- und militärpolitische Entwicklung nicht zu verlieren, gewann die Partnerschaft für den Frieden an Bedeutung.⁷⁰² Aufgrund des Blauhelm Neins wurde die Diskussion um eine schweizerische Teilnahme aber aufgeschoben und blieb nur noch auf Verwaltungsebene Diskussionsgegenstand. Eine öffentliche Debatte zur Partnerschaft für den Frieden fand vorerst nicht mehr statt. Aus innenpolitischen Gründen zögerte der Bundesrat lange mit einem klaren Positionsbezug, obwohl er in der Sache über alleinige

⁷⁰¹ Neue Zürcher Zeitung, 8.11.1993.

⁷⁰² Neue Zürcher Zeitung-Beilage zur Armee 95, November 1994.

Entscheidungsbefugnisse verfügte.⁷⁰³ Die Einladung der Nato an der Partnerschaft für den Frieden teilzunehmen, war nicht die einzige Möglichkeit internationale Einsätze zu vertiefen, auch mit dem schweizerischen Präsidialjahr in der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*, OSZE bot sich der Schweiz eine Chance, sich einer sicherheitspolitischen Isolation zu verwehren. Bereits in der Vorgängerorganisation der *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*, KSZE hatte die Schweiz seit den 70er Jahren eine zentrale Rolle inne gehabt. Die Präsidentschaft sei nun für die Schweiz eine Möglichkeit, „sowohl eigene sicherheitspolitische Interessen wahrzunehmen als gleichzeitig auch einen sinnvollen Beitrag zur Stabilität in Europa zu leisten“, stellte Andreas Wenger von Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich fest.⁷⁰⁴ Olivier Schneider sieht darin gar eine entscheidende Annäherung an die NATO und die Ermöglichung späterer sicherheitspolitischer Konzepte.⁷⁰⁵ Das Präsidentschaftsjahr war geprägt vom Einsatz der OSZE in Bosnien, welche für die Organisation die bisher grösste Herausforderung darstellte und Durchführung demokratischer Wahlen, die Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte sowie die Leitung der Verhandlungen über Vertrauen- und sicherheitsbildende Massnahmen und Rüstungskontrolle beinhaltete. Das Mandat erschloss sich weitgehend aus dem Daytoner Friedensabkommen.⁷⁰⁶ Die Schweiz stellte zur logistischen Unterstützung der Mission ein umfangreiches *Gelbmützen*-Kontingent zur Verfügung. Dieses leistete seinen Einsatz dem damals geltenden Militärgesetz entsprechend unbewaffnet und als eine „Art Stabskompanie“, deren „Nischenkonzept“ es war, essentielle Infrastrukturleistungen zu erbringen.⁷⁰⁷ Die Gelbmützen sollten auch nach dem schweizerischen Präsidialjahr in Bosnien bleiben, wofür elf Millionen budgetiert wurden. Angesichts des positiven Verlaufs des Einsatzes in Bosnien und der innenpolitischen Akzeptanz würde man

⁷⁰³ Wenger, Andreas / Breitenmoser, Christoph / Lehmann, Patrick: Die Partnerschaft für den Frieden – eine Chance für die Schweiz, in: Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 1997/1998, S. 69.

⁷⁰⁴ Wenger, Andreas / Breitenmoser, Christoph: Die OSZE-Präsidentschaft 1996. Eine Herausforderung für die schweizerische Aussenpolitik, in: Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 1995, S. 57.

⁷⁰⁵ Schneider Olivier, Von der autarken Landesverteidigung zur Annäherung an die Nato, S. 224ff.

⁷⁰⁶ Wenger, Andreas / Breitenmoser, Christoph / Borchert, Heiko: Das schweizerische OSZE-Präsidialjahr 1996, Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 1996/1997, S. 4-46.

⁷⁰⁷ Neue Zürcher Zeitung, 14/15.9.1996.

im Rahmen der „beschränkten, rechtlichen Möglichkeiten“ die geschätzten Dienstleistungen weiterhin erbringen, verriet Botschafter Anton Thalmann der Bundeshauspresse.⁷⁰⁸ Insgesamt beurteilte man das Schweizer Präsidialjahr positiv, man habe sich ausen- und sicherheitspolitisch profilieren können, sowie die „ausgreifende Komponente der Sicherheitspolitik“ gestärkt.⁷⁰⁹ Nachdem man die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden nach der Blauhelmabstimmung, zumindest was die öffentliche Diskussion anbelangt, ruhen gelassen hatte, zeigten sich während des OSZE-Präsidialjahres Bestrebungen, die von den Bundesräte Ogi und Cotti ab Mitte 1996 wieder an die interessierte Öffentlichkeit herangetragen wurden. Widerstand war vor allem von Teilen der SVP und den Rechtsausserparteien zu erwarten.

Im August sorgte aber der Entscheid der SP-Geschäftsleitung, die Partnerschaft für den Frieden nicht zu unterstützen, für Verärgerung unter der Koalition der Partnerschaft für den Frieden-Befürworter.⁷¹⁰ Interessanterweise argumentierten die Sozialdemokraten mit der Neutralität. Die Partnerschaft für den Frieden sei lediglich „ein Warteraum für kleinere Länder des Warschauer Paktes, die man nicht in die Nato lassen will oder kann.“ Zudem sei ein Ja zur Partnerschaft für den Frieden ein Ja zur Nato, die ein Instrument amerikanischer Aussenpolitik gewesen sei und bleiben werde. „Partnerschaft für den Frieden ist nicht zuletzt eine Hinterstube für das Waffengeschäft der USA mit Osteuropa.“⁷¹¹ Die Abneigung gegenüber der von den USA geprägten Militärorganisation NATO ging über pazifistische Kreise hinaus. Diese hatte bereits während des Kalten Krieges auf internationaler Ebene starken Widerstand gegen die NATO geleistet und sie als expansiv-militaristisches Instrument US-amerikanischer Hegemonialbestrebungen disqualifiziert. Nach dem Kalten Krieg erhoffte man sich einen Rückzug der Militärallianz, die sich aber im Gegenteil neue Aufgabengebiete schuf und gar nach Mitteleuropa expandieren konnte. Als Wolf im Schafspelz wolle sie nun als Friedensförderer gelten. Auch über pazifistische Kreise hinaus war das Misstrauen gegenüber der

⁷⁰⁸ Neue Zürcher Zeitung, 19.12.1996.

⁷⁰⁹ Wenger, Andreas / Breitenmoser, Christoph / Borchert, Heiko: Das schweizerische OSZE-Präsidialjahr 1996, Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 1996/1997, S. 4-46.

⁷¹⁰ Berner Zeitung, 26.08.1996; Neue Zürcher Zeitung, 27.8.1996.

⁷¹¹ SPS Pressedienst, 30.8.1996.

NATO verbreitet und deshalb stiess die Partnerschaft für den Frieden bei vielen Akteuren, die eigentlich einen stärkeren Bezug zum internationalen Umfeld der Schweiz befürworteten, auf erhebliches Misstrauen. SP Nationalrat Remo Gysin begründete diese Position mit der verfehlten Gewichtung des Militärischen bei der Kooperation mit dem Ausland, die letztlich gar die bilaterale Zusammenarbeit mit der EU innenpolitisch gefährden könnte, wenn sich das Schweizer Volk bei der Partnerschaft für den Frieden vom Bundesrat übergangen fühlen würde. Zudem sah Gysin bei der Partnerschaft für den Frieden Neutralitätsprobleme, die auch AUNS-Vertreter Schlüer, der insbesondere die angestrebte *Interoperabilität* als über eine unverbindliche Zusammenarbeit hinausgehend bezeichnete, bei der Partnerschaft für den Frieden erkannte.⁷¹² „Blocher und Bodenmann vereint gegen die Nato-Partnerschaft“, titelte die Basler Zeitung zur einen sich abzeichnenden unheiligen Allianz des rechten SVP und des linken SP-Flügels.⁷¹³ Die Bundeshausfraktion der SP sprach sich aber im Gegensatz zu ihrem Parteipräsidenten Bodenmann, der die Partnerschaft für den Frieden als „Fixerstube“ für US-Rüstungsgüter bezeichnet hatte, für eine Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden aus.⁷¹⁴ Die Diskussion innerhalb der SP um die Partnerschaft für den Frieden führte auch zu einer erweiterten Diskussion der SP-Position zur Neutralität. Jürgen Schulz, Mitglied der SP-Geschäftsleitung, kritisierte in der NZZ frühere Positionsbezüge der SP zur Neutralität.⁷¹⁵ Tim Guldemann, 1996 OSZE-Missionsleiter, hatte in einem nie offiziell verabschiedeten Aussprachepapier den „offensichtlichen“ Bedeutungsverlust der Neutralität nachgezeichnet. Hinter dem „Neutralitätsglauben“ der Bevölkerung stünden positive Werte und Überzeugungen der Öffentlichkeit. Diese gelte es in eine Legitimationsgrundlage für die aussenpolitische Öffnung umzudeuten. Die Neutralität sei zu „einem nationalen Dogma mit breiter öffentlicher Zustimmung verkrustet“, es sei die Aufgabe der SP diese Verkrustung aufzulösen und eine Allianz mit bürgerlichen Kräften zur aussenpolitischen Öffnung unter Aufgabe der Neutralität zu forcieren.⁷¹⁶ Schulz

⁷¹² Interview mit Schlüer und Gysin, Tagesanzeiger, 5.9.1996.

⁷¹³ Basler Zeitung, 6.9.1996.

⁷¹⁴ Der Bund, 7.9.1996.

⁷¹⁵ Neue Zürcher Zeitung, 3.9.1996.

⁷¹⁶ Sozarch, Ar. 1.114.13.

kritisierte das Papier Guldemanns. Die SP müsse sich für die Beibehaltung der Neutralität einsetzen, dabei auch ihrer Forderung nach einem System kollektiver Sicherheit Nachdruck verleihen. Die Neutralität habe ihre Bedeutung nicht verloren, sie müsse gar glaubhaft gegen aussen solidarisch unter Beweis gestellt werden. „Wer sich heute von der Neutralität der Schweiz distanziert [...] der politisiert im luftleeren Raum“, begründete Schulz den innen- und aussenpolitischen Sinn der Neutralität.⁷¹⁷ Nationalrat Peter Vollmer warf der Geschäftsleitung der SP und insbesondere Präsident Bodenmann in einer Antwort auf den Artikel von Jürgen Schulz vor, den „fatalen Neutralitätsmythos“ zu befeuern und bekräftigte die in Teilen der SP vertretene Ansicht und bereits in obigem Aussprachepapier zu Tage getretenen Überzeugung, dass die Neutralität ihre Bedeutung verloren habe. Den „schweizerischen Neutralitätsdiskurs“ bezeichnete Vollmer als realitätsfremd. Die Diskussion um eine Anpassung der Neutralität mache letztlich keinen Sinn: „Die Theorien einer Neudefinition [der Neutralität] können deshalb höchstens als Etappe in der Enttabuisierung der Neutralität und als Referenz an die noch nicht angetastete Doktrin der militärischen 'Landesverteidigung' erklärt werden.“⁷¹⁸ Dass die aussenpolitische Öffnung ausgerechnet bei der Armee forciert werden sollte und diese damit neu legitimiert würde, misshagte vielen Sozialdemokraten. Trotzdem fand die Partnerschaft für den Frieden in linken Kreisen breite Unterstützung. Auch Teile der Friedensbewegung befürworteten die Partnerschaft für den Frieden, die Schweizerische Friedensstiftung bezeichnete einen Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden und eine vertiefte Kooperation mit der OSZE als erstrebenswert.⁷¹⁹ Das Dilemma NATO konnte aber kaum gelöst werden. Man anerkannte durchaus den Friedenswillen der Militärorganisation, sah diese aber als falsches und zudem sehr teures Instrument der Friedensförderung an.

In der parlamentarischen Arena stiess die Partnerschaft für den Frieden auf Kritik von Links und Rechts. Motionen des Sozialdemokraten Remo Gysin sowie des Schweizer Demokraten Rudolf Keller forderten eine Mitsprachemöglichkeit des Parlaments bei der

⁷¹⁷ Neue Zürcher Zeitung, 3.9.1996.

⁷¹⁸ Neue Zürcher Zeitung, 17.9.1996.

⁷¹⁹ Z.B. Laurent Götschel in: Neue Zürcher Zeitung, 29.10.1996.

Partnerschaft für den Frieden-Beitrittsfrage respektive eine Unterstellung derer unter das fakultative Referendum. Gysin zog seine Motion zurück, diejenige von Keller wurde klar abgelehnt.⁷²⁰ Eine Mehrheit der SP-Fraktion kritisierte diese Motionen. Man dürfe, so Barbara Häring Binder, nun nicht die Partnerschaft für den Frieden mit der Nato gleichsetzen und damit den gleichen Fehler wie bei den Abstimmungen zum EWR-Beitritt oder zu den Blauhelmen machen, als diese Anliegen implizit zu Stellvertretern für einen EU-, respektive UNO-Beitritt gemacht wurden.⁷²¹

Nachdem klar wurde, dass weder Volk noch Parlament ein Plebiszit über einen Partnerschaft für den Frieden-Beitritt verlangen würden, standen dem Anliegen des Bundesrates keine Hürden mehr im Wege. Am Rande eines Treffens des Nato-Kooperationsrats, an dem Bundesrat Cotti als OSZE-Präsident teilnahm, wurde im Dezember vom Ausussenminister der Beitritt der Schweiz zur Partnerschaft für den Frieden unterzeichnet.⁷²² Die Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE und der Partnerschaft für den Frieden belege den Willen der Schweiz sich zu öffnen und ihre Teilnahme und Solidarität mit der internationalen Staatengemeinschaft zu demonstrieren, sagte Cotti in einer Rede an die Nato. Zwar stellte er klar, dass man aus Neutralitätsgründen nicht beabsichtige, der nordatlantischen Allianz beizutreten, eine Kooperation aber auch gerade wegen der Neutralität gewünscht sei: „Mais la neutralité ne signifie pas du tout, dans notre conception, se renfermer sur son petit jardin. [...] Au contraire, la neutralité nous oblige à l’ouverture, à la solidarité et l’affirmation claire et nette de nos opinions et de nos visions.“⁷²³ Der Bundesrat hatte bereits Ende Oktober seinen Entscheid der Partnerschaft für den Frieden beizutreten, kommuniziert und betont, dass die Partnerschaft keine vertraglichen Elemente beinhalte, welche die Neutralität in Frage stelle. Sobald die Partnerschaft für den Frieden „allianzähnlichen Charakter“ annehmen würde, würde man sich vorbehalten die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden zu beenden. Letztere stimme im Moment mit den Zielen der schweizerischen Sicherheits- und Aussenpoli-

⁷²⁰ Nato-Partnerschaft für den Frieden, AB 1996, N, S. 1707-1722.

⁷²¹ Ebd., S.1717.

⁷²² Neue Zürcher Zeitung, 12.12.1996.

⁷²³ Flavio Cotti, in: Nouvelle Quotidien, 12.12.1996.

tik überein und füge sich auch in den Armeeauftrag ein. Hier sah das Präsentationsdokument des Bundesrates mehrere prioritäre Bereiche schweizerischer Beteiligung. Diese richteten sich nach der Erfahrung und der Expertise der Schweiz und beinhalteten die demokratische Kontrolle von Streitkräften, die Ausbildung in den Bereichen humanitäres Völkerrecht, Sicherheitspolitik, Logistik bei friedenserhaltenden Operationen sowie die Ausbildung von Militärbeobachtern. Auch der Aufbau sicherheitspolitischer Kompetenzzentren sowie militärische Dienste im Sanitäts- und Rettungswesen und die Vermittlung des Fachwissens des AC-Labors der Armee waren im Schweizer Beitrag zur Partnerschaft für den Frieden erfasst.⁷²⁴ 1997 wurde die Schweiz Mitglied des neugegründeten Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) der Nato. Dieser galt als Rahmen für Aktivitäten der Partnerschaft für den Frieden und umfasste weitgehend den Teilnehmerkreis der OSZE. In einer Antwort auf eine Interpellation von Ulrich Schlüer wurde festgehalten, dass der Beitritt zum EAPR wie derjenige zur Partnerschaft für den Frieden dem Bericht über die Aussenpolitik in den 90 Jahren entspreche.⁷²⁵ Trotz Widerständen konnte die Integrationsbewegung in transnationale Formen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit fortgesetzt werden. Grundsätzlich war die Richtung vorgegeben und das Ringen um das Ausmass und die Art der Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen wurde zum Fokus der Auseinandersetzungen.

5.6. SCHWEIZERISCHE BALKANEINSÄTZE UND DIE BEWAFFNUNGSFRAGE

Das erste Jahr der schweizerischen Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden wurde vom Bundesrat, der das Engagement der Schweiz an der Nato-Partnerschaft weiter ausbauen wollte, positiv bewertet. Verstärken wollte man die Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Friedensförderung, bei der militärisch-zivilen Zusammenarbeit, beim Umweltschutz und der Minenräumung.⁷²⁶ Eine Intensivierung der internationalen

⁷²⁴ Präsentationsdokument der Schweiz für die Partnerschaft für den Frieden vom 30.10.1996, in: Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 1996/1997, S. 120-125.

⁷²⁵ Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat, AB 1997, S. 2275ff.

⁷²⁶ Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 1999, S. 116.

Zusammenarbeit wurde auch im Bericht der Studienkommission Brunner angestrebt, der eine flexiblere Handhabung der Neutralität forderte. Im September wurde eine Initiative zum UNO-Beitritt der Schweiz lanciert.⁷²⁷ Ebenfalls im September präsentierte Bundesrat Ogi die Leitlinien des oben besprochenen sicherheitspolitischen Berichts 2000 *Sicherheit durch Kooperation*. Eine Ausweitung der Beiträge der Armee zur internationalen Friedensförderung wurde angekündigt und konkretisierte sich mit der Schweizer Beteiligung im Kosovo. Im Dezember 1998 sprach sich Adolf Ogi für die Bewaffnung von Schweizer Truppen im Friedensförderungsdienst aus. Man könne den Schutz, beispielsweise der Gelbmützen in Bosnien, nicht mehr an andere delegieren. Einen Widerspruch zur Neutralität erkannte der Departementsvorsteher in der Bewaffnung nicht. Vor dem Hintergrund einer gewandelten Sicherheitspolitik und im Vergleich mit anderen Neutralen müsse die Zahl schweizerischer Soldaten, die sich an friedensfördernden Aktionen beteiligen, zudem erhöht werden.⁷²⁸ Im Juni 1999 beschloss der Bundesrat schliesslich sich an der internationalen Friedenstruppe für den Kosovo (Kfor) zu beteiligen. Maximal 160 Angehörige der Armee sollten in einer Swiss Company (Swisscoy) am Wiederaufbau in Kosovo teilnehmen. Unbewaffnet und freiwillig würde die Swisscoy das österreichische Kontingent Aucon, das im Rahmen einer deutschen Brigade eingesetzt wurde, logistisch und mit anderen Dienstleistungen unterstützen.⁷²⁹ Ein entsprechendes Abkommen mit seinem österreichischen Amtskollegen unterzeichnete Adolf Ogi am 23. August.⁷³⁰ Im August 1999 konnte also mit dem Bau eines Schweizer Camps nahe Suva Reka begonnen werden. Zum Selbstschutz war das Schweizer Kontingent nicht gänzlich unbewaffnet, sondern wurde von einem Sicherheitsmodul aus Festungswächtern und Militärpolizisten, die mit Handfeuerwaffen ausgerüstet waren, geschützt.⁷³¹ Mit der Entsendung der Swisscoy und deren minimalen Bewaffnung reize man eine Nische aus, schrieb der Tagesanzeiger, die Bewaffnungs-

⁷²⁷ Ebd., S. 135f.

⁷²⁸ Neue Zürcher Zeitung 23.12.1998.

⁷²⁹ Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 2000, S. 169f.

⁷³⁰ Bundesrat Adolf Ogi unterzeichnet Abkommen mit Österreich. Medieninformation VBS 23.8.1999.

⁷³¹ Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 2000, S. 177.

frage müsse allerdings sobald als möglich geklärt werden.⁷³² Sicherheitspolitische Experten sahen in der Einbindung der Swisscoy in eine von der Nato-geführte friedensunterstützende Operation eine fällige Abkehr vom Nischenkonzept, die aber erst mit der Lösung der Bewaffnungsfrage vollzogen werden könne. Zudem erleichtere der Swisscoy-Einsatz den Schritt von einer reinen Ausbildungs- hinzu einer Einsatzarmee, auch wenn der Beitrag der Schweiz mit einer Logistikeinheit international vergleichsweise gering ausfalle.⁷³³

Viele Akteure prangerten den Zustand in der Bewaffnungsfrage an. Die Lösung, die Swisscoy von österreichischen Einheiten schützen zu lassen, galt allgemein als unbefriedigend und stiess auch bei den Partnern der Schweiz auf wenig Interesse. Dem Parlament wurde eine entsprechende Teilrevision des Militärgesetzes vorgelegt. Es handelte sich um Bereiche, die aufgrund zu erwartenden politischen Widerstands separat behandelt werden sollten, um der Armeereform XXI referendumsträchtige Steine frühzeitig aus dem Wege zu räumen. Die Bewaffnung schweizerischer Verbände im Ausland war neben der Ausbildungszusammenarbeit einer dieser vorgezogenen Punkte. Die Bewaffnungsfrage war also einerseits aufgrund des Swisscoy und des Kfor-Einsatzes zeitlich dringend, und andererseits innenpolitisch umstritten. Die Ablehnung der Bewaffnung durch skeptische Nationalkonservative aufgrund neutralitätsrechtlicher Bedenken und durch pazifistische Kreise aufgrund einer ideellen Ablehnung von Waffen als Mittel zur Erreichung politischer Ziele, eröffneten die Möglichkeit unheiliger Allianzen zwischen diesen beiden sonst sehr unterschiedlichen Akteursgruppen.

Als im Nationalrat die entsprechenden Änderungen des Militärgesetzes verhandelt wurden, kristallisierte sich, ähnlich wie in der Frage des Beitritts zur Partnerschaft für den Frieden, eine unheilige Allianz zwischen Links- und Rechtsaussen heraus. Bei der Ausbildungszusammenarbeit stiess diese Allianz sich an der Nato- Orientierung. „Letztlich soll die Schweizer Armee Nato-unterstellungsfähig und Nato-unterstellungswillig ge-

⁷³² Tagesanzeiger, 8.7.1999.

⁷³³ Wenger, Andreas / Breitenmoser, Christoph / Mäder, Markus: SWISSCOY-Einsatz im Kosovo. Erster Schritt der Schweizer Armee zur militärischen Normalität in der Sicherheitskooperation, in: Gabriel, Kosovo-Krieg, S. 119-140.

macht werden“, stellte SVP-Nationalrat und AUNS-Sekretär Hans Fehr stellvertretend für die unheilige Allianz der Kritiker der Änderung des Militärgesetzes fest.⁷³⁴ „La gauche pacifiste authentique“ habe laut dem Waadtländer PdA-Nationalrat Zisyadis nichts zu gewinnen, wenn man sich unter einen amerikanischen Schirm begäbe, der als Einzige die Militärindustrie zum Gewinner hätte.⁷³⁵ Auch der Sozialdemokrat Gysin, der eine Minderheit seiner Partei vertrat, fand: „das Hegemonialstreben der USA in der Nato [...] unerträglich“ und wollte die Friedensförderung der Schweiz auf zivile Mittel beschränken.⁷³⁶ Auch die Fraktion der Grünen richtete sich gegen den „bewaffneten Interventionismus“ sowie die bewaffnete Neutralität und forderte die „zivile Solidarität“ als Alternative.⁷³⁷ Bereits in der Nationalratsdebatte kündeten Schweizer Demokraten und Lega ein Referendum gegen die Änderungen im Militärgesetz an. Die Pläne des VBS seien „klar neutralitätswidrig“, weswegen sich ein Referendum aufdränge, meinte Schweizer Demokrat und AUNS-Mitglied Bernhard Hess.⁷³⁸ Letztlich setzte sich eine Allianz der Mitte gegen die Pole durch. Es zeigt sich, dass gerade die SP und die SVP in der Bewaffnungsfrage gespalten waren. Der Ständerat beschloss in der Folge, dass Auslandseinsätze ausschliesslich auf der Grundlage eines UNO- oder eines OSZE-Mandats zu erfolgen hätten.⁷³⁹ Dieser Änderung schloss sich im Differenzbereinigungsverfahren auch die grosse Kammer an. Bundesrat Ogi verteidigte die Vorlage als die richtige Antwort zur richtigen Zeit und als wichtiger Beitrag zu Solidarität und Friedensförderung. Wiederum betonte Ogi, dass es wichtig für die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Sicherheitspolitik sei, sich international solidarisch zu zeigen. Zudem müsse man auf eine militärische Anfrage auch militärisch antworten.⁷⁴⁰ Für sicherheitspolitische Experten der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH wäre ohne die Revision des Militärgesetz, also falls die Bewaffnungsfrage nicht positiv beantwortet würde, mit

⁷³⁴ Militärgesetz Änderung. AB 2000, N, S. 195.

⁷³⁵ Ebd.

⁷³⁶ Ebd., S. 197.

⁷³⁷ Ebd., S. 202.

⁷³⁸ Ebd., S. 197.

⁷³⁹ Militärgesetz Änderung. AB 2000, S, S. 427-477.

⁷⁴⁰ Ebd., S. 432

einem Ausschluss von Peace-Support Operationen und folglich einem Scheitern der Konzeption *Sicherheit durch Kooperation* und „fatalen Folgen“ für das gesamte Projekt der Armee XXI zu rechnen.⁷⁴¹

5.7. DIE REFERENDEN VON LINKS UND RECHTS GEGEN DIE MILITÄRGESETZREVISION

Gegen die Änderung des Militärgesetzes über die Bewaffnung von Schweizer Armeeangehörigen im Ausland lancierten sowohl ein friedenspolitisches Komitee, bei dem die GSoA federführend war, als auch die AUNS erfolgreich ein Referendum. Letzterer gelang auch gegen die Ausbildungszusammenarbeit ein Referendum. Unterstützt wurden die Referenden von den Grünen, PdA respektive von Freipartei, Schweizer Demokraten, Lega, EDU und der SVP als einziger Bundesratspartei.

Diese hatte sich an einem Parteitag gegen ihren Bundesrat Ogi gestellt und diesen vor der Basis öffentlich desavouiert. Ogi verliess die Versammlung demonstrativ während einer Rede des Repräsentanten des Zürcher Flügels Christoph Mörgeli vorzeitig. Mit 104 zu 279 Delegiertenstimmen verloren die Anhänger Ogis in der Bewaffnungsfrage den parteiinternen Machtkampf. Der frühere Divisionär Hans Bachofner äusserte sich laut der NZZ zudem abschätzig über die Swissscoy und habe das Bild „politischer Polemik“, welche den Parteitag geprägt hatte, vervollständigt.⁷⁴² In einem Interview vor dem Parteitag mit dem Tagesanzeiger hatte Ogi betont, dass es gefährlich wäre, wenn die aussenpolitischen Thesen Ulrich Schlüers zur Parteimeinung würden.⁷⁴³ Sukkurs erhielt Ogi von Hans-Ulrich Ernst, dem Generalsekretär des EMD von 1979 bis 1997 und massgeblich Beteiligten an den Armeereformen 95 und XXI⁷⁴⁴: Man könne die Armee auch abschaffen, „indem man sie von der Aktivdienstgeneration und pensionierten Generälen

⁷⁴¹ Wenger, Andreas / Breitenmoser, Christoph / Mäder, Markus: SWISSCOY-Einsatz im Kosovo. Erster Schritt der Schweizer Armee zur militärischen Normalität in der Sicherheitskooperation, in: Gabriel, Kosovo-Krieg, S. 134f.

⁷⁴² Neue Zürcher Zeitung, 3.7.2000.

⁷⁴³ Tagesanzeiger, 1.7.2000.

⁷⁴⁴ Rial, Sébastien. Ernst, Hans-Ulrich. Historisches Lexikon der Schweiz. <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D43416.php>

konzipieren lässt“, kritisierte er seine Parteikollegen und insbesondere alt-Divisionär Bachofner.⁷⁴⁵

Die angesprochenen Thesen Schlüers waren in einem Buch *Neutralitätspolitik 2000* erschienenen. Sie richteten sich gegen einen „ziellosten Interventionismus“ oder „Interventionitis“ und bezeichneten humanitäre Einsätze als „neue Kriegsform“, bei der es für einen Kleinstaat für die Schweiz nur negative Folgen gäbe.⁷⁴⁶ Die Schweiz dürfe aus Neutralitätsgründen auf keinen Fall daran teilhaben, sagt Schlüer. Den Befürwortern von Auslandseinsätzen warf er Oberflächlichkeit und böswillige Desinformation der Bevölkerung vor und argumentierte dabei im Topos „Volkswillen“, dass der Wille des Volkes missachtet werde. Sobald die Bewaffnungsfrage geklärt sei, würde man trotz aller gegenteiligen Bekundungen den Nato-Beitritt anstreben. Der wahre Grund des Kosovo-Einsatzes, so implizierte Schlüer, läge in einem ersten Schritt zur von der „politische Klasse“ angestrebten Preisgabe der Souveränität und dem Beitritt zu UNO, EU und Nato: „Dem Bundesrat ging es mit dem übereilt angeordneten, als unbewaffnet versprochenen Einsatz der Schweizer Armee allein darum einen Sachzwang zu schaffen.“⁷⁴⁷ Im Anhang des Buches lieferte Hans Bachofner fünf Argumente gegen die Militärgesetz-Revision und versuchte der strikten Neutralitätsinterpretation Ulrich Schlüers eine strategische Expertise beiseite zu stellen. Konkret warf Bachofner den Befürwortern der Revision wiederholt vor, überholten strategischen Annahmen zu folgen und bezeichnete es als idealistisch und „als Ausdruck deutlicher Neutralitätsabneigung“ mit Entsendung von Truppen ins Ausland den Frieden fördern zu wollen. Die Schweiz brauche keine Interventionsarmee, dürfe kein „Nato-Vasall“ werden. Künftige Gefahren verlangten nach einer „Widerstandsarmee“, forderte Bachofner. Mit der Militärgesetz-Revision entscheide die Schweiz letztlich, ob man „das trojanische Pferd“ ins Land holen soll.⁷⁴⁸ Das trojanische Pferd würde die Schweiz in letzter Konsequenz der Souveränität berauben. Mit diesem textuellen Bild appellierte man an diesbezügliche Verlust-

⁷⁴⁵ Berner Zeitung, 3.7.2000.

⁷⁴⁶ Schlüer, Neutralität.

⁷⁴⁷ Schlüer, Neutralität, S. 95f.

⁷⁴⁸ Bachofner, Hans: Fünf Argumente gegen die Militärgesetz-Revision. In: Schlüer, Neutralität, S. 137-148.

ängste. Der Begriff Widerstandsarmee berief sich auf einen Idealtypus einer Schweizer Armee, der im nationalkonservativen Armeediskurs häufig vorkommt und unter Berufung auf die Dissuasion zwar zumindest teilweise implementiert worden war, aber letztlich doch eine eher abstrakte Wunschvorstellung darstellte.

Vertreter der bei der Kampagne federführenden AUNS bezeichneten die Militärgesetzrevision als „Türöffner-Vorlage“ für einen Nato-, UNO oder EU-Beitritt und äusserten ihre Unzufriedenheit mit dem gesamten Reformprojekt, das auf einem unerwünschten Kurswechsel weg von der autonomen Verteidigung hin zur Sicherheit durch Kooperation beruhe. Der Graue Brief der AUNS hob die aussenpolitische Bedeutung der Militärgesetzrevision heraus: „Diese falschen aussenpolitischen Ziele werden die Unabhängigkeit, die Souveränität, die direkte Demokratie und die Neutralität der Schweiz bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln.“ Zudem werde durch „Anpassertum und modisches Prestigedenken“ eine „200-jährige Friedenstradition“ aufgegeben, nur um an „Kriegsabendteuern“ und „Militärtourismus“ teilhaben zu können. Auf die Armee hätten diese Änderungen direkte Konsequenzen: „Auslandeinsätze leisten der Schaffung einer Berufsarmee Vorschub und schwächen die Milizarmee. Sie führen zur Zweiklassenarmee.“ Man wolle verfassungswidrig eine „Nato-taugliche High-Tech-Armee im Taschenformat“ schaffen, die auch der Nato kommandiert werden könne.⁷⁴⁹ In textuellen Bildern konstruierte man eine Schweiz und ihre Armee, die sich auf jahrhundertelange Traditionen berufen könne. Man bewirtschaftete Ängste, dass diese Schweiz zu Grunde gehen könnte, da Politiker diese vermeintlichen Traditionen von Widerstandsarmee und Friedenstradition beseitigen und das Ende der wehrhaften Schweiz herbeiführen wollten. Es stehen also nicht die unmittelbare Bewaffnungsfrage, der Kosovo-Einsatz oder die Zusammenarbeitsvorlage an sich im Zentrum der AUNS-Argumentation, sondern aussen- und sicherheitspolitische Aspekte der Militärrevision und der Armee XXI, wobei die aussenpolitische Komponente in der AUNS-Argumentation überwog. Dies zeigte sich in der Angst vor einer Kettenreaktion, die die Schweiz gestaffelt in die EU, Nato und UNO führen würde. Die Bewaffnungs- und Ausbildungszusammenarbeitsfragen wurden also mit einem gesamtpolitischen Öffnungs- beziehungsweise dem Isolationsdis-

⁷⁴⁹ Grauer Brief Nr. 72, Oktober 2000.

kurs verknüpft, indem ihnen eine Weichenstellungsfunktion zugewiesen wurde und sie in eine Linie mit den Volksabstimmungen zu UNO, EWR und Blauhelmen gestellt wurden.

Die GSoA begründete ihr an einer Vollversammlung verabschiedetes friedenspolitische Referendum mit ihrem Widerstand gegen eine Militarisierung der Aussenpolitik und gegen die Nato. Die Öffnung der Schweiz müsse „durchs Hauptportal“, also mit einem UNO-Beitritt erfolgen. Auch die GSoA sah in der Militärgesetzrevision eine Grundsatzfrage, die für sie aber weniger in der aussenpolitischen Orientierung, sondern in der Wahl der aussenpolitischen Optionen lag. *Solidarität statt Soldaten* lautete das Schlagwort der friedenspolitischen Opposition gegen die Bewaffnung bei Auslandseinsätzen. Grundsätzliche Einsprüche gegen militärische Einsätze im Rahmen der Friedensförderungen waren aufgrund konkurrenzierender Konzepte der Friedensförderung zu erwarten. Tatsächlich hatten pazifistische Kreise Modelle der Friedensförderung entwickelt, die nicht-militärische Friedensförderung in den Vordergrund stellte. Eine gewisse Verärgerung darüber, dass nun die Armee die Friedensförderung sowohl als Wort als auch als Konzept für sich entdeckte und damit zivile Anstrengungen in diesem Bereich zurückzudrängen drohte, ergriff diese Akteure. Die Armee habe an Legitimation im Inland eingebüsst und suche diese nun im Ausland, lautete die prinzipielle Kritik der GSoA: „Mit dem kontinuierlichen Bedeutungsverlust ihrer Hauptaufgabe, dem bewaffneten Schutz der Schweiz vor militärischen Angriffen, bangt die Schweizer Armee um ihre Existenz. Das Verteidigungsdepartement will sich nun zu einer langfristigen Legitimation verhelfen: weg vom Kerngeschäft, hin zu medienwirksamen Betätigungsfeldern.“⁷⁵⁰ Bereits in früheren Debatten hatte sich die GSoA beispielsweise gegen den *Euro-Militarismus* der WEU geäußert und auch eine *Militarisierung der Entwicklungshilfe* angeprangert, der man beispielsweise mit einem zivilen Friedensprojekt im kroatischen Pakrac einen eigenen Lösungsansatz entgegen stellen wollte.⁷⁵¹ Die GSoA teilte mit der AUNS die Kritik am humanitären *Interventionismus*, indem sie diesen als Ideologie darstellte, die in erster Linie der Nato-Expansionspolitik zuträglich sei und die

⁷⁵⁰ www.gsoa.ch: Auslandseinsätze. Stopp dem Militärhumanismus.

⁷⁵¹ GSoA-Zitig, Nr. 54, 1994.

UNO und OSZE als Systeme kollektiver Sicherheit zurückdrängen sollte. Weder „bewaffneter Isolationismus“ noch „bewaffneter Interventionismus“ seien akzeptable Alternativen zur „zivilen Öffnung“ des Landes. Diese orientiere sich nicht am *Legitimationsbedürfnis* der Armee, sondern an einem sofortigen UNO-Beitritt und strebe eine entsprechende Umverteilung der Mittel von den Armeeaussgaben hin zum Ausbau der zivilen Friedensförderung an.⁷⁵²

5.8. DER ABSTIMMUNGSKAMPF

Ende Januar 2001 deponierten beide Referendumsträger die nötige Anzahl Unterschriften. Es werde im bürgerlichen Lager um ein Ja oder Nein zur aussenpolitischen Öffnung gehen, während es auf linker Seite vor allem um die Armee gehen werde, meinte Josef Lang von der GSoA. Das friedenspolitische Nein zur Militärgesetzrevision richte sich in erster Linie gegen den *globalen Neomilitarismus*, den „kleinen Bruder des globalen Neoliberalismus“, so Lang.⁷⁵³ Die Verbindung der Feindbilder Militarismus und Neoliberalismus illustrierte die Einbettung internationaler Kritik an der Globalisierung und der US-amerikanischen Dominanz im Militärbereich in den Abstimmungskampf der GSoA. Im Gegensatzpaar zivil-militärisch zeigte sich eine Vereinfachung der Argumente. Die GSoA propagierte zivile Antworten auf sicherheitspolitische Fragen und stellte militärische Ansätze als unterlegen dar. Die Argumente des friedenspolitischen Komitees um die GSoA kamen aber im Abstimmungskampf nur stellenweise zur Geltung, da die intensive Kampagne der AUNS in den Vordergrund drängte. Letztere löste beim Bundesrat Sorgen um die „politische Kultur“ der Schweiz aus und führte zu einer Personalisierung des Abstimmungskampfes. Medial stand Christoph Blocher im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen.⁷⁵⁴ Die AUNS Kampagne operierte mit Plakaten, welche Soldatenfriedhöfe und leere Kampfstiefel in der Wüste abbilden. Diese Bilder werden in einem separaten Kapitel unten eingehend analysiert. Inhaltlich stützte sich die AUNS-Kampagne auf das Anti-Mirandum der fremden Händel, das durch Ängste vor dem Ver-

⁷⁵² www.gsoa.ch: Gegen den Interventionismus.

⁷⁵³ Tagesanzeiger, 24.01.2001.

⁷⁵⁴ Facts, 23/2001.

lust des Milizcharakters der Armee, der Arroganz einer *classe politique* und einer Annäherung an die Nato ergänzt wurde.⁷⁵⁵

Beide Opponentengruppen fanden einen gemeinsamen Nenner in der Ablehnung der politisch-militärischen Organisation Nato, die einerseits für Internationalisierung und Professionalisierung stand, andererseits aber auch für amerikanisches Hegemonialstreben und eine Militarisierung von Aussenpolitik und Entwicklungshilfe. Umfragen zeigten eine über alle politischen Lager verbreitete und nach der Jahrtausendwende zunehmende Skepsis gegenüber der Nato.⁷⁵⁶ Beide Opponentengruppen kritisierten, dass eine Interoperabilität mit der Nato angestrebt werde und taten das auch beide aus einem grundsätzlichen Widerstand gegen eine politische beziehungsweise ökonomische Globalisierung heraus. Das linke Nein zum Militärgesetz begründete den Widerstand gegen die Nato-Annäherung zudem mit deren Rolle als Mittel der „kriegerischen Machtpolitik der reichen Nato-Länder“, der damit verbundenen „Aufrüstung und der Vermischung von humanitären und militärischen Interventionen“. Es müsse statt in „Nato-Konfliktmanagement“ in „zivile Lösungen“ mehr investiert werden.⁷⁵⁷ In einem Argumentarium der GSoA setzt man die Militärgesetzrevision in den Kontext mit einer weltweiten Spirale der Aufrüstung, die Investitionen in *echte* Friedenspolitik verdrängen würde. Zudem orientiere sich die Revision am Bedarf der Armee. Diese hätte den Feind verloren und suche nach neuen Aufgaben: „Mit bewaffneten Auslandseinsätzen löst die Schweiz keine Probleme. Der Bundesrat will der Armee damit einzig neue Legitimation verschaffen.“⁷⁵⁸ In einer Plakatkampagne hob die GSoA ihre Überzeugung „Zivile Lösungen“ hervor. Dabei standen Spielzeugpanzer anderen Spielzeugen oder Esswaren gegenüber. Verbreitet wurden die Bilder auch via E-Cards, die mit der Aufforderung verbunden waren, die Bilder in Emails als Werbebanner zu integrieren. Spielerisch führte man dem Betrachter die Alternativmodelle zivil versus militärisch in Bildern vor Augen. Die militärische Lösung stellte man dabei humorvoll verniedlichend als

⁷⁵⁵ Siehe nächstes Kapitel.

⁷⁵⁶ Haltiner, Sicherheit 2003, S. 17.

⁷⁵⁷ Wochenzeitung 23.5.2001

⁷⁵⁸ www.gsoa.ch: Friedenspolitische Argumente gegen das neue Militärgesetz.

wirkungslos dar, indem man einen Spielzeugpanzer gefärbten Eiern oder einen Stoffschaf gleichsetzte. Die Bilder beschränkten sich offenbar auf eine Lächerlichmachung der militärischen Friedensförderung, da darauf verzichtet wurde, die Alternative, die zivile Friedensförderung, als erfolgreich darzustellen. Diese kommt lediglich in der Forderung Solidarität statt Soldaten zur Geltung. Die Kampagne der GSoA hatte nicht die Vehemenz früherer Abstimmung, machte allerdings deutlich, dass die GSoA die militärische Friedensförderung als falsches Mittel gegen ein echte Probleme ansah und die zivile Friedensförderung als die richtige Art ansah globale Herausforderungen in diesem Bereich zu meistern. Auch wenn die GSoA Kampagne weniger spektakulär war als diejenige der rechten Opponenten, gelang es durchaus eine pazifistisch-antimilitaristische Position glaubhaft einzunehmen.



Abb. 9: Plakatversion GSoA E-cards. Aushangplakate trugen Überschrift Zivile Lösungen! Militärgesetz 2x Nein, Komitee "Solidarität statt Soldaten"

Der Bundesrat hatte die Herausforderung, eine Kampagne gegen beide Referenden zu fahren. Die Debatte versuchte die Regierung in den Argumentationstopoi „Glaubwürdigkeit“ und „Zeitgemäss“ ablaufen zu lassen und dabei das Thema Öffnung der Schweiz in seiner eigenen Kampagne gezielt zu vermeiden. Oswald Sigg bezeichnete die Kampagne, bei der er damals federführend war, als „aktiven Abstimmungskampf“, für den sich Bundesrat Schmid stark eingesetzt und sehr viele Auftritte und Interviews absolviert habe.⁷⁵⁹ Der damalige Bundesratssprecher Achille Casanova bezeichnete den Abstimmungskampf als weitgehend normal. Als Kernbotschaften bei der Bewaffnung hätten gegolten: „Diese Teilnahme [der Armee an humanitären Einsätzen] ist wichtig, ist richtig, ist gut, und wenn wir das machen, sollen unsere Soldaten sich zum Selbst-

⁷⁵⁹ Zit. bei Fischer, "Wir sind noch einmal davongekommen", Anhang, S. 21.

schutz bewaffnen können.“⁷⁶⁰ Die Kernbotschaften der Ausbildungszusammenarbeit lauteten: „Unsere Armee braucht Ausbildung, eine Zusammenarbeit ist gut für unsere Armee, das spart Kosten, und macht die Ausbildung effizienter.“⁷⁶¹ Die Armee und die schweizerische Sicherheitspolitik würden von einer Zusammenarbeit profitieren und eine glaubwürdige Sicherheitspolitik umsetzen. In seiner Stellungnahme im Abstimmungsbüchlein strich der Bundesrat den Nutzen einer Schweizer Beteiligung an internationalen Einsätzen heraus. „Die gelebte Solidarität – seit langem ein Leitgedanke unserer Aussenpolitik – liegt auch in unserem langfristigen Interesse“, hiess es prinzipiell zu Auslandeinsätzen, mit denen man zudem helfe Fluchtbewegungen in die Schweiz zu verhindern. Hier spielte vor allem der Topos „Zeitgemäss“, bewaffnete friedensfördernde Einsätze seien eine zeitgemässe Antwort auf moderne Herausforderungen. Eine zweite Argumentationslinie des Bundesrats war der Schutz der Soldaten. Diese müssten sich zwingend selber bewaffnen können. Des Weiteren betonte man, dass die Bewaffnung weder Souveränität noch Neutralität verletze.⁷⁶² Auch die zweite Vorlage zur Ausbildungszusammenarbeit wurde hinsichtlich des Nutzens für die Schweiz zur Annahme empfohlen.

So klammerte die Argumentation des Bundesrats die Frage nach der Öffnung beziehungsweise der Isolation der Schweiz aus. Bei der Abstimmung vom 4. März 2001 hatte die aussenpolitische Öffnung mit der Initiative „Ja zu Europa“ eine deutliche Niederlage eingefahren.⁷⁶³ Das unterstützende Komitee hiess denn auch *Ja zum Selbstschutz* und war überwiegend bürgerlich geprägt, hatte aber auch 20 Sozialdemokraten in seinen Reihen. Diese wurden von linken Gegnern der Revision, wie Hans Hartmann, kritisiert, da das Argumentarium „Selbstschutz ist schweizerisch“ unter anderem mit Begriffen wie *Soldatenehre* und *Asylprävention* angereichert sei und sich an ein rechtes Publikum richte.⁷⁶⁴ Linke Revisionsbefürworter gründeten darauf ein „friedenspolitisches“ Pro

⁷⁶⁰ Fischer, "Wir sind noch einmal davongekommen", Anhang, S. 11.

⁷⁶¹ Ebd., S. 12.

⁷⁶² Volksabstimmung vom 10. Juni 2001. Erläuterungen des Bundesrates, S. 9.

⁷⁶³ Ergebnis der Volksabstimmung vom 4. März 2001, BBl 2001, S. 2025.

⁷⁶⁴ Wochenzeitung, 22.3.2001.

Komitee „Ja zum Schutz der Zivilbevölkerung“ unter der Leitung von Barbara Häring.⁷⁶⁵ Es betonte die Wichtigkeit der Vorlage für den Schutz der Zivilbevölkerung und die Zukunft der humanitären Hilfe. Zudem kam der Öffnungsaspekt im Gegensatz zum bürgerlichen geprägten Pro-Komitee stärker zum Tragen.⁷⁶⁶ An ihrer Delegiertenversammlung sprach sich die SP nach einer emotionalen Debatte überraschend deutlich zugunsten von Bewaffnung und Ausbildungszusammenarbeit aus, es zeichneten sich aber abweichende Empfehlungen der Kantonalparteien der lateinischen Schweiz, wo der Pazifismus seit jeher eine stärkere Stellung innerhalb der Partei hatte, ab.⁷⁶⁷

Bundesrat Samuel Schmid, der die Vorlage von Adolf Ogi geerbt hatte, trat also mit einer breiten Mitte gegen linke und rechte contra-Lager an. In den Medien war der VBS-Vorsteher mit rationalen Argumenten durchaus präsent und stritt dabei auch mit seinen Parteikollegen der SVP. Die Kernbotschaften der Bundesratskampagne betonte Schmid in zahlreichen Zeitungsinterviews.⁷⁶⁸ Vehement äusserte sich Schmid zur Kampagne der Gegner, die weiter unten eingehender thematisiert wird: „Schmid: Blocher lügt“, titelte darauf der Blick.⁷⁶⁹ Der Bundesrat reagierte heftig und gezielt auf die gegnerische Kampagne von rechts, man kann die Reaktion gar als ein Hauptmerkmal der bundesrätlichen Beteiligung am Abstimmungskampf verstehen. Gerade mir der Plakatkampagne löste die AUNS und ihre Gallionsfigur Christoph Blocher wiederum eine Debatte über die Grenzen des Erlaubten im Abstimmungskampf aus. „Ich verfolge die Bundespolitik seit 40 Jahren, und ich habe noch nie eine derart schmutzige Kampagne erlebt“, beschrieb Achille Casanova die AUNS Kampagne.⁷⁷⁰ Die Schrille ihres Wahlkampfes rechtfertigte die AUNS im Argumentationstopos „Volkswillen“, mit einer jahrelangen „Desinformationskampagne“ durch das VBS, die auch nach dem Abgang von Adolf Ogi unter dem neuen Departementsvorsteher Samuel Schmid weitergehe. Man

⁷⁶⁵ Tagesanzeiger, 18.4.2001.

⁷⁶⁶ Der Bund, 27.3.2001.

⁷⁶⁷ Neue Zürcher Zeitung, 2.4.2001.

⁷⁶⁸ Bsp. Berner Zeitung, 17.4.2001; Facts, 20/2001, Neue Zürcher Zeitung, 12.5.2001.

⁷⁶⁹ Blick, 20.3.2001.

⁷⁷⁰ Fischer, „Wir sind noch einmal davongekommen“, Anhang, S. 12.

wolle die Schweiz plakatieren, um der VBS-Kampagne entgegen zuhalten und somit dem Volk Zugang zur Wahrheit zu verschaffen, drohte das Komitee an einer Pressekonferenz.⁷⁷¹ Gegenseitige Skandalisierungsversuche prägten nun den Abstimmungskampf, wobei die eigentlichen Debattengegenstände in den Hintergrund zu rücken drohten. „Wer stoppt die Desinformationskampagne der AUNS?“ konterte die Neue Zürcher Zeitung bereits zum Beginn der Kampagne⁷⁷² und in der Endphase äusserte sich Bundespräsident Leuenberger dazu: „Die Militärgesetzrevision wird mit Bildern und Parolen bekämpft, die unweigerlich an unselige Zeiten zurückerinnern: Säрге, Gräber, Soldatenfriedhöfe, Schweizer Kreuze, die zu Pistolen verunstaltet werden. Wir haben am Mittwoch im Bundesrat darüber gesprochen und finden: Die politische Kultur unseres Landes wird in einer Weise vergiftet, die nicht mehr tolerierbar ist und für die Zukunft Ungutes erahnen lässt.“ Diese Passage einer Rede Moritz Leuenbergers vor der Eisenbahnergewerkschaft zitierte der Blick.⁷⁷³ Man habe bereits drei Wochen vor dem Abstimmungstermin beschlossen, die Abstimmungskampagne der Gegner zu thematisieren, verriet Oswald Sigg in einem Interview kurz nach der Abstimmung im Rahmen einer Lizentiatsarbeit.⁷⁷⁴ Der Bundesrat habe nun stets auf die Kampagne hingewiesen, die Radikalität der Aussagen habe dies aufgedrängt. „Für mich war aber das Übelste der Kern der Kampagne, die Säрге und Soldatenfriedhöfe. Man hätte diese Plakate im Grunde genommen wieder abhängen müssen. Das passiert wirklich nur in der Schweiz, hier hat man wirklich nicht verstanden, was damals in Europa passiert ist.“⁷⁷⁵ Der Bundesrat schreckte also auch nicht vor polemischen Angriffen auf die Gegner zurück um eine möglichst hohe Aufmerksamkeit zu erhalten. Die Kampagne der Bewaffnungsgegner war zwar durchaus problematisch, aber sie kann nicht als Einzelfall gesehen werden, sondern im Kontext einer zunehmenden gesamtpolitischen Polarisierung aufgrund des erstarkten Nationalkonservativismus. Die Intervention von Bundespräsident Leuenberger sollte ein Medienecho erreichen. „Mit einem sachlichen Beitrag wäre man gar nicht

⁷⁷¹ Tagesanzeiger, 17.3.2001.

⁷⁷² Neue Zürcher Zeitung, 17.3.2001.

⁷⁷³ Blick, 1.6.2001.

⁷⁷⁴ Fischer, „Wir sind noch einmal davongekommen“.

⁷⁷⁵ Ebd., S. 75f.

mehr in den Medien gekommen. Seien wir ehrlich: Da war auch taktisches Kalkül dabei. Wenn Leuenberger lediglich noch einmal gesagt hätte, wie wichtig diese Vorlagen für Volk und Land seien, dann hätte das kein Medienecho ausgelöst“, erklärte Karl Schwaar, damals Berater Moritz Leuenbergers.⁷⁷⁶ Auch andere Bundesräte äusserten öffentlich Bedenken über die AUNS-Kampagne, was das Magazin *Facts* zur Vermutung veranlasste, man wolle linke Nein-Stimmen verhindern mit einer Personalisierung des Nein Lagers auf Christoph Blocher.⁷⁷⁷ Casanova und Sigg gaben zu, dass man sich mit der Thematisierung der AUNS-Kampagne zusätzliche Ja-Stimmen erhofft habe, in erster Linie sei es aber darum gegangen, mit welchen Regeln man in der direkten Demokratie streiten solle. Der knappe Ausgang der Abstimmung habe gezeigt, dass sich dies gelohnt habe: „Wir sind noch einmal davongekommen: fast wäre es passiert, dass Blocher und seine Getreuen mit ihrem Geld die Schweizer Meinungen gekauft hätten“, resümierte der nicht unparteiische Sigg, Abstimmungssiege bedurften seit jeher einer gewissen finanziellen Nachhilfe, zur Abstimmungskampagne.⁷⁷⁸

Die pro-Kampagne versuchte derweil die Armeeangehörigen, um deren Schutz es letztlich ging, ins Zentrum einer Plakatserie zu rücken. Unter dem Titel „Selbstschutz ist schweizerisch“ war eine ehemalige Swisscoy Teilnehmerin in zivil abgebildet. Mit „Sicherheit vor Ort“ wurde die Parole „2xJa zum Militärgesetz“ begleitet. Die Darstellung rückte einerseits die Person ins Zentrum, andererseits verdrängte sie das Militärische beinahe gänzlich. Weder Tarnanzug noch Waffen waren auf dem Plakat abgebildet. Den Beruf der abgebildeten Swisscoy-Teilnehmerin Juristin erwähnte man explizit, den militärischen Rang oder die Funktion blendete man aus. Den von GSoA propagierten Gegensatz zwischen zivil und militärisch verwässerte die Plakatkampagne hier gezielt. Auch die Konkurrenzhaftigkeit zwischen militärischer und ziviler Friedensförderung erfuhr in den Plakaten eine deutliche Abschwächung, indem auf die Klarstellung, ob es sich um eine militärische oder zivile Friedensförderung handle, verzichtet wurde. Man gab den Schutzwürdigen ein Gesicht und personalisierte damit die Bewaffnungsfrage.

⁷⁷⁶ Ebd., S. 77.

⁷⁷⁷ *Facts*, 23/2001.

⁷⁷⁸ Fischer, „Wir sind noch einmal davongekommen“, Anhang, S. 32.

Ein Nein würde bedeuten, der Abgebildeten einen essentiellen Selbstschutz zu verweigern. Mit dem Slogan „Selbstschutz ist schweizerisch“ bezog man sich auf das Bild der Schweiz, die sich eigenständig verteidigen könne. Letzteres stand etwas im Widerspruch zur vermehrt internationalen Ausrichtung.



Abb. 10: Abstimmungsplakat 2 x Ja zum Militärgesetz

Trotz der Dominanz der SVP und AUNS Kampagne gelang es auch der GSoA, linke Nein-Stimmen zu generieren. Dies zeige die erhöhte Anzahl Nein Stimmen in der Westschweiz, die unter anderem auch in den abweichenden Parolen der traditionell pazifistischen SP-Kantonalsektionen begründet liegt.⁷⁷⁹ Indiz für eine verstärkte Wirkung der linken Nein-Kampagne ist die stärkere Ablehnung in den militärkritischen Kantonen der Westschweiz.⁷⁸⁰ Die Vox-Analyse des Urnenganges zeigt aber eine Dominanz der Argumente des national-konservativen Nein-Lagers. Die Nein Stimmenden hätten dies überwiegend aus Ablehnung gegen eine Öffnung getan und nicht wegen ihrer Haltung gegenüber der Armee. Zudem hätten Anhänger und Sympathisanten der SP und der Grünen überdurchschnittlich Ja gesagt.⁷⁸¹ Mit einem hauchdünnen Vorsprung von unter 40'000 Tausend Stimmen wurden die Referenden abgelehnt.⁷⁸² Noch am Abstimmungs-

⁷⁷⁹ Neue Zürcher Zeitung, 12.6.2001; Tagesanzeiger, 11.6.2001.

⁷⁸⁰ Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. Juni 2001. BB1 2001, S. 4660.

⁷⁸¹ Ballmer-Cao, Thanh-Huyen / Egli, Caroline / Konishi, Mario / Lanski, Michael / Marquis, Lionel: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. Juni 2001. Vox Nr. 74.

⁷⁸² Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. Juni 2001, BB1 2001, S. 4660-4664

sonntag versuchte Bundesrat Schmid die Verlierer zu beruhigen. Die Neutralität habe nicht zur Disposition gestanden und an Kampfhandlungen würden Schweizer Soldaten nicht teilnehmen. Als „knappen Vertrauensbeweis für Kooperation“ kommentiert die NZZ den Abstimmungsausgang.⁷⁸³ Der Ausgang der Abstimmung kommentierten Beobachter als gewichtige Niederlage Christoph Blochers. Hier lag auch der Fokus der Presseberichterstattung. Zum ersten Mal habe sich der Bundesrat bei einer ausserpolitischen Frage gegen Blocher durchsetzen können, konstatierte der Tagesanzeiger.⁷⁸⁴ Die Kräfteverhältnisse bei Kooperationsfragen waren keineswegs stabil, was auch die knappen Abstimmungsergebnisse zeigten. Karl Haltiner entwickelte drei verschiedene Kooperationsstypen, die je einen Drittel der Schweizer ausmachten: die „harten Öffnungswilligen“, die einen Beitritt zur EU oder eine Annäherung an die Nato verfechten, die „weichen Öffnungswilligen“, die grundsätzlich positiv zur Öffnung stünden und eine vermehrt aktive ausserpolitische Rolle der Schweiz wünschten und die „Autonomisten“, die eine über das Notwendigste hinausgehende Kooperation ablehnten. Die zweite Gruppe in der Mitte tendiere dabei eher zu den Autonomisten als zu den „harten Öffnungsbefürwortern“.⁷⁸⁵

In den Abstimmungskampf waren mit der GSoA, der AUNS und den Militärgesetzbefürwortern drei sehr unterschiedliche Akteursgruppen involviert, die alle ihre eigenen Argumentationsmuster in die Debatte einzubringen suchten, aber sich gegenseitig selten sachlich begegneten. Gegen Ende war die Debatte von Gehässigkeiten und bewusst herbeigeführten Auseinandersetzungen über den politischen Stil der rechten Bewaffnungsgegner überlagert, während die Argumentation der GSoA zunehmend in den Hintergrund trat. Interessant war die Ausgangslage für den Bundesrat, der eine Vorlage gegen zwei völlig unterschiedliche Argumentationen verteidigen musste. Er tat dies vor allem im Topos „Glaubwürdigkeit“ und im Topos „Zeitgemäss“, wobei einerseits in Plakaten der Widerspruch zwischen ziviler und militärischer Friedensförderung bildlich aufge-

⁷⁸³ Neue Zürcher Zeitung, 11.6.2001.

⁷⁸⁴ Tagesanzeiger, 11.6.2001.

⁷⁸⁵ Haltiner, Sicherheit 2001, S. 72f.

weicht wurde, andererseits an soldatische Ehre, man verteidigt ganz schweizerisch sich selber, appelliert wurde.

5.9. DIE VISUELLE KOMMUNIKATION DER KOOPERATIONSGEGNER

Die Bilder der Abstimmungskampagnen zu den Blauhelmen und zur Teilrevision des Militärgesetzes wurden zum Teil oben bereits beschrieben. Nach dem Urnengang vom 10. Juni 2001 zeigte eine Karikatur des Tagesanzeiger Christoph Blocher, der einen mit Jauche beladenen Traktor, beschriftet „10 Mio Kampagne“, in ein Grab hinein fährt.⁷⁸⁶ Die Kampagne hatte, wie diejenige gegen die Blauhelme, durch Angstappelle emotionalisierend gewirkt und wurde deshalb auch zum Gegenstand einer Skandalisierung. Inhaltlich entsprechen sich die Bilder der Kampagne gegen die UNO-Blauhelme und gegen die Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Ausland respektive der Ausbildungszusammenarbeit mit anderen Armeen in vielerlei Hinsicht. Gemeinsam ist beiden die Verwendung von Angstappellen als Emotionalisierungsstrategie und die Polemik mit historischen Reminiszenzen.

Ein Plakat der Anti-Blauhelmkampagne veranschaulicht dies. Im Vordergrund des Bildes liegt eine halbierte Soldatenerkennungsmarke im Sand einer Wüste, im Hintergrund sind auf einer Düne mehrere Kreuze zu erkennen. Die Wüste als eindeutig fremdes Gelände bildet den Ort der angeblichen Einsätze und soll wohl eher mentale Bilder des Irakkrieges oder des Konfliktes in Somalia erzeugen, als auf den erfolgreichen Einsatz in der Westsahara hinweisen. Durch die Kreuze wird die fremde Wüste als Ort des Sterbens dargestellt, eventuell gar auf die eine generelle Gefährlichkeit westlich-christlicher Einsätze in der meist muslimischen Wüste hingewiesen. Der klarste Hinweis auf die Suggestion, Schweizer Soldaten könnten in der Wüste ihr Leben lassen, ist die Soldatenmarke. Mit Schweizerkreuz und der Länderabkürzung CH ist sie eindeutig als Erkennungsmarke der Schweizer Armee zu erkennen. Die Schlagzeile ist eine Frage „Einmischung in fremde Händel?“. Sie stellt den Bezug zum Solddienst her. Dabei

⁷⁸⁶ Tagesanzeiger, 11.6.2001.

dient „Händel“ als Stigma-Wort für Kooperation mit dem Ausland, der mit dem Soldatendienst gleichgesetzt wird. Die Referenz an die Neutralitätsmaxime Niklaus von Flües verleiht dem Wort „Händel“ Eigenschaften eines Anti-Mirandums, da es gruppenübergreifend als abwertend für politische Verstrickungen mit dem Ausland verstanden



wird.⁷⁸⁷

Abb. 11: Anti-Blauhelmplakat AUNS

Die Frage der Schlagzeile ist rhetorisch und stellt die stimmberechtigten Betrachter vor die Wahl, ob sie das Szenario auf dem Bild Realität werden lassen wollen. Mit einer Stimme gegen die Blauhelme werde dies verhindert, so der Slogan „CH-Blauhelme Nein“, wobei das CH dem Layout der Erkennungsmarke entspricht. Der negative Eindruck, den gescheiterte UNO-Missionen in den 1990er Jahren, prominent der Einsatz in Somalia oder prinzipielle Schwächen militärischer Friedensförderung, die sich besonders deutlich in der Hilflosigkeit niederländischer Blauhelme beim Massaker von Srebrenica offenbart hatten, wurde von den Blauhelmgegnern unter Auslassung erfolgreicher Einsätze wie in Mazedonien bewirtschaftet. Die Verknüpfung mit diesen Einsät-

⁷⁸⁷ Gemeint ist der überlieferte Ratschlag von Flües an die Eidgenossen von der Weiterverfolgung einer Grossmachtpolitik abzusehen "Machet den zun nit zu wit" siehe Ernst Walder, Heinrich Stirnimann, Niklaus von Flüe in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)

zen erfolgte über die Suggestion eines schweizerischen Kriegseinsatzes, der Schweiz Soldaten unmittelbarer Lebensgefahr aussetzen würde. Unter diesem Gesichtspunkt bezichtigte Bundesrat Villiger die gegnerische Plakatkampagne des Zynismus und der falschen Darstellung der schweizerischen Blauhelmeinsätze, bei denen Schweizer gerade nicht in den Krieg zögen.⁷⁸⁸

Im Anti-Europadiskurs der isolationistischen Rechten wurde oft vor *fremden Händeln*, gemeint war eine Integration in ein sich einendes Europa, gewarnt. Die Polemik mit der historischen Reminiszenz an den Solddienst bediente man auch im Zusammenhang mit der Miliztauglichkeit von UNO-Einsätzen. Dabei monierte man, die Unfähigkeit der Armee Blauhelm-Missionen auszuführen, da eine Milizarmee dazu nicht geeignet sei. Das Nein-Lager liess auch die Einschränkung, es werden nur Freiwillige einen Auslandeinsatz leisten, nicht gelten, da man diese Freiwilligen mit 75'000 Franken im Jahr⁷⁸⁹ stattlich entlohne. „Wer für Fr. 85'000.- militärische Aufgaben übernimmt, ist doch kein 'Freiwilliger'! Er ist ein vom Bund bezahlter Söldner, der in fremde Dienste eintritt“, hiess es in einem Schweri-Inserat, wobei die Lohnsumme zu hoch angegeben war.⁷⁹⁰ Der Urheber des Referendums Flavio Maspoli sah aufgrund der Bezahlung der Blauhelme den Söldnervorwurf gerechtfertigt⁷⁹¹ und Christoph Blocher sprach gar von einer Wiedenzulassung der „Reisläuferei“. ⁷⁹² Zum Söldnervorwurf gehört auch, dass die rechten Blauhelmgegner jene als Keimzelle einer späteren Berufsarmee anprangerten. Der Milizgedanken der Armee würde ausgehöhlt, da sich dieser auf den „strikt defensiven Charakter“ der Landesverteidigung berufen müsse, was bei Einsätzen der Blauhelme nicht gegeben sei.⁷⁹³

⁷⁸⁸ Blick, 11.5.1994.

⁷⁸⁹ Truppen für friedenserhaltende Operationen, BBl 1992, S. 1166.

⁷⁹⁰ "Gnueg Heu dune", Inserat Mai 1994.

⁷⁹¹ Blick, 18.5.94

⁷⁹² Tagesanzeiger 26.5.94.

⁷⁹³ Berner Zeitung, 30.5.94.



Abb. 12: „Friedhofsplakat“ des AUNS nahen Komitees Friedensplatz Schweiz

Im Abstimmungskampf zur Teilrevision des Militärgesetzes 2001 wurde wiederum auf das Anti-Mirandum der fremden Händel zurückgegriffen und dieses bildlich mit einem Angstappel verknüpft. Ein *Friedhofsplakat* des AUNS-nahen Komitees *Friedensplatz Schweiz* verschärfte den Slogan der Blauhelmabstimmung zur Frage: „Schweizer Söhne für fremde Händel opfern?“. Das Plakat zeigt einen Soldatenfriedhof, dessen Kreuze nach Demarmels, in Anlehnung an Andreas Meier, ein hohes Emotionalisierungspotential aufweisen, da es den Tod vieler Soldaten respektive Schweizer Söhne im Auslandseinsatz als Drohkulisse aufbaue.⁷⁹⁴ Ein weiteres Plakat zeigt einen leerem Kampfstiefel in der Wüste und als Schlagzeile die Suggestivfrage: „Für fremde Mächte sterben?“. Neben dem Kampfstiefel liegen mehrere Patronenhülsen sowie weiter hinten im Sand ein Stahlhelm. Auf einer Düne erkennt man ein Kreuz, das auf den Tod des ehemaligen Träger der Kampfstiefel hinweisen könnte. Der Fliesstext bildet die Erklärung zum Bild: „Schweizer Soldaten sind für den Krieg gerüstet, um die Freiheit der Schweiz zu schützen. Dafür müssen sie notfalls ihr Leben einsetzen. Aber wir opfern unsere Männer

⁷⁹⁴ Meier, Andreas: Kontroversen in der Plakatwerbung. Unpublizierte Seminararbeit. Universität St. Gallen 2003, zit. bei Demarmels, Ja. Nein. Schweiz, S. 264.

und Söhne nicht für fremde Kriegshändel. Denn aus Kriegen kommen Soldaten als Verwundete, Kranke oder Tote zurück. Deshalb spielt man nicht mit Kriegen. Darum: Keine Schweizer Soldaten ins Ausland! Keine ausländischen Soldaten in der Schweiz, Überparteiliches Komitee ‚Friedensplatz Schweiz‘. „Auslandeinsätze wurden explizit mit Kriegseinsätzen gleichgestellt, die potentiell tödlich für Schweizer Armeegehörige sind. Der Slogan beantwortet die rhetorische Frage der Schlagzeile mit „2 x Nein zum Militärgesetz“.



Abb. 13: Plakat 2 x Nein zum Militärgesetz

Neben den beiden am breitesten gestreuten Plakaten, dem Friedhofs- und dem Kampfstiefelplakat, erregten auch kleinere Inserate der SVP gegen die Änderungen im Militärgesetz die Gemüter. Ein Inserat bildet ein Schweizer Kreuz ab, das sich links zum Gewehrlauf und rechts zum Abzug verändert und von der Aussage „Für Nato-Gelüste die Neutralität brechen... .. heisst Neutralitot“. Die Verknüpfung der Bewaffnungs- und Zusammenarbeitsvorlage mit der Nato, die *Gelüste* hege, deutet Unberechenbarkeit der vorgesehenen Einsätze an. Auch ein weiterer Schriftzug des Plakates. „Die SVP will kein Schweizer Militär im Ausland und kein ausländisches Militär in der Schweiz“ geht kaum auf die Bewaffnungsfrage ein, sondern sieht im Militärgesetz eine Schicksalsfrage für die Neutralität, die auf dem Plakat auch durch eine leichte Abwandlung, *Neutralitot*,

ebenso ihr fiktives Ende findet wie ein Schweizer Soldat im bewaffneten Auslandereinsatz.



Abb. 14: SVP-Zeitungsinserte gegen das Militärgesetz

Weniger kritisiert wurde ein weiteres SVP-Insertat mit ähnlicher Argumentation. Dabei brechen frackbehangene Bundesräte mit einem Presslufthammer eine Brücke zum Volk, auf der der Schriftzug „immerwährende Neutralität“ prangt, ab. Immer wieder stellten Exponenten des bürgerlichen Nein-Lagers die potentiellen Gefahren von Auslandereinsätzen in den Vordergrund, diese seien für eine Milizarmee nicht tragbar. Ausserdem führten Auslandereinsätze zu einer „Vernachlässigung“ der Verteidigungsaufgabe und zum Ende der Milizarmee. Christoph Blocher schrieb dazu in einem Kommentar, der sich stark an den Fliesstext des Kampfstiefelplakates anlehnte: „Die Rechtfertigung der schweizerischen Milizarmee liegt in ihrem Wesen als Widerstandsarmee. Schweizer Soldaten als Bürger in Uniform sind dazu gerüstet, um unser Land und unsere Freiheit zu schützen und zu verteidigen. Dafür müssen sie notfalls ihr Leben einsetzen. Die Kernfrage lautet jedoch: Sterben wofür? Sollen Schweizer Soldaten für fremde Händel sterben? Sollen Schweizer Söhne und Töchter für fremde Kriegshändel geopfert werden?“⁷⁹⁵ Die Suggestivfrage „Für fremde Händel sterben?“ bildete die Kernaussage des Abstimmungskampfes der bürgerlichen Revisionsgegner. Sie beinhaltete wie bei der Blauhelmafstimmung eine historische Reminiszenz an Söldnerelend und an Verachtung

⁷⁹⁵ Aargauer Zeitung, 5.6.2001.

der Milizsoldaten durch eine bundesrätliche Elite. Diesbezüglich karikierte die SVP die Armeeführung in einem Inserat als Nato-Hörige, „Grosskotzige Militärköpfe“, die sich auch gerne an internationalen Konferenzen in den Vordergrund stellen möchten, da sie unter Langeweile litten. Auf dem ausgetreckten Zeigefinger eines Dreistern-Generals mit Riesenkinn und Stiernacken rennen Miniatursoldaten. Im Text heisst es: „Grosskotzige Militärköpfe haben Langeweile. Die Landesverteidigung genügt ihnen nicht mehr. Sie streben nach 'Höherem'. Deshalb wollen sie ins Ausland. Um dort ihre Militärspiele zu spielen. Dafür wollen sie unsere Soldaten wie Marionetten herum befehlen und unsere Armee schliesslich den Grossmächten ausliefern und der Nato unterstellen.“⁷⁹⁶ Einige SVP-Exponenten verurteilten das Inserat, man könne nicht „pauschal und mit der Sprache der GSoA auf die Offiziere losgehen“, kritisierte der Vize der *Jungen SVP* Thomas Fuchs den pauschalen Angriff gegen die Offiziere durch die SVP.⁷⁹⁷ Mit der Darstellung der Armeeführung als den Interessen des Volkes entgegenwirkende *Militärköpfe* übernahm man auf Seiten der AUNS durchaus die *Betonkopf*-Bilder der Armeegegner.

Interessant ist, dass die Plakate der Anti-Blauhelmkampagne von 1994 für das Referendum gegen das Militärgesetz 2001 quasi rezykliert wurden. Wohl fand der Angstappell, tote Schweizer Soldaten, mit dem Soldatenfriedhof eine Verstärkung, die Aussage, *wenn ihr JA zu Blauhelmen, respektive zum Militärgesetz sagt, dann werden Schweizer Söhne sterben*, blieb aber die gleiche. Beide Kampagnen lösten eine Debatte über die Grenzen des Abbildbaren in der direkten Demokratie aus. Demarmels ordnet insbesondere das Friedhofsplakat in die Gruppe der „umstrittenen Plakate“, die „zu emotional“ wirken und deshalb „paradoxerweise ... durch anhaltende Diskussionen weitere Medienpräsenz“ erhielten.⁷⁹⁸ Angesichts möglicher Nein-Stimmen für das Militärgesetz aus dem linken Lager kann aber spekuliert werden, dass aufgrund der Personalisierung der Debatte auf Christoph Blocher, diese erhöhte Medienpräsenz sich nicht in zusätzlichen Nein-Stimmen niederschlug, sondern linke JA-Stimmen diesen Umstand wieder aufhoben. Im Untersuchungszeitraum galten auch andere Plakate als umstritten, gerade vom

⁷⁹⁶ Inserat in Berner Zeitung, 22.5.2001.

⁷⁹⁷ Berner Zeitung, 22.5.2001.

⁷⁹⁸ Demarmels, Ja. Nein. Schweiz, S. 263.

Zürcher Flügel der SVP geprägte Kampagnen wie das „Kosovo-Albaner, NEIN“ Plakat oder Plakate der Initiative „Stop dem Asylmissbrauch“ waren heftig umstritten.⁷⁹⁹ Insofern sind Grabstein- und Friedhofskampagne als Produkt des provokativen SVP-Stils, der seit den 90er Jahren regelmässig polarisierte, zu betrachten.⁸⁰⁰

5.10. AKTEURE, PERFORMATIVITÄT UND ARGUMENTATIONS-MUSTER

Die Aufladung militärpolitischer Themen durch aussenpolitische Debatten in den 1990er Jahren veränderte das Akteursgefüge gegenüber den von gesellschaftspolitischen Fragestellungen dominierten Armeedebatten während des Kalten Krieges. Die Akteure gruppierten sich nicht mehr entlang einem zuvor stabilen links-rechts Graben bei Militärfragen, der jeweils in der parlamentarischen Arena in einer oft unangetasteten Mehrheit, aber auch in der öffentlichen Arena in deutliche Mehrheiten zugunsten der Armee mündete.

Gerade die Abstimmung über die Entsendung schweizerischer Blauhelme kann als Schnittstelle militärpolitischer mit aussenpolitischen Grundsatzentscheidungen in der öffentlichen Arena gesehen werden, an der zwar die Erweiterung der Sicherheitspolitik verhandelt, aber auch über vermeintliche Maximen der Aussenpolitik entschieden wurde. Als eine solche wurde die Neutralität dargestellt, deren Neuverhandlung Unmut aus konservativen Akteurskreisen hervorrief. Diese fanden in den Blauhelmen eine Projektionsfläche für ihren Widerstand gegen eine Öffnung der Schweiz. Nachdem sich in der parlamentarischen Arena vorerst nur die rechtsaussern Parteien der Schweizer Demokraten, der Lega und der Autopartei gegen die Blauhelme einsetzten, stieg die SVP als gewichtiger Akteur auf Seiten der Blauhelmgegner in die Debatte ein. Aus den starken innerparteilichen Zerwürfnissen ging der sogenannte Blocher Flügel oder Zürcher Flügel gestärkt hervor. Die Letzterem nahe AUNS stellte einen zentralen Akteur in den Debatten um die Schweizer Armee in den 1990er Jahren dar und konnte mit der Ableh-

⁷⁹⁹ Demarmels, Ja. Nein. Schweiz, S. 263-266.

⁸⁰⁰ Kriesi, Der Aufstieg der SVP.

nung der Blauhelme 1994 die Erfolgsserie bei aussenpolitischen Plebisziten fortsetzen. Die AUNS reifte somit zu einem der gefährlichsten Kritiker der offiziellen Armeepolitik, da die Verknüpfung von isolationistischen Öffnungsängsten und der Skepsis gegenüber der Modernisierung der Armee beim Volk mehrheitsfähig war. Neben den Rechtsausseparteien, der SVP sowie der AUNS, formierte sich auch eine links-pazifistische Opposition gegen die Blauhelme. Damit war die Ähnlichkeit der Akteurskoalitionen der Blauhelmafstimmung mit der EWR-Debatte komplettiert, als ebenfalls Linksaussen und von Grünen Widerstand gegen den EWR angemeldet wurde.⁸⁰¹

Die Landesregierung trat in der öffentlichen Arena als vehementer Verfechter der Blauhelmeinsätze auf. Durch mehrere gemeinsame Auftritte verleihen Kaspar Villiger und, als Aussenminister Flavio Cotti dem Blauhelmanliegen Gewicht. Diese Auftritte zeigten eine Performativität, die sich bereits bei der F/A-18 Abstimmung gezeigt hat und auf die man auch bei anderen Gelegenheiten zurückgriff. Durch den geschlossenen Auftritt mehrerer Mitglieder markierte der Bundesrat demonstrativ Autorität. Das bei diesen Gelegenheiten Gesagte stand nicht im Vordergrund, es ging vielmehr darum, die Einigkeit der Landesregierung in einer Frage zu demonstrieren und die Stimmbürgerschaft zur entsprechenden Stimmentscheidung zu veranlassen und so von einer unbedachten Entscheidung aufgrund der gegnerischen Kampagne abzuhalten. Letztere war getragen von finanzstarken Organisationen, vor allem von der AUNS und der SVP als einziger Bundesratspartei, aber auch vom Besitzer des Lebensmitteldiscounters Denner Karl Schweri, der durch seine schiere Finanzkraft in der öffentlichen Arena zum Akteur zu werden vermochte. Der Anti-Blauhelm-Kampagne lag aufgrund ihrer Grobheit eine Performativität inne, die sie von anderen Abstimmungskampagnen unterschied. Vor allem die in den Bildern der Kampagne liegende Provokation verschaffte der Anti-Blauhelmkampagne eine erhöhte öffentliche Wahrnehmung und verzerrte in der öffentlichen Arena den Abstimmungsgegenstand von einer Frage eines Blauhelmkontingents zum Skandaltheema der Tötung schweizerischer Soldaten in ausländischen Diensten.

⁸⁰¹ Linder, Wolf: Handbuch, S. 499f.

Die Darstellung von *Neutralität* und aussenpolitischer Öffnung als ein sich ausschliessendes Gegensatzpaar war Teil eines von rechten Blauhelmgegnern verwendeten Argumentationsmusters. Die Blauhelmopposition von links beklagte hingegen in erster Linie eine Militarisierung der *Friedenspolitik*. Die Zunahme der rechten Militärkritik und deren Erfolg mit dem Blauhelmreferendum führten zu einer Zurückhaltung der meisten Experten bei der öffentlichen Infragestellung der Neutralität. Die *Neutralität* wandelte sich in der öffentlichen Debatte gar zu einer unveränderlichen Variablen und wurde zumindest als Begriff von offizieller Seite nicht mehr angezweifelt, galt diesbezüglich gar als Prämisse. Ein Nato-Beitritt wurde in der zweiten Hälfte der 90er Jahre explizit nicht angestrebt, auch wenn mit der Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden die Zusammenarbeit intensiviert worden war. Eine nationalkonservative Rechte im Aufschwung verhalf einem Verständnis von Neutralität als Staatsmaxime, die Freiheit und Unabhängigkeit garantiere zur Dominanz. Im Armeeleitbild XXI gingen die Verfasser entsprechend vorsichtig mit dem Begriff *Neutralität* um und auch Befürworter von Auslandseinsätzen bemühten sich stets zu betonen, dass Kooperation mit dem Ausland die Neutralität nicht verletze.

Die Nato als angebliches Bündnisziel diente linken wie rechten Armeekritikern als Zielscheibe. Während linke Akteure sie zum Teil als imperialistisches, militaristisches Instrument der USA ablehnten, argumentierten rechte Isolationisten, bereits die technische Anpassung an die Nato sei ein Vorzeichen für einen Beitritt und das Ende der Neutralität. Die Interoperabilität gefährde zudem die Organisation der Armee als Miliz. Das Feindbild Nato führte mit zu einem Ausbau der sich bereits bei der Blauhelmabstimmung abzeichnenden unheiligen Allianz zwischen linken und rechten Militärkritikern. Zwar brachte der Bosnieneinsatz der Gelbmützen verbreitet Goodwill und in der parlamentarischen Arena Mehrheiten für eine verstärkte Mitarbeit der Schweiz bei internationalen Projekten im Rahmen der Partnership for Peace. Die Gegner halten ihre Kritik, die Zusammenarbeit führe zu einem Souveränitätsverlust respektive zu einer Militarisierung der Aussenpolitik aber aufrecht. Die Kritik aus dem linken Kritikerlager nahm durch die Annäherung an die Nato durch die Partnerschaft für den Frieden zu, während die rechte Kritik stabil bleibt. In der parlamentarischen Arena zeigten sich SP und SVP beide gespalten. Während bei der SP Präsident Bodenmann sich eher ablehnend äusser-

ten, befürworteten jeweils knappe Mehrheiten der Fraktion die Sicherheitspolitik des Bundesrates in diesem Bereich.

Bei den Referenden gegen Teile des neuen Militärgesetzes fand das Umschlagen in unheilige Allianzen in der Armeekritik eine Verbreiterung: AUNS und GSoA lancierten beide erfolgreich Referenden gegen Teile des Militärgesetzes. Zwar war die SVP wie beim Blauhelmreferendum einzige referendumsunterstützende Bundesratspartei, die SP empfahl ihrerseits ein Ja zum Militärgesetz. Neben den kleinen Rechtsausserparteien bekämpften aber auch die Grüne Partei und die PdA die Bewaffnung schweizerischer Soldaten im Ausland. Diese unheilige Allianz war themenspezifisch und beschränkte sich weitgehend auf den Aspekt bewaffneter Einsätze im Ausland und ging nicht über die Fassung derselben Abstimmungssparole hinaus. Linke Akteure dieser Allianz erkannten in der *Militarisierung der Aussenpolitik* und der Steigerung subsidiärer Einsätze eine *Relegitimierung* einer ansonsten obsolet gewordenen Armee. Rechte Akteure monierten einen in der Zusammenarbeit liegenden Souveränitätsverlust und das Ende der Neutralität durch bewaffnete Auslandseinsätze. In diesem Abstimmungskampf wohnte der AUNS-Kampagne wiederum eine durch die Skandalisierbarkeit der Friedhofskampagne begründete Performativität inne. Die Art der Bewerbung des AUNS-Referendums bewirkt fast zwangsläufig ihre Skandalisierung. Letztere verhalf der Kampagne zu Prominenz.

Das *Alignement des fronts* in der Armeekritik wurde mit der Herausbildung einer sich wiederholt äussernden rechten Opposition gegen die offizielle Armeepolitik verfestigt. Die Artikulation und konstante Überarbeitung einer Sicherheitspolitik, die sich kaum noch am traditionellen Armeebild der nationalkonservativen Rechten orientiert gingen über die Streitfrage der Kooperation mit dem Ausland eigentlich hinaus. Letztere stellte aber ein angreifbares Objekt der Auseinandersetzung dar, da die Opposition gegen eine verstärkte Kooperation mit dem Ausland beim Volk mehrheitsfähig blieb. Der Widerstand dieser nationalkonservativen Rechten, deren Gedankengut am vehementesten von der AUNS vertreten wurde, richtete sich gegen die Öffnung in vielen Bereichen, so auch gegen die historische Aufarbeitung der Schweiz im 2. Weltkrieg oder die institutionelle Annäherung an Europa. Das *Doublement des fronts* war also nicht unbedingt

armeespezifisch, fand aber in der Armeekritik einen Angelpunkt. Auch die als unheilig betitelten Allianzen trafen sich bei anderen Fragen. Bei der Armee verharrte die Kritik aus dem linken politischen Spektrum aber lange auf hohem Niveau. Auch wenn der Aspekt der Öffnung gegen aussen prinzipiell begrüsst wurde, blieb die Armee vor allem wegen der hohen Kosten Gegenstand linker Kritik und Ablehnung. Festhalten kann man zudem, dass trotz der voranschreitenden Modernisierung der Armee harte Armeegegner an ihrer Ablehnung der Armee festhielten oder ihr Anteil an der Bevölkerung zumindest stabil blieb. In der parlamentarischen Arena zeigte sich, dass die offizielle Armeepolitik seit Mitte der 1990er Jahre bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes vor allem von der politischen Mitte, der CVP und der FDP gestützt werden musste und nicht mehr auf einen geschlossenen bürgerlichen Block zählen konnte, da sich von beiden politischen Polen her eine stabile Opposition gegen die offizielle Armeepolitik bildete.

6. IM KAMPF UM DIE SCHWEIZER ARMEE VERWENDETE ARGUMENTATIONSTOPOI

In diesem Kapitel sollen Argumentationsmuster einzelner Kerndebatten auf den gesamten Untersuchungszeitraum eruiert werden und Argumentationstopoi zugewiesen werden, die sich ihrerseits aus den vorhergehenden Kapiteln erschliessen. Dabei wird direkt auf das Quellenmaterial zurückgegriffen, das aus den Kerndebatten herausgelöst und damit in einen grösseren Zusammenhang gebracht werden kann. Die Argumentationstopoi fangen dabei Argumentationsmuster ein, respektive kategorisieren diese und stellen ihnen einen Spielraum zur Verfügung. Eine einzelne Argumentation oder ein einzelnes Argumentationsmuster spielt also im Raum innerhalb eines oder mehreren übergeordneten Topoi. Mit der in diesem Kapitel versuchten Übertragung der Argumentationsmuster auf die Ebene der Argumentationstopoi soll eine Fassbarmachung der Semantik des Kampfes um die Schweizer Armee angestrebt werden. Die hier dargestellten Argumentationstopoi lassen sich über den gesamten Untersuchungszeitraum akteurs-, debatten- und arenenübergreifend feststellen und bilden samt den Argumentationsmustern die Grundlage des semantischen Kampfes um die Schweizer Armee. Die Auswertung der Debatten bringt die Argumentationstopoi „Zeitgemäss“, „Volkswillen“, „Ratenweise“, „Glaubwürdigkeit“, „Kosten“ und „Bedrohung“ hervor, die in den nachfolgenden Kapiteln einzeln untersucht werden und jeweils einen Bogen über die einzelnen Kerndebatten schlagen. Dabei werden in den Quellen auffindbare Aussagen verschiedener Akteure nebeneinander gestellt und in die Kontinuität der Argumentationstopoi eingeordnet. Damit kann gezeigt werden, wie die Akteure die Argumentationstopoi spezifisch in Sprach- und Bildtexte übersetzen.

6.1. TOPOS „ZEITGEMÄSS“

Mit dem Topos „Zeitgemäss“⁸⁰² ist gemeint, dass Objekte, Zielsetzungen und Aufwand wie Waffensysteme, Aufgaben- und Mittelzuweisungen, den aktuellen Bedürfnissen angepasst sein müssen, um eine Rechtfertigung für ihre Notwendigkeit zu erhalten. *Die*

⁸⁰² In den folgenden Kapiteln werden die Argumentationstopoi als Topoi bezeichnet.

Armee muss zeitgemäss sein, sich an Veränderungen anpassen und Entwicklungen nachvollziehen, sonst kann sie ihre Aufgabe nicht erfüllen. Dieser Topos findet sich entsprechend gehäuft im Untersuchungszeitraum, da die Anpassung an internationale Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges einigen Widerstand hervorgerufen hat. Der Topos wird zur Rechtfertigung von Veränderungen bei der Armee, die sich über den gesamten Zeitraum in einem Anpassungsstress befindet, herangezogen und richtet sich sowohl gegen linke Abrüstungsforderungen als auch gegen eine konservative Kritik an den Armeereformprojekten. Der Zwang mit der Zeit zu gehen ist bei einer Institution wie einer Armee, deren Aufgabe es grundsätzlich ist, im Kriege gegen andere zu bestehen noch sehr viel ausgeprägter als in anderen Bereichen, wo ein direktes Kräftemessen kaum im Ansatz vorgesehen ist. Vor allem wenn man zeitgemäss als technische Vorgabe erachtet, ergibt sich daraus eine Rechtfertigung für kostspielige Erneuerungen. Macht man hingegen die Verbindung zum aussenpolitischen Kontext, kann man je nach Standpunkt andere Schlüsse aus der Vorgabe ziehen, man habe zeitgemäss zu sein.

Bei der Debatte um die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges in der parlamentarischen Arena verwendeten Gegner und Befürworter der Flugzeugbeschaffung den Topos Zeitgemäss. Einerseits bezeichnete man die Flugwaffe als zukünftig wichtigste Teilstreitkraft, eine zeitgemässe Verteidigung müsse deshalb zwingend über konkurrenzfähige Kampfflugzeuge verfügen. Gerade beim Vergleich mit sicherheitspolitisch vergleichbaren Nationen wie Finnland wurde der Topos „Zeitgemäss“ deutlich. Die Finnen, die sich für eine Beschaffung einer grossen Anzahl F/A-18 entschieden hätten und überdies noch ein neutrales Land mit Milizsystem seien, leisteten sich eine moderne, also zeitgemässe Verteidigung. Der Irakkrieg hätte zudem die Wichtigkeit des Luftkampfes eindrücklich unter Beweis gestellt. Moderne Kriege würden in der Luft entschieden, es gelte darum sich entsprechend zeitgemäss zu rüsten. Die Schweiz müsse sich dieser technischen Modernisierung stellen, auch wenn sie einiges an Ressourcen erfordere.

„Dass wir mit unserer Wahl richtigliegen - die Schweizer lassen sich ja gern im Ausland bestätigen, weil sie den eigenen Propheten nicht immer glauben -, bestätigt der finni-

sche Entscheid zum Kauf von 64 F/A-18. Dieses Flugzeug ist auch europafähig, wenn man das will. Die Integration des F/A-18 in einen Verbund ist im Golfkrieg eindrücklich bestätigt worden“, verteidigte Bundesrat Kaspar Villiger das Beschaffungsprojekt im Nationalrat.⁸⁰³ Auch FDP-Nationalrat Franz Steinegger verwies auf das Erfolgsmodell F/A-18: „Dann haben wir den Entscheid in Finnland, in Amerika, in Deutschland, in Kuwait, in Israel. Die Finnen haben sich für 64 F/A-18 entschieden. Die USA haben entschieden, dass man die F/A-18-Produktion fortsetzt. Können wir das neue Armeeleitbild mit der dynamischen Raumverteidigung ohne Modernisierung der Luftwaffe realisieren?“ Mit der im Armeeleitbild portierten dynamischen Raumverteidigung würden zudem die Truppenzahlen gesenkt, was durch höhere Mobilität und Feuerkraft teilweise kompensiert werden könnte. Dies sei aber nur durch eine zeitgemässe Luftverteidigung möglich. Steinegger verwies auf die irakische Armee, der die Absenz einer zeitgemässen Luftverteidigung drastisch zum Verhängnis wurde: „Was dies bedeutet, konnte man zwischen AI Jahra und dem Mitlo- Pass in Kuwait sehen, wo sich die Iraker ungedeckt aus Kuwait City nach AI Basrah zurückziehen wollten.“⁸⁰⁴

Die Beschaffungsgegner andererseits sahen in der F/A-18 Beschaffung ein Projekt, das noch aus dem Kalten Krieg stamme und einer Zwängerei des EMD, das keinem aktuellen Militärdenken standhalte, entspringe. Man müsse sich europapolitisch ausrichten und auch die Luftverteidigung im Verband mit europäischen Partnern anstreben, statt sich ihnen, aufgrund überholter Konzepte einer autonomen Verteidigung, zu verweigern. Aufrüstungsprojekte wie die Beschaffung des F/A-18 stünden demzufolge quer in der Landschaft und seien nicht mehr zeitgemäss. Man wirft den Beschaffungsbefürwortern fehlendes Umdenken und das Verharren in alten Mustern vor. Der in den Armeedebatten oft wortführende SP Nationalrat Elmar Ledergerber warf der Architekten der Armeereform 95 vor, überhaupt nicht zeitgemäss sein: „Ein Szenario „Schweiz allein“ besteht nicht mehr; das ist die grosse Änderung, die in den vergangenen Jahrzehnten und Jahren eingetreten ist. Dieser fundamentale Wandel macht eine völlige Neuein-

⁸⁰³ Rüstungsprogramm 1992. AB 1992, N, S. 944.

⁸⁰⁴ Ebd., S. 890.

schätzung unserer Verteidigungspolitik notwendig. Das Konzept „Armee 95“, das wir noch gar nicht diskutiert haben, vollzieht diese Neuorientierung nicht und das vorliegende, aber auch noch nicht diskutierte neue Armeeleitbild erst recht nicht [...] Überspitzt gesagt schreiben wir heute immer noch an der neuesten Version des Rütli-rapports, statt dass wir uns endlich eurostrategisch neu ausrichten.“ Es sei bedenklich, fuhr Ledergerber fort, dass man über Ausgaben diskutiere, deren Grundlagen nicht mehr aktuell und kaum diskutiert seien. Ausserdem stellte Ledergerber die Vorgabe der autonomen Luftverteidigung in Frage und nannte auch die Kosten als Argument gegen die F/A-18 Beschaffung: „Der F/A-18 ist technisch für die Schweiz ein paar Schuhnummern zu gross. Der Kleinstaat ist heute technisch gar nicht mehr in der Lage, eine autonome Luftverteidigung der modernen Art zu betreiben. Diese Flugzeugbeschaffung im heutigen Zeitpunkt ist erstens unnötig und übereilt Sie ist zweitens technisch falsch konzipiert, und sie ist drittens auf die Dauer nicht finanzierbar.“⁸⁰⁵

GSoA Exponent Andreas Gross nahm das Ende des Kalten Krieges zum Anlass, die Armeeplanungen als unzeitgemäss und die schweizerische Sicherheitspolitik als einer überkommenen und als Alptraum bezeichnete Logik des Kalten Krieges gehorchend hinzustellen: „Die Chance dieses Umdenkens und richtigen neuen Handelns war seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so gross wie heute. Doch ausgerechnet in dem Land, das sich aus dem Krieg herauszuhalten vermochte, hat das kalte, konfrontative Denken den kalten Krieg überlebt Sie beschaffen das von Ihnen prinzipiell schon vor zehn Jahren anvisierte Flugzeug so, als ob seither nichts passiert wäre, als ob sich die Welt seither nicht von einem Alptraum befreit hätte, als ob seither nicht die meisten gemerkt hätten, dass mit den kriegerischen Mitteln und Investitionen mehr Frieden nicht beschaffbar ist und dass mit einem technisch hochentwickelten, aber den Menschen im Normalfall nicht weiterhelfenden Kampfflugzeug diesem Land nicht geholfen wäre.“⁸⁰⁶ SP Präsident Helmut Hubacher verfolgte eine ähnliche Argumentation, indem er wiederholt auf den Beginn des Beschaffungsprojekts hinwies: „Der Startschuss zur Be-

⁸⁰⁵ Ebd., S. 898f.

⁸⁰⁶ Ebd., S. 898

schaffung geht auf die Zeit Anfang der achtziger Jahre, also noch auf die Zeit des kalten Krieges, zurück. Heute haben wir eine völlig neue sicherheitspolitische Lage.“⁸⁰⁷

Das EMD propagierte in der öffentlichen Arena die Armee 95 als direkte Reaktion auf die weltpolitischen Ereignisse der Wende von 1989. Dies obwohl man auch auf den Pillenknick, aufgrund dessen man die Verbände nicht mehr alimentieren konnte, reagieren musste und Anpassungen der Verteidigungskonzeption schon Mitte der 1980er angedacht waren. Der Name *Armee 95* verortete das Armeereformprojekt in der Gegenwart respektive der Zukunft. Man antwortete mit der Armee 95 sowohl auf innenpolitisch-gesellschaftliche als auch auf aussen- und sicherheitspolitische Veränderungen. Die Armee 95 sei ein tiefgreifendes und weittragendes Reformprojekt, das eine Antwort auf den Wandel gebe, ohne jedoch an Milizsystem und Wehrpflicht zu rütteln. Eine zeitgemässe Armee könne den Widerspruch zwischen Anpassung und Kontinuität auflösen, wie in einer Pressemitteilung zum Armeeleitbild 95 argumentiert wurde: „Der Bundesrat hat im „Armeeleitbild 95“ eine Konzeption für die Struktur, den Einsatz und die Entwicklung der Schweizer Armee veröffentlicht. Das Leitbild ist von einer grundsätzlich neuen Denkweise geprägt. Es geht von einer reduzierten und neu strukturierten Armee (Armee 95) aus.“⁸⁰⁸ In einfachen Worten stellte Kaspar Villiger an einer Pressekonferenz zum Armeeleitbild die angehende Reform als zeitgemässe Antwort auf die neue sicherheitspolitische Lage dar, aber auch als eine Reform die im Volk verankert werden soll und einer Kontinuität verpflichtet sei: „Ich will eine Armee, welche Antworten auf die Risiken der nächsten Jahre gibt. Nicht auf die verschwundenen Risiken des kalten Krieges. Ich will eine Armee, die den Wandel mitvollziehen kann. Ich will eine Armee, auf die die jungen Schweizer stolz sein können. Ich will eine Armee, deren Akzeptanz wieder zunimmt. Das bedeutet eine Armee, welche ein multifunktionales und glaubwürdiges Instrument des politischen Krisenmanagements ist. Eine solche Armee ist kleiner und flexibler als die heutige. Sie ist modern. [...] Ausrüstung und Ausbildung schaffen den Sprung in die moderne Technologie. [...] Eine Milizarmee braucht Kontinuität. Man kann sie nicht heute abschaffen, morgen wieder einführen, übermor-

⁸⁰⁷ Ebd., S. 910.

⁸⁰⁸ Armeeleitbild 95. Pressekonferenz EMD, 13. Februar 1992.

gen halbieren und in einer Woche wieder verdoppeln. Krisen entstehen schneller, als Armeen aufgebaut werden können. Trotzdem muss eine Armee dem Wandel periodisch angepasst werden können.“⁸⁰⁹

Auf Kritik stiess dieses von Armeeseite als zeitgemäss vermarktete Armeeleitbild bei den Sozialdemokraten. Das aus dem Kalten Krieg stammende Projekt kritisierten diese mit dem Topos „Zeitgemäss“. Da dieses nicht mehr zeitgemäss sei, so die Folgerung, lehne man es in der Richtung ab. Die Armee halte unnötigerweise an einer viel zu hohen Bestandeszahl fest, was dazu führe, dass man den Anschluss an eine Modernisierung der Armee, also einer kleineren und an veränderte Bedrohungen angepasste Armee verpasse. Der wiederholte Hinweis auf den Kalten Krieg zielte einerseits darauf ab, die Vorlagen als obsolet abzutun, andererseits aber auch mit einer Zeit in Verbindung zu bringen, die insbesondere im Bereich der Rüstung vor dem Hintergrund einer atomaren Bedrohung als negativ gezeichnet ist und auch die vehementen Widerspruch der europäischen Friedensbewegung gegen das System Militär mit sich brachte. Einer Massenarmee war durch das Ende der bipolaren Weltordnung eine Legitimationsgrundlage entzogen worden, dabei wurde in gewissen armeekritischen Kreisen die Totalabschaffung gefordert, aber auch von moderateren Armeekritikern, hier wiederum Ledergerber, bei einer Debatte eine Neuorientierung gefordert, die eben der Zeit nach dem Kalten Krieg entsprechen würde: „Das Projekt „Armee 95,, wurde im kalten Krieg geboren; es stammt aus der Mitte der achtziger Jahre. [...] wir sind der Meinung, dass dieses Projekt Armee 95 eigentlich Makulatur ist und nie voll zum Tragen kommen wird. Die Logik in diesem Konzept ist die Logik des kalten Krieges. [...] Die Zeit der grossen Landheere und der grossen Landschlachten, der terrestrischen Auseinandersetzungen mit Massenheeren, ist vorbei in Europa [...] Eine Armee, ob mit 450 000, 600 000 oder 200 000 Leuten, kann gegenüber Terrorakten mit Raketen zum Beispiel nichts ausrichten. Es entspricht auch nicht der veränderten Bedrohungslage in einem anderen Sinn.“⁸¹⁰

⁸⁰⁹ Armeeleitbild 95. Pressekonferenz EMD, Votum von Bundesrat Kaspar Villiger, 13. Februar 1992.

⁸¹⁰ Armeeleitbild 95, AB 1992, N, S. 2080f.

Bei der Umsetzung der Armee 95 anerkannte man auch von offizieller Seite, dass das Konzept hinter der Armee 95 aus dem Kalten Krieg stamme und die Armee eigentlich bereits bei ihrem Start nicht mehr zeitgemäss sei. Folglich wurden die Veränderungen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auch unter dem Topos „Zeitgemäss“ argumentativ vorangetrieben. Im Zusammenhang beispielsweise mit dem Bericht Brunner und der später folgenden Entwicklung der Armee XXI betonte man die Wichtigkeit des Reformvorhabens sowie dessen Dringlichkeit. Die zu erfolgende Weichenstellung sei zeitgemäss und nach der Kurzsichtigkeit der Armee 95 überfällig. Im Namen *Armee XXI* widerspiegelte man den Anspruch für das 21. Jahrhundert eine zeitgemässe Konzeption entwickelt zu haben. Zwar habe der sicherheitspolitische Bericht 90 bereits eine Neuorientierung angedeutet, diese werde nun im Bericht 2000 Sicherheit durch Kooperation vollzogen. Man habe sich nun endgültig von der Sicherheitsphilosophie des Kalten Krieges und alten Mythen lösen können. Man richte sich nach der Gegenwart aus und müsse nun eine zeitgemässe Armee formen. Der Topos „Zeitgemäss“ war gerade bei der Diskussion um die sicherheitspolitische Ausrichtung auf Seiten der Modernisierungsbefürworter präsent. Konsequenterweise wurden Gegner dieser Modernisierung als ewiggestrig und rückwärtsgewandt kritisiert, während sich die Mehrheit der Armee reformbefürworter einer modernen Weltanschauung verpflichtet fühlte. Eine Entwicklung, die sich mit der Entwicklung weg von einem Links-Rechts Graben hinzu einem Konservativ-Modern Konflikt illustrieren lässt. Experten sahen in *Sicherheit durch Kooperation* die Anpassung an sicherheitspolitische Herausforderungen vollzogen und die neusten Entwicklungen nachvollzogen. Einer der profiliertesten Beobachter NZZ Militärexperte Bruno Lezzi bewerte dies folgendermassen: „Unter dem Motto 'Sicherheit durch Kooperation' wird die Abkehr von der 'Sicherheitsphilosophie des kalten Krieges' definitiv vollzogen, die durch die damals plausible Dissuasionsstrategie und das feine, aber inzwischen veraltete Räderwerk der Gesamtverteidigung bestimmt war. Das ist die eigentliche Kernaussage. Denn nicht zuletzt der Kosovokrieg hat die Grenzen autonomer Selbstbehauptung deutlich erkennen lassen. So gesehen stellt sich die Schweiz mit der Kurskorrektur – zumindest in der Theorie – konsequenter als zuvor auf

die neuen weltpolitischen Realitäten ein.“⁸¹¹ Auch andere sahen den Bericht 2000 als definitive Abkehr von veralteten Doktrinen. In einem Kommentar in der Westschweizer 24 heures hiess es, dass der Geist des Aktivdienstes, der bis anhin überlebt habe, nun endgültig abgedankt hätte: „L'adieu au hérisson. L'esprit de la mob est mort hier, définitivement. La doctrine de la dissuasion à coups de milliards, qui avait survécu dans la précédent rapport sur la sécurité de la suisse en 1990, est enterrée“⁸¹² Endlich sei man weg vom *Igeldenken* gekommen, ein überfälliger Schritt, meinte *der Bund*⁸¹³

Die Verschiebung sicherheitspolitischer Schwerpunkte zugunsten einer internationalen Kooperation hatte sich im sicherheitspolitischen Bericht 90 abgezeichnet und galt als zukunftsweisend. Man strebte eine zeitgemässe Kooperation mit befreundeten Staaten im Bereich der Sicherheitspolitik an. Neben dem Topos „Glaubwürdigkeit“ spielte auch der verwandte Topos „Zeitgemäss“ eine Rolle in der Argumentation für solche Einsätze. Eine Modernisierung gehe schliesslich auch mit einer Intensivierung der Kooperation einher. Die Globalisierung nach dem Ende der bipolaren Welt schreite schliesslich auch in anderen Bereichen voran, sie mache vor der Armee nicht halt. Man müsse traditionelle Formeln wie „Sicherheit durch Neutralität“ ablegen und durch „Sicherheit durch Kooperation“ ersetzen, hiess es 1994 verbreitet. Ohne internationale Beteiligung verpasse man es, sich einem internationalen Trend rechtzeitig anzuschliessen und sich zu einer zeitgemässen Sicherheitspolitik zu verpflichten. Die starke Zustimmung der fortschrittlich progressiven, sonst aber eher militärkritischen linken Stimmbürger zum Blauhelmgesetz lässt eine hohe Relevanz des Topos „Zeitgemäss“ vermuten. Ein Ja zu den Blauhelmen bezeichnete man als einen zeitgemässen und zukunftsweisenden Entscheid, der aber bekanntlich von einer Mehrheit der Abstimmenden nicht getroffen wurde. „Sicherheitspolitik ist immer auch zukunftsgerichtet. Es wäre deshalb falsch, sich allein auf die Verteidigung zu beschränken und eine militärische Aufgabe auszuklammern, die heute

⁸¹¹ Neue Zürcher Zeitung, 11.6.1999.

⁸¹² 24 Heures, 11.3.1999. Mit esprit de la mob ist der Aktivdienst gemeint.

⁸¹³ Der Bund, 23.12.1999.

im Vordergrund steht“, schrieb Bruno Lezzi im Vorfeld zur Abstimmung.⁸¹⁴ Auch die Schweizerische Offiziersgesellschaft erachtete in einer Resolution zur Blauhelmafstimmung die Öffnung der schweizerischen Sicherheitspolitik „als richtig und zukunftsweisend.“⁸¹⁵ Sogar Andreas Gross bezeichnete die Schaffung von Blauhelmruppen in der Nationalratsdebatte als „zeitgemässe Erweiterung dessen, was früher in der Schweiz als die Guten Dienste bezeichnet worden ist. Die Blauhelmruppen an sich wurden geschaffen, um ein Instrument der Guten Dienste für die Uno zu haben.“⁸¹⁶ In einem Interview bezeichnete Bundesrat Villiger die Blauhelme als neues Instrument der Sicherheitspolitik und als „Anpassung der Neutralitätspolitik an die heutigen Gegebenheiten.“⁸¹⁷

Fand die Diskussion um die Modernisierung der Armee durchaus unter Beteiligung Akteure statt, die die Armee kritisch betrachten, aber nicht grundsätzlich ablehnen, verharrten signifikante Akteure bei einer totalen Negation der Armee. Letztere argumentierten ebenfalls innerhalb des Topos „Zeitgemäss“, sahen aber durch die äusseren Umstände keinerlei Legitimation für eine Aufrechterhaltung der Armee. Nach 1989 sei diese grundsätzlich nicht mehr zeitgemäss, postulierten harte Armeegegner. Es sei mit dem Ende des Kalten Krieges auch der letzten Rechtfertigung für die Armee die Substanz entzogen worden. Die Schweiz müsse nun mit gutem Beispiel voran gehen und die Armee abschaffen, forderte die GSoA noch bei ihrer ersten Abschaffungsinitiative. Bei der Zweiten argumentierte sie ebenfalls, dass die Armee gegen zeitgenössische Gefahren, die sich mit den Terroranschlägen des 11. Septembers zeigten, nicht eingesetzt werden könne. Die Armee sei also nicht mehr zeitgemäss und habe sich auch dem, von der GSoA oft portierten Lernprozess verschlossen, wie Nico Lutz, Vertreter des Fundi-Flügels der GSoA in einem NZZ Kommentar schrieb: „Zum Glück hielten die Gründer des schweizerischen Bundesstaates und ihre Vorfahren nichts von einem solchen abstrakten Sicherheits-Traditionalismus. Sonst hätten unsere Städte heute noch dicke Mau-

⁸¹⁴ Neue Zürcher Zeitung, 25.2.1994.

⁸¹⁵ Resolution der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft zur Abstimmung vom 12.6.94, ASMZ 6/1994.

⁸¹⁶ Blauhelmruppen. AB 1993, S. 1123

⁸¹⁷ Beobachter, 8/94.

ern und jeder Kanton seine bewaffneten Milizen – denn man weiss ja nie.... Das Konzept der autonomen Landesverteidigung ist endgültig passé.“⁸¹⁸



Abb. 7: GSoA-Plakat 2 mal Ja

Das Plakat stellt den Vergleich dar zwischen der GSoA Sicherheits- und Friedenspolitik und derjenigen der offiziellen Schweiz. Dabei implizierte man, dass die friedlichere auch die sinnvollere Art sei Konflikte zu lösen, respektive Sicherheitspolitik zu betreiben. Die militärische Sicherheitspolitik stellte man hier einerseits als kontraproduktiv und unvernünftig dar – man öffnet eine Türe mit Brecheisen statt mit Schlüssel – andererseits auch als antiquiert, im Sinne von *nur wer nichts gelernt hat, versucht es noch mit Gewalt*. Der GSoA Weg sei eindeutig der vernünftige und zeitgemässe Umgang mit Konflikten.

Die Modernisierung der Armee konnte nur im Spannungsfeld zwischen Tradition und Modernisierung weiterentwickelt werden und geriet zum Teil in einen Zweifrontenkon-

⁸¹⁸ Neue Zürcher Zeitung, 22.10.2001.

flikt mit radikalen Pazifisten und modernisierungsfeindlichen Traditionalisten. Gerade an Letztere erging von offizieller Seite in den Debatten der Vorwurf sich einer zeitgemässen Ausgestaltung der Armee zu widersetzen und damit eine entsprechende Modernisierung politisch zu erschweren. Gegenüber der radikalpazifistischen Abschaffungsforderung hingegen argumentierte man eher in anderen Argumentationstopoi. Hier wurde der Topos „Zeitgemäss“ eher gegen die Armee, da sie grundsätzlich obsolet sei, eingesetzt. Die im Vergleich gemässigt militärkritische Linke, allen voran die Sozialdemokraten, kritisierte in erster Linie die Richtung der Modernisierung. Diese führe eben nicht zu einer zeitgemässen Armee und stamme aus dem Kalten Krieg. Gerade bei der Kampfflugzeugdebatte zeigte sich eine grundsätzlich andere Vorstellung von einer zeitgemässen Verteidigung, da sich die Zuspitzung der Frage, was eine zeitgemässe, sinnvoll-gerüstete Armee sei, in der F/A-18 Debatte kanalisierte und zum Teil sehr unterschiedliche Armeebilder hervortreten liess.

Der Topos „Zeitgemäss“ spielte im gesamten Zeitraum und wurde von verschiedenen Akteuren angewendet. Dabei fassten die Akteure den Topos entlang ihrer Konzepte und Vorstellungen ein. Entsprechend der zum Teil völlig unterschiedlichen Vorstellungen von Sicherheitspolitik formulierten die Akteure unterschiedliche Ansichten von zeitgemäss. Diese artikulierten sie in Sprach- und Bildtexten, indem sie eigene Ideen und Forderungen als modern in den Raum stellten. Vor allem aber bezeichnete man die Vorstellungen der Gegner als antiquiert und nicht zeitgemäss. Nur die eigenen Modelle galten als richtig und zeitgemäss, andere würden eindeutig in die falsche Richtung führen und seien nicht zukunftssträftig. Das Inanspruchnehmen des richtigen Weges in der Sicherheitspolitik durch sämtliche Akteure zeigt, dass eine positive Zukunft der Schweiz gefördert werden soll. Deren Weiterbestehen wurde als solches nie in Frage gestellt, vielmehr zeigten sich Diskrepanzen nur in der Ausgestaltung der Sicherheit der sonst von niemandem in Frage gestellten schweizerischen Gesellschaft und ihrer politischen Organisation. Ebenfalls nicht in Frage gestellt wurde die Notwendigkeit der Adaption an zeitgenössische Veränderungen, also die Einsicht, dass die Schweiz keinesfalls die globale sicherheitspolitische Lage beeinflussen könnte, sondern sich lediglich anpassen sollte. Bei Ausmass und Form dieser Anpassung gab es durchaus unterschiedliche Auslegungen, nicht aber beim grundsätzlichen Bekenntnis zu einer zukünftig überlebens-

fähigen Schweizer Gesellschaft. Dass sämtliche Akteure davon ausgehen im besten Interesse des Landes zu argumentieren, ist als bedeutungskonstant feststellbar und weist darauf hin, dass auch gesamtgesellschaftlich Konsens darüber herrscht, dass die schweizerische Gesellschaft zeitgemässe Sicherheit nicht nur benötigt, sondern auch verdient.

6.2. TOPOS „VOLKSWILLEN“

Dieser Topos beinhaltet das Argumentationsmuster, *Weil eine Mehrheit des Volkes eine bestimmte Handlung will, respektive etwas befürwortet, ist diese Handlung auszuführen*. Er bezieht sich sicherlich nicht nur auf die Debatten um die Schweizer Armee. Er kann aber als Nebentopos in der Armeedebatte bezeichnet werden. Wenn man nämlich über eine rein staatspolitische Ebene hinausgeht, ist der *Willen des Volkes* auf die Armee oftmals Argument aber auch Zielscheibe von Argumenten. Nicht zuletzt an der Urne manifestiert sich die Meinung des Volkes zu Armeefragen regelmässig, impliziert wird diese Meinung aber auch mit dem Andeuten eines *Commonsense*, also dem Konsens und dem Gebot der Vernunft. In den Argumentationsmustern der Akteure im Untersuchungszeitraum spielte der Wille des Volkes als Argumentationstopos. Meist erfolgte dies wenn die Regierung vermeintlich entgegen dem Volkswillen agierte. Begriffe wie *die in Bern* oder *classe politique* weisen auf den Topos „Volkswillen“ hin, den man auch als *wir hier unten, die da oben* umschreiben könnte. Je nach Kontext entsprechen auch Ausdrücke wie *Generäle und ihre Rüstungswünsche* oder gar nur das *EMD macht was es will* diesem Topos.

Nach der Armeeabschaffungsinitiative 1989 zogen Armeekritiker das überraschend gute Abschneiden als Argument für Abrüstungsbemühungen heran. Das Militär sei zu teuer, dieser Meinung war in den Umfragen nach der GSoA-Abstimmung jeweils eine Mehrheit. Eine Erhöhung der Rüstungsausgaben respektive eine Nicht-Reduktion würde also nicht dem Willen des Volkes entsprechen. Die Abschaffungsinitiative und die laut Umfragen hohe Zahl an Proteststimmen gegen das Militär und ihren Dienstbetrieb zeigten auch eine prinzipielle Unzufriedenheit mit der Armee auf. Auch wenn eine Nachbefragung nur knapp einen Fünftel der Abstimmenden den harten Armeegegnern zugeordnet

wurden, schätzte eine Mehrheit der Bevölkerung, also auch viele Armeebefürworter, die Militärausgaben als zu hoch ein.⁸¹⁹ Man müsse die Armee reformieren und dem Willen des Volkes, gerade der Auszugsgeneration, antworten, lautete eine Folgerung, die Helmut Hubacher im Nationalrat artikulierte: „Ein grosser Teil der jungen Generation hat sich offensichtlich von der bisherigen Militärpolitik verabschiedet. Das stellt die Tatsache nicht in Abrede, dass damit vielleicht die Mehrheit der Auszugstruppen innerlich nicht mehr voll zu dieser Armee stehen kann.“⁸²⁰ Auch in der Presse wurde eine Mehrheit angeführt, die nicht mehr mit der Armee einverstanden sei: „Eines ist nun nach der Isopublic-Umfrage völlig klar geworden. Jene ‚wehrhafte Schweiz‘, das Leitbild der älteren Soldatengeneration, ist endgültig in der Mottenkiste. Der ‚Igel‘ Schweiz hat ausgedient, der Reduitgedanken, Leitfaden der Verteidigung im zweiten Weltkrieg, zieht nicht mehr. Und eine Armee um jeden noch so hohen Preis will eine grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer schon gar nicht mehr“, schrieb der Blick in einem Kommentar im Frühling 1990.⁸²¹

Während bezüglich des Dienstbetriebes ernsthafte Verbesserungsbestrebungen eingeleitet wurden und man die Armee 95 als Reaktion auf die veränderte innen und aussenpolitische Lage vermarktete, eröffnete sich eine Diskrepanz zwischen den von der Linken erhobenen Abrüstungsforderung und der Beschaffung der F/A-18. Die Akzeptanz dieses Rüstungsgeschäft sei beim Volk nicht vorhanden, deshalb müsse man auf die neuen Kampfflugzeuge verzichten, argumentierten vornehmlich SP-Politiker in der parlamentarischen Arena. Unter dem Eindruck des Mauerfalls und der überraschend hohen Zustimmung zur Armeeabschaffung fand nun die Diskussion um neue Kampfflugzeuge unter veränderten Bedingungen statt. Die Kritiker der Beschaffung nutzten sozusagen die Gunst der Stunde und kommunizierten selbstbewusst, dass bei einem Drittel Ja stimmen für die Armeeabschaffung der Flugzeugkauf logischerweise vom Tisch sein müsse. „Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass die F-18-Beschaffung zu einem finanziellen und einem rüstungspolitischen Abenteuer für den Bund zu werden droht. Auch

⁸¹⁹ Haltiner, Nachbefragung.

⁸²⁰ Voranschlag der Eidgenossenschaft 1990, AB 1989, N, S. 1964.

⁸²¹ Blick, 28.3.1990.

im Volk nimmt die Akzeptanz für diese Beschaffung immer mehr ab. Ich frage daher den Bundesrat, ob er nicht erwägt, die Beschaffungsübung abubrechen“, warnte der Sozialdemokrat Paul Günter im Nationalrat und implizierte, dass die Akzeptanz eines Rüstungsgeschäfts beim Volk eine Voraussetzung sei.⁸²² Helmut Hubacher verwies in der SP Zeitung Berner Tagwacht darauf, dass man diesen Widerwillen des Volkes die F/A-18 zu beschaffen umsetzen müsse: „Ich wette, dass der Milliardenkredit für die F-18 heute vor dem Volk keine Chance hätte.... EMD-Chef Villiger will die Armee reform 95 verkaufen, und zwar mit 34 neuen Kampffjets. Darum müssen wir beim Volk Dampf machen, sonst wird der Kredit einmal mehr ‚einfach so‘ geschluckt.“⁸²³ Ernst Leuenberger verglich an gleicher Stelle die offizielle Armeepolitik mit der Nuklearpolitik der 1980er, die beide gegen den Widerstand des Volkes agieren müssten: „Der F-18-Kredit könnte für die Bürgerlichen zum Kaiseraugst ihrer Militärpolitik werden.“⁸²⁴ Hier deutete man an, dass aufgrund der Widerstände bei der Schweizer Bevölkerung die Beschaffung eigentlich skandalös sei, in dem Sinne, dass es eben nicht mehr wie angeblich früher geduldet werden müsse, wenn hohe Summen für Rüstungsanliegen von der Politik freigegeben würden. Es hatte sich also die Norm verschoben, deren Übertretung am Anfang des Skandales stehe.⁸²⁵ Gewissermaßen wurde ein langanhaltender Zustand als nicht mehr zumutbar angeklagt. Mit dem Verweis auf Kaiseraugst konnte das Bild einer sich anbahnenden Staatskrise und einer allfälligen Wiederherstellung der Normalität durch den von der Bevölkerung gewünschten Verzicht auf die neuen Kampfflugzeuge analog zum Verzicht auf das KKW Kaiseraugst 1988 gezeichnet werden. Umfragen stützten ja die Behauptungen prominenter Sozialdemokraten, dass zumindest die Hälfte der Bevölkerung, also auch viele grundsätzliche Armeebefürworter die Militärausgaben als zu hoch empfände.⁸²⁶

⁸²² F-18. Übungsabbruch, AB 1990, S.774-775.

⁸²³ Berner Tagwacht, 6.12.1989.

⁸²⁴ Berner Tagwacht, 6.12.1989.

⁸²⁵ Pundt, Medien und Diskurs, S. 211ff.

⁸²⁶ Haltiner, Nachbefragung.

Die Beschaffung sei aufgrund der Stimmung in der Bevölkerung, welche sich in der Armeeabschaffungsinitiative manifestiert hatte und durch die veränderte sicherheitspolitische Lage durch den Fall der Berliner Mauer nicht mehr gerechtfertigt. Man kann sagen, dass es der militärkritischen Linken gelang, das Abstimmungsergebnis vom November 1989 mit dem Topos „Volkswillen“ zu einem Argument gegen die F/A-18 Beschaffung zu machen. Der Sammelerfolg der GSoA zur F/A-18 Initiative instrumentalisierte man in diesem Sinne. Dies äusserte sich in der Eigenbezeichnung als Volksbewegung, die sich gegen die politische Klasse, die als „offizielle Schweiz“ bezeichnet wurde, richtete. „Das glanzvolle Resultat ist wichtig als eindruckliche Manifestation des Willens unzähliger SchweizerInnen und weil sowohl durch die Geschwindigkeit der Sammlung als auch durch die Anzahl Unterschriften der entscheidende politische Druck erzeugt werden kann [...] Es geht längst nicht mehr um den Flieger allein: Der in den letzten Jahren angehäuften Unmut über die *Classe politique* findet in dieser Initiative einen weiteren Ausdruck“, hiess es in der GSoA-Zitig, wobei hier explizit das Bild einer sich bereits seit langem vom Volkswillen entfernten politischen Kaste gezeichnet wurde.⁸²⁷

In der parlamentarischen Arena waren es in erster Linie die Sozialdemokraten, die den Kauf der Kampfflugzeuge als Widerspruch zum Willen des Volkes darstellten. Wortführer Hubacher kritisierte im Nationalrat die bürgerlichen Politiker als gegen das eigene Volk arbeitend: „Die sozialdemokratische Fraktion will sich nicht am Aufstand der Politiker gegen das eigene Volk beteiligen. Wir sind nicht bereit zu negieren, dass nun einmal weite Kreise nicht imstande und nicht willens sind zu kapieren, dass so viel Geld für so wenige Kampfflugzeuge ausgegeben werden soll.“⁸²⁸ Unterstützung bekamen die Kampfflugzeuggegner auch in der Presse, die, hier der Blick, ebenfalls eine Diskrepanz zwischen den Begehren des Volkes und dem Handeln der Politiker feststellen wollten: „Eine Zahl, die Bern zu denken geben muss: 503 719 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind gegen den Kampffjet F/A-18. Aber der Doppelrekord – schnellste Initiative

⁸²⁷ GSoA-Zitig, Nr. 47, 1992.

⁸²⁸ Rüstungsprogramm 1992. AB 1992, N, S. 910f.

(34 Tage Sammelfrist und Volksbegehren mit den meisten Unterschriften (11 Prozent aller Stimmberechtigten)) lässt die Mehrheit der Politiker noch kalt. Sie wollen den beschaffungsentscheid durchdrücken.⁸²⁹ Mit einer volksnahen und aufwändigen Abstimmungskampagne nahmen die Beschaffungsbefürworter dem Argument, die F/A-18 würden entgegen dem Willen des Volkes beschafft, die Durchschlagskraft. In der beidseitigen Inszenierung des Volkswillens an den beiden Grossdemonstrationen auf dem Bundesplatz fand die Referenz auf den Volkswillen Höhepunkte. Auf dem Bundesplatz manifestierte sich der Wille des Volkes die Flugzeuge zu beschaffen respektive nicht zu beschaffen.

Als die Halbierungsinitiative ungültig erklärt wurde, sprach man bei der SP von der Angst der Räte vor dem Volk und von einer Entmündigung und Bevormundung des Volkes durch die *Classe politique*. Ein Exempel gegen die Demokratie machte auch die sozialdemokratische Presse aus, der Zugang des Stimmvolkes zu Sachentscheidung wäre bei einer Änderung der bisher grosszügigen Praxis eingeschränkt. Um eine für die Armee unangenehme Frage zu umgehen, schränke man das Volksinitiativrecht ein, wie eine Medienmitteilung der SP monierte: „Die bürgerliche Mehrheit der Kommission zeigt mit ihren formaljuristischen Schleichwegen auf, dass sie sich vor der Volksmeinung fürchtet. In einer Zeit, da alle von Glaubwürdigkeitsproblemen der politischen Instanzen sprechen, setzt die sicherheitspolitische Kommission des Ständerats auf geradezu fahrlässige Weise das noch verbleibende Vertrauen aufs Spiel.“⁸³⁰ Um diesen Unmut des Volkes zu kanalisieren, startete die SP eine grossangelegte Leserbriefkampagne, die ebenfalls mit dem Volkswillen gegen die *Classe politique* argumentierte. In einem Musterleserbrief hiess es: „Damit betreibt der Ständerat gegenüber seinen Wählerinnen und Wählern eine klare Bevormundungspolitik. [...] [Im Nationalrat] hat die vielgescholtene *Classe politique* die Gelegenheit zu zeigen, dass sie nicht gegen das Volk zusammenhält.“⁸³¹ Man sehe das Volk als unmündig an, da man es nicht über die

⁸²⁹ Blick, 2.6.1992.

⁸³⁰ Sozarch, Ar 1.140.13.

⁸³¹ Sozarch, Ar. 1.114.14.

Armeehalbierung abstimmen lasse. Parteipräsident Hubacher schrieb in einem Blick Kommentar: „Die Ständeräte haben Angst vor dem eigenen Volk. [...] Wer das Volk für urteilsfähig hält, über die Europa-Frage abzustimmen, darf es bei Militärausgaben nicht für unmündig abstempeln.“⁸³² Auch andere Zeitungsredaktionen reagierten mit Missmut auf die Ungültigkeitserklärung und sahen diese als Vertrauensverlust der Politik in das Volk an: „Der Ständerat traut uns Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern nicht viel zu. Das Volk sei unfähig, glaubt er zur Armeehalbierungsinitiative Stellung zu nehmen.“⁸³³

Der Topos „Volkswillen“ kam akteurs- und debattenübergreifend während des Untersuchungszeitraumes zum Einsatz. In Bilder und Texte wurde er in erster Linie von Akteuren übersetzt, die sich in einer gewissen Aussenseiterposition befanden und diese auch mit dem Topos kultivierten, indem sie als Konsequenz des Topos „Volkswillen“ die Gegnerschaft als *classe politique* oder als *offizielle Schweiz* negativ darstellen. Die Unterlegung der Argumentation mit Zahlen oder Bildern von Volksmassen dient dazu, den Texten visuelle Elemente beizufügen und den Topos „Volkswillen“ zu stärken. Die wiederholte Verwendung des Topos kann als populistisch bezeichnet werden, suggeriert sie doch eine Missachtung demokratischer Prozesse durch die Politik und die Behörden. Die gefühlte Ohnmacht in einem allgemeinen Klima des Misstrauens gegen das EMD anfangs der 1990er Jahre trug sicherlich auch zum beeindruckenden Erfolg der Unterschriftensammelkampagne der GSoA bei. Zu bedenken ist, dass auch Armeeexperten Zweifel an der Notwendigkeit die Kampfflugzeuge zu beschaffen hegten und diese auch äusserten. Der durchaus berechtigten Kritik wurden mit dem Topos „Volkswillen“ Argumente mit grosser politischer Schlagkraft unterstellt. Dies bedingte einen Kraftakt Bundesrat Villigers und seiner Entourage, um den Volkswillen zu drehen. Da hierzu die Verknappung der Beschaffungs- auf eine Abschaffungsfrage nötig war, lässt sich auch die Verwendung des Topos „Ratenweise“ als populistischer Kniff bezeichnen.

Der direktdemokratische Aspekt des Kampfes um die Schweizer Armee wurde von allen Akteuren als Selbstverständlichkeit verstanden. Sowohl in der parlamentarischen als

⁸³² Blick, 1.3.1995.

⁸³³ Tagesanzeiger, 23.3.1995.

auch der öffentlichen Arena spielte sich der Kampf um die Armee im Untersuchungszeitraum schwerpunktmässig ab. Die Prämisse, dass Volksbefragungen zumindest offiziell einen relevanten Einfluss auf die strategische Politik auch im Bereich der Armee haben, sollten wird im Grunde von allen akzeptiert und von der Linken und Rechtsausen gar forciert. Dem Volk sprach keiner der politischen Akteure öffentlich die Fähigkeit ab, über die sicherheitspolitische Ausrichtung zu entscheiden. Damit würde man das System der halbdirekten Demokratie kritisieren und sähe sich bald aus dem politischen Spiel genommen, da man indirekt das Volk an sich, respektive die eigenen Wähler kritisiere. Die generelle Zunahme an Volksinitiativen seit den 1980er Jahren bestärkt das Vermeiden von Kritik an der direktdemokratischen Einflussnahme auf die Legislative. Nicht das Lancieren armeekritischer Volksinitiativen an sich durfte kritisiert werden, sondern lediglich die Artikulationen der Initiativen, denen man vorhalten konnte irreführend zu sein. Dies zeigte sich beim steten Ringen um die Frage, was es bei einer bestimmten Volksinitiative überhaupt gehe, bis hin zur Ungültigkeitserklärung der Halbierungsinitiative. Unangetastet bleibt aber das Vertrauen auf die Vernunft der Masse und die Hoffnung den eigenen Positionen den plebiszitären Zuspruch zu verschaffen, respektive mit respektablen Zustimmungsprozents zu Aufmerksamkeit zu verhelfen. Dieses Unangefochten sein der direktdemokratischen Elemente spielte natürlich auch in anderen Bereichen eine zentrale Rolle, bei der aber bis in die späten 1990er Jahre immer noch als Staatsbürgerarmee verstandenen Streitkraft rechnet man dem Volkswillen gewissermassen eine weitergehende Kompetenz an. Dieser Punkt muss aber durch die Tatsache relativiert werden, dass in erster Linie die männliche Hälfte der Stimmberechtigten sich als Militärexperten verstand, denen es aufgrund der eigenen Dienstleistung zustand über die Ausrichtung in der Sicherheitspolitik bis hin zum Sinn oder Unsinn der Armee zu bestimmen.

6.3. TOPOS „RATENWEISE“

Der Argumentationstopos „Ratenweise“ fasst die Argumentationsmuster ein, mit denen ein Gegner einer unredlichen Taktik bezichtigt wird. Dieser verberge wahre Absichten, indem er unter Vorspiegelung falscher Intentionen in kleinen Schritten, oder eben ratenweise einem ultimativen Ziel entgegenarbeite. Dieses Ziel verschweige er absicht-

lich. Der Topos lautet also, *Ein Anliegen von einer Person oder Gruppe ist abzulehnen, da es nur ein Schritt hin zu einer übergelagerten, verschwiegene und schadhaften Zielsetzung ist, die die Person oder Gruppe willentlich verschleiert*. Diesen Topos könnte man auch Salamtaktik bezeichnen, ein Wort, das in der Umgangssprache den Vorwurf des ratenweisen Vorgehens unter Vorspiegelung falscher Absichten bezeichnet.

Am deutlichsten manifestierte sich dieser Topos beim Vorwurf der *Armeeabschaffung auf Raten*. Dieser wurde Abrüstungsforderungen beinahe reflexartig entgegengestellt. Es wurde dabei kaum berücksichtigt, ob es sich um eine Abrüstungsforderung, die längerfristig durchaus auf eine Abschaffung der Armee durch Mittelentzug abzielte, wie beispielsweise bei der F/A-18 Initiative, handelte oder ob Forderungen nach einer Reduktion von Armeeaussgaben und Bestandeszahlen eine grundsätzlich armeebefürwortende Grundlage hatten. Letztere konnte bei den sozialdemokratischen Beiträgen zur Armeedebatte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ansatzweise festgestellt werden, hatte aber parteiintern eine Aussenseiterrolle inne und galt bürgerlichen Akteuren als unglaubhaft. Im Kampf um die Schweizer Armee blieb der an die Linke gerichtete Vorwurf der *Armeeabschaffung auf Raten* praktisch omnipräsent. Gerade bei der Vielzahl an armeepolitischen Volksabstimmungen im Untersuchungszeitraum war dieser ein Dauerbrenner, der militärkritische Vorlagen auf die Abschaffungsfrage pauschalisierend zuspitzte und auf die Stimmbürger nachweisbar Einfluss ausübte.

Bei der armeepolitischen Doppelabstimmung vom 6. Juni 1993 als gleichzeitig über F/A-18 und Waffenplatzinitiative abgestimmt wurde, war bereits durch die Zusammenlegung der beiden Vorlagen das Argument Armeeabschaffung auf Raten vorgespurt worden. Die von Plakaten beworbenen Losung „Entweder man hat eine Armee oder man hat keine. Aber keine, die nichts taugt“ machte klar, dass eine Armee ohne die neuen Kampflugzeuge nicht fähig wäre, die Landesverteidigung zu gewährleisten. Ohne das „Dach“ bleibe das Haus nicht trocken, hiess es in einer Analogie. Die Initiative wolle der Luftwaffe eine Modernisierung verunmöglichen und damit der angeblich wichtigsten Teilstreitkraft die Mittel entziehen. „Die Volksinitiative, die wir heute behandeln, ist eine getarnte Armeeabschaffungs-Initiative“, polterte SVP-Präsident Hans

Uhlmann im Nationalrat gegen die F/A-18 Initiative.⁸³⁴ Auch das offizielle EMD Argumentarium zur F/A-18 Initiative betonte das eigentliche Ziel der GSoA, die Abschaffung der Gesamtararmee: „Mit der Initiative gegen die Erneuerung unseres Luftschirms bis zum Jahre 2000 beschreitet die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee konsequent den Weg der schrittweisen Selbstentwaffnung unseres Landes. Sie will, dass die Flugwaffe als entscheidendes Teilsystem unserer Armee aufgegeben wird. [...] Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee will nicht nur den F/A-18 verhindern, sondern nach wie vor die ganze Armee abschaffen. Nur verfolgt sie dieses Ziel jetzt in Raten.“⁸³⁵ Offensichtlich war dieser Argumentationstopos auch bei zahlreichen Erzeugnissen der Milizverbände, die stets der GSoA unlautere Absichten und Unehrllichkeit vorwarfen: „Entweder man hat eine Armee oder man hat keine. Aber nicht eine, die nichts taugt. [...] Das Kleingedruckte der Initiativen zeigt: der ‚Gruppe für eine Schweiz ohne Armee‘ geht es weder ums Sparen noch um den Umweltschutz. Sie will die Armeeabschaffung auf Raten. Die beiden Initiativen würden wichtige Stücke aus unserem Schutzschirm herausreissen.“⁸³⁶ Andernorts betonte man das Abstimmungsresultat der ersten Armeeabschaffungsinitiative, immer wieder bezeichnete man die Initiativen als Mogelpackungen, die die Abstimmenden zu täuschen suchten: „Das Volk hat 1989 deutlich JA zu unserer Armee gesagt. Nachdem der direkte Angriff in Form der Abschaffungs-Initiative nicht gelungen ist, suchen die Armegegner nun andere Wege, die Armee zu schädigen. Die Flugwaffen-Abschaffungsinitiative und die Anti-Waffenplatz-Initiative sind Mogelpackungen, denen eine Abfuhr zu erteilen ist.“⁸³⁷

Die Armeeabschaffung auf Raten sei auch eine Reaktion der armeekritischen Linken auf die Abschaffungsinitiative von 1989. Habe man damals nicht erreicht die Armee abzuschaffen, versuche man mittels zahlreicher Initiativen die Armee Schritt für Schritt, respektive in Raten auszuhöhlen. Bestrebungen der Initianten der Umverteilungsinitiative ihr Anliegen dem Konterargument der Abschaffung auf Raten mit dem Verweis auf

⁸³⁴ Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge, AB 1993, S. 40.

⁸³⁵ EMD Information: Argumentarium zur Initiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge.

⁸³⁶ Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: Entweder man hat eine Armee oder man hat keine.

⁸³⁷ AWM: 'Nein zur Armeeabschaffung in Raten'.

eigene Armeemodelle zu entziehen, wurden zwar anerkannt, aber letztlich zeigte sich der Topos „Ratenweise“ auch bei diesem Abstimmungskampf. In einem Kommentar in der Gewerbezeitung machte FDP-Militärpolitiker Edi Engelberger seine Einstufung der Umverteilungsinitiative deutlich: „Umverteilen heisst abschaffen. Die Umverteilungsinitiative ist nichts anderes als die Zweitaufgabe des Volksbegehrens zur Abschaffung der Armee.“⁸³⁸ Sein Parteikollege Karl Tschuppert stellte in der Neuen Luzerner Zeitung das Gleiche fest: „Mit der Umverteilungsinitiative geht es den Initianten lediglich darum, die Abschaffung der Armee auf Raten zu aktivieren.“⁸³⁹ Auch in den Räten mochten bürgerliche Politiker, hier SVP Nationalrat Roland Borer, die Initiative habe andere Absichten als deklariert: „Für mehrere Kommissionsmitglieder ist diese Initiative eine andere Methode, der Armee in Raten an den Kragen zu gehen.“⁸⁴⁰ In Argumentationshilfen gegen die Umverteilungsinitiative machten auch die Milizorganisationen deutlich, dass sie die Initiative als Angriff auf das Weiterbestehen der Armee verstanden. Die AWM stellte die Umverteilungsinitiative in eine Reihe mit der Abschaffungsinitiative: „Stopp der Armeeabschaffung auf Raten! 1989 sind Armeegegner mit der direkten Abschaffung der Armee an der Urne gescheitert. Seither versuchen sie, der Armee in Raten die Mittel und Möglichkeiten zu entziehen, bis die verfassungsmässige Aufgabe nicht mehr erfüllbar ist. Dieses hinterhältige Vorgehen ist aber bekannt und vom Schweizer Volk noch jedes Mal desavouiert worden.“⁸⁴¹ Ein Schweizerisches Komitee *Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit* ging ausführlicher auf die Initianten ein und glaubte diese in den Reihen der Armeeabschaffer verorten zu können. Explizit wurden in diesem Argumentarium den Initianten boshafte Absichten unterstellt, die nur zum Ziel hätten, die Armee abzuschaffen: „Konsequente Armeegegner ziehen die Fäden. Seit den achtziger Jahren werden in regelmässigen Abständen Volksinitiativen lanciert, die unter verschiedenen Titeln auf eine Schwächung der Selbstverteidigungsfähigkeit unseres Landes hinauslaufen. Damit wird permanent die Glaubwürdigkeit des

⁸³⁸ Schweizerische Gewerbezeitung, Nr. 39, 29.9.2000.

⁸³⁹ Neue Luzerner Zeitung, 2.11.2000.

⁸⁴⁰ Umverteilungs-Initiative, AB 1999, N, S. 2443.

⁸⁴¹ Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz, Argumentationshilfe gegen die Umverteilungsinitiative.

schweizerischen Staates, [...], in Frage gestellt. [...]Die klaren Volksentscheide der letzten Jahre zeugen von der Seriosität des Schweizervolkes. Nach der vernichtenden Niederlage, welche die Linke und insbesondere der pazifistische Flügel am 6. Juni 1997 (massive Verwerfung der Kriegsmaterialausfuhrverbotsinitiative) einmal mehr erlitten haben, wird auch dieser Sabotageversuch gegen eine funktionierende und glaubwürdige Sicherheitspolitik trotz schönen Parolen wie „Sparen“, „Frieden“ und „Arbeitsplätze“ erneut misslingen müssen. 1989 sind die realitätsfernen Armeegegner mit der direkten Abschaffung der Armee an der Urne gescheitert. Seither versuchen sie – unterschiedlich intensiv von SP, Gewerkschaften und Hilfswerken unterstützt – die Armee in Raten Mittel und Möglichkeiten zu entziehen, bis der verfassungsmässige Auftrag nicht mehr erfüllbar ist.“⁸⁴²

Gerade im letzten, längeren Zitat wird deutlich, dass der Topos „Ratenweise“ durch die Darstellung der Umverteilungsinitiative als Teil einer Serie an Initiativen, zu der nicht nur die sozialdemokratischen Abrüstungsanliegen, sondern eben auch die radikale Abschaffungsforderung der GSoA gehören, verstärkt wurde. Tatsächlich war die Häufung von Initiativen, die auf einen Mittelabbau bei der Armee abzielten, seit 1987 und dem Rüstungsreferendum evident. Die Häufung armeekritischer Initiativen stärkte den Topos „Ratenweise“, dabei verkannte man aber die Konkurrenz innerhalb der armeekritischen Kreise. Gerade die Abschaffungsinitiative, die F/A-18 Initiative und die Waffenplatzinitiative hatten andere Urheber und Stossrichtungen als die sozialdemokratisch dominierten Initiativen. Trotzdem stammten sämtliche, in diese Serie gesetzten Initiativen von der politisch linken Seite und wurden so durchaus einer gewissen Logik entsprechend von bürgerlichen Akteuren als Anliegen, die im Grundsatz das gleiche Ziel verfolgen, zusammengefasst.

Bei den Armeegegnern und Armeekritikern fand der Topos „Ratenweise“ auf den ersten Blick keinen Anschluss. Betrachtet man aber die vielerorts geäußerte Abneigung gegenüber der Nato und der Annäherung an diese durch die Schweiz, lässt sich dieser To-

⁸⁴² Schweizerisches Komitee "Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit": Argumentarium zur Umverteilungsinitiative.

pos auch in der Opposition gegen Auslandseinsätze oder eine Militarisierung der Entwicklungshilfe eruieren. Im Grauen Brief, einer Publikation der rechtskonservativen AUNS, stellte man die Militärgesetzrevision als ersten Schritt hin zum NATO Beitritt dar: „Die Militärgesetz-Revision ist die Türöffner-Vorlage für die verfehlte Aussen- und Sicherheitspolitik von Bundesbern: Zunächst soll mit dem Einsatz von Schweizer Soldaten und mit der Präsenz von ausländischen Soldaten in der Schweiz der Weg Richtung Nato-Beitritt geebnet werden.“⁸⁴³ Auch CVP-Ständerat Carlo Schmid deutete die Möglichkeit an, dass bereits die Annäherung an die NATO einen Beitritt immer wahrscheinlicher mache: „All das [Zusammenarbeit mit der Nato] mag nicht neutralitätswidrig sein. Aber es führt unsere Armee und vor allem unsere Armeeführung in eine grosse personelle Nähe zum Nato-Establishment und zu einer auf der persönlichen Ebene ablaufenden, nicht kontrollierbaren, schleichenden Annäherung der massgebenden Armeeführungskreise an die Nato. [...]. Eines Tages wird man dem Volk die Frage stellen, warum man nicht der Nato beitreten wolle, man sei ja weitgehend schon Nato-fähig und zu einem autonomen Verteidigungskrieg ohne Nato ohnehin nicht in der Lage.“⁸⁴⁴ Diese Befürchtung wird auch von linker Seite geäussert. Im Nationalrat verband der Sozialdemokrat Remo Gysin die Annäherung an die NATO mit einem Zugriff auf die schweizerische Sicherheitspolitik durch die USA: „Zweitens haben wir hier eine tendenzielle Annäherung an die Nato. Bundespräsident Ogi hat gesagt: Mit der „Partnership for Peace“ (PfP) wird es nur einen Schritt geben. Heute haben wir bereits etwa fünf Schritte gemacht, und wir sehen, dass die Nato vor allem in Kosovo internationales Recht und auch die Uno übergangen hat; das Hegemonialstreben der USA in der Nato ist schlicht unerträglich.“⁸⁴⁵

Gewissermassen als Nato- Beitritt auf Raten kritisierten sowohl Linke als auch Nationalkonservative die Annäherung der Schweiz an dieses Bündnis. Obwohl der Souverän bei der Blauhelmafstimmung seinen Widerspruch gegen eine internationale militärische Zusammenarbeit eingelegt hätte, treibe man nun schrittweise eine Annäherung an mili-

⁸⁴³ Grauer Brief, Nr. 72, Oktober 2000.

⁸⁴⁴ Armeereform XXI, AB 2002, S, S. 103.

⁸⁴⁵ Militärgesetz, AB 2000, N, S. 197.

tärische Bündnisse voran, indem man so mit dem Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden vollendete Tatsachen schaffe. Linke US-kritische Positionen und nationalkonservatives Neutralitätsverständnis verliehen dem Topos „Ratenweise“ eine weitere Aufladung, die sich auch mit anderen Topoi, gerade dem Topos „Volkswillen“ überschneide. Schrittweise und am Volkswillen entgegen werde die Armee Nato-anschlussfähig gemacht. Hier kam der dem Topos „Ratenweise“ inhärente Vorwurf der Unehrllichkeit stark zum Tragen. Man führe einen Vorwand, Abrüstung respektive Annäherung an Europa oder Friedenspolitik an, um ein verheimlichtes Ziel, nämlich die Abschaffung der Armee, respektive einen Nato Beitritt auf Umwegen oder in Raten entgegen dem Willen des Volkes zu erreichen.

Der Topos „Ratenweise“ spielt über den gesamten Untersuchungszeitraum in mehreren Debatten. Bedient wurde er in erster Linie von armeefreundlichen Akteurskreisen. Dabei stand nicht der eigentliche Debattengegenstand im Fokus der Argumentation, sondern der Kontrahent, dem man implizit Unehrllichkeit vorwerfen konnte. Der Topos spannte den Bogen über sämtliche armeekritischen Bestrebungen, indem er diesen explizit eine Kontinuität und geteilte Stossrichtung zuwies. Diese vor allem in Texten transportierten Vorwürfe an die Armeekritiker entfalteten eine grosse Überzeugungskraft und beinhalteten den Aufruf zur Geschlossenheit unter den armeefreundlichen Akteurskreisen, um die Attacken der Armeekritiker abzuwehren. Mit der Verwendung des Topos erreichte man eine Simplifizierung der Fragestellung, die Differenzierungsversuche abzuschmettern vermochten. Letztlich führte die wiederholte Artikulation des Topos „Ratenweise“ zu einer Kompromisslosigkeit des bürgerlichen Blocks gegenüber linken Abrüstungsvorschlägen, da es leichtfiel diese als Abschaffungsbestrebungen zu diskreditieren. Interessanterweise spielte der Topos im Abstimmungskampf 2014 bei der Argumentation gegen das erfolgreiche Referendum gegen die Beschaffung von Kampffjets des Typs Gripen praktisch keine Rolle mehr, obwohl er erwiesenermassen erfolgreich in diversen Abstimmungskämpfen eingesetzt wurde.

6.4. TOPOS „GLAUBWÜRDIGKEIT“

Sicherheitspolitik muss glaubwürdig sein. Sie ist glaubwürdig wenn sie die Sicherheit des Landes gewährleisten kann. Mit dem Topos „Glaubwürdigkeit“ argumentierten die Armee und Armeefreunde gegen Abrüstungsforderungen der linken Armeekritiker und kritisierten den nationalkonservativen Widerstand gegen internationale Kooperation im Bereich der Sicherheitspolitik. Letztlich beinhaltet die Glaubwürdigkeitsfrage die Sinnfrage an sich. Nur eine glaubwürdige Armee ist eine echte Armee. Hier gilt das Prinzip, alles oder nichts, und zwar in dem Sinne, dass eine unglaubwürdige Armee keinen Nutzen habe. Man habe also eine glaubwürdige Armee oder gar keine, eine Argumentation, die insbesondere gegen Abrüstungsbemühungen gerichtet ist. Andererseits sprachen Armeekritiker und Armeegegner der Armee eben diese Glaubwürdigkeit oft ab. Letzteres geschah häufig in Verbindung mit einem meist humorvollen Verweisen auf die Schwächen einer Milizarmee, die mitunter von männlichen Akteuren häufig noch an eigene Diensterfahrungen anknüpften und oft die empfundene Ineffizienz oder Sinnlosigkeit des eigenen Tuns auf die Glaubwürdigkeit der Armee als Ganzes übertragen. Der durchaus verbreitete Spott über die Armee, der den Dienstleistenden auch als Verarbeitung des Erlebten, gerade des Negativen, dient, wurde also zum Argument gemacht, indem man die Gesamtorganisation als lächerlich darstellt.

Die Rechtfertigung hoher Verteidigungsausgaben bezieht sich neben der Glaubwürdigkeit der Armee auch auf die verschiedenen Teilstreitkräfte, auch hier gilt das *Alles oder gar nichts*-Prinzip. So sei eine moderne Luftwaffe für die Glaubwürdigkeit der Landesverteidigung zentral, behaupteten die Befürworter der F/A-18 Beschaffung. Die hohe Priorität der Luftverteidigung fand mit dem Dach eines Hauses eine Metapher. Genauso wie ein Haus ohne Dach unbewohnbar sei, sei eine Landesverteidigung ohne eine zeitgemässe Luftverteidigung unglaubwürdig. In letzter Konsequenz mache eine Nichtbeschaffung der F/A-18, also ein Verzicht auf eine moderne Luftverteidigung, die Armee als Ganzes obsolet. Entweder habe man eine Armee oder keine, aber sicherlich nicht eine, die nichts taue, so die Argumentation der Milizorganisationen. Würde die Armee nicht über die F/A-18 verfügen, würde sie nichts taugen, sie wäre also unglaubwürdig. Längerfristig wären durch die Unglaubwürdigkeit einer Armee ohne Luftwaffe gar Neutralität und Unabhängigkeit in Gefahr. So hiess es in der bundesrätlichen Botschaft

über die Initiative für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge: „Mit der Flugwaffe soll ein entscheidendes Teilsystem der Armee als Ganzes aufgegeben, und gleichzeitig soll die Glaubwürdigkeit des Instruments unseres Verteidigungswillens herabgesetzt werden.... Im Falle der Annahme all dieser Initiativen verlöre die Armee ihre Glaubwürdigkeit und Fähigkeit zum Schutz nach aussen und zur Hilfe im eigenen Land. Mit der Annahme der Initiative hätte die GSoA ein erstes Teilziel, das auf die Substanz unserer militärischen Landesverteidigung gerichtet ist, erreicht. Die Armee würde geschwächt. Die Fähigkeit zur Verteidigung unserer Souveränität und Unabhängigkeit würde empfindlich beeinträchtigt.“⁸⁴⁶ Den Initianten wurde vorgeworfen, die Glaubwürdigkeit nicht nur der Luftwaffe oder der Armee, sondern der Nation als Ganzen unterminieren zu wollen. Wenn man gegen die Flugzeuge sei, sei man auch gegen die Unabhängigkeit der Schweiz. In der Botschaft über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ging der Bundesrat noch genauer auf den militärischen Glaubwürdigkeitsverlust im Falle einer Nichtbeschaffung der Kampfflugzeuge ein: „Wer die Verteidigung des Luftraumes nicht sicherstellen kann, verliert auch die Handlungsfähigkeit am Boden. [...] Ein zuverlässiger Schutz des Luftraumes ist somit Voraussetzung für eine glaubwürdige Wahrung der Lufthoheit und für jede wirkungsvolle Verteidigung am Boden.“⁸⁴⁷ Von den bürgerlichen Volksvertretern wurde das Argument auch in den Ratsdebatten vielfach verwendet. Hier zum Beispiel der CVP-Nationalrat Josef Leu: „Entweder kann die Schweiz ihre Lufthoheit garantieren, oder sie kann es eben nicht. Wenn sie es nicht kann oder nicht mehr kann und nur noch so tut, als ob sie es könnte, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit; sie macht sich international lächerlich.“⁸⁴⁸ In Publikationen der Milizorganisationen, hier als Beispiel eine AWM Broschüre, wurde dann mit dem Verweis auf den Golfkrieg ebenfalls auf die Unglaubwürdigkeit einer Armee ohne kompetitive Luftwaffe angespielt: „Ohne Luftschild ist keine wirksame Verteidigung möglich [...] Der

⁸⁴⁶ Volksinitiative „für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“, BBl 1992, S. 479.

⁸⁴⁷ Rüstungsprogramm 1992, BBl 1992, S. 695.

⁸⁴⁸ Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge, AB 1992, N, S. 2481.

Golfkrieg hat 1991 gezeigt, was eine Armee ohne Luftschirm noch ausrichten kann: nämlich nichts.“⁸⁴⁹

Die Sicherheitspolitik der Schweiz müsse glaubwürdig sein, hiess es im Zusammenhang mit den Armeeformen verbreitet. Die Armeeformen galten als Grundbedingungen für die Glaubwürdigkeit der Sicherheitspolitik. Würden sie verhindert, so wäre die Glaubwürdigkeit der Sicherheitspolitik nicht mehr gegeben. Gemeint war die Glaubwürdigkeit gegen aussen, die neben einer gewissen dissuasiven Wirkung vor allem die Verlässlichkeit der Schweiz als internationale Partnerin in der Sicherheitspolitik bestärke. Bezüglich der Armeeformen war der Topos „Glaubwürdigkeit“ eng mit dem Topos „Zeitgemäss“ verknüpft, da nur eine zeitgemässe, also eine moderne und realistische Armee glaubwürdig sein könne.⁸⁵⁰ Der Topos „Glaubwürdigkeit“ kam im Zuge der Modernisierungen auch bei der Debatte um internationale Einsätze der Schweizer Armee zur Geltung. Gerade das Argument, die Schweiz dürfe keine sicherheitspolitische Trittbrettfahrerin sein und müsse ihren Teil zur Friedensförderung angemessen beitragen, spielte innerhalb des Topos „Glaubwürdigkeit“. Hier würde sich die gesamte Schweiz unglaublich machen, wenn ein so reiches Land, wie die Schweiz, zumal mit einer personell immer noch vergleichsweise hoch dotierten Streitkraft, sich einer international erwarteten Solidarität verweigern würde. CVP Nationalrat Anton Keller führte an, dass man ungeachtet der technischen Entwicklung eine glaubwürdige Sicherheitspolitik anstreben solle und dies hiesse bei Bedarf auch die Neutralität anzupassen: „Für die Kommissionsmehrheit ist es aber klar, dass die neutrale Schweiz nicht zum sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer in Europa absteigen darf, sondern im Rahmen des Möglichen und lagegerecht eine glaubwürdige Armee braucht.“⁸⁵¹ FDP-Militärpolitiker Willy Loretan ging sogar noch weiter und verknüpfte die Reputation der Schweiz mit der Bedrohung der offiziellen Sicherheitspolitik mit den Volksbefragungen zur Armee, die je nach Ausgang die Glaubwürdigkeit der Schweiz gefährden würden: „Ein Nein zu unseren Blauhelmtrouppen wäre nach dem 6. Dezember 1992 für das internationale Ansehen un-

⁸⁴⁹ AWM: 'Nein zur Armeeabschaffung in Raten'.

⁸⁵⁰ Siehe Kapitel. Zeitgemäss-Topos.

⁸⁵¹ Armeeleitbild 95. AB 1992, N, S. 2078.

seres Landes ebenso schädlich wie ein Ja zu den beiden Selbstentwaffnungs-Initiativen am kommenden 6. Juni schädlich wäre. Wir würden dann endgültig als eigensüchtige, auf uns selbst fixierte aussen- und sicherheitspolitische Trittbrettfahrer dastehen, die nur für sich selber schauen und keine Beiträge an ein europäisches Sicherheitssystem erbringen wollen - sei es mit Blauhelmen, sei es mit einer eigenen Flugwaffe.“⁸⁵² Botschafter Hansrudolf Hoffmann warnte in der NZZ, „wirtschaftliche und geistige Marginalisierung“ und Substanzverlust bei der Souveränität, würden die Blauhelme an der Urne scheitern.⁸⁵³

Auch die Gegner internationaler Einsätze griffen zum Topos „Glaubwürdigkeit“. Der Militärtourismus gehe zulasten der Landesverteidigung, so eine Argumentation der Nationalkonservativen gegen die Blauhelmeinsätze. Christoph Blocher argumentierte in seiner Entgegnung auf den Bericht der Kommission Brunner, dass die Verteidigung von Freiheit, Unabhängigkeit und Freiheit durch die Losung Sicherheit durch Kooperation geschwächt werde und Neutralität und Landesverteidigung unglaubwürdig würden. Dabei kommt der Topos „Glaubwürdigkeit“ durch die zum Teil verhöhnend-ironisierende Beschreibung des kritisierten Bericht Brunners als naiv und wichtigtuerisch zur Geltung: „Würden die Vorschläge des Berichtes Brunner in der Praxis verwirklicht, so bekämen wir keine bessere Sicherheitspolitik. Im Gegenteil: Die Verteidigung unserer Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit würde entscheidend geschwächt. [...] Nein zu einer naiven Sicherheitspolitik, nein zu wichtigtuerischer und nachahmerischer Aussenpolitik, nein zur Grossmannssucht.“⁸⁵⁴ Die Glaubwürdigkeit der Armee liege „in ihrem Wesen als Widerstandsarmee“, führte Blocher seine Ansichten in einem Zeitungskommentar weiter aus.⁸⁵⁵ Die Vernehmlassungsantwort der AUNS zum Armeeleitbild XXI kanzelte die neue Strategie als realitätsfern und unglaubwürdig ab: „In der Schweiz stehen zwei Konzepte im Widerstreit: die realistische Strategie des hohen Eintrittspreis [...] und die idealistische Strategie der Hoffnung auf die Nato. [...] Die schweizerische Lan-

⁸⁵² Schweizerische Blauhelmruppen, AB 1993, S. S. 57.

⁸⁵³ Neue Zürcher Zeitung, 18.5.1994.

⁸⁵⁴ Blocher, Strategischer Wandel.

⁸⁵⁵ Aargauer Zeitung, 5.6.2001.

desverteidigung orientierte sich bisher an der Strategie des hohen Eintrittspreises. Diese Strategie hat sich bewährt, und deshalb muss an ihr festgehalten werden. Dazu benötigen wir eine Armee, die auf aktuelle und absehbare künftige Gefahren antworten kann, eine Widerstandsarmee, nicht eine Interventionsarmee im Schlepptau der Nato oder der EU. Die zentrale Frage lautet: „Was haben wir zu verteidigen?“ Es geht nicht um Häuser und Autobahnen, sondern um Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie und Rechtsstaat.“ Nur die bewährte Methode sei in der Lage sicherheitspolitisch vernünftig und glaubwürdig zu bleiben. Für die AUNS war dies eine Frage, die über die Armee hinausging und für die Gesamtschweiz essentiell war.⁸⁵⁶

Abrüstungsforderungen wurden in den meisten offiziellen Berichten wie den Berichten des Bundesrates zur Halbierungs- oder der Umverteilungsinitiative mit dem Argument zurückgewiesen, dass die geforderten Abrüstungsbemühungen die Glaubwürdigkeit der Landesverteidigung in Frage stellen würden, respektive dieser einen massiven Glaubwürdigkeitsverlust zufügen würden. Bei der zweiten Abschaffungsinitiative mit dem Namen „für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee“ der GSoA sah man bei Annahme gar die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Staatswesens in Gefahr. „Dass diese idealistische Sicherheitspolitik [diejenige der GSoA] aber ‚glaubwürdiger‘ sein soll als die heutige Sicherheitspolitik der Schweiz ist zumindest fragwürdig und kann u.U. als anmassend empfunden werden. [...] Volk und Stände sind aufgerufen, die schwer wiegenden Folgen einer Annahme der Initiative gründlich zu bedenken: Der verfassungsmässige Verzicht auf eine eigene Armee würde die Schweiz nicht nur wehrlos machen, ihre konstruktive Rolle in der internationalen Friedenssicherung schwächen und wirtschaftlich grosse Probleme zeitigen; damit würde auch ihre Glaubwürdigkeit als neutrales, eigenständiges und stabiles Staatswesen erschüttert“, hiess es in der bundesrätlichen Botschaft zur Initiative.⁸⁵⁷ Gleichzeitig betonten die Initianten jeweils eine glaubwürdige sicherheitspolitische Alternative anzubieten, die sich von der als irrational empfundenen Überbewertung des Militärischen abwendet. Glaubwürdig sei der von der GSoA vorgeschlagene Weg, der in quasi-religiöser Verklärung

⁸⁵⁶ Vernehmlassungsantwort der AUNS zum Armeeleitbild XXI. Schweizerzeit, 27.7.2001.

⁸⁵⁷ "Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee", BBl 2000, S. 4825-4840.

als der wahre Weg beschrieben wurde, zu dem es das Volk zu kehren gelte. Die auf das Militär festgelegte Sicherheitspolitik sei hingegen ein Irrweg, der sich von Erfüllung einer Friedenspolitik entferne. Nico Lutz, Wortführer der Initianten konterte, gegen die offizielle Sicherheitspolitik mit dem Vermerk, dass die Armee nicht das wichtigste Element einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik sei: „Daraus aber abzuleiten, die Armee bleibe ein ‚unverzichtbares Instrument unserer Sicherheitspolitik‘, ohne das die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht in ‚Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit‘ leben könnten, hat mit einer nüchternen Beurteilung unserer sicherheitspolitischen Handlungsoptionen nichts zu tun. Mit Verlaub: Das ist militärischer Fundamentalismus.“⁸⁵⁸ Die Bürgerlichen zeigten kein Verständnis für die Verknüpfung einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik mit der Abschaffung der Armee. Immer wieder betonte man, dass ohne eine starke und entsprechend ausgerüstete Armee die Sicherheitspolitik der Schweiz unglaubwürdig sei. Nationalrat Josef Leu stellte in einem Zeitungskommentar zum Sicherheitspolitischen Bericht 2000 die bürgerliche Meinung klar: „Dieser Bericht gipfelt in der unmissverständlichen Aussage, dass eine umfassende und glaubwürdige Sicherheitspolitik ohne eine modern ausgerüstete und gut ausgebildete, multifunktionale und flexible Armee nicht vorstellbar ist.“⁸⁵⁹

Der Topos „Glaubwürdigkeit“ wurde in erster Linie von offizieller Seite in Texte und Bilder gesetzt um einerseits gegen Vorwürfe von traditionell armeekritischen Kreisen und Abschafferkreisen zu argumentierten, andererseits aber auch um der konservativen Armeekritik während und nach den 1990er die Spitze zu nehmen. Die Armee müsse glaubwürdig sein und zwar gegen aussen aber auch gegen innen. Vereinfacht lässt sich ersteres auf den Begriff der Dissuasion zurückleiten, während die Glaubwürdigkeit gegen innen, also der Anklang der Armee bei der Bevölkerung, nur ungenau umrissen werden kann. Beim Topos „Glaubwürdigkeit“ war technisch die Verteidigungsfähigkeit der Armee gemeint, diese sei Bedingung für die Glaubwürdigkeit der Armee bei der Bevölkerung. Letztere war eher Ziel und nicht Mittel der Argumentation, die Schweiz brauche eine glaubwürdige Armee. Mit der Überhandnahme des Begriffes der Sicher-

⁸⁵⁸ Neue Zürcher Zeitung, 22.10.2001.

⁸⁵⁹ Neue Zürcher Zeitung, 22.10.2001.

heitspolitik erschloss sich der Topos „Glaubwürdigkeit“ auch den Armeegegnern und den Armeekritikern. Hatten diese für die Argumentation *Glaubwürdige Landesverteidigung* wenig Verwendungsmöglichkeiten, eröffnete sich ihnen mit der Glaubwürdigen Sicherheitspolitik ein neuer Argumentationszugang. Das Beharren auf militärisch dominierter Sicherheitspolitik konnte als unglaubwürdig abgetan und in Verbindung mit dem Topos zeitgemäss auch als antiquiert. Auch beim Topos „Glaubwürdigkeit“ zeigten sich die verschiedenen Glaubensrichtungen im Kampf um die Schweizer Armee, die jeweils den anderen als unglaubwürdig abstempelten und ihren eigenen Weg als den wahren forcieren wollten. Entsprechend strebte man an mit Texten und Bildern den eigenen richtigen Standpunkt als richtig und glaubwürdig, und den gegnerischen als falsch und unglaubwürdig darzustellen.

6.5. TOPOS „KOSTEN“

Der Topos *Die Armee kostet zu viel, deshalb muss man abrüsten, respektive die Armee abschaffen*, beinhaltet ein wichtiges Argumentationsmuster der armeekritischen Linken über den gesamten untersuchten Zeitraum hinweg. Hier erhält er auch eine Zuspitzung in die Überrüstung im Sinne von *Die Schweiz, respektive die Welt ist überrüstet, deshalb muss man abrüsten*. Überrüstung kann als Fahnenwort der armeekritischen Linken gesehen werden, das innerhalb des Topos „Kosten“ einen grossen Entfaltungsraum vorfindet, da neben der moralischen Skepsis gegenüber Rüstung an sich eine konkrete Empörung gegenüber Rüstung an den Kosten materialisiert werden kann, die wiederum durch die Distribution beschränkter öffentlicher Mittel, also das Fehlen solcher in anderen Bereichen moralisch aufgeladen werden kann. Der Topos „Kosten“ schwang in der Armeekritik stetig mit und stiess in breiten Kreisen auf Unterstützung. Gerade die Beschreibung der Höhe der Rüstungsausgaben als *grotesk*, also als überspannt, verzerrt und unverhältnismässig manifestierte sich in den Forderungen, die sich gegen eine Aufrüstung, die Beschaffung der F/A-18 richteten oder für eine Abrüstung, wie in der Umverteilungsinitiative stark machten.

Festgemacht wurden diese Forderungen an Geldbeträgen. Es waren in erster Linie die Kosten, deren Steigerung in Form von Rüstungsmilliarden respektive deren fehlende Senkung als Friedensdividende problematisiert werden und die eine populäre Einschät-

zung eines an sich komplexen Vorgangs wie einer Kampfflugzeugbeschaffung erlauben. Durch das Herunterbrechen auf eine Ziffer, hier ein Milliardenbetrag, machte man die Kampfflugbeschaffung mit anderen Sachlagen vergleichbar, indem man beispielsweise anderswo Verzicht oder Mehraufwand suggerierte. Bei den F/A-18 Kampfflugzeugen wirkten die Kosten emotionalisierend und stärkten den allgemeinen Eindruck, es werde aufgerüstet, obwohl aufgrund der sicherheitspolitischen Wende von 1989 angeblich eher abgerüstet werden müsste. Bereits vor der ersten Abschaffungsinitiative von 1989 sind die Kosten der Armee stetig problematisiert und Abrüstungsschritte im Rüstungsreferendum von 1987 auch skizziert worden. Mehrheitsfähig schien die Forderung nach Abrüstung aber erst nach der *Siegniederlage* der GSoA bei ihrer ersten Abschaffungsinitiative. In diesem Umfeld erschien die Beschaffung von ein paar Dutzend Flugzeugen zu einem mehrfachen Milliardenbetrag in der öffentlichen Arena als unangebracht bis skandalös. Der Milliardenvogel F/A-18 hatte als Projekt der Aufrüstung nur wenig Aussicht auf politischen Kredit der Bevölkerung, die dem EMD als Antragsteller, aufgrund der Enthüllungen rund um die Geheimarmee P-26 und die Fichenaffäre eher misstrauisch gegenüberstand. „Die Summe von 100 Millionen für einen F/A-18-Jäger übersteigt die kleinstaatliche Finanzschallgrenze“, schrieb Helmut Hubacher im Pressedienst seiner Partei und spielte auf die Schweiz als Kleinstaat an, eine Argumentation, die im Topos „Kosten“ gehäuft vorkommt. Die Schweiz als kleines Land müsse eben nicht zwingend auf dem gleichen technischen Stand sein wie grössere Länder.⁸⁶⁰ Die Überschriften einiger Sozialdemokratischer Vorschläge für eine neue Sicherheits- und Friedenspolitik gingen gezielt auf die hohen Kosten der Armee ein, diese wird als eine heilige Kuh bezeichnet: „Die heilige Kuh frisst und kostet zu viel“, und das kleine Land Schweiz als militarisiert, „Kleines Land – militarisiert wie kein anderes“. Die Bezugnahme auf die Schweizer Armee als Heilige Kuh weckte Reminiszenzen an die GSoA Abschaffungsinitiative, als es hiess: „Schlachten wir die Heilige Kuh“. Im Topos „Kosten“ wurden aber gezielt die Ausgaben skandalisiert, indem man diese als Luxus, „Viel Geld für EMD-Luxus“, der unangebracht und verschwenderisch sei, anprangerte: „Statt Abrüstung High-tech à discretion“. Schliesslich kostete die Landesverteidigung „13 Mil-

⁸⁶⁰ SPS Pressedienst, 23.1.90.

liarden im Jahr“.⁸⁶¹ Auch die GSoA betonte in Ihren Abstimmungsbroschüren die Summe die für die Kampffjets aufgewendet würden, als zu hoch und spekulierte, was man mit diesen Geldern sonst machen würde: „3,495 Milliarden Franken für 34 Kampfflugzeuge sind eine ungeheure Verschwendung. Dieses Geld können wir für sozial dringlichere Anliegen gebrauchen wie zum Beispiel im Wohnungsbau, in sozialen Bereichen, für die Ökologie oder für die Dritte Welt.“⁸⁶² Auch in der Presse versetzte vor allem der hohe Preis der Flugzeugbeschaffung Ausrufezeichen. Es war auffallend oft von „Milliardenvögel“ die Rede. Durch eine argumentative Verknüpfung der Kosten für den F/A-18 und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel der schlechten Finanzlage des Bundes, einer Wirtschaftskrise und der ansteigenden Arbeitslosigkeit, sollte offenbar impliziert werden, dass das neue Kampfflugzeug auf Kosten anderer Bereiche beschafft würde und nicht den Interessen des Volkes entspräche. Beispielhaft für eine solche Verknüpfung war die Abbildung eines Krankenbetts und eines Kampfflugzeuges in einer SP-Abstimmungszeitung zur Krankenkasseninitiative untermalt mit dem Slogan „250 Franken weniger Prämie statt teure Kampfflugzeuge.“⁸⁶³ In einem Infoblatt der SP wurde diese Argumentationslinie weiter verfolgt. Die Mehrheit im Bundeshaus, verfolge eben nicht die Mehrheit der Bevölkerung: „Phantasiesummen für Luxuriöse Waffentechnologie, aber kein Geld für die Kranken, die soziale Sicherheit und gesundheitliche Vorsorge von uns allen. Das muss ändern. Aber die Mehrheit im Bundeshaus will nichts tun.“⁸⁶⁴ Auch in Abstimmungsplakaten wurden die hohen Kosten und die fehlenden Mittel in anderen Bereichen thematisiert. Visuell stellte man in Abb. 3 AHV und Kampfflugzeug im Vergleich gegenüber. Hier spielte der Topos „Kosten“, da impliziert wurde, dass aufgrund der Kosten des Kampfflugzeugs der alte Mann weniger Geld zur Verfügung haben würde.

⁸⁶¹ SP Schweiz: Weniger Armee – mehr Sicherheit.

⁸⁶² Abstimmungsbroschüre, GSoA Jahrbuch 91/92, S.572f.

⁸⁶³ Tagesanzeiger, 6.2.92.

⁸⁶⁴ SP-Info, Nr. 1/Februar 1992.

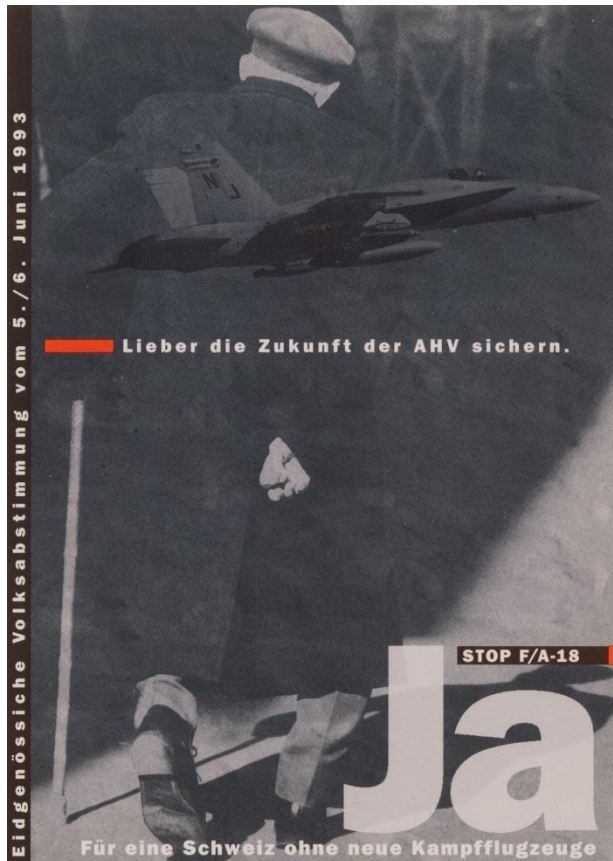


Abb. 3: Stop F/A-18 Abstimmungsplakat der SP Schweiz

Die Kritik an der Mittelallokation zugunsten der Armee war ein wichtiges Element des Topos „Kosten“, da zu hohe Ausgaben gerade bezüglich fehlender Mittel in anderen Bereichen als verfehlt skandalisiert werden konnten. Über eine halbe Million Unterschriften sammelte die GSoA gegen das *Aufrüstungsprojekt*. Ihre Kampagne stellte das Flugzeug als Hi-Tech Maschine bewusst in den Vordergrund, konnte aber nicht verhindern, dass es am Abstimmungssonntag des 6. Juni 1993 um die Armee ging. Damit rückte der Topos „Kosten“ gegenüber den Topoi „Glaubwürdig“ und „Zeitgemäss“ in den Hintergrund. Die Aufrüstungsproblematik konnte durch eine geschickte behördliche Kommunikation entschärft werden.

EMD und Armee-reformer priesen ihre Armee 95 unter dem Motto *Weniger Fett mehr Muskeln* als einen Beitrag zur Friedensdividende an und leisteten damit Gegensteuer zur

von der armeekritischen Linken bewirtschafteten Verärgerung über hohe Armeeaussgaben. Die Armee 95 bleibe aber ein Aufrüstungsprojekt beharrten linke Armeekritiker, die in der Armeereform eine Reformchimäre erkannten, also ein Trugbild, das Abrüstung lediglich vorspiegle und nach wie vor einer als Teufelskreis umschriebenen *Aufrüstungsdynamik* verhaftet bleibe. Die *Konzeption* beruhe auf *kampfflugzeuggestützten Panzerschlachten* und führe in der Anwendung zur Selbstvernichtung des Mittellandes. Das im Februar 1992 vorgestellte Leitbild tat die SP als Projekt der Aufrüstung ab, das aus dem Kalten Krieg stamme, abgetan und sich immer noch an der *Zeit der grossen Landschlachten* orientiere. In einem *Grundlagenpapier* forderte die SP eine Reduktion der Ausgaben in sämtlichen Armeebereichen: „Die SP Schweiz erachtet eine deutliche Reduktion der Rüstungsanstrengungen mit einer massiven Verkleinerung der Armee und EMD als dringlich. Die heute vom EMD vorbereitete Armeereform (Armee 95) will die Mannschaftsstärke zwar um einen Drittel abbauen, setzt die freiwerdenden Mittel aber für eine weiter forcierte Hochtechnologierüstung ein. Dieses Um- und Aufrüstungsprogramm, dessen Planungen weit in die achtziger Jahre zurückgehen und keine Antwort auf die eingetretenen Veränderungen darstellen ist angesichts des Endes des Kalten Krieges völlig überrissen und für die SP nicht akzeptabel.“⁸⁶⁵ Auch von der Friedensbewegung wurde die Armee 95 als überrüstet und zu teuer kritisiert anstatt abzurüsten, rüste man damit sogar auf, monierte Markus Heiniger in einem Kommentar in der Friedenszeitung: „‘Armee 95‘ ist ein klassisches Aufrüstungsprojekt, das auch auf der finanziellen Seite nicht auf die Durchbrechung des Teufelskreises der Rüstung zielt, sondern darauf diesem hinterherzurrennen.“⁸⁶⁶ In der Wochenzeitung brachte SP-Militärpolitiker Peter Hug die hohen Ausgabe einerseits mit dem Kalten Krieg andererseits mit Schritten hin zur NATO in Verbindung: „[Die Armee 95] entspricht weniger einer zukunftsgerichteten Reform als langjährigen Postulaten eines bestimmten Flügels im EMD und des Offizierskorps, der sich seit dem „Panzerstreit der fünfziger Jahre für eine Mechanisierung und Natoisierung der Armee einsetzt. [...] Nüchtern betrachtet stösst die „Armee 95“ als letztlich revisionistische Konzeption jedoch in erster Linie

⁸⁶⁵ Sicherheit durch Friedenspolitik.

⁸⁶⁶ Friedens-Zeitung, 101/102.1990 (27.2.1990).

diejenigen vor den Kopf, die sich seit langem und mit abnehmendem Erfolg gegen eine Grossmacharmee im Taschenformat gewehrt hatten. [...] Der Sandkastentraum der Generale, kampfflugzeuggestützte Panzerschlachten zu schlagen bedeutete in die Tat umgesetzt, im dichtbesiedelten, elektronikabhängigen, von Atomkraftwerken und Chemielagern überstellten Mittelland und Grenzraum die Selbstvernichtung der Schweiz.“⁸⁶⁷ LdU Nationalrat Hansjürg Weder brachte die zu hohen Armeeausgaben in einen internationalen Kontext: „Mehr Rüstung bedeutet nicht mehr Sicherheit Wenn der Teufelskreis der ewigen Rüsterei nicht durchbrochen wird, gibt es bald nichts mehr zu retten. Einer muss anfangen aufzuhören, sonst hört der Rüstungswahn nie auf. Rüstungsstopp ist Voraussetzung für Abrüstung. Die Umkehr beginnt im Innehalten auf dem falschen Weg.“⁸⁶⁸ Es lässt sich generell beobachten, dass Armeekritiker eine Überrüstung feststellen und diese dann auch in den internationalen Kontext der Friedensbewegung aufbauen, indem sie deren Bilder verwenden wie zum Beispiel die Rüstungsspirale oder den Rüstungswahn. In der Kritik an hohen Ausgaben der Schweizer Armee konnten diese Bilder dann im Topos „Kosten“ ihre Entfaltung finden.

In der Halbierungs- und der Umverteilungsinitiative fand die Kritik an den Kosten der Landesverteidigung ein direktdemokratisches Instrument, das den Unmut über die als Überrüstung empfundenen Ausgaben kanalisieren sollte. Mit eigenen Armeemodellen versuchte man dem Vorwurf, die Armee abschaffen zu wollen, zu entgegnen. Grundgedanke dieser Armeemodelle war die in erster Linie finanziell günstigere Armee respektive die *groteske* Höhe der Kosten für die aktuelle Armee. Gerade der Hinweis, auch nach einer Umsetzung des Modells von Lutz Unterseher hätte man eine im europäischen Vergleich starke Armee, verschärfte den Vorwurf der Überrüstung. Man akzeptierte zwar die Armee als Mittel zur Deckung eines realistischen Sicherheitsbedürfnisses, darüber hinausgehende Aufwendungen im Bereich der Landesverteidigungen lehnte man aber als zu teuer ab. Dies traf abgesehen von der materiell-technische Seite der Überrüstung auch auf die humanen Kennzahlen zu. Aus einem vermeintlich übertriebenen Fest-

⁸⁶⁷ Wochenzeitung, 17.5.1991.

⁸⁶⁸ Rüstungsprogramm 1992. AB 1992, N, S. 916.

halten an Wehrpflicht und Miliz heraus ergäben sich Bestandeszahlen, die zu hoch und deshalb eine stete Anpassung gegen unten, also eine Abrüstung bedingen würde. Wiederum auf finanzielle Zahlen heruntergebrochen kam die Abrüstung personeller Art in der Diskussion um die wahren Kosten der Landesverteidigung auf. Auf einen nahezu zweistelligen Milliardenbetrag komme die Rechnung unter Berücksichtigung von Leistungen der Privatwirtschaft, rechneten die Befürworter im Vorfeld der Umverteilungsinitiative in einem Friedenspolitik Artikel mit dem passenden Titel Milliarden ohne Mehrwert vor: „Die 12-Milliarden-Armee der Schweiz vermindert wegen ihrer hohen verdeckten Kosten die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes.“⁸⁶⁹ In einer Dokumentation zur Umverteilungsinitiative wurde auf die Studie von Lutz Unterseher verwiesen. Dessen Studie habe nämlich gezeigt: „Das EMD vergeudet mit seinen veralteten Konzepten jedes Jahr Milliarden Franken Steuergelder.“⁸⁷⁰ Bei der Umverteilungsinitiative wurden die Kosten der Schweizer Armee wiederholt mit denjenigen für andere vergleichbare Nationen verglichen und festgestellt, dass die Schweiz bei der Tendenz zur Abrüstung offenbar nicht mitmache und deshalb die höchsten pro Kopf Wehrausgaben habe, wie es in einem Argumentarium für ein Ja zur Initiative hiess: „Die Schweiz bildet mit ihren grotesk überhöhten Militärausgaben im internationalen Vergleich einen Sonderfall. Die weltweiten Militärausgaben gingen zwischen 1987 und 1997 um 38% zurück. [...] Nur die Schweiz leistete sich den Luxus, die ihren 1987 bis 1997 bloss um 8% zu senken. [...] Kein anderes Land in Europa lässt sich die Armee insgesamt pro Kopf der Bevölkerung so viel kosten wie die Schweiz.“⁸⁷¹ Eine Broschüre mit dem Namen *Wollen Sie noch mehr sparen? Ja zur Umverteilungsinitiative* bezifferte diesen hohen pro Kopf Wert: „Die Schweiz leistet sich heute die grösste und teuerste Armee im europäischen Vergleich. 1400 Franken kostet die Landesverteidigung jeden von uns. Das ist die Hälfte mehr als Frankreich und Norwegen. Noch immer wird in die militärische Verteidigung zu viel Geld investiert, das an anderen Orten fehlt.“⁸⁷² Wiederum

⁸⁶⁹ Friedenspolitik, Sondernummer, September 1995.

⁸⁷⁰ Deckblatt in: Dokumentation zur Umverteilungsinitiative.

⁸⁷¹ Die friedenspolitischen Initiativen: Argumentarium Ja zur Umverteilungsinitiative.

⁸⁷² Die friedenspolitischen Initiativen: Broschüre *Wollen Sie noch mehr sparen?*.

verwies man auf potentielle alternative Verwendungsmöglichkeiten und die verfehlte Allokationspolitik des Bundes.

Auch das Reformprojekt Armee XXI wurde als zu teuer kritisiert. Diese *Luxusarmee* sei unter anderem darauf ausgerichtet, offensiv in Mitteleuropa Krieg führen zu können, beklagen Armeekritiker. Die *Nato-Armee in der Westentasche* führe zu einem Rüstungswahnsinn, da sie im Bereich der Hi-Tech Aufrüstung zu erheblichen Belastungen führe. Die Nato gilt als Versinnbildlichung einer verpassten Abrüstung nach dem Ende des Kalten Krieges. Ihre Partnerschaftsangebote disqualifizierten linke Kritiker als Lockrufe zu einer verfehlten Aufrüstungspolitik, die von einer Friedensarbeit im Sinne echter Entwicklungszusammenarbeit abhielten. Dorothee Wilhelm von der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit sagte an einer Medienkonferenz *Gegen Blankochecks für bewaffnete Auslandseinsätze*: „Es geht bei dieser Gesetzesänderung [Teilrevision des Militärgesetzes] offensichtlich weniger um Friedensförderung im Rahmen der kooperativen und kollektiven Sicherheit als um eine Annäherung der Schweiz an die Nato. [...] [Es gilt] zur Kenntnis zu nehmen, dass weltweit jährlich 750 Milliarden Dollar für militärische Mittel und keine 20 Milliarden für Gewaltprävention aufgewendet werden. In der Schweiz ist das Missverhältnis noch krasser: 5150 Millionen Franken für die Landesverteidigung stehen 27 Millionen für die Friedenserhaltung und –förderung im engeren Sinne gegenüber.“⁸⁷³ Auch die nationalkonservative AUNS kritisierte die durch eine stärkere Annäherung an die NATO in ihren Augen falsche Mittelallokation: „Die Auslandseinsätze und die Ausbildungskooperation mit der Nato wollen aus der schweizerischen Milizarmee auf verfassungswidrige Art und Weise eine Nato-Taugliche High-Tech-Armee im Taschenformat konstruieren.“⁸⁷⁴ Armeeconservative Kreise scheuten sich aber davor, übermässig gegen die hohen Kosten der Landesverteidigung zu argumentieren, da sie ja durchaus eine gut alimentierte Armee forderten. Kampfschwerpunkt blieb für nationalkonservative Kritiker der als verfehlt gesehene Abbau von Truppenzahlen und die Liquidation von militärischen Gerät und Festungsanlagen aufgrund der

⁸⁷³ Wilhelm, Ziviles Recht.

⁸⁷⁴ Grauer Brief, Nr. 72, Oktober 2000.

Neuaustrichtung der Armee. Entsprechend selten wurden in diesen Kreisen die Kosten thematisiert.

Beim Referendum gegen die Teilrevision des Militärgesetzes bildeten diese Bedenken die Argumente des *friedenspolitischen Komitees*, die sich gegen die Militarisierung der Friedenspolitik richteten und diese nicht als eine Konzession zugunsten der aussenpolitischen Öffnung verstehen wollten. Die Kontrastierung militärisch geprägter mit der zivilen Friedensförderung ist im Topos „Kosten“ zu fassen. Militärische Friedensförderung wie beispielsweise das peace-keeping von UNO-Blauhelmskräften wurde nicht unisono abgelehnt, jedoch als weniger effizient und viel zu teuer kritisiert. Die Allokation der Mittel sei zugunsten der militärischen Friedensförderung im Ungleichgewicht. Ihre Forcierung leiste also einen Beitrag zur Überrüstung und implizit zur Verdrängung ziviler Friedensanstrengungen. Am Konkretesten wurden zivile Friedensförderung und militärisches Peace-keeping bei der Umverteilungsinitiative und bei der Doppelinitiative Armeeabschaffung und Ziviler Friedensdienst kontrastiert. In einer Art Kosten-Nutzen-Rechnung wies man auf die massiv kostspieligere Friedensarbeit der Armee hin. Deswegen müsse im Sinne einer Umverteilung, die auch eine Abrüstung sei, eine neue Prioritätenfestlegung in der Friedenspolitik erfolgen. Nur durch Abrüstung bei der Armee respektive deren Abschaffung könnten ausreichend Mittel für eine echte Friedenspolitik freigelegt werden. GSoA Repräsentant Josef Lang beschrieb die sich konkurrierenden Modelle folgendermassen: „Die beiden Volksinitiativen für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst sowie für eine Schweiz ohne Armee bieten eine Alternative zur verheerenden Logik des Krieges und der Aufrüstung. [...] Die Schweiz soll, statt sich in die Nato einzubinden, eine echte Sicherheitspolitik betreiben. [...] Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Schweiz für eine ebenso unnötige wie illusionäre militärische Sicherheit über 100 Milliarden ausgegeben. Die natokompatible Rüstungswunschliste beträgt 30 Milliarden Franken.“⁸⁷⁵ In Ihren Argumenten gegen die Armee warf die GSoA der militärischen Friedensarbeit der Schweiz und der NATO vor, nur nach Rechtfertigung für die eigene Existenz und die zugesprochenen finanziellen Mitteln zu suchen: „Das Gerede von ‚Solidarität‘, ‚Kooperation‘ und ‚kollektivem Sicherheitssystem‘

⁸⁷⁵ Tagesanzeiger, 20.11.2001.

tem‘ macht aus einer waffenstarrenden Militärallianz noch keine Friedensbewegung. Im Gegenteil. [...] Seit 1989 hat die Schweiz für ihre Armee über 100 Milliarden Franken ausgegeben. Das ist eine Million pro Stunde - und einen Haufen Geld. Im Jahr 2000 gab der Bund 5004 Millionen Franken für Landesverteidigung aus. [...] Dass auch Soldaten eine Schaufel in die Hand nehmen können, ist keine Rechtfertigung für die Existenz von Armeen.⁸⁷⁶ Das Herunterbrechen des Geldbetrages auf kleinere Einheiten erinnert an die Argumentation karikativer Organisationen bei der Spendengewinnung, wenn beispielsweise argumentiert wird, das pro Minute ein Mensch an Unterernährung sterbe. Dies ist umso interessanter, da die zivile Entwicklungshilfe gerne gegen die militärische Friedensförderung ausgespielt wurde.

Der Topos „Kosten“ wurde beinahe ausschliesslich von linken Armeekritikerkreisen und Armeegegnern angewendet und hatte einen starken Bezug zur internationalen Friedensbewegung, die die Abrüstung als Forderung stets bereits gehalten hatte und Abrüstung grundsätzlich als globalen Prozess verstand, an dem sich auch die Schweiz beteiligen müsse. Hier fanden sich Anschlusspunkte an den Topos „Glaubwürdigkeit“, da behauptet wurde, dass weltweite Tendenzen zur Militarisierung keine friedens- oder sicherheitspolitischen Fortschritte brächten und deshalb unehrlich und unseriös seien. Nationalkonservative kritisierten zwar auch gewisse High-Tech Aspekte der Armeereform, dies aber in erster Linie aus Bedenken über die sicherheitspolitische internationale Zusammenarbeit und wegen der vermeintlichen Gefährdung des Milizsystems. Im Topos „Kosten“ wurden Zahlen als Veranschaulichung auf vielerlei Weise herangezogen, sie können als Bilder gesehen werden, die beim Betrachter bestimmte Emotionen hervorrufen sollen, die auch entsprechend inszeniert werden. Die Milliarde wurde dabei oft als Text, aber auch als Zahl ins Zentrum von Argumentationen gerückt. Mit der Abnahme der Budgets gegen Ende des Untersuchungszeitraums verlor auch der Topos „Kosten“ an Spielraum. Für viele linke Armeekritiker stimmte die budgetär eingeschlagene Richtung, auch wenn das Tempo dieser Kostenreduktionen beklagt wurde.

⁸⁷⁶ www.gsoa.ch: Argumente für eine Schweiz ohne Armee.

6.6. TOPOS „BEDROHUNG“

Die Sicherheitspolitik der Schweiz muss sich aufgrund der Bedrohungslage erschliessen. Der Topos „Bedrohung“ wurde in Debatten des Kampfes um die Schweizer Armee einerseits als Rechtfertigungsgrund für die Armee, andererseits als Argument gegen eine Armee eingesetzt. Letzteres ist vor allem in der Gegenüberstellung von „echten“ mit vermeintlich überholten Bedrohungen zu finden. Der Topos „Bedrohung“ lässt sich nicht scharf von den Topoi „Zeitgemäss“ oder „Glaubwürdigkeit“ abtrennen, da in diesen auch mit der Aktualität respektive der Wahrscheinlichkeit von Bedrohungen argumentiert wird.

Bereits bei den Debatten um die erste Abschaffungsinitiative hatten die Befürworter argumentiert, dass die Armee sich nicht an echten Bedrohungen, gemeint sind beispielsweise Umweltbedrohungen wie das Waldsterben oder Tschernobyl, sondern sich an unrealistischen Szenarien eines konventionellen Krieges ausrichte. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges hält sich der Vorwurf, dass, da Bedrohungen nicht mehr militärischer Art seien, man die Prioritäten falsch setze. Zwar löste der eskalierende Jugoslawienkonflikt den Glauben an Europa ohne Krieg weitgehend auf, in den Debatten zu den Umverteilungsinitiativen und der zweiten Abschaffungsinitiative spielte der Topos „Bedrohung“ aber nach wie vor eine wichtige Rolle. Den echten Bedrohungen habe die Armee nichts entgegen zu setzen. Dabei werden neben Umweltzerstörung oder sozialer Sicherheit auch sicherheitspolitische Probleme wie dem internationalen Terrorismus, auf welche die Armee ebenfalls keine guten Antworten habe, genannt. Hier in einem GSoA Argumentarium für die zweite Abschaffungsinitiative: „Die Schweiz ist militärisch nicht mehr bedroht - heute nicht, morgen nicht und übermorgen auch nicht. Niemand bestreitet es: Ein Korpskommandant und Chef des Heeres erklärt, die Schweizer Armee sei „natürlich nicht mehr kriegstauglich“ und müsse dies „auch nicht mehr sein“. [...] Gegen die wirklichen Bedrohungen für die Schweiz, soziale Unsicherheiten und eine Zerstörung der Umwelt, kann die Armee als Betrieb, der die Umwelt selber massiv schädigt, sowieso nichts ausrichten. Und der Terrorismus? Die grausamen Anschläge vom 11. September 2001 in den USA haben eines deutlich gemacht: Gegen Terroristen,

die mit Teppichmessern Flugzeuge kapern und ihr eigenes Leben für ein Ziel zu opfern entschlossen sind, kann auch die stärkste Armee der Welt nichts ausrichten.“⁸⁷⁷ Auch weniger weitgehende Forderungen von Armeekritikern sprachen der Orientierung an rein militärischen Bedrohungsbildern Plausibilität ab. In der von der SP veranlassten Studie Sicherheitspolitische Optionen und schrittweise Umrüstung kamen die Autoren Peter Hug und Lutz Unterseher zum Verdikt: „Entsprechend sind Bewaffnung, Struktur und operative Führung der ‚Armee 95‘ nach wie vor überwiegend an der ‚klassischen‘ Landesverteidigung im militärischen Alleingang ausgerichtet. [...] Die Orientierung an einem ‚Ernstfall‘, der als grosser, langandauernder Krieg in Europa gedacht wird, in dem sich die Schweiz allein auf sich gestellt selbst verteidigen muss, hat freilich jede Plausibilität verloren.“⁸⁷⁸



Abb. 15: Karikatur aus „Weniger Armee mehr Sicherheit“, Sozialdemokratische Vorschläge für eine neue Sicherheits- und Friedenspolitik⁸⁷⁹

⁸⁷⁷ www.gsoa.ch: Argumente für eine Schweiz ohne Armee.

⁸⁷⁸ Hug / Unterseher, Sicherheitspolitische Optionen.

⁸⁷⁹ SP Schweiz: Weniger Armee – mehr Sicherheit.

Die Karikatur (Abb. 15) bezeichnete die Gefahren, die oft als die echten Gefahren benannt wurden, vor denen eine Armee eben nicht schütze. Sie zielte insbesondere auf den sicherheitspolitischen Bericht 90 und die Armee 95 ab. Die Darstellung Kaspar Villiger und eines als Stereotyp abgebildeten Armeeoberen bemängelte das Vorgehen der EMD-Kreise als nicht den aktuellen Bedrohungslagen angepasst. Im Gegensatz zu diffusen Gefahren militärischer Art wisse man um die echten Bedrohungen, die man auch benennen könne mit „Öko, AIDS, Welthunger, Migration, Drogen“ und gegen die eine Armee ein wirkungsloses Instrument sei.

Bürgerliche Armeebefürworter nutzten den Topos „Bedrohung“ um den Kauf des F/A-18 zu rechtfertigen. Dabei ist die Verknüpfung mit dem Topos „Zeitgemäss“ kaum aufzulösen. Um sich der modernen Kriegführung anpassen zu können, brauche man dieses neue Kampfflugzeug, lautete dieses Argumentationsmuster. Auch anderen armeekritischen Anliegen wird der Topos „Bedrohung“ wiederholt entgegen gestellt. Einerseits verwies man auf konkrete Konflikte, die aufgrund der geographischen Nähe auch die Schweiz bedrohen, andererseits berief man sich auf die Unvorhersehbarkeit sicherheitspolitischer Entwicklung und versetzte den Topos „Bedrohung“ mit historischen Reminiszenzen. Franz Steinegger verwies im Nationalrat auf die Kampfflugzeugdebatte vor dem 2. Weltkrieg, als die Schweizer Politik über den Aufbau einer Luftwaffe debattierte: „Man könnte eigentlich auf die Debatte von 1929/30 verweisen. Die Positionen von heute sind sehr ähnlich, sogar die Begründungen. Es ging damals um die Anschaffung von 105 Kampfflugzeugen für etwa 20 Millionen Franken. Auch damals wurde die Vorlage bekämpft: die Anschaffung widerspreche der Völkerbundspolitik; die 20 Millionen solle man gescheiter in eine Stiftung zur Förderung des Weltfriedens stecken; Rüstung sei angesichts des drohenden (damals Gas-, nicht Atom-) Krieges unsinnig. [...] Oberstes Ziel unserer Sicherheitspolitik ist ja die Verhinderung des Krieges und die Erhaltung der Unabhängigkeit Solange es angriffsfähige bewaffnete Kräfte gibt, kann man diesem Ziel nur durch eine eigene bewaffnete Landesverteidigung nachleben.“⁸⁸⁰ Die stets leicht verhöhnende Darstellung des Pazifismus als eine naiv auf den Weltfrieden hof-

⁸⁸⁰ Rüstungsprogramm 1992, AB 1992, N, 889f.

fende Bewegung spielte zum Teil auch im Topos „Bedrohung“. Weltfrieden war ein Begriff, den pazifistische Gruppen nicht (mehr) brauchten, der aber dazu genutzt wurde, um ihre Bedrohungseinschätzung ins Lächerliche zu ziehen und mit einer Utopie gleichzusetzen ist, da es Weltfrieden bis anhin nie gegeben hat. Durch historische Reminiszenzen, die immer den Krieg als Hauptgefahr für die Sicherheit illustrieren, rechtfertigte man das Festhalten an der traditionellen Bedrohungsabwehrbereitschaft, die von der Armee geleistet werde. Mit dem Verweis auf den Kosovo-Krieg spielte das offizielle VBS Argumentarium gegen die Umverteilungsinitiative auf die Unberechenbarkeit aktuellerer sicherheitspolitischer Lagen an: „Die Initiative ist abzulehnen, weil die die Bedrohungslage nicht berücksichtigt. Der Auftrag unserer Armee muss aufgrund der möglichen Bedrohungen und nicht über starre, willkürlich festgelegte Finanzvorgaben bestimmt werden. Wie wird sich aber die Lage entwickeln? Wir wissen es nicht. Alles ist möglich. Wer hätte gedacht, dass der Krieg am Ende des letzten Jahrhunderts auf unseren Kontinent zurückgekehrt ist? Im Kosovo, im Jahr 2000, 11 Jahre nach dem Fall der Mauer. Und nur eineinhalb Flugstunden von der Schweiz entfernt.“⁸⁸¹

Die Armee wurde mit dem Topos „Bedrohung“ also einerseits gerechtfertigt, im Topos „Bedrohung“ begründet man die Legitimität der Armee, andererseits wurde diese im Topos „Bedrohung“ auch bestritten. Die unterschiedliche Aufladung des Topos „Bedrohung“ offenbart das grundsätzlich unterschiedliche Verständnis von Sicherheitspolitik der verschiedenen Akteure. Neben den zwei Extrempositionen lassen sich anhand des Topos „Bedrohung“ Standpunkte weiterer Akteure festmachen. Ermöglicht wird dies nicht zuletzt durch eine Neuausrichtung der sicherheitspolitischen Ausrichtung nach 1989 und ein Abstecken des Begriffes der Sicherheitspolitik. Die Auffassung, die Sicherheitspolitik habe sich ausschliesslich anhand konventionell-militärischer Bedrohungen zu orientieren, verlor an Bedeutung. Offiziell ging man von einem vielfältigeren Bedrohungsbild aus. Zwar blieb ein Schwerpunkt auf der militärischen Bedrohung, andere Bedrohungen wurden aber auch wahrgenommen. Gegen diese sei die Armee auch sinnvoll einsetzbar. Traditionell armeekritische Kreise anerkannten zwar, dass die Ar-

⁸⁸¹ Marti, Argumentarium gegen die Umverteilungsinitiative.

mee aufgrund dieser Bedrohungen nicht abgeschafft werden könne, zogen allerdings aus dem Abweichen vom Bedrohungsbild, das den militärischen Angriff auf die Schweiz zwar benannte, aber hinsichtlich der Eintretenswahrscheinlichkeit relativierte, andere Schlüsse. Die militärische Bedrohung sei zu hoch gewichtet und eine Armee habe nicht die richtigen Antworten auf wahrscheinlichere Bedrohungen wie beispielsweise die Zunahme von Umweltkatastrophen oder terroristischen Attacken. Radikal-pazifistische Kreise schliesslich sahen die Armee grundsätzlich als falsche Antwort auf die Bedrohungen, denen die Schweiz ausgesetzt sei. Der weltweite Militarismus und darin eingeschlossen die Schweizer Armee seien nicht als Antwort auf, sondern vielmehr als Bedrohung an sich zu verstehen.

Der Topos „Bedrohung“ spielt während des ganzen Untersuchungszeitraums eine Rolle. Bedrohungen sind die Rechtfertigung für eine Sicherheitspolitik, entsprechend spielte die Generierung und Artikulation der akteursspezifischen Bedrohungsbilder eine wichtige Rolle und nahm in den Kerndebatten des Kampfes um die Schweizer Armee signifikanten Einfluss. Mit dem sicherheitspolitischen Wandel im Umfeld der Schweiz waren also sowohl die eigentlichen Bedrohungsbilder als auch deren Artikulation von Änderungen betroffen. Mit der Art der Bedrohung änderte sich auch die Übersetzung des Topos in Texte und Bilder. Die unterschiedlichen Akteure reagierten unterschiedlich auf veränderte Bedrohungslagen und interpretierten diese auch vor dem Hintergrund eigener sicherheitspolitischer Ziele. Es ergab sich also eine Vielzahl an Bedrohungsbildern, die sich im Kampf um die Schweizer Armee als Rechtfertigungsgrundlage konkurrierender sicherheitspolitischer Konzepte gegenüberstanden. Um gegnerische Bedrohungsbilder oder deren Folgerungen zu diskreditieren, wurde oft verschiedene Mittel zurückgegriffen. So wurden diese entweder als lächerlich dargestellt, sei es mit den Prädikaten veraltet oder utopisch, oder aber als teilweise richtig anerkannt, wobei man die gezogenen Schlüsse des Kontrahenten als irrig bezeichnete. Zentral blieb die Artikulation des eigenen Bedrohungsbildes, um eigene sicherheitspolitische Standpunkte populär zu machen. Dabei griffen die Akteure auf Texte und Bilder zurück, die Bedrohungen darstellten und eine entsprechende Zustimmung zu sicherheitspolitischen Grundsatzrichtungen oder Konzepten ersuchten. Ob man sich als Staat in erster Linie gegen fremde Grossmachtarmeen zur Wehr setzen muss oder gegen die Folgen von Armutsmigra-

tion ankämpft, ist hier etwas plakativ eine Frage, anhand derer die konkurrenzierenden Ansätze im Kampf um die Armee aufgegleist waren. Entsprechend intensiv wurde im Kampf um die Schweizer Armee im Topos „Bedrohung“ um die Definition der Bedrohung gerungen, da diese als Rechtfertigungsgrundlage der Sicherheitspolitik und der Armee zu dienen hatte.

7. SCHLUSSKAPITEL

1989 fielen weltpolitisch herausragende Ereignisse mit der zum Tabubruch erhobenen Frage der Armeeabschaffung zusammen. Beide Vorgänge werden als Umbruch definiert und bereits zeitgenössisch entsprechend eingeordnet. Einerseits stellt das Ende des Kalten Krieges neue Fragen an Europa und die Schweiz, andererseits stellt deren Bevölkerung mit einem überraschend hohen Ja-Stimmen Anteil zur Armeeabschaffung das vermeintliche Tabu Armee zur Diskussion. Für den Kampf um die Schweizer Armee bringen diese Umbrüche eine Veränderung der Ausgangslage mit sich und eröffnen den Akteuren neue Chancen und Herausforderungen, auch wenn letztere bereits vor 1989 vorgeleistet wurden.

Die Armee musste sich nun mit einem sich schon seit Mitte der 1980er Jahre abzeichnendem Prestigeverlust auseinandersetzen. Die Annahme der Abschaffungsinitiative durch die Auszugsgeneration legte eine latente Unzufriedenheit mit dem Dienstbetrieb und den militärischen Vorgesetzten frei. In den Folgejahren fügten Fichenaffäre und die Skandalisierung der Geheimarmee P-26 dem oft als Gesamtapparat kritisierten EMD weiteren Reputationsverlust zu. Gerade die Fundamentalkritik an der Armee wurde immer salonfähiger und die GSoA als deren Hauptträger zu einem zentralen Akteur des Kampfes um die Schweizer Armee. Letztere zeigte sich gegen aussen wandelbar und reagierte mit der Bildung der Kommission Schoch auf Missstände im Dienstbetrieb und vermarktete die Armee reform 95 als Antwort auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen; eine Vorgehensweise, die den Wandel in der Kommunikationsstrategie des EMD illustriert. Die Entschärfung gesellschaftspolitischer Altlasten wie der Dienstverweigerungsproblematik und die im sicherheitspolitischen Bericht 90 vorgesehene Öffnung der Sicherheitspolitik aus dem Korsett des Militärischen vermögen die Armeedebatte nach der emotionalisierenden Abstimmung über die Abschaffung kurzfristig zu normalisieren. Für Ideen wie einer Relativierung der Neutralität oder des Anschlusses an übernationale Sicherheitsbündnisse öffnete sich in dieser Phase ein Opportunitätsfenster, das sich in einer Reformdiskussion äusserte, an der zahlreiche Expertenkreise teilnahmen und die auch in der Öffentlichkeit auf Interesse stiess. Die öffentliche Meinung hatte keinen geringen Einfluss auf den Bundesrat, der in seiner Darlegung zur Armee 95 durchaus obengenanntes Opportunitätsfenster nutzte, indem er bereits früher

genannte Säulen der Sicherheitspolitik wie die Friedensförderung und Existenzsicherung zu Hauptaufgaben erhob und Kooperationsbestrebungen andeutete. Einen weit geringeren Einfluss hatte die öffentliche Meinung hingegen auf die taktisch-operative Entwicklung der Armee 95. Diese war bereits im Kalten Krieg angerollt und orientierte sich durchaus an zeitgenössischen Maximen wie der Effizienzsteigerung und der Wirtschaftsfreundlichkeit, basierte aber im Grunde auf Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges.

Auch Abrüstungsforderungen der traditionell armeekritischen Sozialdemokratischen Partei aus den 1980er Jahren überdauerten die beiden eingangs genannten Umbrüche und fanden im Untersuchungszeitraum in zahlreichen Initiativen ihren Fortgang. Trotz einer sich neuorientierenden Sicherheitspolitik und der Ablösung gesellschaftspolitischer Bleigewichte gelang es in den frühen 1990er Jahren nicht, sozialdemokratische Ansätze in der Armeepolitik in einen bürgerlichen Konsens einzugliedern. Mit den radikal armeekritischen Volksinitiativen der GSoA gegen die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen oder der Ostschweizer Kasernenneubaugegner gegen die Erbauung neuer Waffenplätze schlug eine derartige potentielle Koalition in eine für Armeefragen typische links-rechts Polarisierung um. Diese wirkte auf beide Seiten mobilisierend, gerade eine nationalkonservative Basis sorgte für einen letztlich deutlichen Abstimmungssieg des EMD gegen eine GSoA, die sich zwischenzeitlich zur Volksbewegung hatte ausrufen können und ihrerseits wachsenden Zuspruch für ihre Anliegen beanspruchte. Im Vordergrund des Abstimmungskampfes zeigten sich viele ausserparlamentarische Akteursgruppen, einerseits die GSoA als Initiantin der F/A-18 Initiative oder die ARNA, als Auslöser der Opposition gegen neue Waffenplätze. Andererseits traten auch armeefreundliche Milizorganisationen vermehrt als Vertreter der Anliegen der Armee auf und trugen zum Zusammenschluss des zuvor in der F/A-18 Frage ungeeinten Lagers der Armeebefürworter bei.

Bei der F/A-18 Debatte trafen zwei in vielerlei Hinsicht entgegengesetzte Lager aufeinander. Die Verknappung der Argumente auf eine erneute Abschaffungsfrage, die von armeefreundlichen Akteuren vorangetrieben wurde, führte zu einer erneuten Grundsatzabstimmung. Tatsächlich gelang es den armeefreundlichen Kräften, ein Grundsatzbe-

kenntnis zur Armee herbeizuführen, dass sich aber weder als Zuspruch zur Armeeform noch als Carte Blanche für zukünftige Rüstungsgüterbeschaffungen werten lassen konnte. Andere Argumentationsmuster hatten in der Phase nach 1989 bis zur F/A-18 Abstimmung durchaus eine prominente Rolle in den Debatten um die Armee einnehmen können. Die Pläne zur Armee 95 waren zuvor im Argumentationstopos „Zeitgemäss“ sowohl als richtige Antwort auf die neue sicherheitspolitische Lage als auch als überholte Lösung aus dem Kalten Krieg bezeichnet worden. Die Zuspitzungen der Argumentationen in den Argumentationstopos „Glaubwürdigkeit“ bei den Beschaffungsbefürwortern sowie in den Argumentationstopos „Kosten“ hatten bereits eine links-rechts Polarisierung angedeutet. So machte man einerseits die Glaubwürdigkeit der Armee von der Beschaffung der F/A-18 abhängig und bezeichnete andererseits das gesamte Armee reformprojekt als Teil einer Aufrüstung, für dessen Dynamik der F/A-18 beispielhaft sei. Die durchaus breit abgestützte Skepsis gegenüber dem F/A-18 wurde mit der Initiative der GSoA zu einem Projekt der politischen Linken, das bürgerlichen Beschaffungskritikern keinen Raum zur Differenzierung liess und eine Zustimmung konservativer Armeebefürworter zur Nichtbeschaffung unwahrscheinlich werden liess.

Die letzten Wochen vor der Abstimmung erweckten den Eindruck, es handle sich bei der F/A-18 Frage um ein Kräfterennen zweier Volksbewegungen, die sich nicht nur in der Armee frage anderen Lebenswelten zugehörig fühlten. Es standen sich eine öffnungswillige, eher urbane, liberale und eine konservativ, eher ländliche, isolationistische Schweiz fast direkt gegenüber. Die Armee diene als Vehikel einer Auseinandersetzung zwischen diesen Polen der schweizerischen Gesellschaft. Es ging eigentlich weniger um die Armee an sich, sondern um die individuelle Positionierung gegenüber der Nation Schweiz respektive was man denn darunter zu verstehen habe. Die Armee stand hier aus öffnungswillig-liberaler Perspektive betrachtet für eine rückwärtsgewandte, in sich gekehrte Schweiz, entsprechend tendierte man quasi automatisch dazu, ihre Berechtigung anzuzweifeln. Für die eher wertkonservativen und sich an nationalstaatlichen Ideen orientierenden Schweizer war die Negation und Radikalkritik an der Armee ein Angriff auf die sowieso schon durch die bis an die Grenzen dringende europäische Integration bedrohte Nation Schweiz. Für sie wurde mit der Radikalkritik an der Armee die Schweiz an sich in Frage gestellt. Beinahe folkloristisch mutete die Verknüpfung

der Armee mit nationalkonservativen Weltbildern an, als man bei Pro-Armee Kundgebungen Alphornbläser und Jodelchöre aufmarschieren liess. Die GSoA erkannte sich als Meinungsführer der Leute, die mit diesem Schweizverständnis nichts anfangen konnten und in der Armee die Versinnbildlichung der konservativ-ländlichen und vergangenheitsorientierten *Igelschweiz* erkannten. Tatsächlich gelang es der GSoA, ihr durch die Armeeabschaffungsinitiative von 1989 erlangtes Renommee und Repertoire mit weiteren modernen Methoden aus der Werbeindustrie anzureichern und in eine erfolgreiche Sammelkampagne und deren Vermarktung umzumünzen. Sie wirkte modern und schien eine Veränderung der Verhältnisse allgemein zu versprechen. Diese Performativität führte die GSoA scheinbar in die Nähe eines Abstimmungserfolgs. Vorübergehend entstand der durch Umfragen bekräftigte Eindruck, die GSoA könnte mit ihrer Initiative erfolgreich sein. Die Eigenbezeichnung als Volksbewegung und der Zuspruch über die eigene Basis hinaus stützen die Annahme, dass die GSoA im auf die Abstimmung hinführenden Jahr auf dem Höhepunkt ihrer Ausstrahlung und Popularität angelangt war und sich entsprechend inszenierte. Die Gegenkampagne versuchte ihrerseits, die Unterstützung der Armee und damit die Beschaffung der F/A-18 als Wunsch des Volkes auszumachen. Um der Jugendbewegung GSoA entgegenzuhalten, machte man die *schweigende Mehrheit* sichtbar. Dies, indem man auf eine ähnliche Performativität zurückgriff und am gleichen Ort, an dem die GSoA ihre Rockkundgebung abgehalten hatte, nämlich dem Bundesplatz, diese numerisch mit einer Volksversammlung zu übertrumpfen suchte.

Letztlich führte die Reduktion der F/A-18 Frage auf eine Grundsatzfrage zu einer Konsolidierung des links-rechts Grabens in der Armeepolitik und trug auch gesamtgesellschaftlich zu Spaltungerscheinungen bei. Die Mobilisierung einer nationalkonservativen Stimmbürgerschaft stand aber im Widerspruch zu Bestrebungen die schweizerische Sicherheitspolitik zu öffnen und sich vermehrt international zu engagieren. Nicht umsonst war das Argument, man müsse die F/A-18 beschaffen um europäisch und europatauglich zu werden, nur zu Beginn F/A-18 Debatte genannt worden. Das Opportunitätsfenster zur Relativierung der Neutralität und einem verstärkten Anschluss an eine wie auch immer geartete europäische Sicherheitsinfrastruktur wurde durch die emotionalisierende und polarisierende F/A-18 Debatte vor dem Hintergrund

aussenpolitischer und gesellschaftlicher Orientierungskämpfe wie der EWR Abstimmung Ende 1993 wieder geschlossen.

Hatte die Mobilisierung einer konservativen Basis den deutlichen Abstimmungssieg im Juni 1993 ermöglicht, erwirkte diese ein Jahr darauf bei der Volksbefragung zur Entsendung schweizerischer Blauhelmkontingente einer der seltenen Abstimmungsniederlagen der Armee. Mit dem Blauhelmreferendum gelangte 1994 ein Einspruch zum Erfolg, der vorerst nur von rechtskonservativen Aussenseiterkreisen erhoben wurde und vor dem Hintergrund eines nationalkonservativen Frühlings in den frühen 90er Jahren an Unterstützung gewann. Mit der SVP schloss sich eine Bundesratspartei spät der Opposition gegen die Blauhelme an, deren rechter Flügel fortan zum wichtigsten Träger der Armeekritik von rechts wurde. Die Kampagne der Blauhelmgegner operierte mit polemischen historischen Reminiszenzen und wurde aufgrund ihrer Plakatkampagne skandalisiert, zeitigte aber einen Erfolg an der Urne. Tatsächlich standen sich bei der Blauhelmfrage entgegengesetzte Lager in der Aussenpolitik gegenüber. Dies zeigt, dass armeetopolitische Themen in den 1990er Jahren vermehrt von aussenpolitischen Fragestellungen überlagert wurden und dadurch einer verbreiteten Skepsis gegenüber einer Öffnung des Landes gegen aussen ausgesetzt waren, während vormals gesellschaftspolitisch aufgeladene Armeefragen wie die Dienstverweigerungsproblematik mit einer äusserst deutlichen Mehrheit von über 80% für die Einführung des Zivildienstes 1992 vom Stimmvolk beigelegt werden konnten.

Unter Aufrechterhaltung bereits früher geäusselter Abrüstungsforderungen übernahmen die Sozialdemokraten nach der F/A-18 Abstimmung wieder den linken Lead in der Armeekritik und konkretisierten ihre Stossrichtung in mehreren Initiativen, die sich auf eine Reduktion der finanziellen Aufwendung für die Armee und eine Umverteilung der Mittel zugunsten anderer Aufgabenbereiche ausrichteten. Dieser auf eine Halbierung der Armeeaussgaben gezielte Ansatz stellte den Kern der sozialdemokratischen Abrüstungsforderungen in den 1990 Jahren, blieb aber trotz der Fundierung durch eigene Armeemodelle und der Ausarbeitung der Konversion von militärischen Arbeitsplätzen in zivile, links der politischen Mitte anschlusslos. Sparmassnahmen des Bundes, die zu einer Reduzierung der Armeeaussgaben führen, wurden von der SP stets als zu wenig

weitgehend kritisiert, nahmen aber eigenen Abrüstungsforderungen die Schärfe. Die armeepolitischen Initiativen der SP schufen in den 1990er und frühen 2000er Jahren, abgesehen von der Ungültigkeitserklärung der Halbierungsinitiative, keine Ausgangslage für hitzige Debatten. Vielmehr wandten sich prägende Akteure der SP nach den Niederlagen an der Urne vermehrt einer Koalition der Vernunft zu, die die Armeereform XXI in der Ausrichtung begrüßte und distanzierten sich von Sympathien für die Armeeabschaffungsinitiative. Bei den Abrüstungsbemühungen der SP ging es tatsächlich schwerpunktmässig um Sicherheitspolitik und die Armee. Zwar schwangen aufgrund der in der Abrüstung enthaltenen Freilegung von Mitteln für anderes gewisse gesellschaftspolitische Ansprüche mit, die Debatten waren aber in viel geringerem Umfang von anderen gesellschaftlichen oder aussenpolitischen Fragen überlagert als die Auseinandersetzungen um die F/A-18 oder die internationale Kooperation.

Mit der zweiten Armeeabschaffungsinitiative erhoffte sich die GSoA nach zwölf Jahren einer neuen Wählergeneration ihr Hauptanliegen vorzulegen. Die Idee der Armeeabschaffung hatte aber an Rückhalt verloren und vermochte nur noch einen Fünftel der Abstimmenden zu überzeugen. Wieder fiel die Abschaffungsabstimmung mit einem Ereignis von grosser Relevanz für die Sicherheitspolitik, den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das New Yorker World Trade Center, zusammen. Im Kontrast zur Initiative von 1989 entwuchs der Abschaffungsfrage keine weitreichende Debatte, es gab aber doch einige Parallelen. Zum einen glichen sich die Argumentationsmuster und zum anderen zeigten sich wieder Diskrepanzen innerhalb der armeekritischen Linken. Dieser als Auseinandersetzung zwischen sogenannten *Realos* und *Fundis* beschreibbarer Konflikt zeigte sich wie 1989 in der SP und neu auch bei der GSoA. Die Lancierung einer erneuten Abschaffungsinitiative hatte bei Letzterer zu einem Generationenkonflikt und zum Austritt prominenter Mitglieder geführt. Tatsächlich fürchteten Exponenten der ersten Abschaffungsinitiative wie Andreas Gross, in Gang gesetzte *Lernprozesse* mit der erneuten Armeeabschaffungsfrage zu gefährden. Die zweite Abschaffungsinitiative erregte die Gemüter nicht annäherungsweise in ähnlichem Ausmass wie frühere GSoA Initiativen. An der Armeefrage entwickelte sich auch keine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mehr. Auf einer eher ideellen Ebene angesiedelt wurden zwar durchaus verschiedene Konzepte von Sicherheit und Sicherheitspolitik gegeneinander

abgewogen, einen massenmedialen Kristallisationspunkt gegenläufiger Lebens- und Schweizentwürfe wie bei der F/A-18 Abstimmung stellte die zweite Abschaffungsinia-
tive aber nicht dar. Dies liegt sicherlich auch daran, dass diese Armee weder von links
noch von rechts noch als Inbegriff einer sich an nationalkonservativen Werten orientie-
renden Schweiz verstanden wurde. Entsprechend wurde mit der Negation der Armee
nicht mehr die Schweiz als Ganzes, sondern lediglich die Armee angegriffen: eine Ar-
mee, die sich in den 1990er Jahren selber transformiert und sich von dieser alten rheto-
rischen Rolle gelöst hatte.

Die Armee XXI brachte eine tiefgreifende Veränderung der Armee, aber auch der ge-
sellschaftlichen Perzeption der Armee mit sich. Die Armee verlor an Symbolkraft und
galt nicht mehr als sinnstiftendes Element der Nation. Gewissermassen normalisierte
sich das Verhältnis der Schweizer zur Armee. So konsolidierte sich bereits in der Pla-
nungsphase das Renversement des fronts in der Armeekritik. Immer offener konnten
Veränderungen bei der Armee von nationalkonservativen Akteuren angefeindet werden,
die deshalb aber nicht unter Verdacht gerieten, *Vaterlandsverräter* zu sein. Mit dem
Vollzug der Abkehr von der Dissuasionsstrategie und der offen kommunizierten Inten-
sivierung der internationalen Zusammenarbeit wuchs der Widerstand aus dem rechtsna-
tionalen Lager gegen die Stossrichtung der Armeereform XXI an. Am deutlichsten zeig-
te sich das Missfallen der rechten Armeekritiker bei Fragen der internationalen Koope-
ration, die mit der *Partnerschaft für den Frieden*, einem Gelbmützeneinsatz in Bosnien
und der Swisscoy im Kosovo nach Mitte der 1990er Jahre eine stete Steigerung erfuhr.
Der als gesellschaftlicher Kompromiss inszenierte Entwurf der Studienkommission
Brunner mündete in diesem Bereich in den Titel des sicherheitspolitischen Berichts
2000, *Sicherheit durch Kooperation*. Die militärische Zusammenarbeit mit dem Aus-
land wurde darin genauso umrissen wie diejenige mit Zivilschutz oder Polizei und pro-
vozierte eine erneute Mobilisierung rechtsnationaler, aber auch pazifistischer Kräfte, die
an der Frage der Ausbildungszusammenarbeit mit dem Ausland und der Bewaffnung
der im Ausland eingesetzten Soldaten unabhängig voneinander Referenden lancierten.
Diese unheilige Allianz hatte sich bereits im Parlament angedeutet, als sich sowohl der
linke Flügel der SP als auch der rechte Flügel der SVP der Bewaffnung im Ausland und
der internationalen Zusammenarbeit verweigert hatten. Mit der GSoA und der AUNS

bildeten nun zwei Organisationen die unheilige Allianz, die in vielerlei Politikbereichen kaum unterschiedlicher positioniert hätten sein können und die gegen die politische Mitte beinahe eine Mehrheit der Stimmbürger überzeugten. Nur äusserst knapp entgingen die betreffenden Teile des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung einem Volksnein. Ein weiteres Referendum überstand das Reformprojekt unbeschadet und so konnte die Armee XXI Anfang 2004 eingeführt werden. Sie kann als Produkt eines quasi revolutionären Prozesses bezeichnet werden, der den Übergang von einer Ausbildungs- zu einer Einsatzarmee kennzeichnete und der sowohl Aufgabenspektrum, als auch Struktur der Armee umschichtete.

Betrachtet man die Akteure des Kampfes um die Schweizer Armee über den gesamten Untersuchungszeitraum, lassen sich einige Aussagen über Koalitionen der Akteure in den Debatten und über deren Positionierung um den Debattengegenstand Armee machen. Nach 1989 und bis zur Abstimmung über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge bietet sich ein aus den vorangehenden Dekaden bekanntes Muster bei Armeefragen. Während bürgerliche Bundesratsparteien die offizielle Armeepolitik begrüsst und verteidigten, kritisierte die SP diese als unzureichend und nicht zeitgemäss. Die GSoA, mit der Abschaffungsinitiative zu einem etablierten Akteur im Kampf um die Schweizer Armee geworden, konsolidierte ihre Rolle als Träger der radikalen Negation der Armee. Die GSoA war der SP eher Konkurrenz als Partner, eine Koalition ergab sich aber insofern, als dass die SP sich für die F/A-18 Initiative aussprach. Bei den Abrüstungsinitiativen der SP und der Abschaffungsinitiative der GSoA unterstützen sich die beiden Organisationen zwar punktuell, es kam aber nie zu einer echten strategischen Zusammenarbeit, die über personelle Verbindungen hinausging.

Der bei der F/A-18 Initiative zusammengehaltene Kordon der bürgerlichen Parteien und der traditionell armeefreundlichen Akteure wurde durch die Überlagerung von Armeefragen durch aussenpolitische Fragestellungen löchrig. Rechtsnationale Aussenseiterakteure fanden für ihren Widerstand gegen die Blauhelme Koalitionen mit der SVP und der AUNS. Die Ablehnung der Blauhelme durch Teile der GSoA zeichnete das Potential einer unheiligen Allianz bei Armeefragen vor. Mit einer durch das Armee reformprojekt XXI intensivierten Umgestaltung der Armee wuchs der Widerstand gegen die offi-

zielle Linie auf der rechten Seite des politischen Spektrums an. Verlässliche Unterstützung für ihre Vorhaben fanden Bundesrat und VBS nur mehr in der bürgerlichen politischen Mitte, auch wenn Teile der SVP nach wie vor und Teile der SP vermehrt den VBS-Kurs mittrugen.

Das von der politischen Mitte getragene Armeereformprojekt wurde von links und rechts unter Beschuss genommen. Auch wenn es zu keiner Zusammenarbeit der beiden Pole kam, da man von linker Seite her mehrheitlich einen Kampf *gegen* und von rechts einen Kampf *um* die Armee führen wollte, erwuchs aus dieser unheiligen Allianz eine mehrheitsfähige Opposition gegen die Armee XXI respektive gegen heikle Punkte derselben. Insgesamt lässt sich im Untersuchungszeitraum ab 1994 ein stetes Ansteigen der Armeekritik von rechts beobachten, das sich aber nach dem 10. Juni 2001 und der Abstimmung über die Bewaffnung im und die Zusammenarbeit mit dem Ausland wieder leicht abschwächte. Die Armeekritik von links blieb insgesamt konstant, erreichte mit der F/A-18 Initiative 1993 einen Höhepunkt, liess danach in der Tendenz nach und erreichte nicht die Vehemenz ihrer rechten *unheiligen* Allianzpartner.

Die Akteure des Kampfes um die Schweizer Armee bedienten sich bei der Artikulation und Vermittlung ihrer Standpunkte einer breiten Palette an Argumentationsmustern. Diese oft debattenspezifischen und akteursgeprägten Argumentationsmuster wurden in verschiedene Argumentationstopoi zu übertragen versucht. Auf der Basis einer umfassenden, aber nicht eingegrenzten Quellenlektüre wurden insgesamt sechs Argumentationstopoi erfasst, die auf den Kampf um die Schweizer Armee im Untersuchungszeitraum einwirkten und diesen dominierten. Mit den Argumentationstopoi „Zeitgemäss“ und „Glaubwürdigkeit“ prägten zwei Argumentationstopoi den Kampf um die Armee, die sich zum Teil nur schwerlich voneinander abgrenzen liessen. Der Argumentationstopos „Zeitgemäss“ spiegelte den im Untersuchungszeitraum quasi permanent vorhandenen Anpassungsstress sämtlicher Akteure an einen sich rascher als zuvor verändernden internationalen und gesellschaftlichen Kontext.

Zum einen forderte das Ende des Kalten Krieges eine Neuorientierung, über deren Ausrichtung sich die Akteure nicht einig wurden. Die Forderung, die neue aussen- und sicherheitspolitische Lage müsse zu einem Umdenken und folglich zu einer Anpassung

der Verteidigungsaufwendungen nach unten führen im Sinne einer weltweiten Abrüstung, der sich die Schweiz vorbildhaft anschliessen solle stand einer Haltung entgegen, die in der Lage nach dem Kalten Krieg neue Unsicherheiten erkannte, denen man mit einer Beibehaltung einer starken und zudem vermehrt high-tech gerüsteten Armee entgegen müsse. Die Armee müsse, und hier schloss der zweite Argumentationstopos an, glaubwürdig sein, indem sie in der Lage sei, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Ausweitung der Glaubwürdigkeit der Armee zur vitalen Bedingung des schweizerischen Staatswesens an sich findet sich sowohl in der Argumentationsweise des EMD/VBS als auch in der Armeekritik von rechts, die in der vermehrten Kooperation mit dem Ausland und der angeblichen Schwächung des Milizsystems einen Glaubwürdigkeitsverlust erkannte, der mit der Abkehr von der Dissuasionsstrategie einherging. In diesem Zusammenhang spielte der Begriff der *Neutralität* eine wichtige Rolle, wurde dieser doch im Verlaufe des Untersuchungszeitraumes zunehmend zu einer Prämisse, die in den Argumentationsmustern der konservativen Rechten die Glaubwürdigkeit des Schweiz als solches ausmachte und deshalb die Armee einerseits als Garant für die *Neutralität* und andererseits die offizielle Armeepolitik als Gefahr für diese identifizierte.

Zum anderen führten Armeekritiker von links an, dass sich die Armee zu wenig neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten anpasse und nahmen so die gesellschaftliche Rolle der Armee ins Visier, respektive stellten anhand des seit Mitte 1980er zurückgehenden Rückhalts der Armee bei der Bevölkerung eine Unverhältnismässigkeit der Armeeaussgaben fest, deren Höhe nicht dem *Volkswillen* entspräche. Dieser im entsprechenden Argumentationstopos verortbare Vorwurf an die offizielle Armeepolitik bezog sich konkret auf die Beschaffung der F/A-18 oder das ungenügende Zurückgehen der Armeeaussgaben und implizit auf eine als ungerechtfertigt bewertete Allokation der öffentlichen Mittel zugunsten der Armee und zu Lasten anderer Aufgaben, beispielsweise der sozialen Sicherheit oder der zivilen Friedensförderung. Hier schloss auch der Argumentationstopos „Kosten“ an, der vor allem von linken Armeekritikern und Armeegegnern in den Kampf um die Armee getragen wurde, aber auch von rechten Kooperationsgegnern im Sinne einer Ablehnung einer Nato-Hightech- oder einer Profi-Armee angenommen wurde.

Der Argumentationstopos „Kosten“ überlagerte die von der politischen Linken postulierten Abrüstungsforderungen. Letzteren wurde vorgehalten, nicht Abrüstung, sondern die Abschaffung der Armee herbeiführen zu wollen. Dieser Vorwurf der *Salamitaktik*, also dem ratenweisen Vorgehen zur Zielerreichung unter Vorspiegelung falscher Motive, wurde in einen Argumentationstopos „Ratenweise“ gefasst. Der Vorwurf, die Armee auf Raten abschaffen zu wollen wurde linken Armeekritikern als verdecktes Motiv im gesamten Untersuchungszeitraum vorgehalten. Die offene Ablehnung der GSoA-F/A-18 Initiative und das spürbare Misstrauen bürgerlicher Akteure gegenüber sozialdemokratischen Vorschlägen zur Ausgestaltung der Armee zeigten sich im gesamten Untersuchungszeitraum und sammelten sich mit „Ratenweise“ einem passenden Argumentationstopos. Derselbe spielte auch in der Kritik an der sicherheitspolitischen Annäherung an das Ausland eine Rolle, die, so die Argumentation der kooperationskritischen Akteure, nach dem Blauhelm-Nein scheibchenweise herbeigezwängt werde. Der Argumentationstopos „Bedrohung“ schliesslich zeigte sich im Untersuchungszeitraum in allen Debatten. Einerseits wird von offizieller Seite die Ausgestaltung der Armee mit der Bedrohungslage hergeleitet und begründet, andererseits zogen Kritiker diesen Zusammenhang in Zweifel und monierten, dass die Ausgestaltung der Armee nicht etwa auf *wahre* Bedrohungen antworte, sondern sich aus Bedürfnissen von Armee und Verwaltung er-schliesse. Hier schliesst dieser Argumentationstopos an die Argumentationstopoi „Zeitgemäss“ und „Glaubwürdigkeit“ an.

Bei einigen Argumentationstopoi liegt das Schwergewicht der Verwendung bei gewissen Akteursgruppen. Dies ist bei den Argumentationstopoi „Ratenweise“ und „Kosten“. Bei den anderen genannten Argumentationstopoi ist die Verwendung unter den Akteuren ausgeglichener, das heisst die Aufladung dieser Argumentationstopoi ist umstritten und veränderlich. Durch die Betonung der Neuartigkeit der Armeereformen und die offen präsentierte Verankerung der Armeeleitbilder in aktuellen sicherheitspolitischen Berichten gelang es dem EMD Armee 95 und XXI als *zeitgemäss* hervorzuheben, auch wenn viele linke Armeekritiker bei der Armee 95 keine zeitgemässe Entwicklung erkannten. Bei der F/A-18 Initiative versuchte die GSoA ihrerseits durch die Inszenierung ihrer eigenen Jugendlichkeit Kontrahenten sprichwörtlich alt aussehen zu lassen. Ein Vorgehen, das nur bedingt funktionierte, da das moderne aufdatierte Pressemanagement

des EMD und ihres Vorstehers initiativ *Kalter Krieg-Betonkopf* Anwürfen vorgriff und die Armee als flexibel und wandelbar ins Licht rückte. Es gelang den armeebefürwortenden Kräften zudem den Argumentationstopos „Volkswillen“ zu verwenden, indem sie für ihr F/A-18 Beschaffungsanliegen die angeblich schweigende Mehrheit mobilisierte. Auch die GSoA erbrachte hier eine beachtliche Inszenierungsleistung, die sich in der Sammelkampagne aber auch während des Abstimmungskampfes äusserte. Es gelang ihr, genauso wie der AUNS und der SVP mit ihrer Kooperationskritik, zeitweise eine allgemeine Unzufriedenheit mit der *classe politique* zu kanalisieren.

Der ebenfalls umstrittene Argumentationstopos „Glaubwürdigkeit“ äusserte sich oft in der Herabwürdigungen der gegnerischen Argumentation. Von den Akteuren wurde dieser Argumentationstopos unterschiedlich aufgeladen. Einerseits wurden sämtliche sozialdemokratischen Vorschläge zur Armeegestaltung als unglaubwürdig abgetan, da sie zu einer Armee führen würden, die nicht gross oder stark genug wäre. Hier raint der Argumentationstopos „Glaubwürdigkeit“ an den Argumentationstopos „Ratenweise“ an, da sozialdemokratische Armeemodelle stets in die Nähe des Hintergedankens der Abschaffung gerückt wurden. Andererseits spielt die Kritik an einer unverhältnismässigen Mittelallokation zugunsten der Armee auch im Topos „Glaubwürdigkeit“. Mit dem Hinweisen auf die Absenz einer konkreten militärischen Bedrohung und dem Statement, die Armee gäbe keine Antworten auf echte Bedrohungen, wurde die Glaubwürdigkeit der Armee auch mit dem Argumentationstopos „Bedrohung“ hinterfragt. Letzterer schält sich während des Untersuchungszeitraums bei sämtlichen Debatten heraus und fusst auch in Grundsatzdebatten über die Ausrichtung der Sicherheits- und der Aussenpolitik. Das Bedrohungsbild ist stark von internationalen Ereignissen abhängig, die immer wieder in die Debatten eingezogen werden. Wurde beispielsweise der Jugoslawienkrieg als Stärkung des Bedrohungsbildes, das eine starke Armee nach sich zieht, angeführt. So kam nach dem 11. September vermehrt von links die Anklage auf, die Armee könne auf die echten Gefahren wie Terrorismus gar nicht antworten und sei in ihrer Ausgestaltung obsolet.

Die hier beschriebenen Argumentationstopoi finden sich auch bei anderen Objekten der Auseinandersetzung als der Armee. Sie wurden hier herangezogen, um die Frage zu

klären, wie die Akteure im Kampf um die Armee ihre Standpunkte in konkrete Sprach- und Bildtexte umwandelten. Die zur Anwendung gelangten Argumentationstopoi lassen zum Teil Schlüsse über vorherrschende und nicht hinterfragte Paradigmen einer Gesellschaft zu. Die Verwendung des Argumentationstopos „Zeitgemäss“ lässt auf eine Gesellschaft schliessen, die grundsätzlich davon ausgeht, dass man sich den aktuellen Verhältnissen anzupassen habe. Dieser Argumentationstopoi wird ganz unabhängig davon angewandt, ob sich eine in ihm spielende Argumentation an ein konservatives oder progressives Publikum richtet. Auch sehr konservative Gruppierungen widersetzen sich dem Fortschritt als Prinzip nicht. Ebenso einig sind sich die verschiedenen Akteure, dass grundsätzlich das Volk über die sämtliche Belange die richtigen Entscheide und Wertungen vornimmt. Trotz frappanten Unterschieden in der Auslegung teilen die Kontrahenten des Kampfes um die Schweizer Armee die prinzipielle Forderung nach Glaubwürdigkeit der Institutionen und des Staates. Grundsätzlich nicht hinterfragt wird auch die Forderung, Kosten stets so tief wie möglich zu halten, gerade der Staat soll so wenig wie möglich kosten. Die Akteure teilen diese Prämissen. Sie bilden die Grundannahmen, auf denen sich die Argumentationen begegnen können. Etwas unausgewogener verhält es sich mit dem Argumentationstopos „Ratenweise“. Er wird im Kampf um die Armee zu einseitig eingesetzt und sagt uns höchstens etwas über das Verständnis von korrekter öffentlich-politischer Auseinandersetzung. Der Argumentationstopos „Bedrohung“ erscheint am veränderlichsten, hier unterscheiden sich auch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in ihrer Bedrohungswahrnehmung. Gerade die Bedrohungswahrnehmung der oben beschriebenen konservativ-isolationistischen Schweiz unterscheidet sich frappant von der liberal-öffnungswilligen Schweiz. Nicht angezweifelt wird, dass man sich gegen Bedrohungen wappnen sollte. Im Kern vertritt man gleiche Interessen, nämlich den Schutz vor Bedrohungen, in der Anwendung kommt man aber aufgrund völlig verschiedener Bedrohungswahrnehmungen zu entgegengesetzten Konzepten. Dass unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung Hintergrund verschiedener Positionierungen im Kampf um die Armee und auch in anderen Bereichen sein könnte, erscheint opportun. Eine engere Fokussierung auf diesen Aspekt wäre für zukünftige Arbeiten sicherlich empfehlenswert.

Die Armee diene also in den 1990er Jahren vor allem als Vehikel gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Als Kristallisationspunkt eines konservativen Schweizbildes nahm sie eine Doppelrolle ein. Einerseits sahen linke Akteurskreise die Armee als Projektions- und Angriffsfläche für ihre Forderung nach einer anderen Schweiz, die sie als eine weltoffene und tolerante Schweiz verstanden. Die Armee stand sinnbildlich für eine alte Schweiz, die in sich gekehrt und rückwärtsgewandt sei. Genau diese *alte Schweiz* wollten rechte, konservative Akteurskreise bewahren und legten sich entsprechend für die Armee, die auch sie zum Sinnbild für die *alte Schweiz* erkoren, ins Zeug. Mit dem Abstreifen dieser Konnotation verlor die Armee bei den erstarkenden Nationalkonservativen den Status als Anker eines konservativen Schweiz- und Weltbildes und die Stigmatisierung durch linke Akteurskreise lässt im Untersuchungszeitraum ebenfalls nach. Vielmehr wurde die Armee zu einem Träger der aussenpolitischen Öffnung und zog den Groll nationalkonservativer Akteure auf sich, ohne sich aber den Zuspruch einer armeekritischen Linken nachhaltig zu sichern. Auch in diesem Debattengelände ist die Armee Projektionsfläche für unterschiedliche Entwürfe der Positionierung der Schweiz in Europa und der Welt. Festzuhalten bleibt, dass die Akteure im Kampf um die Armee nicht nur ihre Position in der Armeefrage aufgezeigt haben, sondern sich damit immer auch gesamtgesellschaftlich einordneten. Die Arbeit bietet eine vertiefte Auseinandersetzung mit einer Umbruchsphase in der neueren Schweizer Geschichte, die sich, so konnte gezeigt werden, im Kampf um die Schweizer Armee zwischen 1990 und 2003 exemplarisch vollzog. Der Ansatz der Arbeit erwies sich insgesamt als ergiebig. Es gelang den Kampf um die Armee, dank den vielen zur Geltung kommenden theoretisch-methodischen Einflüssen, facettenreich darzustellen. Es konnten verschiedene theoretische Überlegungen und methodische Aspekte über den gesamten Untersuchungszeitraum gespannt werden. Die Fragestellung diene als wertvolle Leitplanke der Untersuchung und erfuhr insgesamt eine Beantwortung, die den Erwartungen gerecht werden konnte.

ANHANG

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

UNPUBLIZIERTE QUELLEN

Farner Consulting AG, Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM):

Ohne Signatur, Ordner AWM Extern 1991-2000 I.

Ohne Signatur, Ordner AWM Extern 1991-2000 II (F/A-18).

Schweizerisches Sozialarchiv:

Archiv der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz:

Ar.1.110.78, GL: Protokolle 1992, Teil 2.

Ar.1.110.79, GL: Protokolle 1993, Teil 1.

Ar.1.110.80, GL: Protokolle 1993, Teil 2.

Ar.1.114.13, Kommission Frieden und Sicherheit 1992-1994.

Ar.1.114.14, Kommission Frieden und Sicherheit 1994-1997.

Ar.1.116.30, Material ausserordentlicher Parteitag 1989.

Ar.1.116.31, Parteitage 1991-1992, 1994.

Ar.1.116.32, Parteitage 1995-1997.

Ar.1.140.13, Initiativen/Referenden Diverse.

Ar.1.140.14, Initiativen/Referenden: Krankenversicherung.

Ar. 1.140.18, Friedenspolitik, Militärpolitik.

Ar.1.210.10, Fraktion: Akten Fraktionsvorstand 1989-1992.

Archiv der friedenspolitischen Initiativen:

Ar.92.10.7-10, Umverteilungsinitiative: Akten I-IV.

Archiv der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Ar.452.10.1, Nationales Sekretariat: Protokolle, Akten 1982-1992.

Ar.452.10.2, Nationales Sekretariat: Protokolle, Akten 1989-1995.

Ar.452.41.1, Initiativen, Aktionen, Projekte, F/A-18 1993 Akten I.

Ar.452.41.2, Initiativen, Aktionen, Projekte, F/A-18 1993 Akten II.

PUBLIZIERTE QUELLEN

Amtliche Druckschriften

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung :

40 Waffenplätze sind genug. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1992, S. 521f.

40 Waffenplätze sind genug. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1992, I, S. 96f.

Armeeleitbild 95. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1992, N [Nationalrat], S. 2092f.

Armeereform XXI und Revision der Militärgesetzgebung. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 2002, S [Ständerat], S. 98f.

Armeereform XXI und Revision der Militärgesetzgebung. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 2002, N, S. 792f.

Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1994, N, S. 174f.

Einfache Anfrage Günter vom 15. Dezember 1989: F-18. Übungsabbruch, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1990, N, S. 774f.

Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee. Volksinitiative, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 2001, S, S. 169f.

Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee. Volksinitiative, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 2001, N, S. 617.

Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1992, N, S. 2476f.

Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1993, S, S. 40f.

Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1995, S, S. 396f.

Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1995, N, S. 1396f.

Interpellation Schlüter Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat Teilnahme der Schweiz. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1997, S. 2275f.

Militärgesetz Änderung. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 2000, N, S. 192f.

Militärgesetz Änderung. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 2000, S. S. 427f.

Militärische Bauten und Landerwerb. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1990, N, S. 1095f.

Militärorganisation und Truppenordnung. Totalrevision. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1994, N, S. 1735f.

Militärorganisation und Truppenordnung. Totalrevision. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1994, S, 274f.

Nato-Partnerschaft für den Frieden. Persönliche Vorstösse. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1996, N, S. 1707-1722

Parlamentarische Initiative Zivildienst. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. 1991, N, S. 1438-1453.

Postulat Leutenegger Oberholzer Susanne. Volkswirtschaftliche Kosten der Landesverteidigung. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 2000, N, S. 1136f.

Rüstungsprogramm 1990 Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1991, N, S. 502f.

Rüstungsprogramm 1992. Beschaffung von Kampfflugzeugen, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1992, N, S. 889f.

Rüstungsprogramm 1992. Beschaffung von Kampfflugzeugen, Amtliches Bulletin zur Bundesversammlung, 1992, S, S. 252f.

Schweizerische Blauhelmtuppen. Bundesgesetz. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1993, S, S. 51f.

Schweizerische Blauhelmtuppen. Bundesgesetz. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1993, N, S. 1109f.

Sicherheitspolitik der Schweiz. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1999, N, S. 2647.

Sicherheitspolitik. Bericht 1990. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1991, N, S. 903 – 937.

Sicherheitspolitik. Bericht 1990. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1991, S, S. 757.

Umverteilungs-Initiative. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1999, N, S. 2443f.

Umverteilungs-Initiative. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 2000, S, S. 162.

Voranschlag 1991. Nachtrag I. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1991, N, S. 898ff.

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1990. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 1990, N, 1964-1977

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung 1991, N, S. 2213f.

Bundesblatt:

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee XXI (Armeeleitbild XXI). Bundesblatt 2002, S. 985-992.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren (Armeeleitbild 95) vom 27. Januar 1992. Bundesblatt 1992, S. 850-1015.

Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. Bundesblatt 1994, S. 153-242.

Bericht zur Armeereform XXI und zur Revision der Militärgesetzgebung. Bundesblatt 2002, S. 858-900.

Bericht zur Neutralität. Anhang zum Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. Bundesblatt 1994, S. 206-242.

Botschaft betreffend das Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung sowie den Bundesbeschluss über die Organisation der Armee vom 6. September 1993. Bundesblatt 1993, S.1-102.

Botschaft betreffend das Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen vom 24. August 1992. Bundesblatt 1992, S. 1141-1184.

Botschaft betreffend die Änderung des Militärgesetzes vom 27. Oktober 1999. Bundesblatt 2000, S. 477-498.

Botschaft über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge (Rüstungsprogramm 1992) vom 18. Dezember 1991. Bundesblatt 1992, S.683-784.

Botschaft über die Beschaffung von Sturmgewehren und Kampfstiefeln sowie über einen teuerungsbedingten Zusatzkredit für die Panzer 87 Leopard (Rüstungsprogramm 1990) vom 15. August. Bundesblatt 1990, S.377-404.

Botschaft über die Volksinitiative „Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative) vom 1. März 1999. Bundesblatt 1999, S. 3285-3329.

Botschaft über die Volksinitiative „40 Waffenplätze sind genug Umweltschutz auch beim Militär“ vom 11. September 1991. Bundesblatt 1991, S. 254-289.

Botschaft über die Volksinitiative „für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“ vom 28. Oktober 1992. Bundesblatt 1992, S. 471-486.

Botschaft über die Volksinitiative „Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik“ vom 22. Juni 1994, Bundesblatt 1994, S. 1201-1239.

Botschaft zur Armeereform XXI und zur Revision der Militärgesetzgebung. Bundesblatt 2002, S- 858-900.

Botschaft zur Volksinitiative „für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr“ und zur Revision des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial. Bundesblatt 1995, S. 1027-1099.

Botschaft zur Volksinitiative „für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee“. Bundesblatt 2000, S. 4825-4840.

Botschaft zur Volksinitiative „Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD)“. Bundesblatt 2000, S. 4879-4899.

Bundesgesetzes über die Armee und Militärverwaltung vom 4. Oktober 2002. Bundesblatt 2002, S. 6543-6556.

Bundesratsbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. Juni 2001. Bundesblatt 2001, S. 4660-4664.

Bundesratsbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001. Bundesblatt 2002, 1209-1215.

Bundesratsbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 26. November 2000. Bundesblatt 2001, S. 1141.

Bundesratsbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 4. März 2001. Bundesblatt 2001, S. 2025.

Bundesratsbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. Juni 2001. Bundesblatt 2001, S. 4660.

Eidgenössische Volksinitiative „für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“, Bekanntmachungen der Departemente und Ämter. Bundesblatt 1992, S. 1422.

Parlamentarische Initiative der Kommission Zivildienst. Änderung der Bundesverfassung Bericht der Kommission des Nationalrates vom 20. März 1991. Bundesblatt 1991, S. 433-442.

Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel. Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990. Bundesblatt 1990, S. 847-904.

Sicherheit durch Kooperation. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000). Bundesblatt 1999, S.7657-7734.

Diverse:

Anmerkungen zur Initiative „40 Waffenplätze sind genug“. Mogelpackung wider den Fortschritt - für Referenten, Journalisten und weitere Interessierte, GS-EMD, Bern 1992.

Argumentarien zu den Abstimmungen vom 6. Juni 1993. Initiative „für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge“, Initiative „40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär“, EMD Information, Bern 1993.

Armee 95 erfordert auch neue „Wehrverfassung“. Pressemitteilung. Militärgesetz und Armeeorganisation, EMD- Pressedokumentation vom 25. November 1992.

Armeeleitbild 95. Kurzfassung. Pressekonferenz EMD vom 13. Februar 1992, Bern 1992.

Armeeleitbild 95. Pressekonferenz EMD vom 13. Februar 1992, Bern 1992.

Armeereform XXI. Vernehmlassungsverfahren zum Armeeleitbild und zur Revision der Militärgesetzgebung. Zusammenfassung der Ergebnisse, Bern 2001.

Bericht der Arbeitsgruppe Armeereform 1990, Arbeitsgruppe Armeereform, Bern 1990.

Bericht der Studienkommission für strategische Fragen, Studienkommission für strategische Fragen, Bern 1998.

Catrina, Christian / Sigg, Oswald, Wertvolle Grundlage für künftige Sicherheitspolitik der Schweiz. GS-VBS Information, Bern 1998.

„Die Landesverteidigung der Schweiz: ein praktisches Modell für die Zukunft“ Analyse des EMD, GS-EMD, Bern 1995.

Marti, Peter, Argumentarium gegen die Umverteilungsinitiative. Zehn Gründe und drei Überlegungen, GS-VBS, Bern 2000.

Systematische Rechtssammlung 824.0, Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst vom 6. Oktober 1995 (Stand am 1. Januar 2013).

Villiger, Kaspar, Armee 95. Ausschuss für Militärpolitik. Ansprache, Bern 13. Dezember 1989, o.O. 1989.

Villiger, Kaspar, Berner Rapport. Ansprache anlässlich des EMD-Rapportes mit rund 1200 Offizieren. In: Documenta 1992. H 2, Bern 1992, S. 29-32.

Villiger, Kaspar, Die Zukunft unserer Armee. Referat. o.O. 1989.

Volksabstimmung vom 10. Juni 2001, Erläuterungen des Bundesrates.

Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001, Erläuterungen des Bundesrates.

Winkler, Theodor, Bundesrat Adolf Ogi unterzeichnet Abkommen mit Österreich. Medieninformation VBS 23.8.1999, GS-VBS Information, Bern 1999.

Zeitgenössische Publikationen der Akteure

Armeekritiker von Rechts:

Am 12. Juni: Nein zum 500 Millionen-Sonntag, o.Hg., Inserat Juni 1994.

Armee XXI und Armee 2010 – der grosse Verrat am Volk, in: Zeit-Fragen, Verlag Zeit-Fragen, Ausgabe 16. Dezember 2002. < <http://www.buergergespraeche.ch/alt/artikel-militaer.html> > [22.07.2013]

Blocher, Christoph, Strategischer Wandel. Strategischer Studienbericht zur Weiterentwicklung schweizerischer Sicherheitspolitik, Aktion für eine Unabhängige und Neutrale Schweiz (AUNS), Bern 1998.

„Gnueg Heu dune“ für die UNO auch ohne Blauhelm, o.Hg., Inserat Mai 1994.

„Grauer Brief“. Publikumsorgan der Aktion für eine Unabhängige und Neutrale Schweiz (AUNS), Aktion für eine Unabhängige und Neutrale Schweiz (AUNS), Bern 1986-2007.

Informations- und Pressedienst. Zum Hineinleuchten in die Grauzonen der schweizerischen Aussenpolitik, Aktion für eine Unabhängige und Neutrale Schweiz (AUNS). Bern 1986-2000.

Mediendokumentation für die Pressekonferenz vom 8. April 2003, Jugendkomitee für eine bessere Armee reform young4FUN.ch,
< <http://www.young4FUN.ch/news/communiques/armee21/mediendoku.pdf> >
[22.07.2013]

Radikalreform Armee 21 Argumentarium. Jugendkomitee für eine bessere Armee reform young4FUN.ch,
< http://www.armeereform.ch/layout_sicherheit/index_sicherheit.htm > [15.8.2012]

„Referendum für eine bessere Armee reform steht“, Jugendkomitee für eine bessere Armee reform young4FUN.ch,
< <http://www.young4FUN.ch/news/communiques/21januar2003.htm> > [22.07.2013]

Schweizerzeit. Bürgerlich-konservative Zeitung für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit, Schweizerzeit Verlags AG, Flaach 1979 fortlaufend.

Wer steckt hinter den Initiativen für eine wehrlose Schweiz?, Aktion für freie Meinungsbildung. Trumpf Buur, Hummler, Konrad / Weigelt, Peter (Hg.), Zürich 1993.

Expertenkreise:

Abschied von der Sicherheitspolitik im Alleingang. Pressecommuniqué der SOG, Zürich 1998.

Kühner, Andreas et al., Stellungnahme zum Bericht der Studienkommission für strategische Fragen. Schweizerischer Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften, Bern 1998.

Schweizerische Sicherheitspolitik und Armee im modernen internationalen Umfeld, Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik, o.O. 1996.

Sicherheitspolitik und Armee nach 1995, Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik. Zürich 1993.

Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA:

Argumente für eine Schweiz ohne Armee, <<http://www.gsoa.ch/themen/armee-und-zivildienst/armee-abschaffung/argumente-fur-eine-schweiz-ohne-armee/>> [12.9.2012]

Auslandeinsätze. Stopp dem Militärhumanismus, 01.06.2000.

<<http://www.gsoa.ch/gsoa/zeitung/86/stopp-dem-militar-humanismus/>> [18.07.2013]

Berichterstattung über die GSoA-Vollversammlung 1997. Medienmitteilung zu den Lancierungsbeschlüssen, 23.11.1997, <<http://www.gsoa.ch/themen/armee-und-zivildienst/00841/berichterstattung-uber-die-gsoa-vollversammlung-19/>> [8.10.2012]

Bilder von der Einreichung der GSoA-Initiativen. 14.09.99.

<http://www.gsoa.ch/themen/armee-und-zivildienst/00815/einreichung-der-gsoa-initiativen/>> [18.07.2013]

Eine offene Antwort an Andreas Gross, Adrian Schmid, Martin Bühler und Jürgen Schulz zu ihrem Austritt aus der GSoA. Medienmitteilung zu den Lancierungsbeschlüssen, 23.11.1997, <http://www.gsoa.ch/themen/armee-und-zivildienst/00841/berichterstattung-uber-die-gsoa-vollversammlung-19/>> [18.07.2013]

Friedenspolitische Argumente gegen das neue Militärgesetz.

<http://alt.gsoa.ch/armee/ausland/kampagne/index.html>> [Stand 20.9.2012]

Gegen den Interventionismus. GSoA trägt friedenspolitische Referendum gegen Militärgesetzrevision mit, 08.10.2000, <http://www.gsoa.ch/medien/01125/gsoa-tragt-friedenspolitisches-referendum-gegen-di/>> [18.07.2013]

Gross, Andreas / Schmid, Adrian / Trüb, Hansueli. (Hg.): 6. Juni '93. Kompromiss auch bei der Armee?, Zürich 1993.

GSoA-Halbjahrbuch 89. Texte und Debatten zur Schweiz ohne Armee, Zürich 1989.

GSoA-Jahrbuch 89/90. Texte und Debatten zur Schweiz ohne Armee, Zürich 1990.

GSoA Jahrbuch 91/92. Texte und Debatten zur Schweiz ohne Armee, Bern 1992.

GSoA Jahrbuch 1993-1996. Texte und Debatten zur Schweiz ohne Armee, Zürich 1996.

GSoA-Zitig, GSoA, Zürich 1986 fortlaufend.

Vernehmlassung Brunnerbericht, 15.6.1998, <http://www.gsoa.ch/themen/armee-und-zivildienst/00852/vernehmlassungsantwort-zum-brunnerbericht/>> [24.07.2013]

Wählt die Schweiz ohne Armee! Das GSoA-Wahlbüchlein. Der Informationsservice der GSoA zu den Nationalratswahlen 1991. Zürich 1991.

Milizorganisationen:

Argumentarium zur Umverteilungsinitiative, Schweizerisches Komitee „Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit“, Zürich 2000.

Argumentationshilfe gegen die Umverteilungsinitiative, Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz, Zürich 2000.

Entweder man hat eine Armee oder man hat keine. Aber nicht eine, die nichts taugt, hrsg. vom Schweizerischen Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz, Zürich 1993.

Gadient, Reto / Heller, Daniel: Nein zur Armeeabschaffung auf Raten. Argumente zur Flugwaffen-Abschaffungsinitiative und Anti-Waffenplatz-Initiative, hrsg. vom Schweizerischen Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz, Zürich 1993.

Halbierte Sicherheit ist keine Sicherheit!. Schweizerisches Komitee „Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit“, Zürich 2000.

Heuberger, Günther: Wieso wir den Abstimmungskampf gegen die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative und gegen die Anti-Waffenplatz-Initiative am 6. Juni 1993 gewonnen haben, in: Dieter Kläy, Ueli Zoelly (Hg.): Sicher ist sicher. Gestern, heute - und morgen? 200 Jahre Offiziersgesellschaft Winterthur und Umgebung (1806 - 2006), Frauenfeld 2006.

Konstituierung Abstimmungskomitee gegen die Waffenplatzinitiative. ISGA. St. Gallen 1992.

Muster-Referat zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 6. Juni 1993. Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz, Zürich 1993.

Nein zur Armee-Abschaffung in Raten. Argumente zur Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative und Anti-Waffenplatz-Initiative, Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee, Bern 1993.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz:

Argumentarium Ja zur Umverteilungsinitiative – Sparen beim Militär, Die friedenspolitischen Initiativen. o.O. 2000.

Broschüre Wollen Sie noch mehr sparen? Ja zur Umverteilungsinitiative, Die friedenspolitischen Initiativen. o.O. 2000.

Dokumentation zur eidg. Volksinitiative „Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)“, Die friedenspolitischen Initiativen, Bern 1995.

Grundlagenpapier der SP Schweiz. Für eine wirksame Friedens- und Sicherheitspolitik. Bern 1998.

Häring, Barbara: Aufgelöst – aber nicht abgeschlossen. In: FriZ. Zeitschrift für Friedenspolitik. Nr. 5/02, Zürich 2002.

Hug, Peter / Meier, Ruedi: Rüstungskonversion, Zürich/Chur 1992.

Hug, Peter / Unterseher, Lutz: Sicherheitspolitische Optionen und schrittweise Umrüstung, Bern/Bonn 1997

Hug, Peter: Nach dem Nein zur Umverteilungsinitiative: Die Schweiz ist eine andere geworden, in: FriZ. Zeitschrift für Friedenspolitik, Nr. 6/00, Zürich 2000.

Hug, Peter: Vom Ende der Sicherheitspolitik – zu einer neuen Friedensordnung, in: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik. 17/89, Zürich 1989, S. 55-81.

Medienkonferenz Umverteilungsinitiative – Sparen beim Militär. o.O. 2000.

Pressedienst der SP Schweiz. Bern 1987 fortlaufend.

Sicherheit durch Friedenspolitik. Grundlagen zur Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SP Schweiz. Bern 1991.

SP- Info. Mitgliederzeitung der SP Schweiz. Bern 1990-1995.

Unterseher, Lutz: Die Landesverteidigung der Schweiz: ein praktisches Modell für die Zukunft. Bonn 1995.

Weniger Armee – mehr Sicherheit, in: Fakten und Argumente Nr. 4, SP Schweiz. Bern 1991.

Diverse Akteure:

Abrüstung jetzt! Beiträge am Banquet Republicain vom 21. Februar 1992 für Abrüstung und gegen die Flugzeugbeschaffung, Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot ARW (Hg.), Bern 1992.

Argumente für den Zivilen Friedensdienst (ZFD), Interessengemeinschaft Ziviler Friedensdienst IG-ZFD, <<http://www.zfd.ch/argumente/11.php>> [12.10.2012]

Butz, Richard / Trüb, Hansueli / Weishaupt, Peter (hg): Feuer in Neuchlen. Widerstand gegen Waffenplätze in der Schweiz, Zürich 1992.

Friedenspolitik, Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW). Bern 1977-2001.

Friedenszeitung, Schweizerischer Friedensrat, Zürich 1982 fortlaufend.

FriZ Zeitschrift für Friedenspolitik, 1997-2001.

Für humanitäre und politische Intervention in Bosnien. Pressemitteilung, Schweizerischer Friedensrat, Luzern 1993.

Höltzchi, Urs: Infomappe zur Volksinitiative „40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär“, St. Gallen 1993.

Im Brennpunkt, Aktion Freiheit und Verantwortung. Zürich 1989 fortlaufend.

Isoz, Gaston. „Wir bleiben, bis ihr geht!“. Trogen 1992.

Ja zum Frieden. Ja zur Umverteilungsinitiative „Sparen beim Militär“ am 26. November 2000. Hg. Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas. Bern 2000.

MOMA. Monatsmagazin für neue Politik, Zürich 1995-2000.

Pressedienste der Parteien.

SchräZ. Die Schräge Zeitung. ARNA (Hg.). St. Gallen 1990-1993.

Widerstand im Gesamtblick. Lesebuch für Handlungswillige. Dokumentation der ARNA/GONA-Sommeruni in Neuchlen-Anschwilen vom 4. bis 12. August 90, Walther, Michael (Hg), St. Gallen 1991.

Wilhelm, Dorothee (cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit): Ziviles Recht statt Faustrecht in internationalen Beziehungen. In: Plattform für einen verstärkten Beitrag der Schweiz zur Friedensförderung. März 1999. <<http://alt.gsoa.ch/gsoa/medien/19990323.4.htm> (13.3.2013)>[19.07.2013]

Periodica:

24 Heures; Aargauer Tagblatt; Aargauer Zeitung; Allgemeine Schweizerische Militärzeitung ASMZ; Basler Zeitung; Beobachter; Berner Tagwacht; Berner Zeitung; Bieler Tagblatt; Bilanz; Blick; Cash; Coopzeitung; Der Bund; Facts; La Suisse; Landbote; Le Matin; Le Temps; Luzerner Neuste Nachrichten; Neue Luzerner Zeitung; Neue Zürcher Zeitung; Nouveau Quotidien; NZZ am Sonntag; Ostschweiz; Schweizerische Gewerbezeitung; Schweizerische Handelszeitung; Solothurner Zeitung; Sonntagsblick; St. Galler Tagblatt; Wochenzeitung.

Bildnachweis:

Abb.1: Aufkleber, Sozarch_F_5055-Db-001; Schlüsselanhänger, Sozarch_F_5055-Ob-011; Abstimmungsplakat, Sozarch_F_5055-Ob-061; Pin, Sozarch_F_5055-Ob-012; CD-Flyer, Sozarch_F_5055-Ob-038.

Abb. 2: Sozarch Ar.452.41.2.

Abb. 3: Sozarch_F_Ka-0001-148.

Abb. 4: Farner Consulting AG, ohne Signatur.

Abb. 5: Wochenzeitung, 4.6.1993.

Abb. 6: Sozarch_F_Ka-0001-135.

Abb. 7: Sozarch_F_5055-Ob-036.

Abb. 8: <http://www.zfd.ch/>.

Abb. 9: <http://www.gsoa.ch/> Die Ecards sind nicht mehr abrufbar (Stand 7.8.2013), auch bei Sozarch_F_Pb-0001-51 und Sozarch_F_Pb-0001-52.

Abb. 10: Basler Zeitung 7./8.4.2001, Version Pressespiegel VBS.

Abb. 11: Sozarch_F_Pe-0372.

Abb. 12: Demarmels, S. 263.

Abb. 13: Sonntagsblick, 3.6.2001, Version Pressespiegel VBS.

Abb. 14: v.l. Sonntagsblick, 6.6.2011; ebd.; Berner Zeitung 22.5.2001, Version Pressespiegel VBS.

Abb. 15: Weniger Armee – mehr Sicherheit, in: Fakten und Argumente Nr. 4, SP Schweiz. Bern 1991.

DARSTELLUNGEN

Année Politique Suisse. Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. Bern 1966 fortlaufend.

Barthes, Roland: Die Rhetorik des Bildes. In: Barthes, Roland. Der entgegenkommende und der stumpfe Sinn. Kritische Essays III. Frankfurt a. M. 1990, S. 41ff.

Becker-Schaum, Christoph et al.: „Entrüstet euch!“. Nuklearkrise, Nato-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012.

Bleisch, Barbara / Jean-Daniel Strub (Hg): Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis, Bern 2006.

Bonfadelli, Heinz: Medienwirkungsforschung I. Grundlagen. 3. Auflage. Konstanz 2004.

Bornscheuer, Lothar: Topik. Zur Struktur der gesellschaftlichen Einbildungskraft, Frankfurt a. M. 1976.

Braun, Peter: Von der Reduitstrategie zur Abwehr. Die militärische Landesverteidigung der Schweiz im Kalten Krieg 1945-1966, Baden 2006 (Der Schweizerische Generalstab, vol. 10).

Breitenmoser, Christoph: Strategie ohne Aussenpolitik. Zur Entwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik im Kalten Krieg, Bern 2002 (Studien zu Zeitgeschichte und Sicherheitspolitik, Band 10).

Bucher, Jörg / Furter, Rolf / Frey Bruno: „Die OG Lenzburg als Think Tank aller Schweizer Armeefreunde. Die Abstimmungsschlachten der 80er und 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts“: in: Offiziersgesellschaft Lenzburg (Hg.), *150 Jahre Offiziersgesellschaft Lenzburg. 1859 bis 2009*, Lenzburg 2009, S. 25-31.

Bühlmann, Marc / Sager, Fritz / Vatter, Adrian: Verteidigungspolitik in der direkten Demokratie, Chur 2006.

Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse. Zürich 1993 fortlaufend.

Busse, Dietrich: Historische Semantik. Analyse eines Programms, Stuttgart 1987 (Sprache und Geschichte, Bd. 13).

Carrel, Laurent F.: Die Schweizer Armee heute. Auf dem Weg zur „Armee 95“, Thun 1992.

Demarmels, Sascha: Ja. Nein. Schweiz. Schweizer Abstimmungsplakate im 20. Jahrhundert. Konstanz 2009.

Diethelm, Robert. Die Schweiz und friedenserhaltende Operationen 1920-1995. Bern 1997.

Dietiker, Pino: Auf dem Gewissen. Militärdienstverweigerung in der Schweiz zur Zeit des Kalten Krieges, Unveröffentlichte Maturitätsarbeit, Aarau 2010.

Donges, Patrick / Imhof, Kurt: Öffentlichkeit im Wandel, in: Bonfadelli, Heinz / Jarren, Otfried et al. (Hg), *Einführung in die Publizistikwissenschaft*, 3. Auflage, Bern 2010, S. 198ff.

Drohne, Volker: Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) als neue soziale Bewegung, Freiburg im Breisgau und Bern 1992.

Eberhard, Hans / Stahel, Albert A.(Hg): Schweizerische Militärpolitik der Zukunft, Zürich 2000.

Ecoffey, Bernard / Krüger, Paul / Wittmann, Walter: Landesverteidigung im Wandel, Frauenfeld 2000.

Fischer, Nadja: „Wir sind noch einmal davongekommen“, Lizentiatsarbeit Universität Basel 2003.

Gabriel, Jürg Martin: Bericht Brunner. Stärken und Schwächen, Beiträge Nr. 17, ETH, Forschungsstelle für internationale Beziehungen, Zürich 1998.

Gabriel, Jürg Martin (Hg): Schweizerische Aussenpolitik im Kosovo-Krieg, Zürich 2000.

Goetschel, Laurent / Bernath, Magdalena / Schwarz, Daniel: Schweizerische Aussenpolitik. Grundlagen und Möglichkeiten, Zürich 2002, S. 136ff.

Haltiner, Karl W.: Milizarmee – Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal?, Frauenfeld 1985.

Haltiner, Karl W., Nachbefragung zur Abstimmung Schweiz ohne Armee, Unterbözing 1990.

Haltiner, Karl W. / Buri, Christof / Spillmann, Kurt R: Sicherheit 1991. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, Zürich 1991 (Zürcher Beiträge zu Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse Nr.18).

Haltiner Karl W. et al.: Stand der sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung, Zürich 1993.

Haltiner, Karl W. / Spillmann, Kurt R.: Öffnung oder Isolation der Schweiz. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend, Zürich 1994 (Zürcher Beiträge zu Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse Nr.32)

Haltiner Karl, et al.: Sicherheit 1995/1995/1996/1997/1998/1999/2000/2001/2002/2003/2004/2005/2006. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend, Zürich 1995 – 2006.

Haltiner, Karl W. / Klein, Paul (Hg): Europas Armeen im Umbruch, Baden-Baden 2002.

Handbuch Frieden Schweiz, Forum für praxisbezogene Friedensforschung (Hg), Basel 1986.

Heinzmann, Andreas. Rudolf Farner und die Anfänge der professionellen Public Relations in der Schweiz. Lizentiatsarbeit 2008.

Jaun, Rudolf / Rieder, David (Hg): Schweizer Rüstung: Politik, Beschaffungen und Industrie im 20. Jahrhundert, Baden 2013 (Serie Ares, Bd 1).

Krämer, Sybille: Performativität und Medialität, München 2004.

Kress, Gunther / van Leeuwen, Theo: Multimodal discourse. The Modes and Media of contemporary communication, New York 2001.

Kriesi, Hanspeter et al.: New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis, Minneapolis 1995 (Social Movements, Protest and Contention, vol 5).

Kriesi, Hanspeter: Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess. Ein konzeptueller Rahmen für ein international vergleichendes Forschungsprojekt, Berlin 2001.

Kriesi et al: Der Aufstieg der SVP, Zürich 2005.

Kux, Stephan (Hg).: Zukunft Neutralität?, Die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik im Umbruch, Bern 1994.

Lezzi, Otto: Sozialdemokratie und Militärfrage in der Schweiz, Frauenfeld 1996.

Linder, Wolf: Schweizerische Demokratie, 2. Aufl., Bern 1999.

Linder, Wolf et al.: Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen, Bern 2010.

Loppacher, Rico / Ribi, Flurina: Die AUNS und die GSoA. Öffentlichkeitsstrategien rechter und linker sozialer Bewegungsorganisationen im Vergleich, Zürich 2006.

Möcklin, Emanuel: Militärdienstverweigerung, Lizentiatsarbeit, Zürich 1998.

Neidhardt, Friedhelm: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegung, in: ders. (Hrsg.). *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegung*. Kölner Zeitschrift Sonderheft 34, Oppladen 1994, S. 7ff.

Pundt, Christian. Medien und Diskurs, Bielefeld 2008.

Rhinow, René: Die schweizerische Sicherheitspolitik im internationalen Umfeld, Basel 1995.

Sachs-Hombach, Klaus / Schirra, Jörg R.: Zur politischen Instrumentalisierbarkeit bildhafter Repräsentationen. Philosophische und psychologische Aspekte der Bildkommunikation, in: Hofmann, Wilhelm (Hrsg.), *Die Sichtbarkeit der Macht. Theoretische und empirische Untersuchungen zur visuellen Politik*, Baden-Baden 1999, S. 35ff.

SAMS-Informationen. Bulletin des Schweizerischen Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften, Bern 1977-1995.

Schneider, Olivier: Von der autarken Landesverteidigung zur Annäherung an die NATO. Schweizer Sicherheitspolitik im Zeichen sicherheitspolitischer Richtungsstreits. Egg bei Einsiedeln 2013.

Schnetzer, Dominik: Bergbild und Geistige Landesverteidigung, Zürich 2009.

Schürmann, Roman: Helvetische Jäger. Dramen und Skandale am Militärhimmel, Zürich 2009.

Spillmann, Kurt R. / Wenger, Andreas et al.: Schweizer Sicherheitspolitik seit 1945. Zwischen Autonomie und Kooperation. Zürich 2001.

Stöckl, Hartmut: Die Sprache im Bild, das Bild in der Sprache. Zur Verknüpfung von Sprache und Bild im Massenmedialen Text, Berlin 2004.

Tschumi Canosa, Xavier: Schweizerische Sicherheits- und Friedenspolitik: Strategierahmen und Aussagen der Akteure, in: Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik. Band Nr. 25, Nr. 2, Genf 2006.

Unterseher, Lutz: Frieden schaffen mit anderen Waffen?, Wiesbaden 2001.

Vox. Analysen eidgenössischer Urnengänge, Bern. GfS-Forschungsinstitut, Bern 1987 fortlaufend.

Wengeler, Martin: Die Sprache der Aufrüstung. Zur Geschichte der Rüstungsdiskussionen nach 1945, Wiesbaden 1992.

Wengeler, Martin: Argumentationstopos als sprachwissenschaftlicher Gegenstand, in: Geideck, Susan / Liebert, Wolf-Andreas: *Sinnformeln*. Berlin 2003, S. 80ff.

Wengeler, Martin: Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985), Tübingen 2003 (Reihe Germanistische Linguistik 244).

Wengeler, Martin: Tiefensemantik-Argumentationsmuster-soziales Wissen. Erweiterung oder Abkehr von begriffsgeschichtlicher Forschung?, in: Müller, Ernst (Hrsg.), *Begriffsgeschichte im Umbruch?*, Hamburg 2005, S. 140ff.

Wulf, Christian / Göhlich, Michael / Zirfas, Jörg (Hg): Grundlagen des Performativen, Weinheim und München 2001.

Wyniger Christoph: Das grösste Rüstungsgütergeschäft der Schweizer Armee: Die Beschaffung des Kampfpanzers Leopard 2, in: Jaun Rudolf, Rieder David (ed.), Politik, Beschaffungen und Industrie im 20. Jahrhundert, Baden 2013, S. 130-143.

Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, Zürich 1987 fortlaufend.

Zurfluh: Turn-Around in der Milizarmee. Verkannt-erkannt-vollzogen, Zürich 1999 (documenta militaria).

Lebenslauf des Verfassers

Marc Andrew Lutz

von Zürich ZH

Geboren am 5. November 1981 in Schlieren ZH

Primarschule in Dietikon ZH

08/1994 – 01/2001 Kantonsschule Limmattal in Urdorf ZH, Matura Typus B

10/2002 – 11/2009 Universität Zürich, Studium der Geschichte und der englischen
Sprach- und Literaturwissenschaften

11/2009 Studienabschluss lic. phil. I.

Lizentiatsarbeit in allgemeiner Geschichte: *Maschinenstürmer
aus dem Zürcher Oberland: Der Usterbrand vom 22. November
1832*